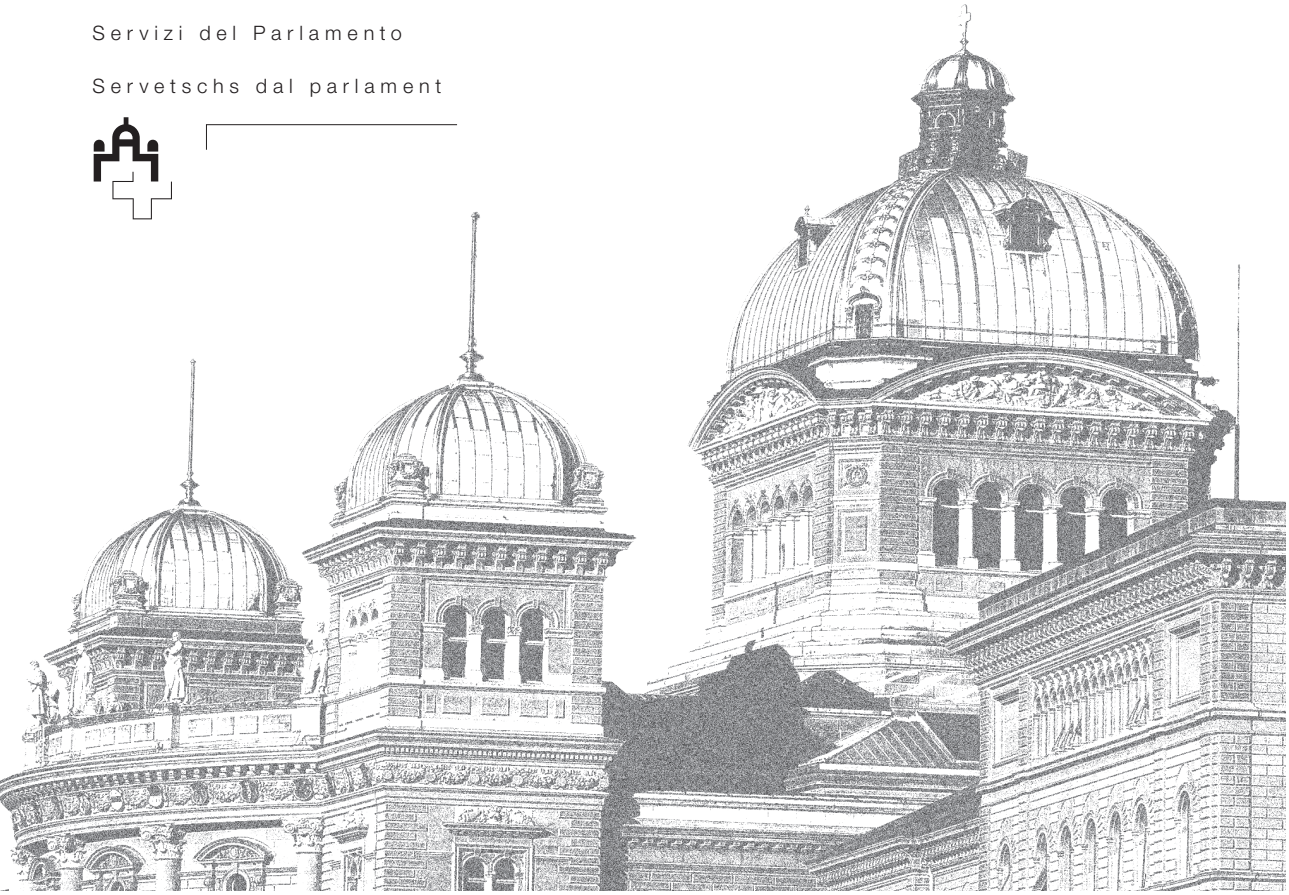
Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 13. 06. 2021

Votation populaire du 13. 06. 2021

Votazione popolare del 13. 06. 2021

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Misure di polizia per la lotta al terrorismo. Legge federale

VH 19.032

Dokumentation | Documentation | Documentazione

Parlamentsbibliothek | Bibliothèque du Parlement | Biblioteca del Parlamento

Parlamentsbibliothek | Bibliothèque du Parlement | Biblioteca del Parlamento
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni I

2. Zusammenfassung der Verhandlungen II
   Résumé des délibérations V
   Riassunto delle deliberazioni VIII

3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere

Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	09.12.2019	1
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	09.03.2020	7
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	18.06.2020	25
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	18.06.2020	48
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	19.06.2020	63
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	08.09.2020	79

4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali

Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	25.09.2020	80
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	25.09.2020	82

5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale 84

6. Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) vom 25. September 2020 104

   Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT) du 25 septembre 2020 136

   Legge federale sulle misure di polizia per la lotta al terrorismo (MPT) del 25 settembre 2020 168

7. Argumente 200

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Arguments

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n’ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

Argomenti

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

1. Übersicht über die Verhandlungen · Résumé des délibérations

19.032 ***s*** **Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz**
Botschaft vom 22. Mai 2019 zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (BBl 2019 4751)

NR/SR *Sicherheitspolitische Kommission*

09.12.2019 Ständerat. Rückweisung an die Kommission
09.03.2020 Ständerat. Beschluss abweichend vom Entwurf
1. Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) (BBl 2019 4851)
09.12.2019 Ständerat. Rückweisung an die Kommission
09.03.2020 Ständerat. Beschluss abweichend vom Entwurf
18.06.2020 Nationalrat. Beginn der Debatte
19.06.2020 Nationalrat. Abweichung
08.09.2020 Ständerat. Zustimmung
25.09.2020 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung
25.09.2020 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung
Bundesblatt 2020 7741; Ablauf der Referendumsfrist 14.01.2021

19.032 ***é*** **Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi**
Message du 22 mai 2019 concernant la loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (FF 2019 4541)

CN/CE *Commission de la politique de sécurité*

09.12.2019 Conseil des Etats. Renvoi à la commission
09.03.2020 Conseil des Etats. Décision modifiant le projet
1. Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT) (FF 2019 4639)
09.12.2019 Conseil des Etats. Renvoi à la commission
09.03.2020 Conseil des Etats. Décision modifiant le projet
18.06.2020 Conseil national. Début des délibérations
19.06.2020 Conseil national. Divergences
08.09.2020 Conseil des Etats. Adhésion
25.09.2020 Conseil des Etats. Adoption (vote final)
25.09.2020 Conseil national. Adoption (vote final)
Feuille fédérale 2020 7499; Délai référendaire 14.01.2021

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

19.032 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Botschaft vom 22. Mai 2019 zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (BBl 2019 4751)

Die Polizei soll mehr Möglichkeiten für den Umgang mit Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht, erhalten. Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ergänzt das Instrumentarium der Schweiz in der Terrorismusbekämpfung durch präventive Massnahmen der Polizei. Vorgesehen sind insbesondere eine Meldepflicht, ein Rayonverbot oder - als letztes Mittel - die Eingrenzung auf eine Liegenschaft. Der Bund soll diese Massnahmen von Fall zu Fall auf Antrag der Kantone anordnen können. Das Parlament verabschiedete dieses Gesetz am 25. September 2020. Da das Referendum formell zustande kam, stimmt die Schweizer Bevölkerung am 13. Juni 2021 über diese Vorlage ab.

Die terroristische Bedrohungslage bleibt in ganz Europa und damit auch in der Schweiz erhöht. Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren ihr Instrumentarium zur Terrorismusbekämpfung verstärkt. Ende November 2017 wurde der Nationale Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus verabschiedet, der Präventions- und Integrationsmassnahmen umfasst. Im September 2018 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft zur Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus (18.071). Die neuen Massnahmen im PMT ergänzen diese Instrumente und sollen die ausserhalb eines Strafverfahrens bestehenden polizeilichen Massnahmen verstärken.

Diese Massnahmen sollen dann eingesetzt werden können, wenn von einer Person eine Gefahr ausgeht, die Hinweise jedoch nicht für die Eröffnung eines Strafverfahrens ausreichen. Zudem sollen sie auch präventiv nach der Entlassung aus dem Strafvollzug oder unter bestimmten Voraussetzungen auch während eines Strafverfahrens angeordnet werden können.

Vorgesehen sind etwa die Pflicht, sich zu vorgegebenen Zeiten persönlich bei einem Polizeiposten oder einer anderen Behörde zu melden, ein Ausreiseverbot, verbunden mit der Beschlagnahme des Reisepasses, ein Kontaktverbot sowie die sogenannte Ein- und Ausgrenzung. Letzteres bedeutet, dass die betreffende Person ein bestimmtes Gebiet nicht betreten oder verlassen darf. Möglich ist auch die Eingrenzung auf eine Liegenschaft ("Hausarrest"). Diese ist als letztes Mittel anzusehen. Dafür ist zusätzlich zur Bewilligung durch das Fedpol eine richterliche Genehmigung notwendig.

Die Einführung einer sogenannten gesicherten Unterbringung (GUG) für terroristische Gefährderinnen und Gefährder, welche die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) in der Vernehmlassung vorgeschlagen hatte, wurde vertieft geprüft. Sie kann jedoch nicht umgesetzt werden, weil sie im Unterschied zur vorgeschlagenen Eingrenzung auf eine Liegenschaft nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist. Dies geht aus einem von den Kantonen in Auftrag gegebenen Gutachten hervor.

Mit den im neuen Bundesgesetz vorgesehenen Massnahmen, insbesondere mit der Eingrenzung auf eine Liegenschaft, sowie mit den bereits verfügbaren Möglichkeiten können die angestrebten Ziele erreicht werden. Im geltenden Recht gibt es nämlich bereits verschiedene Möglichkeiten zur Anordnung von Haft oder anderen Freiheitsbeschränkungen für Personen, die nach Verbüssen ihrer Strafe weiterhin ein ernsthaftes Risiko darstellen, etwa die so genannte Gewahrsamnahme nach kantonalem Polizeirecht, die fürsorgerische Unterbringung nach Artikel 426 ff. des Zivilgesetzbuches oder die Verwahrung nach Artikel 64 des Strafgesetzbuches. Auf die Einführung einer GUG wird deshalb im Einvernehmen mit der KKJPD verzichtet.

Für terroristische Gefährder und Gefährderinnen, die ausgeschafft werden sollen, soll in jedem Fall eine Ausschaffungshaft angeordnet werden können. Nach geltendem Recht ist dies nicht sichergestellt. Deshalb wird ein neuer Haftgrund für Fälle geschaffen, in denen von einer Person eine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz ausgeht.

Weiter soll eine rechtskräftig ausgewiesene ausländische Person, die nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschafft werden kann, künftig nicht mehr vorläufig aufgenommen werden können. Ohne

vorläufige Aufnahme verliert die betreffende Person namentlich die Möglichkeit, eine Erwerbstätigkeit auszuüben oder die Familie nachzuziehen. Zudem wird ihr statt Sozialhilfe lediglich Nothilfe gewährt. Mit dieser neuen Regelung ist sichergestellt, dass terroristische Gefährderinnen und Gefährder mit einer ausländerrechtlichen Ausweisung nicht bessergestellt werden als Personen mit einer strafrechtlichen Landesverweisung. Diese Neuerung wurde nach der Vernehmlassung in die Vorlage aufgenommen.

Um Netzwerke von kriminellen Organisationen - einschliesslich jener terroristischer Natur - frühzeitig zu erkennen, soll das Fedpol im Internet und in den elektronischen Medien verdeckt fahnden können. Damit werden die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung verbessert. Durch erweiterte Zugriffsrechte auf die Informationssysteme des Bundes wird auch der Informationsaustausch zwischen den Behörden verbessert.

Quellen: Botschaft des Bundesrates vom 22.5.219 / Medienmitteilung des Bundesrates vom 22.5.2019

Verhandlungen

09.12.2019	SR	Rückweisung an die Kommission
09.03.2020	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
(BBl 2019 4851)

09.12.2019	SR	Rückweisung an die Kommission
09.03.2020	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf
18.06.2020	NR	Beginn der Debatte
19.06.2020	NR	Abweichung
08.09.2020	SR	Zustimmung
25.09.2020	SR	Annahme in der Schlussabstimmung
25.09.2020	NR	Annahme in der Schlussabstimmung

Bundesblatt 2020 7741; Ablauf der Referendumsfrist: 14.01.2021

Der **Ständerat** als **Erstrat** befasste sich in der Wintersession 2019 mit dieser Vorlage. Er trat ohne Gegenstimme auf den Entwurf zum PMT ein. Mit 34 zu 10 Stimmen nahm er den Antrag von Roberto Zanetti (S, SG) an, den Entwurf an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Vorlage unter Berücksichtigung des Mitberichts der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates (RK-S) noch einmal vorzuberaten.

In der **Detailberatung**, die in der Frühjahrssession 2020 durchgeführt wurde, blieb der Ständerat bei der Eingrenzung auf eine Liegenschaft auf Bundesratslinie. Er sprach sich dafür aus, dass sie höchstens zweimal um drei Monate verlängert werden darf - dies entgegen der Meinung der Kommissionsmehrheit, die keine Beschränkung wollte. Zudem lehnte der Rat den Antrag der Kommissionsmehrheit ab, die Ausnahmen für die Eingrenzung auf eine Liegenschaft auf gesundheitliche Gründe zu beschränken. Er beschloss, dass das Fedpol in begründeten Fällen, d. h. bei Vorliegen gesundheitlicher, beruflicher, religiöser oder familiärer Gründe, Ausnahmen gewähren kann. Diskutiert wurde auch, wo das Mindestalter für diese Massnahmen angesetzt werden soll. Die Kommissionsminderheit wollte dieses auf 18 Jahre festlegen. Der Ständerat folgte in diesem Punkt jedoch dem Bundesrat und seiner Kommission und legte das Alter auf 12 Jahre und - im Falle der Eingrenzung auf eine Liegenschaft - auf 15 Jahre fest.

Der Ständerat nahm den Gesetzesentwurf in der **Gesamtabstimmung** mit 35 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.

Der **Nationalrat als Zweitrat** behandelte die Vorlage in der Sommersession 2020 und trat mit 107 zu 84 Stimmen bei 1 Enthaltung auf den Gesetzesentwurf ein. Er lehnte im Übrigen zwei Minderheitsanträge auf Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat ab. Die Sozialdemokratische, die Grüne und die Grünliberale Fraktion sprachen sich gegen das Eintreten aus.

In der **Detailberatung** standen die Freiheit und die Menschenrechte im Mittelpunkt der nationalrätlichen Debatte. Es stellte sich die Frage, wie weit man gehen darf, um Terrorismus zu verhindern. Einer der zentralen Punkte dieser Vorlage war der Antrag der Sicherheitspolitischen

Kommission des Nationalrates (SiK-N), eine gesicherte Unterbringung für Gefährderinnen und Gefährder einzuführen. Dieser Antrag wurde von der SVP- und von der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP unterstützt. Der Berichterstatter der Kommission, Mauro Tuena (V, ZH), meinte, diese Bestimmung rette Menschenleben und es sei eine zentrale Aufgabe des Staates, für Sicherheit zu sorgen. Jean-Luc Addor (V, VS) fügte hinzu, die Präventivhaft sei insbesondere angesichts der im Ausland von polizeibekannten Personen begangenen Terroranschläge gerechtfertigt. Die Sozialdemokratische, die Grüne und die Grünliberale Fraktion sowie ein grosser Teil der FDP-Liberalen Fraktion lehnten diesen Antrag ab. Der Vertreter der Kommissionsminderheit, Beat Flach (GL, AG), wies darauf hin, dass die Präventivhaft gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstösst, was Bundesrätin Karin Keller-Sutter bestätigte. Der Nationalrat folgte schliesslich dem Bundesrat und der Kommissionsminderheit und lehnte die Einführung einer gesicherten Unterbringung mit 113 zu 78 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Ausführlich diskutiert wurde auch, ab welchem Alter die polizeilichen Massnahmen angewendet werden dürfen. Die Sozialdemokratische, die Grüne und die Grünliberale Fraktion versuchten, das Alter auf 14 Jahre und - im Falle der Eingrenzung auf eine Liegenschaft - auf 18 Jahre anzuheben. Léonore Porchet (G, VD) erachtet es als moralischen Fehler und als kontraproduktiv, Minderjährige auf eine Liegenschaft einzugrenzen. Dem Interesse der Kinder werde man eher mit dem Recht auf Bildung und auf Wiedereingliederung als mit Repression gerecht. Jacqueline de Quattro (RL, VD) erklärte im Namen der Kommission, dass diese Massnahmen subsidiär und verhältnismässig angewendet werden und die Kinderrechtskonvention polizeiliche Präventivmassnahmen nicht verbietet. Bundesrätin Karin Keller-Sutter wiederum wies darauf hin, dass sich auch Minderjährige radikalisieren können. Der Nationalrat beschloss schliesslich, sich an die Fassung des Bundesrates und des Ständerates zu halten, die vorsieht, dass diese Massnahmen ab 12 Jahren und - im Falle der Eingrenzung auf eine Liegenschaft - ab 15 Jahren anwendbar sind.

Der Nationalrat beriet zudem mehrere Minderheitsanträge, die entweder den Begriff der Gefährderin bzw. des Gefährders präzisieren, die Dauer und die Verlängerungsmöglichkeiten der polizeilichen Massnahmen einschränken, die Voraussetzungen verschärfen oder mehr Ausnahmen für die geplanten Massnahmen vorsehen wollten. Der Nationalrat lehnte all diese Anträge ab und blieb bei der Fassung des Bundesrates und des Ständerates.

In der **Gesamtabstimmung** nahm der Nationalrat die Vorlage mit 111 zu 85 Stimmen an. Die Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP sowie die FDP-Liberale und die SVP-Fraktion unterstützten die Vorlage, während sich die Sozialdemokratische, die Grüne und die Grünliberale Fraktion dagegen aussprachen.

In der Herbstsession 2020 schloss sich der **Ständerat** der vom Nationalrat verabschiedeten Vorlage ohne Gegenstimme an. Die verbleibenden Differenzen waren rein sprachlicher Natur.

In der Schlussabstimmung nahmen der Nationalrat und der Ständerat die Vorlage mit 112 zu 84 Stimmen bzw. mit 33 zu 11 Stimmen an. Die Sozialdemokratische, die Grüne und die Grünliberale Fraktion stimmten im Nationalrat geschlossen gegen das Gesetz.

Das Referendumskomitee "Nein zur Präventivstrafe" bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Jungen Grünen, der JUSO, der Jungen Grünliberalen und der Piratenpartei sowie das zweite Referendumskomitee "Freunde der Verfassung" ergriffen das Referendum. Am 14. Januar 2021 reichten die Referendumskomitees insgesamt 141 264 Unterschriften ein, davon 3033 mit Stimmrechtsbescheinigung. Nachdem die Bundeskanzlei einen Teil der Unterschriften bei den zuständigen Stellen hatte bescheinigen lassen, gab sie am 3. März 2021 bekannt, dass das Referendum mit 76 926 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen ist.

Quellen: Keystone-ATS / Presseartikel / Amtliches Bulletin / Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 3.3.2021

2. Résumé des délibérations

19.032 Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi

Message du 22 mai 2019 concernant la loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (FF 2019 4541)

La police doit obtenir davantage de moyens pour gérer les personnes présentant un danger de nature terroriste. La loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT) complète, par des mesures de police préventive, les instruments dont dispose la Suisse pour lutter contre le terrorisme. Sont notamment prévues l'obligation de se présenter, l'interdiction de périmètre ou - en dernier recours - l'assignation à résidence. La Confédération doit pouvoir ordonner ces mesures au cas par cas sur demande des cantons. Le Parlement a adopté cette loi le 25 septembre 2020. Le référendum ayant formellement abouti, le peuple votera sur cet objet le 13 juin 2021.

La menace terroriste reste élevée en Europe et donc en Suisse également. Ces dernières années, la Suisse a renforcé son arsenal d'instruments pour lutter contre le terrorisme. Le Plan d'action national de lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent, contenant des mesures de prévention et d'intégration, a été adopté fin novembre 2017. En septembre 2018, le Conseil fédéral a transmis au Parlement un message qui doit permettre de renforcer l'arsenal de droit pénal en matière de terrorisme (18.071). Les nouvelles mesures prévues dans la loi MPT viennent compléter ces instruments et visent à renforcer les mesures policières existantes en dehors d'une procédure pénale.

Ces mesures pourront être utilisées si un individu représente une menace mais que les indices ne suffisent toutefois pas pour ouvrir une procédure pénale. Elles pourront aussi être ordonnées de manière préventive, après l'exécution de la peine et, dans certaines circonstances, pendant une procédure pénale.

Sont par exemple prévues l'obligation de se présenter à un poste de police ou à une autre autorité à des horaires déterminés, l'interdiction de quitter le territoire couplée à la confiscation du passeport, l'interdiction de contact ainsi que l'interdiction géographique (la personne concernée ne peut entrer dans un périmètre déterminé ni quitter un périmètre déterminé). L'assignation à résidence est également possible; elle doit être considérée comme dernier recours et nécessite l'autorisation d'un juge en plus de celle de Fedpol.

L'instauration d'un placement sécurisé, que la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) avait proposée pour les terroristes potentiels lors de la consultation, a été examinée en détail. Une telle mesure ne pourra toutefois pas être mise en oeuvre: il ressort en effet d'une expertise commandée par les cantons que, contrairement à l'assignation à une propriété, le placement sécurisé ne serait pas conforme à la Convention européenne des droits de l'homme.

Les mesures prévues dans la nouvelle loi, notamment l'assignation à résidence, ainsi que les instruments déjà disponibles permettront d'atteindre les objectifs visés. Le droit en vigueur propose déjà diverses possibilités d'ordonner une détention ou d'autres restrictions de liberté à l'encontre de personnes qui, même après avoir purgé leur peine, continuent de représenter une menace sérieuse, comme la garde à vue selon le droit policier cantonal, le placement à des fins d'assistance selon les art. 426 ss du code civil ou l'internement selon l'art. 64 du code pénal. Il a donc été renoncé à l'instauration d'un placement sécurisé, d'entente avec la CCDJP.

Une détention en vue du renvoi ou de l'expulsion doit pouvoir être ordonnée dans tous les cas où un terroriste potentiel doit être expulsé, ce que le droit en vigueur ne garantit pas. Aussi un nouveau motif de détention est-il créé pour les situations où une personne représente une menace pour la sécurité intérieure ou extérieure de la Suisse.

Par ailleurs, un étranger sous le coup d'une expulsion entrée en force qui ne peut être renvoyé dans son pays d'origine ne doit désormais plus pouvoir être admis provisoirement. Sans admission provisoire, il perd alors la possibilité d'exercer une activité lucrative ou de faire venir sa famille. Il ne pourra plus bénéficier que d'une aide d'urgence en lieu et place de l'aide sociale. Cette nouvelle réglementation garantit que les terroristes potentiels frappés d'une expulsion en vertu du droit des

étrangers ne seront pas mieux lotis que les personnes frappées d'une expulsion obligatoire pénale. Elle a été ajoutée au projet après la consultation.

Afin de déceler à temps les réseaux d'organisations criminelles - dont celles de nature terroriste -, Fedpol doit pouvoir mener des recherches discrètes sur Internet et dans les médias électroniques. Les possibilités de collecter des renseignements en seront ainsi améliorées. L'élargissement des droits d'accès aux systèmes d'information fédéraux permettra quant à lui d'optimiser l'échange d'informations entre les autorités.

Sources : Message du Conseil fédéral du 22.05.2019 / Communiqué du Conseil fédéral du 22.05.2019

Délibérations

09.12.2019	CE	Renvoi à la commission
09.03.2020	CE	Décision modifiant le projet

Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT) (FF 2019 4639)

09.12.2019	CE	Renvoi à la commission
09.03.2020	CE	Décision modifiant le projet
18.06.2020	CN	Début des délibérations
19.06.2020	CN	Divergences
08.09.2020	CE	Adhésion
25.09.2020	CE	Adoption (vote final)
25.09.2020	CN	Adoption (vote final)

Feuille fédérale 2020 7499; délai référendaire: 14.01.2021

En sa qualité de **conseil prioritaire**, le **Conseil des Etats** s'est penché sur cet objet lors de la session d'hiver 2019. Il est entré en matière sans opposition sur le projet de la loi MPT. Par 34 voix contre 10, il a accepté la proposition de Roberto Zanetti (S, SG) de renvoyer le projet à la commission avec mandat de le réexaminer en tenant compte d'un corapport de la Commission des affaires juridiques (CAJ-E).

Lors de la **discussion par article** qui s'est déroulée pendant la session de printemps 2020, le Conseil des Etats a suivi le Conseil fédéral concernant la limitation du prolongement des assignations à résidence à deux fois trois mois maximum, contre l'avis de la majorité de la commission qui ne souhaitait pas de limitation. Il a en outre refusé de suivre la proposition de la majorité de la commission qui voulait limiter les dérogations aux assignations à résidences aux seules raisons de santé. Il a décidé que Fedpol devrait pouvoir accorder des dérogations pour de justes motifs à savoir pour raisons de santé, mais aussi professionnelles, religieuses et familiales. Il a aussi été question de l'âge à partir duquel ces mesures s'appliqueraient une minorité de la commission préconisait de le fixer à 18 ans. Les sénateurs ont suivi sur ce point le Conseil fédéral et leur commission et fixé l'âge à 12 ans et 15 ans pour l'assignation à résidence.

Au **vote sur l'ensemble**, les conseillers aux Etats ont adopté le projet de loi par 35 voix contre 5 et 2 abstentions.

Lors de la session d'été 2020, le **Conseil national, en tant que deuxième conseil,** est entré en matière sur le projet de loi par 107 voix contre 84 et 1 abstention. Il a en outre rejeté deux propositions de minorité visant à renvoyer le projet au Conseil fédéral. Ce sont les groupes socialiste, des Verts et vert'libéral qui se sont opposés à l'entrée en matière.

Lors de la **discussion par article**, les questions de liberté et des droits de l'homme ont été au centre des débats du Conseil national pour savoir jusqu'où il était possible d'aller pour prévenir le terrorisme. Un des points centraux de ce projet était la proposition de la Commission de sécurité du Conseil national (CPS-N) d'introduire une mesure de placement sécurisé pour les personnes potentiellement dangereuses. Cette proposition a été soutenue par le groupe UDC et le groupe du centre PDC-PEV-PBD. Selon Mauro Tuena (V, ZH), rapporteur de la commission, cet article sauve des vies et assurer la sécurité est une tâche fondamentale de l'Etat. Jean-Luc Addor (V, VS) a ajouté que la détention préventive était justifiée notamment par les attaques terroristes qui avaient eu lieu à l'étranger dont les auteurs étaient déjà connus de services de police. Les groupes socialistes, des Verts, vert'libéral et une grande partie du groupe libéral-radical se sont opposés à cette proposition. Beat Flach (GL, AG),

représentant de la minorité de la commission, a relevé que la détention préventive était contraire à la convention européenne des droits de l'homme (CEDH), ce qu'a confirmé la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter. Au final, les députés ont suivi l'avis du Conseil fédéral et de la minorité de la commission en refusant d'introduire une mesure de placement sécurisé par 113 voix contre 78 et 2 abstentions.

L'âge à partir duquel les mesures policières pourront s'appliquer a également été largement débattu. Les groupes socialiste, des Verts et vert'libéral ont tenté de relever l'âge minimal à 14 ans et à 18 ans pour l'assignation à résidence. Ainsi pour Léonore Porchet (G, VD) assigner des mineurs à résidence " est une erreur morale et serait contre-productif. L'intérêt des enfants s'exprime avec le droit à l'éducation et à la réinsertion plutôt qu'avec la répression ". Jacqueline de Quattro (RL, VD) a relevé au nom de la commission que ces mesures seraient utilisés à titre subsidiaire et de façon proportionnée et que la convention des droits de l'enfant n'interdisait pas les mesures policières préventives. La conseillère fédéral Keller-Sutter a souligné que les mineurs aussi pouvaient se radicaliser. Finalement, le Conseil national a décidé de suivre la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats, à savoir que ces mesures s'appliqueront à partir de 12 ans, respectivement 15 ans pour l'assignation à résidence.
Le Conseil national a également débattu de plusieurs propositions de minorité visant soit à préciser la notion de personne potentiellement dangereuse, soit à limiter la durée et le prolongement des mesures policières, soit à renforcer les conditions ou à étendre les dérogations des mesures prévues. Les députés les ont toutes rejetées et en sont resté à la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats.

Au **vote sur l'ensemble**, les conseillers nationaux ont accepté le projet de loi par 111 voix contre 85 et aucune abstention. Les groupes parlementaires du centre PDC-PEV-PBD, des libéral-radical, et UDC ont soutenu le projet, tandis que les groupes parlementaires socialiste, des Verts et vert'libéral s'y sont opposés.

Lors de la session d'automne 2020, le **Conseil des Etats** s'est rallié sans opposition au projet adopté par le Conseil national. Les divergences qui restaient étaient de nature purement linguistique.

Au vote final, le Conseil national a adopté le projet par 112 voix contre 84 et aucune abstention, le Conseil des Etats a lui aussi adopté le projet par 33 voix contre 11 et aucune abstention. Les groupe socialiste, des Verts et vert'libéral dans leur ensemble ont voté contre la loi au Conseil national.

Un comité référendaire " Nein zur Präventivstrafe " réunissant les jeunes verts, les jeunes socialistes, les jeunes verts-libéraux et le parti pirate ainsi qu'un deuxième comité " Amis de la Constitution " ont lancé un référendum. Le 14 janvier 2021, les deux comités ont déposé ensemble 141 264 signatures contre la MPT à la Chancellerie fédérale, dont 3033 étaient munies d'une attestation de la qualité d'électeur. Le 3 mars 2021, la Chancellerie fédérale a déclaré, après avoir demandé aux services compétents des attestations de la qualité d'électeur pour une partie des signatures restantes, que le référendum avait formellement abouti avec 76 926 signatures valables.

Sources: Keystone-ATS / Articles de presse / Bulletin officiel / Communiqué de la Chancellerie fédérale du 03.03.2021

2. Riassunto delle deliberazioni

19.032 Misure di polizia per la lotta al terrorismo. Legge federale

Messaggio del 22 maggio 2019 concernente la legge federale sulle misure di polizia per la lotta al terrorismo (FF 2019 3935)

La polizia deve disporre di più mezzi per gestire le persone che rappresentano una minaccia di natura terroristica. La legge federale sulle misure di polizia per la lotta al terrorismo (MPT) completa, con misure di polizia preventive, gli strumenti di cui dispone la Svizzera per lottare contro questo fenomeno. Sono segnatamente previsti l'obbligo di presentarsi presso un'autorità, il divieto di lasciare oppure accedere ad aree determinate o - in casi estremi - gli arresti domiciliari. La Confederazione deve poter ordinare queste misure caso per caso, su richiesta dei Cantoni. Il Parlamento ha adottato questa legge il 25 settembre 2020. Poiché il referendum contro la legge è riuscito, il Popolo voterà su questo oggetto il 13 giugno 2021.
La minaccia terroristica in Europa resta elevata e pertanto lo stesso vale per la Svizzera. In questi ultimi anni il nostro Paese ha rafforzato il suo arsenale di strumenti per la lotta al terrorismo. A fine novembre 2017 è stato adottato il Piano d'azione nazionale, che mediante misure di prevenzione e di integrazione è volto a combattere la radicalizzazione e l'estremismo violento. Nel settembre 2018 il Consiglio federale ha licenziato all'indirizzo del Parlamento un messaggio concernente il rafforzamento del diritto penale in materia di terrorismo (18.071). Le nuove misure previste nella MPT sono un complemento a tali strumenti e sono intese a rafforzare le misure di polizia esistenti al di fuori dei procedimenti penali.

Queste misure possono essere adottate quando una persona costituisce una minaccia senza che esistano, tuttavia, indizi sufficienti per l'apertura di un procedimento penale. Possono inoltre essere applicate a scopo preventivo, dopo l'esecuzione della pena e, a seconda delle circostanze, anche durante un procedimento penale.

Tra le nuove misure sono previsti l'obbligo di presentarsi in orari predefiniti presso un posto di polizia o un'altra autorità, il divieto di lasciare il Paese e il conseguente sequestro del passaporto, il divieto di avere contatti e il cosiddetto divieto di lasciare e di accedere ad aree determinate. Quest'ultimo divieto significa che una persona non è autorizzata ad accedere a una determinata area o a lasciarla. È previsto inoltre il divieto di lasciare un immobile ("arresti domiciliari"). Questa misura va adottata come ultima ratio e richiede, oltre all'autorizzazione dell'Ufficio federale di polizia (fedpol), anche l'approvazione di un'autorità giudiziaria.

L'introduzione di una cosiddetta custodia di sicurezza per potenziali terroristi, proposta dalla Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP) nell'ambito della procedura di consultazione, è stata esaminata in modo approfondito. Si tratta, tuttavia, di una misura che non può essere attuata perché, contrariamente agli arresti domiciliari proposti, non è compatibile con la Convenzione europea dei diritti dell'uomo. Questa è la conclusione alla quale è giunta una perizia effettuata su incarico dei Cantoni.

Le misure previste dalla nuova legge federale, in particolare gli arresti domiciliari, e gli strumenti attualmente già disponibili consentono di raggiungere gli obiettivi perseguiti. Nel diritto vigente sono infatti già contemplate diverse possibilità per disporre la carcerazione o altre misure restrittive della libertà nei confronti di persone che, dopo aver scontato la loro pena, continuano a rappresentare una seria minaccia. Si tratta, ad esempio, del fermo di polizia ai sensi del diritto cantonale di polizia, del ricovero a scopo di assistenza ai sensi degli articoli 426 e seguenti del Codice civile o dell'internamento ai sensi dell'articolo 64 del Codice penale. D'intesa con la CDDGP, è quindi stato deciso di rinunciare all'introduzione della custodia di sicurezza.

Nei confronti dei potenziali terroristi oggetto di un'espulsione, deve sussistere la possibilità di ordinare una carcerazione in vista di rinvio coatto. Il diritto vigente non garantisce tuttavia tale procedura. Viene quindi creato un nuovo motivo di carcerazione per i casi in cui una persona costituisce una minaccia per la sicurezza interna o esterna della Svizzera.

Una persona straniera che, pur essendo oggetto di un'espulsione passata in giudicato, non può essere rinviata nel suo Paese d'origine, in futuro non potrà più essere ammessa provvisoriamente. Senza un'ammissione provvisoria, la persona in questione perde soprattutto la possibilità di esercitare un'attività lucrativa o di ricongiungersi con la sua famiglia. Invece dell'aiuto sociale, le verrà inoltre

concesso soltanto l'aiuto in situazioni di bisogno. Questo nuovo disciplinamento permette di garantire che i potenziali terroristi oggetto di un'espulsione ai sensi del diritto in materia di stranieri non beneficino di condizioni più favorevoli rispetto alle persone oggetto di un'espulsione ai sensi del diritto penale. Si tratta di una novità inserita nel progetto dopo la procedura di consultazione.

Per riuscire a individuare tempestivamente le reti di organizzazioni criminali, anche quelle di stampo terroristico, fedpol deve poter svolgere indagini in incognito su Internet e nei media elettronici. In questo modo vengono potenziate le possibilità di acquisire informazioni. L'estensione dei diritti d'accesso ai sistemi d'informazione della Confederazione consentirà inoltre di rafforzare anche lo scambio di informazioni tra autorità.

Fonti: messaggio del 22.05.2019 / comunicato stampa del Consiglio federale del 22.05.2019

Deliberazioni

09.12.2019	CS	Rinvio alla Commissione
09.03.2020	CS	Decisione in deroga al disegno (progetto)

Legge federale sulle misure di polizia per la lotta al terrorismo (MPT) (FF 2019 4033)

09.12.2019	CS	Rinvio alla Commissione
09.03.2020	CS	Decisione in deroga al disegno (progetto)
18.06.2020	CN	Inizio del dibattito
19.06.2020	CN	Deroga
08.09.2020	CS	Adesione
25.09.2020	CS	Adozione nella votazione finale
25.09.2020	CN	Adozione nella votazione finale

Foglio federale 2020 6795; termine di referendum: 14.01.2021

Nella sua qualità di Camera prioritaria, il **Consiglio degli Stati** ha esaminato questo oggetto nella sessione invernale 2019. È entrato in materia senza opposizioni sul disegno della MPT. Con 34 voti contro 10 ha accolto la proposta di Roberto Zanetti (S, SG) di rinviare il disegno alla Commissione, con il mandato di riesaminarlo tenendo in considerazione un corapporto della Commissione degli affari giuridici (CAG-S).

In occasione della **deliberazione di dettaglio** svoltasi durante la sessione primaverile 2020 il Consiglio degli Stati ha seguito il Consiglio federale per quanto concerne la limitazione della proroga degli arresti domiciliari a un massimo di due periodi di tre mesi, contro il parere della maggioranza della Commissione che non voleva alcuna limitazione. Ha inoltre rifiutato di seguire la proposta della maggioranza della Commissione di limitare le deroghe agli arresti domiciliari ai soli motivi di salute. La Camera alta ha inoltre deciso che fedpol deve poter concedere deroghe per gravi motivi, ossia per motivi di salute, ma anche per motivi professionali, religiosi e familiari. Vi è anche stata una discussione sull'età minima per l'applicazione delle misure; una minoranza della Commissione ha proposto 18 anni. I senatori hanno seguito il Consiglio federale e la loro Commissione su questo punto e hanno fissato l'età a 12 anni e, per gli arresti domiciliari, a 15 anni.

Nella **votazione sul complesso**, il Consiglio degli Stati ha approvato il disegno con 35 voti contro 5 e 2 astensioni.

Nella sessione estiva 2020, il **Consiglio nazionale**, **come seconda Camera**, ha deciso l'entrata in materia con 107 voti contro 84 e 1 astensione. Ha anche respinto due proposte di minoranza volte a rinviare il disegno di legge al Consiglio federale. I gruppi socialista, verde e verde liberale si sono opposti all'entrata in materia.

Durante la **deliberazione di dettaglio**, le questioni della libertà e dei diritti umani sono state al centro dei dibattiti del Consiglio nazionale per determinare fino a dove è possibile arrivare per prevenire il terrorismo. Uno dei punti centrali di questo progetto è stata la proposta della Commissione della politica di sicurezza del Consiglio nazionale (CPS-N) di introdurre una custodia di sicurezza per le persone potenzialmente pericolose. Questa proposta è stata sostenuta dal gruppo UDC e dal gruppo del Centro PPD-PEV-PBD. Secondo il relatore della Commissione Mauro Tuena (V, ZH) questa misura salva delle vite e garantire la sicurezza è un compito fondamentale dello Stato. Jean-Luc Addor (V, VS) ha aggiunto che la detenzione preventiva è giustificata in particolare alla luce degli attacchi

terroristici avvenuti all'estero, i cui autori erano già noti alla polizia. Il gruppo socialista, il gruppo dei verdi, quello dei verdi liberali nonché gran parte dei gruppi liberali-radicali si sono opposti alla proposta. Beat Flach (GL, AG), in rappresentanza della minoranza della Commissione, ha sottolineato che la detenzione preventiva è contraria alla Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU), ciò che è stato confermato dalla consigliera federale Karin Keller-Sutter. Alla fine, i deputati hanno seguito il parere del Consiglio federale e della minoranza della Commissione e hanno respinto l'introduzione della custodia di sicurezza con 113 voti contro 78 e due astensioni.

Anche l'età a partire dalla quale le misure di polizia possono essere applicate è stata ampiamente discussa. Il gruppo socialista, il gruppo dei verdi e quello dei verdi liberali hanno cercato di alzare l'età minima a 14 anni e 18 anni per gli arresti domiciliari. Secondo Léonore Porchet (G, VD) "mettere i minori agli arresti domiciliari è un errore morale e sarebbe controproducente. L'interesse dei bambini si esprime attraverso il diritto all'educazione e alla reintegrazione piuttosto che attraverso la repressione". Jacqueline de Quattro (RL, VD) ha rilevato a nome della Commissione che tali misure saranno utilizzate in modo sussidiario e proporzionato e che la Convenzione sui diritti dell'infanzia non proibisce misure preventive di polizia. La consigliera federale Keller-Sutter ha sottolineato che anche i minori possono radicalizzarsi. Il Consiglio nazionale ha infine deciso di seguire la versione del Consiglio federale e del Consiglio degli Stati, la quale prevede che queste misure si applicheranno a partire dai 12 anni, rispettivamente 15 anni per gli arresti domiciliari.

Il Consiglio nazionale ha anche discusso varie proposte di minoranza volte a precisare la definizione di persona potenzialmente pericolosa, a limitare la durata e l'estensione delle misure di polizia, a rendere più severe le condizioni o a estendere le esenzioni dalle misure previste. I deputati le hanno respinte tutte e hanno mantenuto la versione del Consiglio federale e del Consiglio degli Stati.

Nella **votazione sul complesso**, i consiglieri nazionali hanno accettato il disegno con 111 voti contro 85 e nessuna astensione. Il gruppo parlamentare del Centro PPD-PEV-PBD, quello liberale-radicali e l'UDC hanno sostenuto il disegno di legge, mentre il gruppo parlamentare socialista, quelli dei verdi e dei verdi-liberali si sono opposti.

Nella sessione autunnale del 2020, il **Consiglio degli Stati** ha approvato senza opposizione il disegno adottato dal Consiglio nazionale. Le divergenze rimanenti erano di natura puramente linguistica.

Nella votazione finale, il Consiglio nazionale ha adottato il disegno di legge con 112 voti contro 84 e nessuna astensione, mentre il Consiglio degli Stati lo ha adottato con 33 voti contro 11 e nessuna astensione. Il gruppo socialista, quello dei verdi e dei verdi-liberali hanno votato contro la legge in Consiglio nazionale.

Il comitato referendario "Nein zur Präventivstrafe", che comprende i giovani verdi, i giovani socialisti, i giovani verdi-liberali e il partito pirata, nonché il comitato "Amici della Costituzione" hanno lanciato un referendum. Il 14 gennaio 2021, i due comitati hanno presentato congiuntamente alla Cancelleria federale 141 264 firme contro la MPT, 3033 delle quali erano munite dell'attestazione del diritto di voto. Il 3 marzo 2021, la Cancelleria federale ha dichiarato, dopo aver richiesto agli uffici competenti l'attestazione del diritto di voto per una parte delle firme rimanenti, che il referendum era formalmente riuscito con 76 926 firme valide.

Fonti: Keystone-ATS / Articoli nella stampa / Bollettino ufficiale / Comunicato della Cancelleria federale del 03.03.2021

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Ständerat • Wintersession 2019 • Fünfte Sitzung • 09.12.19 • 15h15 • 19.032
Conseil des Etats • Session d'hiver 2019 • Cinquième séance • 09.12.19 • 15h15 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag Zanetti Roberto
Rückweisung der Vorlage an die Kommission
mit dem Auftrag, sie unter Einbezug eines Mitberichtes der RK-S erneut zu beraten.

Proposition Zanetti Roberto
Renvoyer le projet à la commission
avec mandat de le réexaminer en tenant compte d'un corapport de la CAJ-E.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Terrorismusbekämpfung umfasst, ich habe es vorhin ausgeführt, drei Elemente: erstens den Nachrichtendienst, zweitens die strafrechtlichen Instrumente und drittens die polizeilichen Instrumente. Sie haben soeben bei der Beratung der Vorlage 18.071 die Rückweisung eines dieser drei Elemente, des strafrechtlichen Teils, an die Kommission und die Einholung eines Mitberichtes der Kommission für Rechtsfragen beschlossen.
Ich persönlich habe, als wir diese Vorlage in der Kommission vorzeitig behandelten, den Antrag gestellt, dass die beiden

Vorlagen miteinander kombiniert werden. In der jetzigen Situation, nach Ihrem vorherigen Rückweisungsentscheid, würde ich vorschlagen, dass auch diese Vorlage, das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, abgekürzt PMT, an die Kommission zurückgewiesen wird, weil die beiden Vorlagen eine Gesamtheit bilden. Wir haben das so in der Kommission nicht besprochen. Wir haben es aber gewissermassen umgekehrt in der Kommission besprochen: Als man das eine Geschäft vorziehen wollte, hat die Kommission gesagt: Nein, wir stellen es zurück, um die Vorlagen gemeinsam behandeln zu können. Aus der Logik der Kommission muss ich jetzt also folgern, dass die Kommission die gleiche Position vertritt.
Von dem her würde ich vorschlagen, dass wir zuerst über diesen Ordnungsantrag abstimmen – ausser Sie wollen jetzt mir eine Viertelstunde lang und nachher noch der Bundesrätin zuhören. Das macht aber – das sage ich, ohne Ihnen ins Gehege kommen zu wollen – so keinen Sinn.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Das können wir nicht tun, Herr Jositsch. Damit wir eine Vorlage zurückweisen können, müssen wir vorher darauf eintreten. Deshalb müssen wir die Eintretensdebatte führen. Wir können aber auch eine Eintretensdebatte light führen.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Ich mache gerne eine Eintretensdebatte light. Aber weil wir ja dann eingetreten sind und ich dann nächstes Mal nicht wieder eine Eintretensdebatte führen kann, kann ich sie nur "halblight" führen, denn sonst hat sie nicht stattgefunden.
Darum fahre ich fort mit dem Eintretensvotum: Neben dem strafrechtlichen Instrumentarium sieht dieses Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus auch ein präventives Bekämpfungsinstrumentarium gegen Terrorismus vor. Vor der Eröffnung eines Strafverfahrens gibt es nur diese polizeilichen Instrumente, um Gefährdungen terroristischer Natur entgegentreten zu können. Das Gleiche gilt, wenn eine Gefährdung während eines Strafprozesses besteht: Sie haben dann nur die strafprozessualen Massnahmen. Es braucht allerdings dann auch wieder eine Ergänzung auf der polizeirechtlichen Seite, um einer Gefährdung entgegentreten zu können.
Die Massnahmen, die dieses Bundesgesetz vorsieht, sind subsidiärer Natur. Das heisst, sie sind gegenüber Massnahmen, die auf Gemeinde- oder Kantonsstufe ergriffen werden, nachgelagert, um auch zu zeigen, dass die Polizeihoheit selbstverständlich nach wie vor bei den Kantonen liegt und nicht angegriffen werden soll.
Der Kern der Vorlage besteht aus Massnahmen im Bereich des Bundesgesetzes über die Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit, abgekürzt BWIS. Es geht um Folgendes: erstens eine Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, die als Massnahme vorgesehen werden kann; zweitens ein Kontaktverbot; drittens die Eingrenzung auf ein bestimmtes Gebiet respektive die Ausgrenzung aus einem bestimmten Gebiet; viertens ein Ausreiseverbot bei Gefahr einer Dschihad-Reise; und schliesslich – das ist die umstrittenste Massnahme – die Eingrenzung auf eine Liegenschaft. Die Einzelheiten werden dann in der Detailberatung besprochen.
Verschiedene Anpassungen in weiteren Gesetzen wie der Ausländer- und Asylgesetzgebung im Sinne von flankierenden Massnahmen sind in der Kommission ohne Diskussion angenommen worden; auf diese werde ich in der Detailberatung nur teilweise eingehen.
Die Vorlage ist als Massnahme im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung dringend notwendig. Sie wissen, dass wir heute die Situation haben, dass das präventive Instrumentarium, mit dem Gefährdern, Terrorgefährdern, entgegengetreten werden kann, nur beschränkt vorhanden ist. Solange es nicht vorhanden ist, gibt es rechtsstaatlich nur eingeschränkte Möglichkeiten. Deshalb ist es dringend – aus meiner Sicht auch zeitlich dringend –, dass wir hier möglichst rasch das Instrumentarium erweitern.
Ihre Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen deshalb Eintreten und einstimmig Zustimmung zur Vorlage.

Zanetti Roberto (S, SO): Der juristische Überbau ist vorhin, bei der Beratung des Geschäfts 18.068, von Kollege Rieder geliefert worden; er hat allerdings bloss jene Vorlage zur Rückweisung beantragt. Nachdem nun der Kommissionssprecher und Strafrechtsprofessor Daniel Jositsch erklärt hat, wieso es Sinn macht, dass man beide Vorlagen gemeinsam behandelt, sehe ich mich ausserstande, das inhaltlich noch zu untermauern. Wenn selbst die Professoren finden, mein Antrag sei ein vernünftiger Antrag, dann sage ich besser nichts mehr, um es nicht totzuschwatzen.
Ich glaube wirklich, dass es Sinn macht, dass man die beiden Vorlagen im Paket behandelt. Deshalb beantrage ich Ihnen, in Übereinstimmung mit der Beschlussfassung beim vorherigen Rückweisungsantrag Rieder, diese in die Kommission zurückzugeben, damit diese Zwillinge gemeinsam in der Kommission vertieft und dann auch im Plenum gemeinsam behandelt werden können. Das ist eigentlich alles.

Minder Thomas (V, SH): Ich stimme dieser Vorlage zu, jedoch ohne viel Begeisterung. Sie geht in meinen Augen viel zu wenig weit. Zu glauben, Terrorgefährder, IS-Sympathisanten, IS-Rückkehrer und ähnliche Kriminelle würden sich mittels eines Meldeverfahrens, eines Rayonverbots oder Fussfesseln zähmen lassen, ist geradezu naiv. Den besten Beweis dafür lieferte der Täter von London Ende November: Er war vorbestraft, den Behörden bekannt und trug Fussfesseln. Einmal mehr liegt eine Fehleinschätzung der Behörden vor, ich komme noch detaillierter darauf zu sprechen.
Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger ist eine der zentralsten Aufgaben in einem Staat überhaupt, wenn nicht sogar die zentralste. Sicherheitspolitik ist ein fester Bestandteil der Raison d'être eines Staates. Ich muss wohl kaum an all die vielen schrecklichen Attentate in Europa in den letzten Jahren erinnern. Anscheinend hat man selbst in der Schweiz und in Bern nach wie vor Angst vor Anschlägen, ansonsten würden nicht überall und bei jedem Weihnachtsmarkt und Grossanlass diese hässlichen Betonblöcke auf der Strasse stehen.
Es gibt zwei grosse Erkenntnisse aus all diesen vielen blutigen Anschlägen in Europa. Erstens waren die meisten Kriminellen den Behörden bestens bekannt und bereits auf dem nachrichtendienstlichen Radar. Die zweite Tatsache ist: Man hat sie wegen einer falschen Einschätzung der Polizei und des Nachrichtendienstes wieder laufenlassen. Sie waren also bereits vor der Tat als Gefährder bekannt. Doch diese Gefährder wurden

zu brutalsten Kriminellen. Ich erinnere hier an das Bataclan-Attentat in Paris und an Nizza. Alleine bei diesen zwei Anschlägen verloren, zusammengenommen, über zweihundert Personen ihr Leben.
Was passiert nun in der Schweiz? Jahre später kommt man mit einem Soft-Gesetz mit dem Titel "Terrorismusgesetz" und glaubt ernsthaft, mit Rayonverbot und Hausarrest gefährliche Personen von der Gesellschaft fernhalten zu können. Für mich ist diese bundesrätliche Vorlage kein Terrorismus-, sondern ein Kuschelgesetz. Der Bundesrat und der Nachrichtendienst haben in dieser Angelegenheit schon einmal eine kapitale Fehlanalyse gemacht: jene, das befristete Al-Kaida-Gesetz auslaufen lassen zu wollen. Kaum hat es in Europa geknallt, wurde dieses Sunset-Gesetz mittels Feuerwehraktion in ein und derselben Session in ein ordentliches IS/Al-Kaida-Gesetz überführt.
Der Hausarrest mit den Fussfesseln, wie ihn der Bundesrat vorschlägt, sei noch knapp EMRK-konform, heisst es seitens des Bundesrates. Wer ist nun für die Sicherheit in unserem Land zuständig? Richter in Strassburg oder wir Bundespolitiker? Definieren mittlerweile ausländische Richter die Sicherheitspolitik in unserem Land? Sagen uns ausländische Richter, was und was nicht zwingend in ein Terrorismusgesetz gehört? Es lohnt sich an dieser Stelle, sich einmal die genauen Tatbestandsmerkmale vor Augen zu führen, die für eine Eingrenzung auf eine Liegenschaft gegeben sein müssen. Ich zitiere Artikel 23o Absatz 1 Litera a aus dem BWIS: "[...] wenn konkrete und aktuelle Anhaltspunkte bestehen, dass von ihr oder ihm eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben [...] ausgeht, die nicht anders abgewendet werden kann [...]". Diese krasse, akute Gefahr "für Leib und Leben" reicht nicht einmal

AB 2019 S 1108 / BO 2019 E 1108

für einen Hausarrest, wohlverstanden: den Pseudo-Hausarrest, welchen der Bundesrat wollte! Ich komme noch darauf zurück.
Ich staune, dass man nicht gewillt ist, einen kriminellen Gefährder, welcher eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter ist, von der Gesellschaft fernzuhalten. Auch die Definition des terroristischen Gefährders lohnt es sich in Erinnerung zu rufen: Sie finden diese in Artikel 23e Absatz 1 der Vorlage: "Als terroristische Gefährderin oder terroristischer Gefährder gilt eine Person, wenn aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden kann, dass sie oder er" – man höre und staune! – "eine terroristische Aktivität ausüben wird." Angesichts dieser vorliegenden Definition eines Gefährders und neu eines terroristischen Gefährders genügen die vier präventiven Massnahmen in diesem Gesetz wirklich nicht!
Dies ist auch der Grund, warum die KKJPD ursprünglich eine GUG wollte, und GUG steht als Abkürzung für "Gesicherte Unterbringung von Gefährdern". Das ist der Grund, warum ich diese bundesrätliche Vorlage als "Softie-Gesetz" betitle. Hand aufs Herz: Wenn Sie diese Begriffsdefinition des Gefährders und auch diese äusserst hohen Voraussetzungen für einen Hausarrest hören, würden Sie als Polizeikommandant oder als Sicherheitsvorsteherin allen Ernstes einen läppischen Hausarrest verfügen, bei welchem der betreffenden Person sogar – so wollte es der Bundesrat – trotzdem eine Erwerbstätigkeit, eine Ausbildung, die Ausübung der Glaubensfreiheit und ein Familienbesuch ermöglicht werden können?
Das ist absolut absurd! Das hat mit einem Terrorismusgesetz nichts mehr zu tun! Ein grösserer Widerspruch ist kaum mehr möglich. Wenn die Definition eines terroristischen Gefährders wirklich zutrifft – ansonsten ist er oder sie bekanntlich kein Gefährder –, dann lässt man diesen nicht mehr frei herumlaufen. Wir sind – nochmals und mit aller Deutlichkeit – nicht bereit, die wesentlichste Erkenntnis aus all den vielen Anschlägen in Europa in unsere eigene Gesetzgebung einfliessen zu lassen, nämlich jene, dass die meisten Kriminellen den Behörden vor dem Attentat bereits bekannt waren. Jeder seriöse Staat nimmt einen akuten terroristischen Gefährder aus der Gesellschaft heraus und auferlegt ihm nicht Gesprächstherapien, Rayonverbote oder einen Hausarrest, bei welchem er noch einer beruflichen Tätigkeit oder einer Weiterbildung nachgehen kann. Man lässt ihn schon gar nicht just jene Glaubensstätten besuchen, wo er womöglich überhaupt erst radikalisiert worden ist.
Es ist mittlerweile bewiesen, dass in der An-Nur-Moschee in Winterthur Personen mit dem IS-Gedankengut radikalisiert wurden. Ansonsten hätte man diese Moschee nicht geschlossen. Dieser unsägliche Artikel 23o wurde in der Kommission immerhin ein wenig korrigiert, und die völlig absurden Ausnahmen des Hausverbotes wurden gestrichen. Wie erwähnt bin ich von diesen präventiven Soft-Massnahmen nicht begeistert. Sie sind besser als gar nichts, das stimmt. Sie sind immerhin ein Instrumentarium für die Kantone, doch ich bezweifle, dass sie wirken.
Dennoch bin ich für Eintreten und bitte, den Ordnungsantrag Zanetti Roberto auf Rückweisung abzulehnen. Die beiden Vorlagen können sehr wohl getrennt behandelt werden.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Ich erlaube mir, noch einmal vor der Bundesrätin zu sprechen, weil es sich nicht geziemt, nach der Bundesrätin zu sprechen. Ich möchte mich nur ganz kurz noch deshalb

äussern, damit das vorhin Gesagte nicht einfach so stehenbleibt. Ich finde, Polemik ist auch im Ständerat zulässig und etwas Schönes, aber man sollte doch den Bereich der Fakten nicht allzu sehr verlassen.
Wenn Herr Minder nun von einem "Kuschelgesetz" und irgendwelchen präventiven Soft-Massnahmen spricht, dann ist das jetzt wirklich das Gegenteil dessen, was diese PMT-Vorlage vorsieht. Wir sind so weit gegangen, wie es rechtsstaatlich vernünftig und zulässig ist. Aber wir sind so weit gegangen. Wenn wir die Massnahme der Eingrenzung auf eine Liegenschaft betrachten, dann bedeutet das, dass wir einen Gefährder über unbestimmte Dauer mit regelmässiger Kontrolle auf einem beschränkten Gebiet eingrenzen können. Damit haben wir ein hohes Mass an Kontrolle und Sicherheit gewährleistet. Alles, was weiter geht, würde die Grenzen der Europäischen Menschenrechtskonvention sprengen. Was Herr Kollege Minder postuliert, ist nichts anderes als eine Präventivhaft. Das bedeutet, dass wir in einem Staat leben würden, in dem auf puren Verdacht hin Leute über längere Zeit in einem Gefängnis eingesperrt werden könnten. Das ist genau das, was wir nicht tun wollen. Das ist das, was Terroristen wollen: unseren Rechtsstaat aus den Fugen kippen.
Deshalb müssen wir – ich biete Hand dazu, und die Kommission tut das – sehr weitgehend für die Sicherheit unserer Bevölkerung sorgen. Aber wir dürfen nicht den Rechtsstaat über Bord kippen. Sonst verlieren wir das, was wir mit dieser Vorlage verteidigen wollen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Als ehemalige Ratspräsidentin möchte ich Ihnen nicht ins Gehege kommen, und ich werde wie vorhin auch nicht zum Rückweisungsantrag sprechen: Der Rückweisungsantrag ist Sache des Rates. Da es aber im Ablauf vorgesehen ist, werde ich gerne einige Gedanken zum Eintreten äussern und auch den Sprecher der Kommission dort, wo ich es für angezeigt halte, noch ergänzen.
Wenn wir das Instrumentarium des Fedpol, der Bundespolizei, anschauen, stellen wir fest, dass das Fedpol heute über zwei präventiv-polizeiliche Instrumente verfügt, nämlich das Einreiseverbot und die Ausweisung wegen Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit. Das Fedpol verfügt diese konsequent gegen terroristische Gefährder ohne Schweizer Staatsbürgerschaft. Ich kann Ihnen sagen: Seit 2016 wurden 331 Einreiseverbote mit Terrorbezug und 19 Ausweisungen mit Terrorbezug verhängt.
Was aber, wenn, wie im Fall von London, den Ständerat Minder zu Recht angesprochen hat, eine Person nach Verbüssung ihrer Strafe aus dem Strafvollzug entlassen wird und von dieser Person weiterhin eine Gefahr ausgeht? Das dürfte in vielen Fällen zutreffen, da haben Sie recht, Herr Ständerat Minder. Ich meine, Deradikalisierung in Ehren, wir haben keine anderen Alternativen, als mit diesen Leuten zu arbeiten. Aber es ist natürlich so, dass Sie nicht einfach von heute auf morgen eine solche Radikalisierung auslöschen können und dass auch Täter, die ihre Strafe verbüsst haben, weiterhin gefährlich sein können. Oder man kann sich fragen – das war ja in diesem Rat auch schon das Thema -: Was machen wir, wenn ausländische Gefährder wegen des Non-Refoulement-Prinzips nicht ausgeschafft werden können – es gibt ja den bekannten Fall der fünf Iraker! –, weil ihnen im Heimatland Tod oder Folter droht? Oder was, wenn es sich um Schweizer handelt, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht, die Verdachtsmomente jedoch nicht für ein Strafverfahren ausreichen?
Hierzu vielleicht auch eine Antwort an Ständerat Minder: Wir befinden uns hier ausserhalb des Strafverfahrens, wir befinden uns hier im präventiv-polizeilichen Bereich. Wir reden von Personen, die keine Straftat begangen haben, von denen man aber annimmt, dass von ihnen eine gewisse Gefährdung ausgeht. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir hier auch die Grenzen des Rechtsstaates klar beachten.
Es ist nicht so, dass es heute keine Möglichkeiten gibt. Die Kantone haben das Polizeirecht, in dem es bestimmte Haftgründe – etwa für 24 Stunden – gibt. Oder es gibt beispielsweise auch im Strafprozessrecht die Möglichkeit des Haftgrundes der Ausführungsgefahr. Es gibt Haftmöglichkeiten, aber auch Haftmöglichkeiten sind rechtsstaatlich abzustützen.
Zu dem, was Sie angesprochen haben: Es trifft zu, dass ich, als ich neu im Amt war und die Vernehmlassung abgeschlossen wurde, festgestellt habe, dass die Kantone die geschützte Unterbringung fordern. Diese bedeutet, dass man nach Verbüssung der Strafe noch einmal nach einer Möglichkeit sucht, wie solche Gefährder unterzubringen sind, sprich in eine Art Präventivhaft einzupassen sind. Wir haben dann gemeinsam – in Absprache des EJPD mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren – das Gutachten bei Professor Donatsch in Auftrag gegeben, um zu schauen, welches Instrumentarium es heute im

Strafprozessrecht gibt und ob eine solche Haft ohne tatsächliche Tat möglich wäre.
Das Gutachten kommt zu einem eindeutigen Ergebnis. Die Kantone haben deshalb auch klar darauf verzichtet, an einer solchen Forderung festzuhalten. Ständerat Jositsch hat es schon gesagt: Es ist natürlich nicht ganz unbedenklich, wenn man in einem Staat Personen, auch wenn sie eine noch so irrsinnige, schreckliche

Gesinnung haben, dann einfach nur aufgrund ihrer Gesinnung inhaftiert. Das ist schwierig. Man muss sich immer überlegen, wie es wäre, wenn ein solches Instrument in den Händen des politischen Gegners wäre. Das möchte ich mir also nicht unbedingt vorstellen müssen.
Wie gesagt haben die kantonalen Behörden heute aber insgesamt für den Umgang mit Personen wie den Gefährdern nach einer Haftentlassung oder eben mit Personen, die wegen des Non-Refoulement-Prinzips nicht weggewiesen werden können, wenig Mittel zur Verfügung. Mit den neuen polizeilichen Massnahmen soll das Instrumentarium für die Terrorismusbekämpfung gezielt ergänzt und verstärkt werden. Ergänzend sind Instrumente vorgesehen, auf welche die Kantone zurückgreifen können, wenn ihre Möglichkeiten im Umgang mit terroristischen Gefährdern ausgeschöpft sind, und zwar unabhängig davon, ob ein Strafverfahren eröffnet worden ist oder eben nicht oder ob es sich um entlassene Straftäter nach Strafverbüssung handelt.
Die Massnahmen sind subsidiär, komplementär und auch verhältnismässig. Subsidiär meint: Der Bund, konkret das Fedpol, wird auf Antrag – und nur auf Antrag! – tätig, wenn ein Kanton das angestrebte Ziel im Umgang mit einem Gefährder nicht mit anderen kantonalen Massnahmen, z. B. auch den Massnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, erreichen kann. Die Massnahmen sind komplementär, denn die polizeilichen Massnahmen ergänzen die präventiven und die integrativen Massnahmen von Kantonen und Gemeinden, und sie sind verhältnismässig, weil die kantonalen Behörden die neuen Massnahmen im Einzelfall auf eine konkrete Person ausrichten, entsprechend der von ihr ausgehenden spezifischen Gefährdung. In jedem Einzelfall wird durch die kantonalen Behörden zusammen mit dem Bund ein Case-Management geführt.
Nun noch zu den Massnahmen im Einzelnen: Um das Ausmass der Gefährdung, die von einer Person ausgeht, einschätzen und regelmässig überprüfen zu können, steht das Instrument der Gesprächsteilnahmepflicht zur Verfügung. Wenn von einer radikalisierten und als gefährlich beurteilten Person eine unmittelbare Gefährdung ausgeht, soll sie mittels Kontaktverbot von ihrem radikalisierten Umfeld – das heisst beispielsweise einer Moschee oder einem Verein – ferngehalten werden. Mit den Massnahmen Ausreiseverbot und Meldepflicht soll eine Person an der Reise in ein Konfliktgebiet gehindert und dies auch kontrolliert werden können. Schliesslich soll mit einer sogenannten Ein- und Ausgrenzung – darunter fällt dann auch der Hausarrest – der Bewegungsradius eines Gefährders eingeschränkt werden können. Als einschneidendste Massnahme kann eine Eingrenzung auf eine Liegenschaft verfügt werden, also der Hausarrest. Weiter sorgt das Gesetz dafür, dass für terroristische Gefährder, die ausgeschafft werden sollen, eine Haft angeordnet werden kann. Nach geltendem Recht ist dies nicht in jedem Fall sichergestellt. Es wird deshalb ein neuer ausländerrechtlicher Haftgrund für Fälle geschaffen, in denen von einer Person eine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz ausgeht.
Schliesslich sieht das neue Gesetz vor, dass eine rechtskräftig ausgewiesene ausländische Person, die nicht in ihr Heimatland zurückgeschafft werden kann, nicht mehr vorläufig aufgenommen wird. Heute ist es ja so, dass jemand, der nicht zurückgeschickt werden kann, je nachdem vorläufig aufgenommen wird. Ohne eine solche vorläufige Aufnahme verliert die betreffende Person die Möglichkeit, eine Erwerbstätigkeit auszuüben oder die Familie nachzuziehen. Die Sozialhilfe wird nicht mehr ausgerichtet, es wird nur noch Nothilfe gewährt. Mit dieser neuen Regelung ist sichergestellt, dass terroristische Gefährder mit einer Ausweisung nach Ausländerrecht nicht besser gestellt werden als Personen mit einer strafrechtlichen Landesverweisung.
Nun, ich habe es zu Beginn gesagt: Die Schweiz hat Instrumente zur Terrorismusbekämpfung. Es bestehen aber auch Situationen, in denen die Kantone mit den heute verfügbaren Instrumenten an ihre Grenzen stossen. Das Instrumentarium muss also sinnvoll ergänzt und verstärkt werden. Mit den polizeilichen Massnahmen tun wir genau das. Sie zielen beispielsweise auf die Phase nach dem Strafvollzug.
Die Massnahmen stehen im Einklang mit der Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung. Wir geben den Kantonen also die Instrumente in die Hand, die ihnen im Umgang mit terroristischen Gefährdern heute fehlen, und das immer mit dem Ziel, mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung und unser Land zu schaffen.
Ich bitte Sie, auf diese Vorlage einzutreten.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag Zanetti Roberto ab.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Zanetti Roberto ... 34 Stimmen
Dagegen ... 10 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Auch dieses Geschäft geht somit zurück an die Kommission.

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Ständerat • Frühjahrssession 2020 • Fünfte Sitzung • 09.03.20 • 15h15 • 19.032
Conseil des Etats • Session de printemps 2020 • Cinquième séance • 09.03.20 • 15h15 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wir sind auch hier am 9. Dezember 2019 auf die Vorlage eingetreten. Sie haben die Vorlage dann ebenfalls an die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, sie unter Einbezug eines Mitberichtes der Kommission für Rechtsfragen erneut zu beraten. Wir führen zuerst eine allgemeine Diskussion.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Bei diesem Geschäft gilt das Gleiche wie beim gerade beratenen Geschäft. Wir sind in der Wintersession 2019 auf das Geschäft eingetreten. In der Folge hat eine Rückweisung an die SiK stattgefunden, mit der Auflage, einen Mitbericht der RK-S zu berücksichtigen. Der Bericht der RK-S ist erfolgt, die SiK-S hat das Geschäft erneut beraten, und es liegt nun zur Detailberatung vor. Was die Beratung betrifft, so gibt es im Prinzip zwei Punkte, bei denen Minderheiten bestehen und damit Diskussionsbedarf. Der eine ist die Massnahme der Eingrenzung auf eine Liegenschaft, der andere ist die Altersgrenze für die Massnahmen, die in diesem Gesetz vorgesehen sind. Das sind die beiden wesentlichen Punkte. Beim Rest hat die SiK grundsätzlich das Konzept des Bundesrates übernommen. Soweit mir bekannt ist, liegen dazu weder weitere Minderheitsanträge noch Einzelanträge vor.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Frau Bundesrätin Keller-Sutter verzichtet auf das Wort.

AB 2020 S 84 / BO 2020 E 84

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung; Ziff. 1 Ingress; Art. 2 Abs. 2 Bst. dbis; Art. 6 Abs. 2; Gliederungstitel vor Art. 22; Art. 23d; Gliederungstitel vor Art. 23e
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule; ch. I introduction; ch. 1 préambule; art. 2 al. 2 let. dbis; art. 6 al. 2; titre précédant l'art. 22; art. 23d; titre précédant l'art. 23e
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23e
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 23e
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Bei Artikel 23e gibt es keinen Minderheitsantrag und keinen Einzelantrag, aber es scheint mir mit Blick auf die weitere Diskussion zweckmässig, dass wir kurz auf diesen wichtigen Artikel eingehen.
Artikel 23e definiert die Begriffe und damit eben insbesondere den Begriff des terroristischen Gefährders respektive der terroristischen Gefährderin. Und zwar wird festgelegt, dass es sich um eine Person handeln muss, bei der aufgrund der konkreten und aktuellen Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie oder er eine terroristische Aktivität ausüben wird.
Warum ist das wichtig? Wir befinden uns mit der ganzen Vorlage beim Vorstadium terroristischer Aktivität. Das heisst, wir sind noch nicht beim Strafrecht – das Strafrecht haben wir vorhin beraten –, sondern wir sind hier bei der Ebene der Polizei, bei der es darum geht, präventiv gegen entsprechende Gefährder vorzugehen. Deshalb ist auch wichtig, dass dieser Gefährdungsbegriff klar definiert wird. Hier wird eben festgelegt, dass nicht jeder Verdacht genügt, um eine Person als Gefährder einzustufen, sondern dass es konkrete und aktuelle Anhaltspunkte geben muss. Damit wird eben auch die Verpflichtung festgelegt, dass hier konkrete Verdachtsmomente ermittelt werden müssen, damit das ganze Instrumentarium, das hier gegen Gefährder zur Verfügung gestellt wird, überhaupt zum Einsatz kommt.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23f
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 23f
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Kurz zu Artikel 23f: Auch das scheint mir wichtig zu sein, weil hier das Prinzip der Subsidiarität festgelegt wird. Es wird also klar festgehalten, dass Massnahmen gemäss diesem Gesetz nur möglich sind, wenn Massnahmen auf Ebene Gemeinde und Kanton nicht zur Verfügung stehen und auch keine Massnahmen therapeutischer Natur respektive solche des Zivilrechts und des Strafrechts. Damit ist eigentlich klar, dass das der letzte Einsatzbereich ist, der überhaupt zur Verfügung steht, und dass diese Massnahmen nur nachgelagert zur Anwendung gelangen können.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23g-23j, 23l-23n
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 23g-23j, 23l-23n
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wir behandeln Artikel 23k später gemeinsam mit Artikel 24f. – Sie sind damit einverstanden.

Ziff. 1 Art. 23o
Antrag der Mehrheit
Abs. 1, 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
Das Fedpol kann nach Anhörung der beteiligten Behörden aus wichtigen Gründen Ausnahmen von der Eingrenzung bewilligen, namentlich aus medizinischen Gründen.
Abs. 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 5
Die Dauer der Massnahme ist auf drei Monate begrenzt. Sie kann um jeweils maximal drei Monate verlängert werden.

Antrag der Minderheit
(Sommaruga Carlo, Français, Gmür-Schönenberger, Juillard, Vara, Zopfi)
Abs. 1 Bst. b
b. sie oder er gegen eine oder mehrere gestützt auf die Artikel 23k bis 23n angeordnete Massnahmen verstossen hat und nicht davon auszugehen ist, dass sie oder er sich künftig daran halten wird.

Antrag der Minderheit
(Dittli, Français, Juillard, Sommaruga Carlo, Vara, Zopfi)
Abs. 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Juillard, Gmür-Schönenberger, Häberli-Koller, Sommaruga Carlo, Vara, Zopfi)
Abs. 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 23o
Proposition de la majorité
Al. 1, 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
Après avoir consulté les autorités impliquées, le Fedpol peut accorder des dérogations à l'assignation pour de justes motifs, notamment pour des raisons de santé.
Al. 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 5
La durée de la mesure est limitée à trois mois. Elle peut être prolongée par tranches de trois mois au plus.

Proposition de la minorité
(Sommaruga Carlo, Français, Gmür-Schönenberger, Juillard, Vara, Zopfi)
Al. 1 let. b
b. si une plusieurs des mesures ordonnées en vertu de articles 23k à 23n ont été violées et s'il n'y a pas lieu de penser qu'il les respectera à l'avenir.

AB 2020 S 85 / BO 2020 E 85

Proposition de la minorité
(Dittli, Français, Juillard, Sommaruga Carlo, Vara, Zopfi)
Al. 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Juillard, Gmür-Schönenberger, Häberli-Koller, Sommaruga Carlo, Vara, Zopfi)
Al. 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Juillard Charles (M-CEB, JU): Si vous le permettez, Monsieur le président, j'ai déjà une remarque à formuler concernant le titre de l'article 23o, à savoir "assignation à une propriété: principes".
J'avais signalé en commission que la notion de propriété était à mon avis peu heureuse, voire inadaptée. En effet, la propriété est une notion juridique bien définie, qui fait en particulier référence à un bien, à un objet, ou à une résidence dont la personne concernée est propriétaire au sens des droits réels. Je propose ici de retenir plutôt la notion d'"assignation à résidence", aussi connue du droit suisse, notamment à l'article 237 alinéa 2 du code de procédure pénale, à l'article 74 de la loi sur les étrangers et l'intégration ou encore à l'article 24a alinéa 1 deuxième phrase de la loi sur l'asile.
N'étant pas encore très rompu aux procédures parlementaires fédérales, j'ignore si je dois faire une proposition formelle ou si la commission va reparler de cet objet, ou encore si la commission de rédaction va s'en charger. Dans tous les cas, je propose que le mot "propriété" soit remplacé par "résidence" dans le titre ainsi qu'aux alinéas 1 et 2 lettre b de l'article 23o et dans le titre ainsi qu'à l'alinéa 5 de l'article 23p. A vérifier si ce changement ne doit pas être apporté ailleurs.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Lieber Kollege Juillard, eigentlich können wir ohne einen schriftlichen Antrag nicht entscheiden. Es handelt sich aber lediglich um eine redaktionelle Frage. Wir geben diese Fragestellung weiter an die Redaktionskommission. Wenn Sie einen politischen Entscheid wünschen, dann müssen Sie versuchen, in der Beratung im Zweitrat entsprechend zu intervenieren. – Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Bei Artikel 23o geht es grundsätzlich um die am weitesten reichende Massnahme, die in diesem Gesetz vorgesehen ist, und entsprechend auch um jene, die am meisten zu Diskussionen Anlass gibt, nämlich die Eingrenzung auf eine Liegenschaft. Es geht also darum, dass verboten werden soll, eine Liegenschaft zu verlassen. Damit sind wir natürlich sehr nahe bei einer Präventivhaft. Deshalb ist es wichtig, dass die Grenzen richtig gesetzt werden. Die Voraussetzungen, die im Gesetz vorgesehen werden, damit eine entsprechende Eingrenzung vorgenommen werden kann, sind, dass konkrete und aktuelle Anhaltspunkte für eine Gefährdung für Leib und Leben vorliegen und dass keine andere Massnahme möglich ist. Kumulativ muss zudem gegen andere Massnahmen, die nach diesem Gesetz vorgesehen sind, verstossen worden sein. Auch hier kommt diese Massnahme also nur als letzte dazu.
Die Minderheit Sommaruga Carlo beantragt nun bei Absatz 1 Buchstabe b, dass zusätzlich noch eine ungünstige Prognose mit Bezug auf die zukünftige Einstufung der Person, die hier zur Diskussion steht, gestellt wird. Nach meinen Dafürhalten stellt sich einfach die Frage, was damit erreicht werden soll: Sie brauchen sowieso konkrete und aktuelle Anhaltspunkte mit Bezug auf eine Gefährlichkeit des Täters, die Gefährlichkeit muss also bereits festgestellt werden. Jetzt zusätzlich noch eine ungünstige Prognose zu verlangen, scheint mir daher wenig Sinn zu machen.
Deshalb ist die Mehrheit der SiK-S der Meinung, man könne auf diesen Zusatz verzichten. Die Mehrheit kam aber denkbar knapp zustande, da mit 6 zu 6 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten entschieden worden ist.

Sommaruga Carlo (S, GE): Je suis aujourd'hui en quelque sorte le rapporteur informel de la Commission des affaires juridiques, puisque la proposition de minorité que je défends a été soutenue par une claire majorité à la Commission des affaires juridiques, à savoir par 10 voix contre 1. Cela montre donc qu'il y a vraiment une préoccupation en ce qui concerne l'application de cette mesure.
Je rappelle un élément important. Dans le dispositif des mesures policières de lutte contre le terrorisme, nous

avons un enchaînement de mesures toujours plus fortes: d'abord, il y a l'obligation d'un entretien; ensuite, une interdiction de contact avec une personne ou des personnes; ensuite, l'interdiction de quitter le territoire; enfin, l'assignation à résidence – pour faire plaisir à notre collègue Juillard.
L'assignation à résidence est une mesure appliquée en ultime recours, et cela a été bien expliqué par le rapporteur. Il faut des conditions cumulatives. Cependant, l'alinéa 1 lettre b est ainsi rédigé que, dès qu'il y a une violation objective des mesures précédentes, même sans intention, on se trouve dans la nécessité de prononcer une assignation à une propriété. C'est le cas par exemple si quelqu'un a une interdiction géographique et si, par inadvertance, il viole cette interdiction, mais sans avoir vraiment l'intention d'adopter une attitude criminelle, ni de préparer un acte terroriste. De même, si par hasard il croise une personne avec laquelle il a une interdiction de contact, on se trouve de nouveau dans une situation où il faut passer au stade supérieur.
Il y a une espèce d'automatisme qui se met en place et qu'il faudrait éviter. C'est pourquoi cette proposition est faite, à savoir rajouter l'intention de la personne. Il s'agit de savoir si effectivement la personne a une attitude laissant penser qu'elle ne va pas respecter les injonctions relatives à l'interdiction de contact ou à l'interdiction géographique, parce que c'est là qu'on aura le plus de problèmes.
Dès lors, pour éviter une espèce de situation causale automatique, je vous prie de soutenir ma proposition de minorité qui, comme je vous l'ai dit, est aussi celle de la majorité de la Commission des affaires juridiques.

Burkart Thierry (RL, AG): Bei diesem Absatz und insbesondere bei den Literae a und b geht es ja um die Voraussetzung dafür, wann ein Gefährder in einer Liegenschaft eingegrenzt werden kann. Es ist völlig unbestritten, dass wir diese Norm so gestalten möchten, damit sie mit Artikel 5 Ziffer 1 Buchstabe b EMRK in Einklang steht. Das schliesst ja schon einmal aus, dass der Freiheitsentzug pauschal zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit angeordnet werden kann bzw., damit sich eine Person in genereller Weise an allgemeine gesetzliche Regeln zum Schutz von Sicherheit und Ordnung hält. Sie ist aber zulässig zur Erzwingung der Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung. Diese gesetzlichen Verpflichtungen haben ihre Grundlage in Buchstabe b dieses Absatzes, über den wir ja eben gerade diskutieren. Die Voraussetzungen sind bereits eng gefasst und streng.
Der Antrag der Minderheit, um dessen Ablehnung ich Sie bitte, ist aus meiner Sicht sinnlos, um es so direkt zu sagen. Weshalb? Er möchte, dass dem Gefährder noch die Prognose gestellt werden müsste, dass er sich künftig nicht an die Massnahmen halten werde. Nun, wir wissen, dass es zwei Aspekte der Prognose gibt: einerseits, in die Zukunft zu blicken; da wissen wir – wie heisst es so schön? –, dass Prognosen schwer sind, insbesondere dann, wenn sie die Zukunft betreffen. Den entsprechenden Behörden fehlt nun mal einfach die Möglichkeit, wirklich in die Zukunft zu schauen. Was tut man also? Das ist der andere Aspekt der Prognose – was tut man? Man blickt in die Vergangenheit. Aufgrund des Verhaltens in der Vergangenheit stellt man die Prognose dann für die Zukunft.
Nun, wenn man das machen will und so machen wird, dann muss ich Ihnen einfach sagen, dass das Anliegen der Minderheit bereits in Litera b gemäss Entwurf des Bundesrates enthalten ist. Denn dort steht ja ganz klar: "[...] sie oder er gegen eine oder mehrere gestützt auf die Artikel 23k bis 23n angeordnete Massnahmen verstossen hat." Das ist also eine Voraussetzung. Da ist daran zu erinnern, dass die Artikel 23k bis 23n, die ich eben genannt habe, bereits mildere Massnahmen sind, die vorher angeordnet werden mussten, weil der Gefährder bereits schon gegen diese milderen

AB 2020 S 86 / BO 2020 E 86

angeordneten Massnahmen verstossen hatte. Es wurde vorhin definiert, was ein Gefährder ist. Dafür sind die Hürden auch relativ hoch. Das ergibt dann die Prognose für die Zukunft. In diesem Sinne ist der Antrag der Minderheit eigentlich schon fast doppelt gemoppelt und darum sinnlos.
Daher bitte ich Sie um Ablehnung der Minderheit bzw. Unterstützung der Mehrheit.

Caroni Andrea (RL, AR): Noch ein kurzer Gedanke zu diesem Punkt, der mir auch im Mitbericht der Kommission für Rechtsfragen sehr wichtig war: Wesentlich zu sehen ist ja, dass diese strenge und präventive Massnahme im Licht der EMRK nicht einfach allgemeine Präventivhaft sein darf, um Gefahren abzuwehren. Wie wir im Gutachten von Herrn Professor Donatsch gelesen haben, darf diese präventive Haft nur dazu dienen, eine bestehende andere Pflicht durchzusetzen. Ich sehe sie also als etwas wie eine Beugehaft. Es ist nun wichtig, das hier festzunageln, damit die Massnahme nicht aus nichtigem Anlass plötzlich zur allgemeinen Gefahrenabwehr und Präventivhaft wird. Die zusätzliche Formulierung will genau das.
Man könnte sich nun, geschätzter Kollege Burkart, schon die Situation vorstellen, dass jemand Artikel 23o Absatz 1 Buchstabe b erfüllt – er hat vielleicht einmal eine Gesprächspflicht verletzt – und dass wir dennoch

ziemlich sicher sind, dass er dies in Zukunft nicht mehr tun wird. In diesen Fällen, würde ich sagen, darf die Beugehaft nicht mehr greifen; quasi eine allgemeine präventive Gefahrenhaft sollten wir nicht einführen. Wenn also jemand die Gesprächspflicht einmal verletzt hat, wir aber klare Indizien haben, dass er dies künftig nicht mehr tun wird – er hat eingesehen, dass er zum Gespräch gehen muss, oder vielleicht ist er dann sogar zum zweiten oder dritten Gespräch gegangen –, dann gibt es keinen Anlass mehr für eine Beugehaft. Dies würde diese Formulierung festhalten: Die Behörden müssten immer schauen, ob die ursprüngliche Pflicht nachträglich erfüllt wurde. Dann sollten wir auf dieses scharfe Instrument verzichten.
Daher bitte ich Sie, der Minderheit Sommaruga Carlo zu folgen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Eigentlich hat Ständerat Burkart schon fast alles gesagt. Ich möchte mich seinem Votum anschliessen und möchte Sie bitten, der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen, denn in Artikel 23o Absatz 1 werden die Voraussetzungen geregelt, unter denen ein Hausarrest angeordnet werden kann. Das ist keine Beugehaft. Eine Beugehaft dient dazu, eine Aussage oder ein Verhalten zu erzwingen. Hier geht es darum, dass man eine Person auf eine Liegenschaft eingrenzt. Das ist, je nach Ort, an dem sich diese Person befindet, auch schöner als Haft. Absatz 1 Buchstabe a sieht vor, dass für diese Eingrenzung irgendeine terroristische Gefährdung nicht ausreicht. Vielmehr muss es sich um "eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter" handeln.
Il ne suffit pas de rencontrer quelqu'un par hasard, de lui dire bonjour, de lui serrer la main – peut-être pas maintenant, mais une fois que le coronavirus aura terminé ses ravages –, mais il faut qu'il y ait vraiment un danger réel, et cela concerne des délits graves.
In Buchstabe b wird vorausgesetzt, dass der terroristische Gefährder bereits gegen eine andere Massnahme verstossen hat. Es ist dieses Kaskadensystem, das wir haben, und jetzt möchte eben eine Minderheit Ihrer Kommission nicht nur diesen Verstoss als Voraussetzung für die Eingrenzung auf eine Liegenschaft haben, sondern man muss auch noch davon ausgehen, dass sich der Betroffene künftig nicht an die Massnahme aus diesem Gesetz, also die PMT-Massnahme, halten wird. Also, da müsste man ja wahrscheinlich faktisch ein Gutachten machen, um sicher zu sein, wie das Verhalten einer solchen Person in der Zukunft ausfallen wird.
Der Bundesrat ist auch der Meinung, dass diese Ergänzung keinen Mehrwert bringt, nachdem in Artikel 23o Absatz 1 Buchstabe a heute bereits der Grundsatz festgelegt wird, dass keine andere Massnahme zur Verfügung stehen darf, um die Gefährdung abzuwehren. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass man bei einem einmaligen Ausrutscher, beispielsweise ohne Wiederholungsgefahr, einfach sofort unter Hausarrest gestellt wird. Das wird nicht der Fall sein. Damit wird insbesondere auch genügend deutlich, dass der Hausarrest immer nur die Durchsetzung einer gesetzlichen Pflicht beziehungsweise einer angeordneten, aber nicht wirkungsvollen PMT-Massnahme bezwecken darf. Das ist wichtig – das wurde auch gesagt –, um der EMRK Genüge zu tun, Professor Donatsch hat ja hierzu ein entsprechendes Gutachten verfasst.
Ich möchte Sie bitten, hier der Mehrheit zu folgen.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Bei Absatz 3 haben wir eine Minderheit, und wir hatten auch wieder ein sehr knappes Abstimmungsergebnis. Es handelt sich tatsächlich um eine zentrale Bestimmung dieser ganzen Vorlage, würde ich sagen, insbesondere bei dieser Massnahme, die, wie wir gesagt haben, sehr weit geht – es ist die am weitesten gehende Massnahme. Wir müssen uns nun einfach darüber im Klaren sein, was wir wollen, was das Ziel dieser Bestimmung ist und weshalb wir auch sehr weit gehen: Wir wollen in bestimmten Ausnahmefällen, wo wir es mit gefährlichen Gefährdern zu tun haben – also mit Leuten, die wir noch nicht wegen strafrechtlicher Verstösse einsperren können, die aber trotzdem gefährlich sind –, diese zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit in einer Liegenschaft festhalten können. Wir wollen ihren Bewegungsspielraum eingrenzen. Das Ziel dieser Massnahme ist es, sie zu kontrollieren, zu wissen, wo sie sind, zu garantieren, dass sie nicht einfach davonspazieren; sie befinden sich aber nicht in Präventivhaft.
Deshalb ist es wichtig, dass man die Ausnahmen klar regelt. Hier bei Absatz 3 geht es nun darum, wie weit die Bewegungsfreiheit geht. Der Bundesrat sieht vor, dass bei einer Eingrenzung Ausnahmen zu bewilligen sind, aus medizinischen Gründen, zu Erwerbs- und Bildungszwecken, zur Ausübung der Glaubensfreiheit oder zur Wahrnehmung von familiären Verpflichtungen. Aus all diesen Gründen soll man sich frei bewegen können. Das geht der Mehrheit zu weit. Die Mehrheit möchte die Ausnahmen auf blosse medizinische Gründe eingrenzen. Alle anderen Gründe – Beruf, Ausbildung, Ausübung religiöser Freiheit – sollen ausgeschlossen werden.
Nun, ich vertrete zwar die Mehrheit, muss allerdings darauf hinweisen, dass im erwähnten Gutachten von Professor Donatsch der Hinweis gemacht wird, dass wir damit unter Umständen ein Problem mit der Europäischen Menschenrechtskonvention bekommen. Entsprechend hat auch die Kommission für Rechtsfragen in ihrem Mitbericht den Antrag gestellt, dass man hier auf das Konzept des Bundesrates einschwenkt. Es stehen

also hier diese beiden Konzepte zur Diskussion: das Konzept der Mehrheit, die mehr Sicherheit will und deshalb zweifellos aus gutem Willen sagt, sie wolle die Leute möglichst eingrenzen und deshalb nur medizinische Gründe als Ausnahme vorsehen, und das Konzept der starken Minderheit, des Bundesrates und der RK-S, die sagen: Nein, wir müssen hier mehr zulassen.
Das Stimmenverhältnis war ganz knapp, 7 zu 6 Stimmen, deshalb musste ich das auch etwas ausgewogen darlegen. Wie gesagt, die Mehrheit möchte am einschränkenden Konzept festhalten, zugunsten von mehr Sicherheit, würde ich einmal sagen.
Deshalb empfehle ich Ihnen im Namen der Kommission, nämlich mit dem knappen Resultat von 7 zu 6 Stimmen, hier bei der Mehrheit zu bleiben.

Dittli Josef (RL, UR): Der Kommissionssprecher hat schon einiges Wesentliches gesagt. Ich versuche, das Gesagte möglichst nicht zu wiederholen, und kann Ihnen einfach sagen, dass es aus Sicht der Minderheit falsch ist, hier diese Ausnahmen von der Eingrenzung, wie das die Kommissionsmehrheit will, über die möglicherweise EMRK-problematischen Bereiche hinweg einzuschränken.
Mit dem vorgesehenen Hausarrest gehen wir sehr weit. Mit der Massnahme des Hausarrests bewegen wir uns im präventiven Bereich. Die Person hat noch keine Straftat begangen. Mit einer so scharfen Massnahme wie dem Hausarrest wird man der Tatsache gerecht, dass es konkrete und

AB 2020 S 87 / BO 2020 E 87

aktuelle Anhaltspunkte für die terroristische Gefährdung durch eine Person gibt. Wenn es nun darum geht, die Möglichkeit von Ausnahmen zu definieren, ist aber auch das Verhältnismässigkeitsprinzip zu beachten. Für die betroffene Person sollen dabei EMRK-konforme Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das vom EJPD und von der KKJPD in Auftrag gegebene Rechtsgutachten von Professor Donatsch zum Thema "Umgang mit gefährlichen Personen" zeigt auf, dass deshalb eine möglichst einzelfallgerechte Lösung zur Erfüllung der Anforderungen der EMRK notwendig ist. Dies erfordert, dass die Kontakte zur Aussenwelt und das soziale Leben nur so weit eingeschränkt werden dürfen, wie dies zur Durchführung der Massnahme zwingend erforderlich ist. Der Antrag der Kommissionsmehrheit führt zu weit und würde den Anforderungen der EMRK wohl nicht genügen.
Es ist auch zu berücksichtigen, dass es sich hier um eine Kann-Bestimmung handelt. Es besteht kein Anspruch auf bestimmte Ausnahmen. Die Behörde muss keine Ausnahmen bewilligen; sie kann solche gewähren, aber auch nur aus wichtigen Gründen. Insofern besteht nicht die Gefahr, dass man beispielsweise einen Hassprediger in die Moschee gehen lassen muss.
Die Kommissionsminderheit und der Bundesrat raten dringend davon ab, den Antrag der Kommissionsmehrheit zu unterstützen, denn dadurch käme die Massnahme einer Haftsituation sehr nahe. Wir würden uns sehr angreifbar machen.
Es gibt zwar noch keine gerichtlichen Entscheide zu präventiv-polizeilichen Massnahmen, die in Richtung Hausarrest gehen. Möglichst einzelfallgerechte Anordnungen, wie sie nach dem Entwurf des Bundesrates eben möglich wären, sind aber die Voraussetzung, dass so eine Anordnung einer gerichtlichen Überprüfung standhalten würde. Der Ermessensspielraum der anordnenden Behörde wird dabei eingehalten.
Ich empfehle Ihnen im Namen der Minderheit, hier dem Bundesrat zu folgen.

Burkart Thierry (RL, AG): Vergegenwärtigen wir uns zunächst einmal, über wen wir sprechen: Wir sprechen über einen sogenannten terroristischen Gefährder, der in Artikel 23e als eine Person umschrieben ist, bei der "aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie oder er eine terroristische Aktivität ausüben wird". Das ist einmal die Person, über die wir reden.
Dann reden wir über die Eingrenzung auf eine Liegenschaft. Wir haben das vorhin relativ ausführlich diskutiert, aber ganz kurz zur Wiederholung: Die Voraussetzungen dafür sind sehr, sehr hoch. Unter anderem muss ein konkreter und aktueller Anhaltspunkt vorhanden sein, dass von ihr oder von ihm, also der terroristischen Gefährderin oder dem terroristischen Gefährder, eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter ausgeht, die nicht anders abgewendet werden kann. Wir sprechen also zuerst einmal abstrakt von einer gefährlichen Person – und dann noch von einer Person, die konkret gefährlich ist, bei der also ein konkreter Anhaltspunkt besteht, dass Gefahr von ihr ausgeht. Dann müssen zusätzlich, damit die Person eingegrenzt werden kann, vorher Massnahmen angeordnet worden sein, die milder sind und gegen die sie verstossen hat. Die Anforderungen sind also sehr, sehr hoch.
Da müssen wir doch einmal ehrlicherweise auch sagen: Das macht man ja nur, um die Öffentlichkeit zu schützen und um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Um das geht es hier. Wenn diese Person konkret

gefährlich ist, dann müssen wir doch die Möglichkeiten, sie von dieser Massnahme zu entlassen oder vorübergehend zu entlassen, sehr gering halten. Es macht doch, um etwas pointiert zu sein, keinen Sinn, wenn man dieser Person den Gang in die Öffentlichkeit ermöglicht, weil sie zur Arbeit gehen will, nicht zuhause beten möchte oder den kranken Vater besuchen möchte. Das sind ja alles Dinge, die ich den Menschen gerne zugestehe. Aber das ist ein gefährlicher Mensch, das ist ein terroristischer Gefährder gemäss Gesetz, von dem noch eine konkrete Gefahr ausgeht.
Nun wird gesagt, das sei nicht EMRK-konform. Das ist aber eine Einschätzung, eine Einschätzung eines Gutachtens. Das mag so sein, es kann aber auch sein, dass es durchaus EMRK-konform ist. Wer beurteilt, ob es EMRK-konform ist oder nicht? Das sind die Gerichte, und es ist auch richtig so, dass das Gerichte beurteilen sollen. Wenn die Gerichte, würden wir heute gemäss Mehrheit entscheiden, zum Urteil kommen, dass es nicht EMRK-konform ist – ja, was ist dann? Dann haben sich die Behörden daran zu halten und entsprechend natürlich nicht dieses Gesetz, sondern den Richterspruch anzuwenden. Wenn es aber vielleicht auch so sein könnte, dass die Gerichte sagen, es sei EMRK-konform, dann haben wir etwas gegen terroristische Gefährder getan.
Nur noch eine letzte Bemerkung: Eine Kann-Formulierung heisst nicht, dass die Behörden einfach willkürlich entscheiden können. Es gibt auch bei Kann-Formulierungen einen Rechtsanspruch. Das bitte ich Sie einfach bei der Beurteilung, ob Sie hier der Mehrheit oder der Minderheit folgen, mit einzubeziehen.
Ich beantrage Ihnen, der Mehrheit zu folgen.

Sommaruga Carlo (S, GE): Je vous invite à suivre le Conseil fédéral et, donc, la minorité Dittli.
D'abord, j'aimerais souligner que, d'un point de vue purement rédactionnel et logique, la proposition de la majorité n'amène strictement rien. Pourquoi n'amène-t-elle rien? Parce qu'il y a dans l'article qui est proposé le mot "notamment". C'est donc dire qu'on peut obtenir des dérogations pour des raisons de santé, mais aussi pour d'autres raisons. Dans la version de la majorité, il n'y a pas d'indication sur ce que peuvent être ces autres raisons. Le Conseil fédéral propose une formulation similaire, mais dans laquelle il précise que cela peut être des raisons de santé, de profession, de formation, de liberté de croyance et de famille. Donc, au-delà des arguments qui sont liés à la Convention européenne des droits de l'homme et qui ont été développés de manière excellente par notre collègue Dittli, il y a aussi le fait que, du point de vue rédactionnel, la portée de la proposition de la majorité ne change rien et qu'elle est moins précise.
D'autre part, j'aimerais vous donner un exemple qui montre que si on devait interpréter la proposition de la majorité dans le sens qui a été donné par notre collègue Burkart, à savoir que des dérogations peuvent être accordées essentiellement pour des raisons de santé, cela pose un certain nombre de problèmes. L'article 23o, selon la conception du Conseil fédéral, permet de prononcer une assignation à domicile pour une période de trois mois, qu'on peut renouveler pour une durée maximale de neuf mois. Avec la proposition de la majorité, en présence d'un terroriste potentiel – je rappelle que ce n'est pas encore un terroriste, mais un terroriste potentiel – qui est assigné à résidence, s'il est un étudiant et qu'il a des examens à passer, alors, pendant neuf mois, il ne pourra pas les passer. Or, on peut tout à fait concevoir une dérogation pour aller passer des examens, justement dans l'objectif – qui a été signalé plus tôt – d'une réintégration future dans la société, de le faire revenir à de meilleurs sentiments, de le pousser à adopter une autre vision du monde, à intégrer notre conception du monde et à renoncer à toute velléité d'acte terroriste.
Mais rien n'indique dans la loi qu'il faut simplement laisser libre ce monsieur ou cette dame d'aller se promener à travers la ville pour aller à l'examen universitaire. Il peut être tout simplement accompagné par quelqu'un. Il n'est donc pas assigné, à ce moment-là, à résidence, mais il peut quitter sa résidence pour aller à cet examen, par exemple. De même, il peut y avoir des raisons de famille, un enterrement, par exemple, qui est important pour la vie d'une famille, qui justifie une dérogation. La personne qui est assignée à résidence peut être présente, mais accompagnée, pour qu'il n'y ait pas de fuite, par hypothèse.
J'aimerais dire que, dans le cas de raisons de santé, il s'agit d'aller voir un médecin, et donc, à ce moment-là, également d'accompagner quelqu'un pour aller voir un médecin, puisqu'il s'agirait d'une dérogation à l'assignation à résidence. S'il s'agit de quelqu'un qui doit aller à l'hôpital, cela ne pose aucun problème, puisqu'on peut, en vertu de l'article 23o alinéa 2, non seulement avoir une assignation à résidence dans la résidence habituelle, mais aussi dans un

établissement pour recevoir des soins. Donc, on modifie simplement le lieu de l'assignation à résidence.
Ces sorties qui sont convenues me paraissent importantes et contribuent à ramener la personne, de mon point de vue, à de meilleurs sentiments, plutôt que d'accroître sa frustration qui peut alimenter sa vision destructrice

et terroriste du monde.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, hier der Minderheit zu folgen. Die Streichungen, die die Mehrheit Ihrer Kommission vorschlägt, sind aus rechtsstaatlicher Sicht problematisch. Das EJPD und die KKJPD haben im Frühjahr bei Professor Donatsch ein Gutachten in Auftrag gegeben. Professor Donatsch ist zum Schluss gekommen, dass der Bundesrat bei der Ausgestaltung dieses Hausarrests, dieser Eingrenzung, seinen Handlungsspielraum ausschöpft.
Die gesetzliche Grundlage muss genügend Spielraum geben, um einzelfallgerechte Lösungen vorzusehen. Mit der jetzt vorgesehenen Ausnahmeregelung bleibt nach Auffassung des Bundesrates genügend Spielraum, um den Hausarrest auch EMRK-konform handhaben zu können. Sie steht zudem im Einklang mit dem in Absatz 4 genannten Grundsatz, wonach der Hausarrest die Kontakte zur Aussenwelt und das soziale Leben nicht unnötig beschränken darf. Ausserdem muss man auch bedenken, dass die Eingrenzung auf eine Liegenschaft nicht allein in Bezug auf die Wohnung des Betroffenen ausgesprochen werden kann, sondern aus verschiedenen Gründen auf eine vom Kanton bezeichnete Liegenschaft oder Einrichtung. Es kann also beispielsweise auch ein Jugendheim sein oder eine andere Einrichtung. In diesen Fällen kann die Ausnahme zur Wahrnehmung familiärer Verpflichtungen durchaus auch ihre Berechtigung haben.
Sicherheitslücken sind aus Sicht des Bundesrates hier nicht zu befürchten. Wichtig ist, dass die in Absatz 3 genannten Gründe zu einer vorübergehenden Ausnahme vom Hausarrest führen können, aber nicht müssen. Ob eine Ausnahme gewährt werden kann, liegt im Ermessen des Fedpol; dabei handelt es sich um eine blosse Kann-Bestimmung. Zudem darf das Fedpol Ausnahmen nur nach Rücksprache mit dem betroffenen Kanton bewilligen. Ohnehin stellt nicht jeder der im Entwurf aufgezählten Gründe bereits einen genügend wichtigen Grund für eine Ausnahme dar. Es sind im Einzelfall auch immer die öffentlichen Sicherheitsinteressen abzuwägen und zu berücksichtigen. Der Besuch einer Moschee, in welcher der Betroffene radikalisiert wurde, kann sicher nicht erlaubt werden.
Ich bitte Sie also, hier der Minderheit zu folgen.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Bei Absatz 5 geht es auch noch einmal um einen zentralen Punkt. Auch hier sind die Mehrheitsverhältnisse in der Kommission sehr knapp gewesen. Es geht um die Dauer der Eingrenzung auf eine Liegenschaft.
Ich beginne vielleicht mit dem Grundkonzept des Bundesrates. Der Bundesrat und die Minderheit beantragen, dass die Massnahme, die auf drei Monate begrenzt wird, zweimal um je maximal drei Monate verlängert wird. Das würde bedeuten, dass ein terroristischer Gefährder maximal neun Monate auf eine Liegenschaft eingegrenzt werden kann.
Die Mehrheit schlägt Ihnen vor, dass eine mehrmalige Verlängerung um je drei Monate stattfinden kann. Die Überlegung dabei ist die folgende: Wenn jemand als gefährlich eingestuft wird, dann sollte die entsprechende Massnahme so lange greifen, wie die betreffende Person gefährlich ist. Nach dem Konzept des Bundesrates und der Minderheit wäre die Massnahme allerdings nach neun Monaten zwingend aufzuheben. Neun Monate sind bei Gefährdern eine relativ kurze Zeit, und Sie hätten die Situation, dass Sie im Prinzip keine Verlängerung mehr vornehmen könnten. Natürlich besteht dann die Möglichkeit, neue Gründe zu finden, um die Massnahme gewissermassen neu für maximal neun Monate anzuordnen. Man muss sich einfach darüber im Klaren sein, dass das Regime grundsätzlich mit der gleichen Begründung nach maximal neun Monaten aufgehoben werden kann.
Ich muss Ihnen sagen, obwohl ich quasi als Mehrheitssprecher vorhin die Mehrheit vertreten musste, bin ich froh, dass Sie die Möglichkeit, wie diese Eingrenzung stattfinden kann, wie die Ausnahmen gestaltet werden können, sehr grosszügig oder angemessen, sage ich jetzt einmal, ausgestaltet haben. Denn Sie sagen, dass Ausnahmen auch aus beruflichen und Ausbildungsgründen möglich sind. Aber hier nun glaube ich, dass die Mehrheit richtig entschieden hat, wenn sie sagt, dass die Massnahme so lange aufrechterhalten werden soll, wie sie notwendig ist. Das kann länger sein als neun Monate.
Was auch noch wichtig ist: Die rechtsstaatlichen Aspekte sind ja gewährleistet. Das heisst, dass der Entscheid des Fedpol für die Anwendung dieser Massnahme dem Zwangsmassnahmengericht vorgelegt werden muss. Die Verlängerung nach jeweils drei Monaten muss ebenfalls dem Zwangsmassnahmengericht vorgelegt werden. Der Gefährder hat jederzeit die Möglichkeit, den Abbruch der Massnahme von sich aus zu beantragen, und auch die Entscheidung des Zwangsmassnahmengerichts kann mit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht überprüft werden. Das heisst, die Gefahr, dass hier jemand langfristig ohne Grund auf einer Liegenschaft festgehalten oder eingegrenzt wird, besteht nicht. Es gibt hier rechtsstaatliche Überprüfungsmöglichkeiten.

Aber ich glaube im Sinne der Mehrheit, dass hier aus Gründen der öffentlichen Sicherheit das Mehrheitskonzept das bessere ist als jenes des Bundesrates und der Minderheit. Die Mehrheit ergab sich in der Kommission aber lediglich aufgrund eines Stimmenverhältnisses von 7 zu 6. Die Minderheit ist also eine denkbar starke, um es jetzt einmal so zu sagen.

Juillard Charles (M-CEB, JU): Oui, bien sûr, nous voulons tous lutter contre le terrorisme. Oui, bien évidemment, nous voulons tous essayer d'éviter que des actes extrêmes soient commis. Mais pas à n'importe quel prix, notamment pas en violant nos propres principes et droits fondamentaux sur lesquels notre Etat de droit repose.
Cette disposition règle spécialement la durée de la mesure extrême d'assignation à résidence. Il est prévu, comme l'a dit le rapporteur, qu'elle puisse être prise pour trois mois, puis, si nécessaire, être renouvelée deux fois au maximum, soit pour une période maximale de neuf mois. Pour les autres mesures, c'est l'article 23g qui fixe le fait qu'elles ne peuvent être ordonnées que pour une durée de six mois, renouvelable une seule fois, ce qui donne au total une année.
Or, la mesure la plus contraignante, à savoir l'assignation à résidence, s'apparente à une restriction de liberté comparable à une peine ou à une mesure de détention ou de privation de liberté. C'est une mesure très forte, extrême même, de l'avis du Conseil fédéral. Etant donné la très forte contrainte qu'elle implique, le Conseil fédéral propose de la limiter à trois mois, renouvelables deux fois, au terme desquels elle doit être impérativement levée ou remplacée par une autre mesure. Ceci est conforme, aux yeux de la minorité, à l'ordre juridique suisse et à la Convention européenne des droits de l'homme, qui limitent toujours la durée d'une peine ou d'une mesure de privation de liberté. Même pour les pires criminels, il y a une fin à la peine ou à la mesure. Or, ici, nous sommes dans une phase préventive; il s'agit d'empêcher qu'un acte terroriste soit commis.
Si cette mesure ne suffit pas, eh bien il faut se poser sérieusement la question de savoir s'il n'y en a pas d'autres à prendre. Mais c'est aussi et surtout une question de proportionnalité.
La majorité de la commission propose de ne pas limiter le nombre de renouvellements possibles, ce qui peut conduire, en définitive et dans l'absolu, à une assignation sans fin. Or, de l'avis de la minorité, comme le relèvent le Conseil fédéral dans son message et la Commission des affaires juridiques dans son corapport, il ne serait pas conforme à l'ordre juridique suisse et à la Convention européenne des droits de l'homme de ne pas fixer de limite à la durée maximale d'une telle mesure, si contraignante.
C'est pourquoi, au nom de la minorité de la commission, je vous recommande d'adhérer au projet du Conseil fédéral et, donc, de soutenir la proposition de la minorité de la commission.

AB 2020 S 89 / BO 2020 E 89

Caroni Andrea (RL, AR): Gestatten Sie mir, dass ich mich noch einmal kurz äussere, weil sich die Kommission für Rechtsfragen zu diesem Punkt eingebracht hat. Nun staune ich ein wenig über das Resultat, darüber, was in der SiK dann herausgekommen ist. Zum Punkt Fristen haben wir, wenn ich mich richtig erinnere, mehrheitlich angeregt, dass man immer eine Beschränkung hat, wie sie auch der Bundesrat hatte. Nun hat die SiK offenbar die Hälfte davon übernommen und die andere Hälfte nicht, und das Resultat scheint mir ein wenig schief. Vielleicht kann der Rapporteur dies zuhanden der Nicht-SiK-Mitglieder hier erläutern.
Konkret: In Artikel 23g, bei den Fristen für die allgemeinen Massnahmen, steht, dass die Massnahmen einmal sechs Monate und dann noch einmal sechs Monate sein dürfen, dann ist Ende Feuer. Das gilt für alle Massnahmen, ausser für die schwerste. Dort könnte man nun nach dem Antrag der Kommissionsmehrheit die Massnahme beliebig oft um drei Monate verlängern – drei Monate, nochmals drei Monate –, mit dem Resultat, dass Sie irgendwann zum Punkt kommen, wo Sie sagen: Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip, wie es auch Frau Bundesrätin Keller-Sutter erwähnt hat, hätte ich gerne eine mildere Massnahme. Dies geht aber nicht mehr, weil zweimal sechs Monate vorbei sind und somit die maximale Limite erreicht ist. Dann bleibt Ihnen nur noch die schärfste Massnahme, und die können Sie à gogo weiterführen.
Hier wäre ich froh, wenn Sie erklären könnten, warum Sie bei den milderen Massnahmen neu jetzt auch die Befristung auf maximal zwölf Monate eingeführt haben, aber bei der schärfsten aller Massnahmen davon abgesehen haben. Das geht für mich irgendwie nicht auf. Ich würde sagen, entweder das eine oder das andere.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Ich kann das durchaus tun. Sie haben aus meiner Sicht den ersten Teil der Begründung geliefert. Es geht hier um die schärfste Massnahme, das heisst diejenige, die angeordnet wird, wenn die öffentliche Gefährdung am grössten ist, und das scheint mir eigentlich die wesentliche Überlegung zu sein. Ich persönlich habe ja damals diesen Antrag in der SiK eingebracht. Ich sagte: Wenn

von einer bestimmten Person eine derart grosse Gefahr ausgeht, dass sie in ihrer Liegenschaft oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingegrenzt werden muss, ja, dann ist diese Massnahme so lange aufrechtzuerhalten, wie die Gefährdung besteht. Die anderen Massnahmen gehen wesentlich weniger weit. Der andere Punkt ist: Sie haben immerhin bei Artikel 23g noch eine feine Unterscheidung bei Absatz 2, der eine gewisse Offenheit lässt. Es wird ausdrücklich gesagt, dass die Massnahme erneut angeordnet werden kann, wenn neue und konkrete Anhaltspunkte für eine terroristische Aktivität vorliegen. Diese Bestimmung haben Sie bei Artikel 23o Absatz 5 nicht. Von dem her, meine ich, ist diese Unterscheidung gerechtfertigt.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Der Bundesrat schlägt Ihnen vor, hier die Eingrenzung zunächst nur für drei Monate zu verfügen, und wenn die Gefährdung fortbesteht, kann eine zweimalige Verlängerung erfolgen. Es werden dann also maximal neun Monate. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen eine Aufhebung dieser Maximaldauer: Ein Hausarrest könnte damit jeweils um drei Monate verlängert werden, und dies faktisch unbegrenzt. Die Minderheit möchte am Entwurf des Bundesrates festhalten. Ich möchte Sie bitten, die Minderheit zu unterstützen.
Ich möchte nochmals zu bedenken geben, dass der Hausarrest unter diesem Gesetz die am weitesten gehende Massnahme ist, die wir vorsehen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass einer Person im Vorfeld einer Straftat und unabhängig von einem Strafverfahren die Freiheit entzogen wird. Sollte im Übrigen der Betroffene strafrechtlich auffallen, zum Beispiel wegen Vorbereitungshandlungen oder der Unterstützung von terroristischen Organisationen, stehen im Strafverfahren dann Zwangsmassnahmen zur Verfügung.
So, wie der Hausarrest im Entwurf des Bundesrates ausgestaltet ist, lässt er sich EMRK-konform anwenden. Wird es aber möglich, den Hausarrest zeitlich unbegrenzt anzuordnen, dann besteht nach Ansicht des Bundesrates möglicherweise ein Konflikt mit der EMRK und dem Verhältnismässigkeitsprinzip. Daran ändert es nach Auffassung des Bundesrates nichts, dass das Zwangsmassnahmengericht jede Verlängerung zu bewilligen und zu überprüfen hat.
Es muss verhindert werden, dass ein präventiver Freiheitsentzug zu einer dauerhaften oder zumindest zu einer sehr lange andauernden Massnahme wird, und dies wird eben am besten dadurch sichergestellt, dass der Gesetzgeber selber eine Frist einführt und die Grenzen des Hausarrests eben auch zeitlich festlegt. Aus Sicht des Bundesrates ist es zudem problematisch, wenn beim Hausarrest und damit der schwersten polizeilichen Massnahme zur Bekämpfung von Terrorismus auf eine gesetzliche Maximaldauer verzichtet wird, bei anderen Massnahmen – Herr Caroni hat es gesagt – aber eine Maximalfrist von 12 Monaten gilt. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass beispielsweise auch bei der Ausschaffungshaft im Gesetz eine Maximalfrist festgelegt ist; dort eine von 18 Monaten.
Ich möchte Sie deshalb bitten, der Minderheit Ihrer Kommission zu folgen.

Abs. 1 Bst. b – Al. 1 let. b

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit ... 23 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 20 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit ... 32 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 13 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit ... 27 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 18 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. 1 Art. 23p
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 23p
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23q
Antrag der Kommission
Abs. 1–4, 6
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 5
... müssen spätestens zwölf Monate nach Abschluss der Überwachung vernichtet werden ...

Ch. 1 art. 23q
Proposition de la commission
Al. 1–4, 6
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 5
... sont détruites au plus tard douze mois après la fin de la surveillance ...

Angenommen – Adopté

AB 2020 S 90 / BO 2020 E 90

Ziff. 1 Art. 23r; 24a Abs. 7, 9; 24c Abs. 1 Bst. a, 5; Gliederungstitel vor Art. 24f
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 23r; 24a al. 7, 9; 24c al. 1 let. a, 5; titre précédant l'art. 24f
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23k
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Zopfi, Vara)
Abs. 3
Streichen

Ch. 1 art. 23k
Proposition de la majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Zopfi, Vara)
Al. 3
Biffer

Ziff. 1 Art. 24f
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Zopfi, Vara)
Abs. 1
Die Massnahmen nach den Artikeln 23k bis 23o sowie 23q und 24c können nur gegen eine Person verfügt werden, die das 18. Altersjahr vollendet hat.
Abs. 2
Streichen

Ch. 1 art. 24f
Antrag der Mehrheit
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Zopfi, Vara)
Al. 1
Les mesures prévues aux articles 23k à 23o, 23q et 24c ne peuvent être ordonnées qu'à l'encontre de personnes âgées d'au moins 18 ans.
Al. 2
Biffer

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Bei Artikel 24f geht es um die Altersgrenze. Im Entwurf des Bundesrates, der von der Mehrheit der Kommission unterstützt wird, sieht das Bundesgesetz vor, dass eine PMT-Massnahme – mit Ausnahme der Eingrenzung auf die Liegenschaft – schon bei Gefährdern und Gefährderinnen ab 12 Jahren möglich sein soll, die Eingrenzung auf die Liegenschaft bei Gefährdern und Gefährderinnen ab 15.
Auf den ersten Blick scheint das tatsächlich ein sehr tiefes Alter zu sein. Persönlich habe ich in der Kommission zunächst etwas Zurückhaltung geübt und nach dem Grund für diese derart tiefe Altersgrenze gefragt. Es wurde uns – die Frau Bundesrätin wird das dann sicher wieder machen – dargelegt, dass es leider in der Praxis tatsächlich vorkommt, dass Jugendliche in diesem Alter bereits radikalisiert werden und darum entsprechende Massnahmen, gewissermassen auch im Sinne der Jugendlichen, präventiv ergriffen werden müssen. Offenbar gibt es Dschihad-Reisende in diesem Alter, ebenso wie andere Gefährdungssituationen.
Die Mehrheit der Kommission hat sich davon überzeugen lassen, dass diese Massnahmen leider bereits bei Jugendlichen in diesem Altersbereich greifen müssen. Die Minderheit Zopfi möchte diese Massnahmen nicht gegen Jugendliche, sondern nur gegen Erwachsene zur Anwendung bringen. Entsprechend stehen sich zwei Konzepte gegenüber.
Mit 10 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung hat die Kommission dem Entwurf des Bundesrates relativ klar zugestimmt.

Zopfi Mathias (G, GL): Ich merke: Zu später Stunde sind Sie gnädig mit den Minderheiten. Deshalb bin ich guter Dinge. Ich beantrage Ihnen, auch hier der Minderheit zuzustimmen. Wie gesagt worden ist, geht es darum, ab welchem Alter die Massnahmen, die wir soeben bereinigt haben und die weit gehen, ausgesprochen werden können. Die Minderheit ist der Ansicht, dass das Mündigkeitsalter, 18 Jahre, massgebend sein sollte.
Natürlich ist klar, dass auch Minderjährige terroristische Gefährder oder sonst wie verblendet sein können. Und natürlich kann auch von Minderjährigen eine Gefahr ausgehen. Aber ich glaube dennoch, dass wir falsch liegen, wenn wir einfach aufgrund dieser Tatsachen die Altersgrenze derart tief ansetzen – ab 12 Jahren, wie es die Kommissionsmehrheit und der Bundesrat wollen.
Ich finde das deshalb falsch, weil wir bei den Minderjährigen andere Massnahmen zur Verfügung haben, die der Situation weit besser gerecht werden. Insbesondere sind Kindesschutzmassnahmen geeignet, um die betroffenen Kinder und Jugendlichen notfalls aus dem radikalisierenden Umfeld herauszulösen. Und Sie sind sicher einig mit mir: Es wird niemand als Terrorist geboren.
Wenn wir eine Massnahme, die einer Inhaftierung gleichkommt, wie wir es gehört haben, auch gegen Minderjährige erlauben, dann geben wir an einem Punkt auf, wo wir mit anderen, milderen Massnahmen noch

Chancen hätten. Klar: Es mag Minderjährige geben, die "tickende Zeitbomben" sind. Aber diese "Zeitbomben" müssen wir zu entschärfen versuchen. Denn erstens lohnt es sich bei ihnen noch, und zweitens sollten wir nicht noch selber zu einer weiteren Radikalisierung beitragen.
Die von der Mehrheit beantragte Lösung widerspricht nicht nur der Bundesverfassung, sondern auch der Kinderrechtskonvention. Es besteht die Gefahr, dass sie letztlich dazu führt, dass die Strafverfolgungsbehörden den Weg des geringsten Widerstandes gehen und Massnahmen gegen Kinder und Jugendliche anwenden werden. Das ist kein Weg. Ich weiss, es tönt etwas pathetisch, aber wir müssen uns als Gesellschaft dieser Leute, dieser Kinder echt annehmen, ansonsten ticken die "Bomben" weiter.
Sie werden jetzt vielleicht einwenden, dass auch in unserem Strafrecht die Strafmündigkeit bereits lange vor dem 18. Geburtstag beginnt. Das trifft zwar zu. Aber es trifft eben genauso zu, dass bis zur fixen Altersgrenze von 18 Jahren in jedem Fall das Jugendstrafrecht gilt. Es ist so, dass das Jugendstrafrecht die Resozialisierung und den Schutz der Jugendlichen hoch gewichtet. Ich zitiere Artikel 2 Absatz 1 des Jugendstrafgesetzes: "Wegleitend für die Anwendung dieses Gesetzes sind der Schutz und die Erziehung des Jugendlichen." Absatz 2: "Den Lebens- und Familienverhältnissen des Jugendlichen sowie der Entwicklung seiner Persönlichkeit ist besondere Beachtung zu schenken."
Selbst bei schwersten Delikten kann ein Jugendlicher nicht mit mehr als vier Jahren Freiheitsentzug bestraft werden. Selbst bei schwersten Delikten steht die Resozialisierung und die Erziehung des Jugendlichen im Vordergrund.
Man kann dieses System vielleicht als in krassen Fällen zu starr ansehen, aber wir sind damit mehrheitlich gut gefahren. Welchen Sinn macht es nun, diese Grundsätze bei polizeilichen Massnahmen über Bord zu werfen? Hier geht es immerhin explizit nicht um begangene schwere oder schwerste Delikte, sondern nur um eine potenziell bevorstehende Gefährdung.
Ich meine, dass uns diese Massnahmen bei Kindern und Jugendlichen nicht weiterbringen. Richtig wäre es, sich dieser Kinder und Jugendlichen mit den geeigneten Massnahmen anzunehmen und über die Kesb tätig zu werden. Richtig

AB 2020 S 91 / BO 2020 E 91

wäre es, die Kinder aus der Situation zu holen und zu integrieren, und nicht, sie zu stigmatisieren und zu kriminalisieren, sodass wir es dann die nächsten vierzig Jahre immer wieder mit ihnen zu tun haben.
Ich danke für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Minderheit.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Ich möchte die Diskussion nicht verlängern, aber etwas müssen wir schon noch präzisieren: Wenn Herr Zopfi insinuiert, wir würden gewissermassen das Jugendstrafrecht abschaffen, dann ist das nicht richtig. Worum geht es? Es geht um die Massnahmen, die hier vorgesehen sind. Wir sind jetzt sehr schnell durch das Gesetz gegangen; das ist okay, aber ich weiss nicht, ob sich jeder darüber im Klaren ist, wovon wir sprechen. Wenn wir von "Altersgrenze 12" sprechen, dann sprechen wir von Massnahmen wie Gesprächs- und Meldepflicht, Kontaktverbot und solchen Dingen, mit welchen wir präventiv Jugendliche, die radikalisiert sind, in einem gewissen Regime halten wollen, um eine Deradikalisierung zu bewirken – und nicht, um sie, wie es Herr Kollege Zopfi sagt, zu kriminalisieren und aus dem Jugendstrafrecht herauszunehmen. Wenn sie dann irgendetwas verbrochen haben, dann werden sie nach Jugendstrafrecht beurteilt, aber es geht hier um niederschwellige polizeiliche Massnahmen, die bei solchen Personen möglich sein sollen. Die massivste Form, die Eingrenzung auf eine Liegenschaft, ist auch gemäss Bundesrat erst ab dem 15. Altersjahr als extremste Massnahme möglich. Dies einfach zur Präzisierung. Das Jugendstrafrecht wird also hier nicht abgeschafft.

Sommaruga Carlo (S, GE): Je voterai tout à l'heure la version du Conseil fédéral, parce que je considère que la proposition de la minorité vise à côté de la cible. Mais, il n'empêche, la façon dont la disposition est formulée pose un problème.
Je suis père de deux filles, l'une de 14 ans, l'autre de 12 ans. J'aurais de la peine à imaginer qu'on puisse les qualifier de terroristes potentielles. La plus jeune est en septième année scolaire Harmos, donc à l'école primaire, et on pourrait, avec cette loi, la qualifier de terroriste potentielle. C'est cela qui me semble très problématique dans cet article.
Je rappelle que cette personne de 12 ans doit répondre à la définition qui est prévue à l'article 23e: "Par terroriste potentiel, on entend une personne dont on présume sur la base d'indices concrets et actuels qu'elle pourrait mener des activités terroristes." J'ai beaucoup de peine à imaginer que des enfants de 12, 13 ou 14 ans puissent effectivement être des personnes qui font ce genre d'actes. Peut-être en Syrie, peut-être dans

l'Etat islamique, peut-être au centre de l'Afrique, en raison de la présence des groupes qu'on connaît. Mais, en Suisse, il s'en faut de beaucoup pour qu'on en soit là!
Je n'exclus pas, par contre, que des enfants de 12, 13 ou 14 ans puissent être sous l'influence de potentiels terroristes ou de réseaux. A partir de là, il ne faudrait pas les qualifier de terroristes potentiels, il faudrait plutôt parler de personnes de 12 à 14 ans sous influence de réseaux, ce qui est extrêmement différent. En effet, le fait de dire qu'un enfant de 12, 13 ou 14 ans est un terroriste potentiel, c'est non seulement une stigmatisation extrêmement violente de l'enfant, mais c'est aussi socialement et juridiquement une marque qui lui restera toute sa vie.
Aujourd'hui, il n'y a pas de proposition qui permettrait de trouver une autre forme de mise en oeuvre de ces mesures. Je ne suis pas opposé au fait d'imposer à un enfant de 12, 13 ou 14 ans d'aller rencontrer des autorités pour qu'elles lui expliquent la gravité de la situation. Je ne suis pas opposé à ce que l'on dise à un enfant de 12, 13 ou 14 ans qu'il ne faut pas aller dans tel ou tel lieu ou rencontrer telle ou telle personne parce que c'est problématique. Donc, les mesures peuvent être prononcées à titre subsidiaire, puisque l'article 23f mentionne d'abord des mesures éducatives cantonales, et, à titre subsidiaire, les mesures de cette loi.
Mais il est clair que c'est plutôt la stigmatisation qui est en jeu. J'aurais peut-être aimé que l'on parle d'enfants entre douze et quinze ans qui sont sous influence de réseaux terroristes ou sous influence de terroristes potentiels. Je pense qu'il y aura peut-être, dans le cadre des débats du deuxième conseil, des réflexions à mener pour essayer de trouver une manière plus proportionnée de pouvoir ordonner des mesures sans devoir qualifier ces personnes de terroristes potentiels.

Bauer Philippe (RL, NE): Je ne suivrai pas non plus la minorité Zopfi. Il me semble qu'on est en train de mélanger une condamnation pénale avec des mesures qui devraient être ordonnées par un tribunal et qui visent à limiter un risque. J'ose dès lors imaginer que le tribunal qui serait saisi fasse preuve de toute la réserve nécessaire pour n'envisager des arrêts domiciliaires – puisqu'il faut les appeler par leur nom – que si la situation est particulièrement grave. J'ose aussi imaginer qu'on fasse pour les mineurs à peu près ce qu'on fait aussi au Tribunal pénal des mineurs, à savoir privilégier toutes les mesures éducatives avant qu'on en soit réduit à prendre des mesures punitives.
Je dois dire que ce débat sur l'âge de 12, 15 ou 18 ans me fait très régulièrement sourire, parce que nous sommes en plein paradoxe. D'un côté, on ne veut pas, sous l'angle pénal ou administratif, envisager des mesures trop dures pour les grands adolescents, alors qu'on sait que certains d'entre eux se comportent exactement comme les adultes. D'un autre côté, on veut aussi discuter de la possibilité d'accorder le droit de vote à seize ans. On voit qu'on est en plein paradoxe. C'est pour cela que, à mon sens, le projet du Conseil fédéral, avec toutes les réserves qu'il s'agira d'avoir dans sa mise en oeuvre, me paraît être la seule solution valable pour des cas qui seront très particuliers et qui concerneront aussi des personnes très dangereuses.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: In der Tat sieht der Entwurf vor, dass präventiv-polizeiliche Massnahmen auch gegenüber Minderjährigen verfügt werden können – ich habe gesagt: präventiv-polizeiliche Massnahmen. Herr Ständerat Jositsch hat noch einmal darauf hingewiesen: Es geht um die Gesprächsteilnahmepflicht oder um Meldeauflagen oder Kontaktverbote, die auch über Minderjährige ab dem 12. Altersjahr verhängt werden können. Das ist eine Altersgrenze, die es übrigens für Ausreisebeschränkungen für Hooligans heute schon gibt; offensichtlich ist man dort in diesem Alter schon aktiv, dass man also einem 12-Jährigen die Ausreise in Ausland verbieten muss. Eine Ausnahme besteht bei der Eingrenzung auf eine Liegenschaft: Damit eine solch schwerwiegende Massnahme angeordnet werden darf, muss die Person mindestens 15 Jahre alt sein. Auch minderjährige Personen können bereits radikalisiert sein und, wie die Erfahrung zeigt, terroristische Aktivitäten planen oder ausführen. Ich möchte auch daran erinnern – es wurde bereits gesagt –, dass ein Kind ab 10 Jahren strafmündig ist.
Bei der Erarbeitung des Entwurfs haben wir uns auf Erfahrungen im Inland und im Ausland gestützt. Wir hatten beispielsweise letztes Jahr vor dem Jugendgericht Winterthur die Verurteilung von zwei terroristisch motivierten Reisenden aus der Schweiz; sie sind mit 15 bzw. 16 Jahren in ein Gebiet des "Islamischen Staates" gereist. Auch wenn man bei diesem Thema mit den Franzosen spricht, geht es um 12-, 13-jährige Kinder, die radikalisiert sind.
Interessant ist beispielsweise auch, wenn man über die Rücknahme von Kindern aus dem Dschihad spricht; das ist ja immer wieder ein Thema. Ich kann Ihnen sagen: Die Belgier zum Beispiel nehmen – wenn sie überhaupt Kinder zurücknehmen – keine Kinder zurück, die älter als 10 Jahre sind. Das ist eine Altersgrenze, bei der man einfach sagt, dass die Kinder schon radikalisiert sind. Ich hatte Gelegenheit, mit dem Verantwortlichen für die "centres de désengagement" in Frankreich zu sprechen. Man spricht nicht mehr von Deradikalisierung,

weil man nicht mehr davon ausgeht, dass das gelingt; man spricht von "désengagement".
Es ist schon massiv, welche Überzeugungen, Inbrunst und Tatkraft tatsächlich auch Minderjährige haben können. Ich habe vorhin in der Debatte einmal das Beispiel eines Falles in der Ostschweiz erwähnt, eines Minderjährigen, der nicht in den Dschihad gegangen war, sondern rechtsextremistisch eine Vorbereitungshandlung für einen Angriff auf eine Moschee

AB 2020 S 92 / BO 2020 E 92

begangen hatte. Das ist halt einfach Tatsache – leider ist das Tatsache.
Es versteht sich aber auch von selbst, dass gerade bei Minderjährigen eine umfassende Interessenabwägung stattfinden muss, bevor eine Massnahme angeordnet werden kann und darf. Grundsätzlich Vorrang vor präventiv-polizeilichen Massnahmen sollen auch erzieherische Massnahmen oder Kinderschutzmassnahmen haben, die angeordnet werden können, bevor man zu diesem Instrumentarium greift. Aber dieses Instrumentarium muss unter Umständen halt auch möglich sein und den Behörden zur Verfügung stehen.
Ich bitte Sie deshalb, hier der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit ... 31 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 6 Stimmen
(1 Enthaltung)

Ziff. 1 Art. 24g; Gliederungstitel nach Art. 29; Art. 29a; 29b; Ziff. 2–10
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1 art. 24g; titre suivant l'art. 29; art. 29a; 29b; ch. 2–10
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 11
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
mit Ausnahme von:
Art. 108c Abs. 2
Die zuständige kantonale Polizeistelle kann zur Abklärung des Sicherheitsrisikos:
a. Daten aus dem Strafregister erheben, einschliesslich Daten über hängige Strafverfahren;
b. beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) Auskünfte einholen.

Ch. 11
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
à l'exception de:
Art. 108c al. 2
Pour déterminer le risque pour la sécurité, le service de police cantonal compétent peut;
a. relever des données dans le casier judiciaire, y compris concernant des procédures pénales en cours;
b. requérir des renseignements auprès du Service de renseignements de la Confédération (SRC).

Angenommen – Adopté

Ziff. 12 Art. 46 Bst. d Ziff. 3
Antrag der Kommission
3. für die Abklärung des Sicherheitsrisikos im Rahmen ...

Ch. 12 art. 46 let. d ch. 3
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)

Angenommen – Adopté

Ziff. 13
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 13
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. Ia
Antrag der Kommission
Titel
Koordination mit dem Strafregistergesetz vom 17. Juni 2016 (StReG)
Text
Mit Inkrafttreten des StReG (Anhang 1 Ziff. 3) lauten die folgenden Bestimmungen des StGB (Ziff. I Ziff. 6) wie folgt:
Artikel 365 Absatz 2 Buchstabe v und Artikel 367 Absatz 2 Buchstabe n und 4
Gegenstandslos oder aufgehoben

Ch. Ia
Proposition de la commission
Titre
Coordination avec la loi sur le casier judiciaire (LCJ) du 17 juin 2016
Texte
A l'entrée en vigueur de la LCJ (annexe 1 ch. 3) les dispositions suivantes du code pénal (ch. I ch. 6) sont modifiées comme suit:
Article 365 alinéa 2 lettre v et article 367 alinéa 2 lettre n et 4
Sans objet ou abrogés

Angenommen – Adopté

Ziff. II
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 19.032/3400)
Für Annahme des Entwurfes ... 35 Stimmen
Dagegen ... 5 Stimmen
(2 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich danke Frau Bundesrätin Keller-Sutter für ihre starke Präsenz heute Nachmittag und wünsche ihr und Ihnen allen einen geruhsamen Abend. Erholen Sie sich gut!

Schluss der Sitzung um 19.45 Uhr
La séance est levée à 19 h 45

AB 2020 S 93 / BO 2020 E 93

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Nationalrat • Sommersession 2020 • Sechzehnte Sitzung • 18.06.20 • 15h00 • 19.032
Conseil national • Session d'été 2020 • Seizième séance • 18.06.20 • 15h00 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Christ, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Roth Franziska, Schlatter, Trede)
Nichteintreten

Antrag der Minderheit I
(Schlatter, Christ, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Trede)
Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat
mit dem Auftrag:
1. die Verfassungsmässigkeit insbesondere in Bezug auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes zu prüfen;
2. zu prüfen, inwiefern die bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben (insbesondere der Kantone) und Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus nicht ausreichen.

Antrag der Minderheit II
(Roth Franziska, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Schlatter, Trede)
Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat
mit dem Auftrag:
1. die neu vorgeschlagenen Massnahmen (Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, Kontaktverbot, Ein- und Ausgrenzung, Ausreiseverbot, elektronische Überwachung, Mobilfunklokalisierung, Hausarrest) auf die Verfassungsmässigkeit zu prüfen;
2. insbesondere auf Vereinbarkeit mit Bundesverfassung und Völkerrecht zu prüfen sind die Massnahmen gegen Kinder und Jugendliche;
3. die Notwendigkeit der neuen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus vor dem Hintergrund des bereits geltenden Rechts auf Stufe Bund und Kantone zu überprüfen;
4. einen Mitbericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates einzufordern.

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Christ, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Roth Franziska, Schlatter, Trede)
Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité I
(Schlatter, Christ, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Trede)
Renvoyer le projet au Conseil fédéral
avec mandat:
1. d'examiner sa constitutionnalité, notamment en ce qui concerne la compétence législative de la Confédération;
2. d'examiner dans quelle mesure les dispositions légales (notamment celles des cantons) et les mesures de lutte contre le terrorisme existantes ne sont pas suffisantes.

Proposition de la minorité II
(Roth Franziska, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Schlatter, Trede)
Renvoyer le projet au Conseil fédéral
avec mandat:
1. d'examiner la constitutionnalité des nouvelles mesures proposées (obligation de se présenter et de participer à des entretiens, interdiction de contact, interdiction géographique, interdiction de quitter le territoire, surveillance électronique, localisation par téléphone mobile, assignation à résidence);
2. de vérifier en particulier si les mesures prises à l'encontre des enfants et des adolescents sont conformes à la Constitution et au droit international;
3. d'examiner la nécessité des nouvelles mesures visant à lutter contre le terrorisme dans au vu du droit en vigueur aux niveaux fédéral et cantonal;
4. de demander un corapport de la Commission des affaires juridiques du Conseil national.

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Heute kommen wir, nach dem Geschäft 18.071 am Dienstag, zum zweiten, wohl auch umstrittenen Teil einer verstärkten Terrorismusbekämpfung. Beim heute zu beratenden Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) geht es um die Erweiterung der Möglichkeiten für die Polizei im Zusammenhang mit dem Umgang mit Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht.
Es sind präventive Massnahmen, die es den Polizeiorganen erlauben, einen Terroranschlag möglichst zu verhindern. Dabei geht es um verwaltungspolizeiliche Massnahmen, die gegenüber terroristischen Gefährderinnen und Gefährdern angeordnet werden können. Das sind unter anderem Kontaktverbote, eine Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, Rayonverbote, Eingrenzungen auf eine Liegenschaft – auf gut Deutsch: Hausarrest – oder ein Ausreiseverbot.
Aus unzähligen Beispielen aus dem Ausland wissen wir, dass terroristische Anschläge und Attentate oft von Minderjährigen ausgeführt werden. Auch diesem Umstand wurde im Bundesgesetz Rechnung getragen. Massnahmen können ab dem 12. Altersjahr, Hausarreste ab 15 Jahren verfügt werden. Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) soll neu die Befugnis erhalten, im Internet und in elektronischen Medien verdeckt zu fahnden.
Die Bekämpfung von Terrorismus ist häufig auch eine Bekämpfung von kriminellen Organisationen. Das heute geltende Ausländer- und Integrationsgesetz sieht vor, dass ausländische Staatsangehörige, deren Wegweisung aus der Schweiz verfügt worden ist, vorübergehend inhaftiert werden können, um den Vollzug dieser Massnahme sicherzustellen. Neu soll dies auch dann möglich sein, wenn die weg- oder ausgewiesene oder des Landes verwiesene Person eine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz darstellt. Zudem soll eine rechtskräftig ausgewiesene Person, analog der Landesverweisung, künftig nicht mehr vorläufig aufgenommen werden können.
Das Fedpol muss Personen, von denen angenommen werden muss, dass sie eine schwere Straftat planen oder begehen, im Schengener Informationssystem und im nationalen Fahndungssystem Ripol ausschreiben können. Auch der Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Behörden wird neu durch erweiterte Zugriffsrechte auf die Informationssysteme des Bundes verbessert. Der Zugang von Mitarbeitenden von Behörden und Betrieben zum Sicherheitsbereich eines Flughafens soll neu strenger geregelt werden.
Viele dieser Verschärfungen bereiten nicht nur Freude; so können gewisse Freiheiten eingeschränkt werden. Doch angesichts der terroristischen Bedrohungslage in Europa und damit auch in der Schweiz sind Verschärfungen dringend nötig. In den Knochen sitzt der Kommissionsmehrheit eine Messerattacke mit zwei Toten und fünf Verletzten, welche sich Anfang April im Südosten Frankreichs abgespielt hat. Dabei soll

es sich um eine dschihadistisch motivierte Terrorattacke gehandelt haben. Solche Attentate Einzelner finden leider immer häufiger statt. Die Folgen für die Involvierten sind fatal und grausam.
Die Politik hat die Pflicht, alles zu unternehmen, um terroristische Anschläge gegen unsere Bevölkerung möglichst zu verhindern. Unser Land blieb bis heute von grausamen Attentaten verschont. Das hat insbesondere auch mit der grossen Arbeit unserer Polizeiorgane in diesem Bereich zu tun. Heute haben wir die Möglichkeit, ihren diesbezüglichen Handlungsspielraum noch etwas zu verfeinern.
Ihre Sicherheitspolitische Kommission hat umfangreiche Anhörungen zum vorliegenden Bundesgesetz vorgenommen. So wurden Experten der Kantone, der Rechtswissenschaft, der kantonalen Polizeiorgane und des Kompetenzzentrums für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik der ETH Zürich angehört.
Eine Kommissionsmehrheit unterstützt die Stossrichtung der Vorlage klar. Sie anerkennt die Bedrohungslage und die diesbezügliche Notwendigkeit zur Schaffung eines neuen Bundesgesetzes. Einer Kommissionsminderheit gehen die Massnahmen im besagten Gesetz zu weit. Dies betrifft unter anderem den Hausarrest. Sie sorgt sich zudem um die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das zeigte sich auch beim Eintreten auf die Vorlage. Ein in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zeigt allerdings klar auf, dass dieses neu zu schaffende Bundesgesetz keinen Widerspruch zur EMRK oder auch zur UNO-Kinderrechtskonvention enthält. Verfügte Hausarreste müssen zusätzlich von einem Gericht überprüft werden. Ihre Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen deshalb mit 14 zu 9 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.
Zwei Kommissionsminderheiten, nämlich die Minderheit I (Schlatter) und die Minderheit II (Roth Franziska), beantragen Ihnen, das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen. Hier geht es insbesondere um einen Auftrag an den Bundesrat, dieses vorliegende Bundesgesetz auf die Verfassungsmässigkeit und auf die Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht zu prüfen. Zudem wird von einer Minderheit ausgeführt, dass möglicherweise genügend Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus in bestehenden Gesetzen vorhanden sind.
Mit 14 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, das bezieht sich auf den Antrag der Minderheit I (Schlatter), und mit 14 zu 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen, das bezieht sich auf den Antrag der Minderheit II (Roth Franziska), beantragt Ihnen Ihre Sicherheitspolitische Kommission, die Vorlage nicht an den Bundesrat zurückzuweisen und somit in die Detailberatung einzusteigen. In der Detailberatung werden wir es mit sechzehn Minderheitsanträgen und mit einem Einzelantrag Cottier zu tun haben. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit würden diese Minderheiten die Gesamtvorlage stark abschwächen und den griffigen, wohl nötigen Massnahmen die Zähne komplett ziehen. Wir werden im Verlaufe des heutigen Nachmittages noch im Detail auf die einzelnen Minderheitsanträge zurückkommen.
Mit 11 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen ergänzte die Kommission die polizeilichen Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten mit einem zusätzlichen Artikel. Neu soll eine gesicherte Unterbringung von Gefährdern möglich sein. Der Nationalrat nahm in der Herbstsession 2018 eine gleichlautende Motion mit 113 zu 64 Stimmen an.
Beim Attentat in Ottawa 2014, bei einem Anschlag auf eine Gasfabrik in Lyon 2015 oder auch beim Anschlag 2016 auf den Berliner Weihnachtsmarkt war der Täter den Behörden bereits vorgängig bekannt. Weil all diese Gefährder dennoch zur Tat schreiten konnten, haben ihre Anschläge eine weitere, zusätzliche Wirkung: Sie untergraben das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Organe.
Der neue Artikel 23obis setzt genau hier an. Personen, die im privaten oder öffentlichen Raum, ob im In- oder im Ausland, zu terroristischen Aktivitäten oder sonst zu Gewalt aufrufen, anleiten oder ermuntern, die solche Aktivitäten finanzieren, begünstigen oder zu deren Unterstützung aufrufen, müssen in Haft genommen oder durch andere geeignete Massnahmen an ihrem Tun gehindert werden. Die gleichen Sanktionen gelten für Personen, die sich zu Organisationen bekennen oder Organisationen angehören, die terroristische Aktivitäten oder sonstige Gewalt bezwecken oder ausüben. Mit diesen Präventivmassnahmen können Menschenleben gerettet werden.
Die Kommission unterstützte in der Gesamtabstimmung nach der Beratung den Ihnen heute vorliegenden, ausgewogenen Entwurf mit 15 zu 10 Stimmen.

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: Nous traitons aujourd'hui du troisième pilier de la stratégie de la Suisse pour la lutte antiterroriste. Ces mesures policières, réclamées notamment par les cantons qui, je le rappelle, sont chargés d'assurer la sécurité sur leur territoire, sont indispensables à une lutte efficace contre le fléau du terrorisme, qui reste une menace également en Europe et en Suisse. Les mesures policières s'appliquent de manière subsidiaire et complémentaire aux mesures sociales, intégratives et thérapeutiques des villes, des communes et des cantons. L'interaction de ces mesures a en effet fait ses preuves.

Les mesures préventives visent à empêcher les activités terroristes de la manière suivante. Il y a tout d'abord l'obligation de se présenter et de participer à des entretiens avec des professionnels, pour permettre d'évaluer la menace qu'une personne représente. Une interdiction de contact peut être ordonnée par le Fedpol; il s'agit d'éviter qu'une personne ait des contacts avec des personnes ou des groupes déterminés à risque. Une interdiction géographique peut être également ordonnée par le Fedpol afin d'interdire à une personne de quitter un périmètre qui lui est assigné ou d'entrer dans un périmètre déterminé. Et enfin, le Fedpol peut ordonner une interdiction de quitter le territoire lorsqu'il existe des indices concrets et actuels laissant présumer qu'une personne a l'intention d'accomplir des activités terroristes à l'étranger.
Ces mesures préventives, qui ont l'air d'émouvoir tellement de gens, existent déjà, ceci au niveau fédéral et cantonal, par exemple dans la lutte contre le hooliganisme ou la violence domestique, où elles ont fait leurs preuves. D'ailleurs, les tribunaux ont confirmé à plusieurs reprises que ce genre de mesures ne viole ni la Constitution fédérale ni le droit international.
S'ajoute à ceci l'assignation à une propriété – recte résidence – que le Fedpol peut également ordonner, mais à des conditions extrêmement strictes. D'abord, il faut des indices concrets et actuels selon lesquels la personne constitue une menace considérable pour la vie ou l'intégrité corporelle de tiers qui ne peut être écartée d'une autre manière, si – il s'agit d'un critère cumulatif – une ou plusieurs autres des mesures préventives susmentionnées ont été violées. Le Fedpol peut accorder des dérogations à l'assignation, notamment pour des raisons professionnelles, de santé, de formation, de liberté de croissance et de famille – vous voyez que c'est assez large. Enfin, les contacts avec le monde extérieur et la vie sociale ne peuvent être limités que dans une proportion indispensable à l'exécution de la mesure, dont la durée est limitée.
Après avoir entendu plusieurs spécialistes, la commission a accepté l'entrée en matière par 14 voix contre 9.
La nécessité de renforcer la lutte contre le terrorisme avec des outils de prévention supplémentaires a été entendue.
Une minorité Christ demande de ne pas entrer en matière estimant que le projet du Conseil fédéral ouvrirait la porte à une privation arbitraire de liberté et violerait le droit international. Elle craint également que la modification de la loi accorde au Fedpol un pouvoir discrétionnaire dans l'application des mesures.
Les minorités I (Schlatter) et II (Roth Franziska) demandent le renvoi au Conseil fédéral avec pour mandat d'examiner la constitutionnalité et la conformité des mesures proposées avec le droit international, en particulier celles prises à l'encontre des enfants et des adolescents. La minorité II exige en plus un corapport de la Commission des affaires juridiques de notre conseil.
Beaucoup d'entre vous ont lu la lettre, du 7 mai dernier, de la commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe. Peu ont lu la réponse de la commission. Je vous la donne. Dans une réponse du 25 mai dernier, la présidente

AB 2020 N 1101 / BO 2020 N 1101

de votre commission a rappelé qu'au cours de nos travaux nous avions eu le souci de trouver le meilleur équilibre possible entre le nécessaire renforcement des mesures de prévention et le respect des libertés individuelles. Elle rappelle que le projet MPT ne peut être examiné de manière isolée. C'est ainsi que la Suisse dispose depuis plusieurs années d'une stratégie de lutte contre le terrorisme qui prévoit toute une série de mesures sociales, thérapeutiques et sociétales, qui sont avant tout mises en oeuvre par les cantons et les communes.
Mais, entre les mesures de lutte contre la radicalisation prévues dans le plan d'action national et la modification du droit pénal que nous avons approuvée avant-hier, il subsiste une lacune dans le droit suisse, qui doit être comblée. En effet, les autorités ne disposent pas à ce jour d'instruments suffisants. Elles ne disposent que de l'interdiction d'entrée et l'expulsion, prononcées contre une personne menaçant la sécurité intérieure ou extérieure du pays. Mais une mesure de ce type ne peut être prononcée que dans des cas restreints et uniquement contre des ressortissants étrangers. Elle ne concerne pas les citoyens suisses.
Les mesures prévues dans le projet MPT permettraient d'étoffer les instruments à disposition des cantons. Il s'agit bien de mesures subsidiaires, complémentaires et proportionnées. Ce sont les cantons qui sont en charge de la sécurité intérieure. Ce ne serait que si les mesures préventives du plan d'action national échouaient qu'un canton pourrait faire une demande à l'Office fédéral de la police pour prendre une mesure administrative prévue par le projet MPT. Il faudrait donc qu'une demande soit déposée par le canton concerné. Dans chaque cas, et c'est important, les autorités cantonales et fédérales, établissent conjointement un "case management" spécifique à chaque terroriste potentiel. L'assignation à résidence ne peut ainsi être prononcée que si les autres mesures ont préalablement échoué.
On vient nous dire que la définition du terroriste n'est pas claire. Celle qui figure dans le projet convient à la

majorité de la commission: "Par terroriste potentiel, on entend une personne dont on présume sur la base d'indices concrets et actuels qu'elle pourrait mener [...] des actions destinées à influencer ou à modifier l'ordre étatique et susceptibles d'être réalisées ou favorisées par des infractions graves, la menace de telles infractions ou la propagation de la crainte." En résumé, c'est une personne qui représente un danger concret et grave pour la sécurité et l'intégrité de notre pays.
A l'inquiétude des commissaires concernant les enfants et les adolescents, la présidente de la commission confirme que l'accent doit impérativement être mis sur la prévention et la protection des mineurs. Toutefois, si toutes les mesures de prévention devaient échouer, il doit être possible pour les autorités d'intervenir par le biais de mesures de police préventives, comme mesures d'ultime recours.
Le passé récent a démontré qu'en Suisse aussi il y a malheureusement de jeunes mineurs qui se sont radicalisés et qui ont même été jusqu'à planifier des attentats. Je prends un exemple connu. Vous connaissez tous les frère et soeur de Winterthour, qui sont partis faire le djihad alors qu'ils n'avaient que 15 et 16 ans. De retour en Suisse, ils ont été jugés par le tribunal des mineurs, mais le frère est resté radicalisé et il reste un danger pour la sécurité. Si on avait pu intervenir plus tôt, alors que la radicalisation ne faisait que commencer, si on avait disposé à ce moment-là des mesures préventives de police, on aurait pu aider ces jeunes à ne pas tomber dans les griffes du terrorisme.
Par 15 voix contre 10, votre commission a approuvé le durcissement nécessaire des mesures policières. Je rappelle que le Conseil des Etats l'a accepté par 35 voix contre 5 et 2 abstentions.

Christ Katja (GL, BS): Diverse terroristische Anschläge verursachten eine epochale Zäsur im existenziellen Sicherheitsgefühl der Menschen und haben die Prävention verstärkt in den Fokus gerückt. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung fand in den vergangenen Jahren eine stetige Aufrüstung der Polizeiapparate statt. Vorreiterin waren dabei die USA. Auch bei uns wurden diverse Gefährdungstatbestände geschaffen, die in umfassender Weise bereits Vorbereitungshandlungen unter Strafe stellen. Das Strafverfahren wandelt sich damit zu einem Instrument der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. Menschen stehen zunehmend unter Generalverdacht. Die Unterscheidung zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, zwischen Prävention und Repression verflüchtigt sich immer mehr.
Die zentrale Frage ist nun: Wie viel sind wir für die Gefahrenabwehr zu opfern bereit? Diese Frage stellt sich, damit wir nicht mehr verlieren, als wir gewinnen. Wie viel Freiheit, wie viel Rechtsstaat, wie viele falsch positive Fälle, wie viele unserer Grundwerte? Klar ist: Menschenrechte dürfen nicht im Rahmen der terroristischen Bedrohung geopfert werden. Zwangsmassnahmen gegen 12-jährige Kinder, Hausarrest für 15-Jährige: Das vorliegende Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus sieht massive Eingriffe in die Kinderrechte, in die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte vor. Es stellt unsere rechtsstaatlichen Grundsätze in verschiedenen Punkten ganz grundlegend infrage.
Das heute geltende Recht gibt der Polizei bereits jetzt die Möglichkeit, eine Person zu inhaftieren, wenn es keinen Tatverdacht gibt, aber konkret befürchtet wird, dass sie ein schweres Verbrechen begeht. Die neue Gesetzgebung will nun noch einen entscheidenden Schritt weiter gehen: Die Bundespolizei soll bereits dann Massnahmen ergreifen können, wenn sie lediglich Anhaltspunkte dafür hat, dass eine Person in der Zukunft terroristische Straftaten begehen könnte, und dies in den meisten Fällen ohne vorherige Genehmigung durch ein Gericht. Mit Ausnahme des Hausarrests untersteht keine der Präventivmassnahmen der richterlichen Überprüfung.
Es wird damit dem Fedpol überlassen, ob und wann eine Massnahme in einer konkreten Situation verhältnismässig ist. Das Gericht kann zudem nicht wissen, ob eine Person wirklich gefährlich ist. Es kann nur überprüfen, ob das Fedpol eine Massnahme so begründet, dass eine entsprechende Gefährdung vorliegen könnte. Dies hat zudem eine nicht zu rechtfertigende Umkehr der Beweislast zur Folge. Die Zielperson muss den unmöglichen Beweis erbringen, dass von ihr keine potenzielle Gefahr ausgeht. Die Unschuldsvermutung – in dubio pro reo – wird komplett ausgehöhlt. Gemäss dem Legalitätsprinzip der Bundesverfassung muss aber staatliches Handeln gesetzmässig und damit hinlänglich klar und bestimmt sein. Aufgrund des ausufernden Interpretationsspielraums, welchen die Gesetzesvorlage den Behörden zugesteht, ist sie nicht verfassungskonform. Ein Verhalten, das die Schwelle zur Strafbarkeit nicht überschreitet, darf nicht indirekt und mit staatlichen Zwangsmassnahmen abgesichert zu Einschränkungen der persönlichen Freiheit führen.
Offenkundig sind grosse Teile der Gesellschaft bereit, immer mehr Freiheitsrechte zugunsten von mehr Sicherheit zu opfern und damit Gefahr zu laufen, beides zu verlieren. Ist es wirklich so, dass wir sicherer sind, wenn die Polizei mehr Macht erhält? Was, wenn wir durch die zunehmend präventiven Polizeimassnahmen irgendwann alle verdächtig werden? Wenn alle erst einmal unter Generalverdacht stehen: Trauen wir uns dann noch, unsere Empörung darüber frei zu äussern? Sicherheit bedeutet eben auch Sicherheit gegenüber staatlichen

Eingriffen und nicht nur gegenüber terroristischen Taten.
Mit der geplanten Verschärfung wird eine Grenze überschritten. Darin sind sich rund achtzig Nichtregierungsorganisationen sowie namhafte Straf- und Völkerrechtler einig. Die Terrorbekämpfung darf nicht auf Kosten der Rechte und Freiheiten der Bevölkerung gehen. Unrecht darf nicht mit Unrecht bekämpft werden. Seien wir ehrlich: Die bestehenden Gesetze reichen weitgehend aus, um Terror zu bekämpfen. Terroristen sind Kriminelle, und als solche müssen sie verfolgt und hart bestraft werden. Mit Angst lässt sich keine gute Politik machen. Diese Gesetzesvorlage macht die Schweiz nicht sicherer, sondern untergräbt unseren Rechtsstaat.
Ich beantrage Nichteintreten auf das Geschäft und bitte Sie, mir dabei zu folgen, denn sonst bin ich überzeugt: Die Freiheit stirbt mit Sicherheit.

AB 2020 N 1102 / BO 2020 N 1102

Schlatter Marionna (G, ZH): Der Schutz unserer Grundrechte ist die Bedingung dafür, dass wir uns frei und sicher fühlen können. Wenn wir uns frei und sicher fühlen, gibt es weniger Kriminalität. Fühlen wir uns frei und sicher, haben wir Vertrauen in den Staat, in die Institutionen, und ermöglichen so dem Staat, an wichtige Informationen zu kommen. Staaten, welche Grundrechte schützen, sind international glaubwürdige Partner, und in der Bekämpfung von Terrorismus ist die internationale Zusammenarbeit ein wichtiger Pfeiler. Ich bin der Überzeugung, das wichtigste Mittel in der Bekämpfung von Terrorismus ist der bedingungslose Schutz der Grundrechte und die Wahrung des Rechtsstaats.
Die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus verletzen die Grundrechte. Mit dem neuen Gesetz können aufgrund von vagen Vermutungen krasse Einschränkungen unserer Rechte und Freiheiten verfügt werden. Kontaktverbote, Eingrenzungen, Freiheitsentzug, Ausreiseverbote – alles ist möglich ohne vorangegangene Straftaten, ohne konkrete Vorbereitungshandlungen, ohne konkreten Verdacht, nur aufgrund der Einschätzung, gefährlich zu sein. Mit der im Gesetz vorgeschriebenen unklaren Definition des Gefährders gehen wir einen Schritt vor den Verdacht. Erklären Sie mir, wie das funktionieren soll! Bereits heute braucht es doch sehr wenig, bis Verdacht geschöpft wird. Man kann mit dem Nachrichtendienstgesetz bereits heute Personen ohne konkreten Verdacht überwachen und einschreiten, wenn es gefährlich wird.
Die stärkste im Gesetz vorgesehene Zwangsmassnahme ist der Hausarrest. Als wäre diese Grundrechtseinschränkung auf Vorrat nicht schon an sich problematisch, hat die Kommission die Vorlage zusätzlich verschärft und sieht sogar eine Präventivhaft vor. Artikel 23obis würde es erlauben, Personen bereits beim Aufruf zu Gewalt oder bei Zugehörigkeit zu einer Organisation, die Gewalt bezweckt, in Haft zu nehmen – notabene ohne eine Verurteilung. Diese Art des Freiheitsentzugs ist eines Rechtsstaats nicht würdig und ist nicht mit der EMRK kompatibel. Darauf wurden wir in der Kommission sehr deutlich aufmerksam gemacht.
Aber nicht nur das: Die Zwangsmassnahmen sollen bereits bei Kindern ab 12 Jahren angewendet werden. Das steht im Widerspruch zu allen Grundsätzen des Kinder- und Jugendschutzes und verletzt die Kinderrechte mehrfach. Sie wollen Kinder unter Hausarrest stellen, monatelang, ohne konkreten Verdacht, nur aufgrund der Vermutung, dass sie in Zukunft vielleicht irgendwann etwas Strafbares tun könnten. Wie weit wollen Sie denn im Namen der Terrorbekämpfung noch gehen?
Wir überschreiten hier die rote Linie. Meine Schweiz, die die Menschenrechte und den Rechtsstaat hochhält, will ein Instrument einführen, das sie selber bei anderen Ländern kritisiert. Das ist nicht nur heikel, sondern auch peinlich. Ich hoffe, dass die öffentliche Kritik der Menschenrechtsbeauftragten des Europarates und der UNO-Sonderberichterstatter in diesem Saal etwas bewegt hat.
Schauen wir doch über die Landesgrenze! Die Präventivhaft, brutale Verhörmethoden, Polizeigewalt, die Auslieferung mutmasslicher Gefährder an Länder, die die Folter kennen: Haben sie einen Gewinn an Sicherheit gebracht? Oder bestärken sie nicht vielmehr die Terroristen, indem sie ihnen die Gelegenheit geben, gewisse westliche Länder der Brutalität zu beschuldigen und damit ihre eigene Brutalität herunterzuspielen? Gibt es den Terrorgruppen nicht vielmehr die Gelegenheit, sich selbst als starke Gegner eines gewalttätigen Staates zu inszenieren und so ihre Gefolgschaft zu rekrutieren? Gibt es ihnen nicht vielmehr die Gelegenheit, die Sympathie für diese Länder innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft infrage zu stellen und so die so wichtige internationale Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung zu behindern?
Ich bin überzeugt: Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Wahrung der Grundrechte und dem Terrorismus. Den Kampf gegen Terrorismus gewinnt man nicht mit Repression, den Kampf gegen Terrorismus gewinnt man mit sozialen Massnahmen, mit Bildung, mit Jugendarbeit, mit internationaler Zusammenarbeit und mit dem kompromisslosen Schutz der Grundrechte und des Rechtsstaates.
Ich beantrage Ihnen Rückweisung an den Bundesrat, mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten. Die unklare Definition des Gefährders muss überarbeitet werden, denn weder Sie noch sonst jemand kann das

Gegenteil beweisen, wenn ihr oder ihm vorgeworfen wird, potenziell gefährlich zu sein.
Ich bitte Sie, meinen Rückweisungsantrag zu unterstützen und dem Kampf gegen den Terrorismus nicht unser stärkstes Schutzschild, die Grundrechte, zu opfern.

Roth Franziska (S, SO): Das vorliegende Terrorismusgesetz gefährdet unsere Freiheit und die Menschenrechte. Es gefährdet das, was wir eigentlich vor Terrorismus schützen wollen, und das ist, gelinde gesagt, Stumpfsinn. Hätte, könnte, würde, möchte – alles Konjunktive, die schlicht in einem Gesetz nichts zu suchen haben! Die Schweiz kann sich nicht zu den Menschenrechten, zum Völkerrecht, zur Kinderrechtskonvention bekennen, um diese dann umgekehrt im Zweifelsfall zu verletzen. Die geplanten Verschärfungen fördern den Zweifelsfall und die Willkür. Wer meint, diese Regel könne seine Nachbarin, den Onkel oder gar die eigenen Kinder nicht treffen, der oder die liegt falsch. Die Massnahmen treffen Menschen, die weder eine Straftat vorbereitet noch eine begangen haben. Nichts davon liegt vor. Einzig ein Verhaltenskatalog dient zur Eingrenzung. Das öffnet der Willkür Tür und Tor. Zwangsläufig unter Druck käme nämlich die Polizei. Diese wäre versucht, diese Massnahmen insbesondere im Zweifelsfall anzuwenden; schliesslich will ja niemand Gefahr laufen, sich im Nachhinein vorwerfen lassen zu müssen, nicht gehandelt zu haben.
Die Vorlage muss zurück an den Absender, und zwar mit vier Aufträgen:
1. Die neu vorgeschlagenen Massnahmen – die Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, das Kontaktverbot, die Ein- und Ausgrenzung, das Ausreiseverbot, die elektronische Überwachung, die Mobilfunklokalisierung, der Hausarrest – müssen auf die Verfassungsmässigkeit geprüft werden. Das Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit erhöht die rechtsstaatliche Verantwortung von Exekutive und Legislative – von uns. Es ist zu prüfen, ob die vorgesehenen schweren Grundrechtsbeschränkungen, die in der Rechtsordnung mit wenigen Ausnahmen sonst ja nur bei Vorliegen eines begründeten Verdachts auf strafbare Handlungen vorgesehen sind, überhaupt mit der Bundesverfassung vereinbar sind.
2. Die Tatsache, dass Kinder von diesen Massnahmen betroffen sind, ist der Schweiz nicht würdig. Die Massnahmen gegen Kinder und Jugendliche sind auf ihre Vereinbarkeit mit Bundesverfassung und Völkerrecht zu prüfen. Bereits in der Vernehmlassung waren nämlich die Massnahmen angezweifelt worden. Der Menschenrechtskommissar des Europarates bezweifelte die Konformität mit der EMRK. Namentlich die aktuelle Ausformulierung des Hausarrests erscheint als Verstoss gegen Artikel 5 EMRK.
3. Die Notwendigkeit der neuen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus vor dem Hintergrund des geltenden Rechts auf Stufe Bund und Kantone ist zu überprüfen. Die Nachrichtendienste des Bundes und der Kantone haben bereits heute umfassende Möglichkeiten, Informationen zu beschaffen. Ergibt sich daraus ein Tatverdacht, übernehmen die Strafverfolgungsbehörden den Fall – und in der Praxis ist die Schwelle, um einen Tatverdacht zu begründen, ausserordentlich tief. Zudem wird die Strafbarkeit je länger, je mehr ins eigentliche Vorfeld verlagert. Es besteht daher die erhebliche Gefahr, dass die präventiv-polizeilichen Instrumente weit über das Mass ausgebaut werden, das zum Schutz der Polizeigüter notwendig wäre – dieses Mass haben wir. Vor dem Hintergrund, dass gegenwärtig auch praktisch alle Kantone in ihren Polizeigesetzen neue präventive Instrumente schaffen, besteht zudem die Gefahr von positiven und negativen Kompetenzkonflikten. Die Polizeibehörden von Bund und Kantonen werden ohne entsprechende konkrete Gefahren zu geheimdienstähnlichen Organisationen umgebaut, die ohne konkreten Tatverdacht und ohne wirksame gerichtliche Überprüfbarkeit die Bevölkerung nach Anhaltspunkten für terroristische Tätigkeiten ausforschen können.

AB 2020 N 1103 / BO 2020 N 1103

4. Ein Mitbericht der RK-N ist eigentlich einzufordern. Es geht um juristische Feinheiten. Ein Mitbericht der RK, namentlich zur Kohärenz der verschiedenen Rechtsbestände und deren Vereinbarkeit mit dem Verhältnismässigkeitsprinzip, wäre nützlich.

Walliser Bruno (V, ZH): Die Polizei soll für den Umgang mit Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht, mehr Möglichkeiten erhalten. Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus ergänzt das Instrumentarium der Schweiz in der Terrorismusbekämpfung durch präventive Massnahmen der Polizei. Am Dienstag haben wir der Vorlage 18.071, "Terrorismus und organisierte Kriminalität", und damit dem Übereinkommen des Europarates zugestimmt. Mit diesem Gesetz machen wir einen weiteren Schritt zur Bekämpfung und Verhinderung von Terrorismus.
Das vorliegende Bundesgesetz will das bestehende polizeiliche Instrumentarium ausserhalb eines Strafverfahrens verstärken. Die Massnahmen können vor einem Strafverfahren, nach Beendigung des Strafvollzugs, unter Umständen aber auch ergänzend zu strafprozessualen Ersatzmassnahmen zur Anwendung kommen. Ziel der neuen polizeilichen Massnahmen ist es, zunehmende terroristische Gewalt zu verhindern. Von Fall zu Fall

sollen Bund und Kantone gemeinsam die passenden Massnahmen beschliessen. Die Vorlage sieht folgende verwaltungspolizeiliche Massnahmen vor, welche gegenüber terroristischen Gefährderinnen und Gefährdern angeordnet werden können: Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, Kontaktverbot, Ein- und Ausgrenzung, Eingrenzung auf eine Liegenschaft und Ausreiseverbot.
Das geltende Ausländer- und Integrationsgesetz sieht vor, dass ausländische Staatsangehörige, deren Wegweisung aus der Schweiz verfügt worden ist, vorübergehend inhaftiert werden können, um den Vollzug dieser Massnahme sicherzustellen. Neu soll dies auch dann möglich sein, wenn die weg- oder ausgewiesene oder des Landes verwiesene Person eine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz darstellt. Zudem soll eine rechtskräftig ausgewiesene Person – analog zur Landesverweisung – künftig nicht mehr vorläufig aufgenommen werden können. Weiter wird der Informationsaustausch zwischen den Behörden durch erweiterte Zugriffsrechte auf die Informationssysteme des Bundes verbessert.
Im Namen der SVP-Fraktion und der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung bitte ich Sie, auf die Vorlage 19.032 einzutreten und die beiden Rückweisungsanträge der Minderheiten I (Schlatter) und II (Roth Franziska) abzulehnen. Diese Rückweisungsanträge verfolgen nur ein Ziel und haben nichts anderes im Sinn, als die Vorlage abzuschwächen und ihr damit die Zähne zu ziehen – genau so, wie dies bei der Vorlage 18.071 vorgesehen war. Wir brauchen die nötigen Gesetzesbestimmungen so rasch wie möglich.

Addor Jean-Luc (V, VS): Avant-hier, nous avons approuvé le projet 18.071, "Terrorisme et criminalité organisée. Convention du Conseil de l'Europe". Eh bien, le projet dont nous débattons aujourd'hui, qui propose diverses mesures, cette fois-ci policières, de lutte contre le terrorisme en est le complément. Après avoir débattu d'un renforcement des mesures répressives, nous voici en amont, avant une procédure pénale, après l'exécution – parfois – d'une sanction pénale ou même en complément aux mesures de substitution relevant de la procédure pénale.
L'objectif est préventif: il s'agit d'empêcher qu'un nombre toujours plus grand de personnes se tournent vers la violence. Diverses mesures sont prévues: des mesures de base, si j'ose dire, telles que l'obligation de se présenter à des entretiens, l'interdiction de contact, l'interdiction géographique ou encore l'interdiction de quitter le territoire, et des mesures plus incisives, telles que l'assignation à résidence ou le placement sécurisé de terroristes potentiels.
Ces mesures, où trouvent-elles leur source? Tout simplement dans les réalités du terrain. Elles ont pour but de combler, dans notre arsenal préventif, des lacunes que la pratique a mises en lumière.
Qui est visé? Evidemment pas les 8 millions d'habitants de ce pays! Car ni le Service de renseignement de la Confédération ni le Fedpol n'ont pour objectif – ni d'ailleurs les moyens – de se transformer en autant d'instruments d'une espèce de soupçon généralisé. Non, les cibles, ce sont ceux que le projet appelle les terroristes potentiels, c'est-à-dire les individus dont on présume, sur la base d'indices concrets et actuels, qu'ils pourraient mener des activités terroristes.
Les mesures proposées ont suscité des réactions parfois inusuelles. Ainsi, avec une légitimité pour le moins douteuse, la commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe s'est crue autorisée à faire la leçon à l'Etat souverain dont nous sommes les élus du peuple, pour nous expliquer, en plein processus législatif, ce que nous aurions le droit de faire ou pas. C'est relativement original.
A cet égard, au nom du groupe UDC, je tiens à dire que, contrairement aux légendes que certains trouvent intérêt à colporter – en tout cas pas par intérêt pour la sécurité de la population suisse –, les mesures proposées sont d'abord subsidiaires, en particulier par rapport à toutes les autres mesures éducatives ou intégratives ainsi qu'à d'éventuelles mesures de substitution relevant du droit pénal. Elles sont soumises à des conditions très strictes, de même qu'à un contrôle judiciaire adapté. Elles correspondent ainsi pleinement aux standards de notre Etat de droit, d'un régime juridique dont, à l'évidence, nous n'avons pas à rougir en comparaison internationale. Elles respectent tout autant le droit international, y compris le droit de la protection de l'enfant.
Les enfants, parlons-en justement. Là encore, il se trouve que les mesures qui sur ce point font débat trouvent leur origine et leur justification dans l'expérience. Car c'est malheureusement une réalité, une triste réalité, que des enfants sont utilisés par des groupes terroristes. C'est une réalité que des enfants âgés d'à peine plus de 12 ans ont déjà sombré dans le terrorisme ou ont risqué de le faire.
C'est une réalité. En 2016, une fille de 15 ans, sympathisante de l'Etat islamique, a poignardé dans le cou un policier qui la contrôlait en gare de Hanovre.
Dans cette situation de légitime défense dans laquelle un pays et ses habitants se trouvent face à la menace terroriste, le groupe UDC a choisi son camp. Contre une petite poignée d'individus, y compris parfois, hélas, des mineurs, qui menacent un pays tout entier, l'UDC se place résolument du côté des victimes. Si on veut parler d'enfants, le groupe UDC veut donner à la police les moyens de garantir la sécurité de ces millions

d'enfants suisses innocents contre quelques enfants – et ce ne sont évidemment pas toujours des enfants – terroristes.
Nous entrerons donc en matière et rejetterons les deux propositions de minorité de renvoi au Conseil fédéral. Durant la discussion par article, nous combattrons toutes les propositions de minorité qui, toutes, visent à déplumer, plume après plume, un projet nécessaire, dont nous pouvons espérer que s'il nous permet d'éviter ne serait-ce qu'un seul attentat, d'épargner ne serait-ce qu'une seule victime innocente, eh bien il aura atteint son but.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Monsieur Addor, on parle de chiffres. Vous souhaitez qu'il n'y ait aucune victime d'attentat en Suisse, c'est le cas de tout le monde. J'aimerais vous demander combien il y a eu d'attentats et de victimes d'attentats en Suisse, et surtout combien d'enfants entre 12 et 15 ans ont perpétré un attentat en Suisse?

Addor Jean-Luc (V, VS): Vous savez, Monsieur Fridez, contrairement à vous, nous regardons aussi ce qu'il se passe à l'étranger. La menace pèse sur toute l'Europe. Je viens de citer des exemples, mais peut-être que vous ne m'avez pas écouté, c'est le genre de choses que nous voulons éviter.

Marti Min Li (S, ZH): Seit dem schrecklichen Attentat vom 11. September 2001 führen wir eine Debatte über einen vermeintlichen Widerspruch zwischen Freiheit und Sicherheit. Wir reden darüber, wie viel Freiheit wir opfern wollen, um etwas mehr Sicherheit zu gewinnen. Ich staune immer wieder, dass jene, die sonst die Freiheit so gerne hochhalten,

AB 2020 N 1104 / BO 2020 N 1104

erstaunlich schnell bereit sind, erstaunlich viel Freiheit zugunsten der Sicherheit zu opfern.
Wir dürfen nicht vergessen, dass die Grundrechte, von denen wir sprechen – das ist keine linke, sondern eine liberale Erfindung –, Freiheitsrechte sind; sie sind Abwehrrechte, die den Bürger vor der Willkür des Staates schützen sollen. Das ist auch im Ursprung des liberalen Rechtsstaates zu finden, in der Habeas-Corpus-Akte, dem Rechtsakt des 17. Jahrhunderts, der besagt, dass kein Untertan des britischen Königreichs in Haft gesteckt werden kann, ohne dass er von einem Gericht verurteilt wird. Dieser Grundsatz ist auch in unserem Rechtssystem und in der EMRK verankert. Mit der Präventivhaft will die Mehrheit der SiK genau diesen jahrhundertealten Grundsatz auf den Kopf stellen. Aber es darf ebenfalls nicht vergessen werden, dass auch die milde Reform, die der Bundesrat vorschlägt, dass auch der Hausarrest diesen Grundsatz der EMRK ritzt; denn auch ein Hausarrest ist ein Freiheitsentzug. Ich hoffe, dass mindestens die Präventivhaft hier drin keine Mehrheit finden wird.
Um wieder zu den liberalen Wurzeln des Rechtsstaats zurückzukehren, möchte ich Sie noch an ein anderes Prinzip erinnern: an das "Blackstone-Prinzip". Der englische Jurist William Blackstone hat gesagt, es sei besser, wenn zehn Schuldige freikommen, als wenn ein Unschuldiger leiden muss. Heute ist nicht nur bei der Bekämpfung des Terrorismus, aber besonders hier, eine langsame Umkehr dieses Prinzips im Gange. Man will möglichst keine Risiken eingehen, man will möglichst alles verhindern, eine Tat schon im Vorfeld verhindern, wenn sie erst gedacht, noch nicht einmal geplant ist. Ich muss Sie daran erinnern: Wir reden hier über das Vorfeld. Die Gefährder, die hier gemeint sind, haben keine Straftat begangen, sie haben auch keine Straftat geplant, sondern ihnen wird vom Fedpol zugetraut, dass sie eine Straftat begehen könnten. Das ist eine fundamentale Umkehr der Unschuldsvermutung: Nicht der Staat muss einem Angeklagten beweisen, dass er schuldig ist, sondern der "Gefährder" muss beweisen, dass er nicht gefährlich ist. Das ist eine praktisch unmögliche Aufgabe.
Ich muss Sie auch daran erinnern, dass alle Massnahmen, mit Ausnahme des Hausarrests, nicht einmal eine richterliche Überprüfung nötig haben. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Massnahmen für Kinder ab 12 Jahren gedacht sind, mit Ausnahme des Hausarrests: Dieser soll für Kinder erst ab 15 Jahren gelten.
In Studien zu Radikalisierungsprozessen sieht man, dass Radikalisierung nicht über Nacht passiert. Das ist ein Prozess, und dieser Prozess wird durch verschiedene Faktoren begünstigt: Schlechte Bildung, schlechte Aussichten, aber eben auch Diskriminierung, Stigmatisierung und das Gefühl von Ungerechtigkeit können eine Radikalisierung befördern. Wenn wir dann einen Fall haben, wird auch das Fedpol, wird auch der Bundesrat nicht ausschliessen können, dass mal wirklich ein Unschuldiger zu Unrecht als Gefährder bezeichnet wird. Dann kann dies eine Radikalisierung noch viel mehr befördern. Das heisst, wir wissen nicht einmal, ob diese Massnahmen, für die wir die Freiheit opfern sollen, uns wirklich mehr Sicherheit bringen.
Aber das ist nicht die einzige Frage, die wir uns hier stellen. Wir müssen uns auch die Frage stellen, wie wir vermitteln wollen, dass unsere Werte, unsere Demokratie und unser Rechtsstaat der totalitären Ideologie von

Terroristen überlegen sind, wenn wir unsere Grundwerte, unsere Grundrechte selber nicht ernst nehmen. Für die SP-Fraktion ist klar: Es braucht mehr und nicht weniger Rechtsstaatlichkeit.
Wir werden daher den Nichteintretensantrag der Minderheit Christ sowie die beiden Rückweisungsanträge der Minderheiten I (Schlatter) und II (Roth Franziska) unterstützen.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Ce projet législatif va trop loin. Il franchit la ligne rouge. Il pose pour le moins un problème au regard des traités supérieurs que la Suisse a ratifiés, en particulier la Convention européenne des droits de l'homme et la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant. Ce n'est pas moi qui le prétend, mais, successivement, la commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe dans une lettre du 7 mai dernier, toute une série de rapporteurs de l'ONU dans une lettre du 26 mai, respectivement les rapporteurs spéciaux sur la promotion et la protection des droits de l'homme et des libertés fondamentales dans la lutte antiterroriste, sur les exécutions extrajudiciaires, sommaires ou arbitraires, sur la promotion et la protection du droit à la liberté d'opinion et d'expression, et j'en passe. De plus, de nombreuses ONG et plusieurs professeurs de droit de nos universités nous ont alertés à ce sujet.
Je sais que plusieurs parmi vous, et M. Addor vient d'en témoigner, acceptent mal leurs divers commentaires, pourtant autorisés. Ces divers intervenants savent de quoi ils parlent. Ils sont les garants reconnus du respect du droit et des libertés. C'est leur rôle, oui, leur rôle, Monsieur Addor, quoi que vous pensiez, parce que nous avons signé des accords et que ces accords nous engagent. J'ai l'honneur de représenter notre pays au sein de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe et, depuis lors, j'ai pris la mesure de l'importance fondamentale des valeurs inestimables que représente la Convention européenne des droits de l'homme.
Le Conseil de l'Europe symbolise notre maison commune pour la défense des droits de l'homme, de l'Etat de droit, de la démocratie, de la justice, même pour les plus humbles. En instituant cette organisation au soir de la Deuxième Guerre mondiale, ses pères fondateurs ont voulu contribuer à l'éradication de la barbarie en adoptant la devise "Plus jamais cela".
Le terrorisme, oui, c'est la barbarie, à l'évidence, et il faut la combattre avec méthode et détermination. Mais les valeurs qui représentent les piliers de notre société – l'Etat de droit, la démocratie, le respect non négociable des droits de l'homme – nous imposent les plus grandes précautions dans l'utilisation de la violence légitime de l'Etat et de ses services. Ne pas déroger à ces valeurs fondamentales qui sont les piliers de notre démocratie est, d'une part, une obligation morale et juridique et, d'autre part, un manière de ne pas tomber dans un piège grossier, qu'il faut éviter à tout prix, car les terroristes visent justement à saper notre Etat de droit, à victimiser leurs hommes de main et à en faire des martyrs.
La démocratie se doit d'être forte, résiliente, ouverte au dialogue et, surtout, de ne pas accepter n'importe quelles méthodes. Les mesures policières de lutte contre le terrorisme que nous traitons aujourd'hui vont trop loin, des mesures préventives qui se révèlent pour certaines d'entre elles liberticides et s'appliquent à des personnes incriminées alors qu'elles n'ont pratiquement commis aucun délit. Et on taxe pourtant ces personnes de terroristes potentiels, une dénomination qui prend la forme d'une stigmatisation dont il peut être difficile de se laver.
On parle de terroristes potentiels à qui on inflige toute une série de mesures de contrainte, la pire étant l'assignation à résidence, susceptible de s'étendre sur de longs mois, une mesure qui correspond clairement, selon tous les experts dont j'ai parlé et qui nous interpellent, à l'équivalent d'une privation de liberté au sens de l'article 5 de la Convention européenne des droits de l'homme, alors que, je le répète, ces personnes n'ont commis aucun délit. On compare volontiers certaines mesures avec celles qui sont par exemple prises, par sécurité, à l'encontre de hooligans qui sont retenus le temps d'un match de football. La grande différence réside dans le fait que, dans ce cas, la mesure préventive est clairement définie dans le temps en rapport avec une circonstance particulière. Dans le cas des terroristes potentiels, on parle de mesures pouvant durer des mois, sans évoquer de terme précis.
De plus, pour la plupart de ces mesures, l'autorité qui ordonne est le Fedpol et pas une autorité judiciaire. Un recours est toujours possible auprès du Tribunal administratif fédéral – la belle affaire –, un tribunal qui traitera du cas des mois plus tard, quand tout sera déjà terminé. Nombre de décisions resteront donc sans possibilité de recours effectif, et il n'y a que l'assignation à résidence qui devra obligatoirement être validée par une autorité judiciaire dans les 24 heures.
Et que dire des mesures de contrainte qui pourront s'appliquer à des enfants dès 12 ans, et des mesures d'assignation à résidence qui pourront l'être dès l'âge de 15 ans pour des enfants terroristes potentiels? En tant qu'ancien rapporteur général du Conseil de l'Europe pour la campagne

parlementaire pour mettre fin à la rétention d'enfants migrants, je vous le dis: je suis scandalisé! Notre Etat de droit s'enlise loin de ses valeurs fondamentales. Un Etat qui se veut pourtant exemplaire, siège d'organisations internationales, dépositaire des Conventions de Genève et potentiellement, selon certaines sources, candidat à un siège au sein du Conseil de sécurité de l'ONU.
Me limitant aux critiques essentielles de la commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe, je vous demande d'imposer dans cette loi deux mesures simples, évidentes, et qui nous mettraient plus en conformité avec le droit supérieur: premièrement, aucune mesure ne doit être appliquée à un terroriste potentiel sans décision préalable d'un juge; deuxièmement, aucune mesure ne doit concerner un mineur.

Gmür Alois (M-CEB, SZ): Es ist eine traurige Tatsache, dass die terroristische Bedrohung in den letzten Jahren weltweit zugenommen hat. Die Staaten sind gefordert, darauf zu reagieren. Aus der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP haben wir in der Vergangenheit verschiedene Vorstösse eingereicht, dies mit dem Ziel, griffige Massnahmen gegen die zunehmende terroristische Bedrohung auf Gesetzesstufe zu ergreifen.
Die grosse Gesetzeslücke besteht bei der Früherkennung. Es wurde ein Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus erstellt, was zwar gut ist, aber nicht ausreicht. Neben diesen niederschwelligen Vorgehensweisen, die auf therapeutischen, gesellschaftlichen und sozialen Massnahmen basieren, braucht es als letztes Mittel die Repression. Die Polizei muss frühzeitig Gefahren abwehren können. Es liegt jetzt am Parlament, für die Sicherheitsorgane Instrumente zu schaffen, sodass Bund, Kantone und Gemeinden den Terrorismus präventiv bekämpfen können und nicht erst dann, wenn etwas passiert ist. In diesem Bereich müssen Wege gesucht werden, um möglichst früh zu erkennen, was passieren, was terroristisch angerichtet werden könnte. Die Polizei muss gegenüber potenziellen Gefährdern vor einem Anschlag wirksam handeln können.
Die Sicherheit in unserem Land ist eine der wertvollsten Errungenschaften; diese gilt es zu erhalten. Gesprächsteilnahmepflicht, Kontaktverbot, Rayonverbot, Hausarrest usw. sind Mittel, die nach Meinung der Mitte-Fraktion die Gefahren vermindern können. Es ist uns klar, dass damit Grundrechte und Freiheiten eingeschränkt werden können. Nach unseren Abklärungen werden keine Menschenrechte und Konventionen verletzt. Wenn man aber tatsächlich mehr Sicherheit will, braucht es gewisse Opfer, braucht es Abstriche.
Mit dem vorliegenden Gesetz erhalten unsere Sicherheitsorgane die richtigen Instrumente, um vor allem präventiv Massnahmen gegen Menschen zu ergreifen, die allenfalls mit terroristischen Anschlägen die Sicherheit unserer Bevölkerung, die Sicherheit unseres Landes gefährden könnten. Es ist uns bewusst, dass mit diesem Gesetz die Möglichkeit geschaffen wird, Personen zu treffen, von denen eine vermeintliche Gefahr ausgeht. Es ist uns weiter auch bewusst, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt und dass im terroristischen Bereich nach wie vor, trotz diesem Gesetz, etwas passieren kann.
All diese Massnahmen, die mit diesem Gesetz vollzogen werden können, sind Lehren, die aus den verschiedenen terroristischen Ereignissen gezogen worden sind. Sie sind quasi aus der Praxis, aus den Erfahrungen entstanden und wurden nicht einfach leichtfertig entschieden. Gerade den Massnahmen, die Kinder respektive Jugendliche betreffen, liegen Erfahrungen zugrunde. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass bei Jugendlichen, wenn alle therapeutischen, gesellschaftlichen und sozialen Massnahmen nicht greifen, ein Hausarrest, ein Rayonverbot oder ein Vereinsverbot ausgesprochen und umgesetzt werden kann. In dieser Vorlage überwiegen die Vorteile, dass präventiv etwas gegen Terrorismus gemacht werden kann, die Nachteile der möglichen Einschränkungen von Grundrechten und Freiheiten.
Im Namen der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP bitte ich Sie, einzutreten, die Rückweisungen abzulehnen und bei der Beratung überall der Mehrheit zu folgen.

Trede Aline (G, BE): Geschätzter Kollege Gmür, die Menschenrechtsbeauftragte des Europarates hat uns ein Schreiben zukommen lassen, wonach Menschenrechte eingeschränkt werden. Sie haben jetzt gesagt, Ihre Abklärungen hätten gezeigt, dass das nicht so sei. Können Sie mir sagen, welche Abklärungen Sie getroffen haben, die höher zu gewichten sind als die der Menschenrechtsbeauftragten?

Gmür Alois (M-CEB, SZ): Das hat schon der Kommissionssprecher gesagt. Diese Abklärungen wurden seriös getroffen. An diese Abklärungen halten wir uns. Sie waren die Grundlage für unseren Entscheid.

Molina Fabian (S, ZH): Herr Kollege Gmür, können Sie mir sagen, wo dann für Sie die Grenze bei der präventiven Verhinderung von potenziellen Straftaten ist? Wäre es nicht am sinnvollsten, dass man alle Männer von 15 bis 50 Jahren präventiv unter Hausarrest stellen würde, um die Anzahl der Delikte gegen Leib und Leben auf nahezu null zu reduzieren?

Gmür Alois (M-CEB, SZ): Hier können leider keine klaren Grenzen gezogen werden. Es liegt aber an der Polizei, hier zu ermitteln. Dafür schaffen wir die Instrumente.

Porchet Léonore (G, VD): Nous avons eu l'occasion de le dire à de nombreuses reprises lors du débat de mardi sur la Convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme: le sujet est sérieux, il est important, il nous place devant notre responsabilité d'élus et d'élues. Cette responsabilité est de trouver l'équilibre entre la réponse à donner à une certaine inquiétude de nos concitoyens et concitoyennes et la protection de nos droits et de notre liberté par le respect de notre Constitution et des droits supérieurs.
On ne rigole pas avec le terrorisme. J'ai moi-même été prise dans une alerte attentat dans un grand musée de Bruxelles il y a quelques années. Nous avons dû nous cacher dans les couloirs, sans savoir si une bombe allait exploser ou si des hommes armés parcouraient les couloirs pour nous trouver. J'ai eu terriblement peur pour ma vie et celle de mes proches. Finalement, la police a fait exploser le colis suspect, il s'agissait de cela, et il n'y a pas eu de victime, mais j'ai vraiment compris, quasiment de première main, qu'un terroriste est celui qui répand la peur. J'ai aussi compris comment l'argument "oui, mais c'est le terrorisme" permet, pays après pays, de faire voter des lois et des règlements qui s'assoient sur les droits fondamentaux, qui restreignent nos libertés, qui remettent en question des pans entiers de nos démocraties. Parce que cette terreur paralyse. Elle empêche toute réflexion rationnelle, elle détruit toute mise en perspective. Parce que l'arme des terroristes, c'est la peur, la peur plus encore que la mort tragique d'individus qui se trouvent au mauvais endroit au mauvais moment. C'est avec cette peur qu'ils comptent déséquilibrer nos démocraties et mettre à bas nos valeurs de tolérance, de vivre ensemble et de liberté.
Je vous en prie, ne leur donnons pas ce qu'ils veulent. Les mesures policières de lutte contre le terrorisme qui sont proposées par cette loi trahissent ce qui fait de nous un Etat de droit. L'Etat de droit est une expression française qui décrit les Etats dans lesquels "les pouvoirs publics sont effectivement soumis au respect de la légalité par voie de contrôle juridictionnel". C'est une définition du Larousse. Et si je me permets de vous réciter ainsi le dictionnaire, c'est que cette loi brise la notion d'Etat de droit.
A des individus sur qui ne plane qu'un soupçon, un doute, des preuves indirectes, nous allons retirer des droits aussi fondamentaux que la liberté de circulation, d'association et de réunion, le droit à la vie privée et familiale, le droit au travail, le droit à l'éducation, le droit de participer à la vie religieuse et culturelle. C'est cela le principe des mesures préventives.
Sur l'exemple du film d'anticipation dystopique "Minority Report", le Conseil fédéral nous propose de donner des pouvoirs très étendus au Fedpol pour entraver la liberté des gens avant qu'ils n'aient commis quoi que ce soit, quasi sans contrôle judiciaire, sans jugement, sans procédure de recours complète. Or, le Fedpol n'est pas indépendant du pouvoir exécutif, il n'est pas une autorité judiciaire. Parce que

c'est son rôle, la police a une sensibilité au risque élevée. Elle va ainsi tendre à utiliser toute la latitude de ses pouvoirs. Sans contrôle, sans cadre qui garantit la proportionnalité et les droits fondamentaux, les risques d'arbitraire et de manoeuvres policières abusives sont grands.
L'actualité montre d'ailleurs à quel point il est indispensable d'encadrer strictement les activités de la police. Celle-ci a le pouvoir de recourir à la violence légitime par l'Etat. Mais elle doit donc, en contrepartie, être contrôlée de près, car, comme toutes les organisations de notre société, la police n'est pas exempte de préjugés, de sexisme, d'homophobie ou de racisme. Elle peut aussi tout simplement se tromper. Parce que ce risque plane sur chacun et chacune d'entre nous, il est indispensable de refuser un texte qui instaure la présomption de culpabilité.
Je n'ai aucune sympathie pour les personnes qui menacent notre sécurité. Aucune! Notre Etat doit faire plus pour lutter contre toutes les formes de radicalisation. Mais nous ne gagnons rien à sacrifier nos droits fondamentaux à la lutte contre le terrorisme.
Le projet dont nous parlons dépasse les bornes! En particulier, la loi prévoit la possibilité d'assigner une personne à résidence pendant neuf mois. Neuf mois enfermée chez elle! Pourtant, selon la CEDH, il est clair que l'assignation à domicile doit être assimilée à une privation de liberté, c'est-à-dire une arrestation.
Les restrictions de liberté peuvent être comprises; elles sont proportionnées lorsqu'il s'agit, par exemple, on en a parlé, d'empêcher un hooligan de se rendre dans un stade. Or, ce qui est proposé est tout différent: la restriction de liberté n'est en rien étroite, les mesures ne sont en rien ciblées lorsqu'il s'agit d'enfermer chez elle, pendant près d'une année, une personne qui pourrait peut-être, éventuellement, être un terroriste. Face à ce risque important d'enfermer chez eux des innocents, notre réponse ne peut pas simplement être: "Qu'importe, j'ai peur des terroristes."

Il faut ajouter que la cumulation des mesures policières, par exemple la séquestration des documents d'identité, l'interdiction de se rendre à tel ou tel endroit, puis l'assignation à résidence, a un caractère punitif qui s'apparente à des sanctions pénales, toujours pour des gens qui ne méritent pour l'heure aucune punition, puisqu'ils n'ont encore rien fait, et ce sans jugement, sans preuve, sans acte répréhensible, simplement parce qu'il y a soupçon. Bienvenue dans l'ère de la présomption de culpabilité dans un pays de 8 millions de suspects potentiels!
Et les enfants ne sont pas épargnés. J'ai toujours un peu de mal à imaginer que je doive le dire ici, devant vous, mais enfermer des enfants innocents pendant plusieurs mois, c'est mal! Car si vous suivez la proposition de la majorité de la commission – et j'en appelle à votre attention –, voici ce que vous allez soutenir: mettre sous surveillance et tracer des enfants de 12 ans innocents; interdire des contacts, des lieux et des voyages à des enfants de 12 ans innocents; faire porter des bracelets électroniques à des enfants de 12 ans innocents; assigner à résidence – c'est-à-dire enfermer chez eux – des enfants de 15 ans innocents; mettre dans des centres de détention des enfants de 15 ans innocents. Et toutes ces mesures, parce que la police leur aura attribué l'étiquette de "terroristes potentiels". Toujours sans preuve ni jugement.
Ne pas voir qu'un enfant qui se retrouve face à un risque de radicalisation a besoin de tout autre chose qu'une telle stigmatisation, c'est vraiment fermer les yeux sur la réalité. Ne pas voir qu'un tel système va être complètement contre-productif et nous faire entrer dans le cercle vicieux d'une radicalisation plus forte encore, c'est préférer fanfaronner devant les médias que de faire vraiment le travail de lutte contre le terrorisme.
Ces considérations sont encore d'une plus grande acuité lorsqu'on s'intéresse à l'extravagant ajout de la majorité de la commission pour permettre la création de centres de détention préventive. Des centres de détention pour des gens qui n'ont rien fait, contre lesquels nous n'avons que l'étiquette de terroristes potentiels.
En plus d'être scandaleuse, cette proposition est ridicule, car elle ne résistera pas à l'analyse de la Cour européenne des droits de l'homme, pour des raisons relatives aux droits humains qu'il est embarrassant de devoir rappeler devant ce conseil. Cette proposition nuit à la crédibilité de la Suisse sur le plan international, alors que c'est justement là que se fait le combat contre le terrorisme. Il faut aussi rappeler que cette proposition est inutile.
Le projet est d'ailleurs dans son ensemble très peu utile. Le risque terroriste existe vraiment, il faut le prendre au sérieux et mettre en place de vraies mesures qui permettront d'éviter les attaques terroristes. Or, ce qui est prévu dans cette loi, ce n'est que de l'esbroufe sécuritaire: montrer qu'on se préoccupe du sujet en jouant les gros bras, au lieu de mettre en place de vraies mesures, moins spectaculaires certainement, mais plus utiles et plus efficaces. Voilà ce que nous devons faire.
Pour faire face au terrorisme, nous devons miser sur la surveillance, et surtout sur la prévention, en concertation avec les relais locaux sur le terrain, comme les écoles. Nous devons aussi limiter l'accès aux armes et leur détention pour lutter contre le marché noir de l'armement, ce que nos collègues bourgeois se refusent absolument à faire.
A la police, nous devrions plutôt donner des moyens de faire son travail de proximité. Elle a en effet de plus en plus de pouvoirs répressifs, mais de moins en moins les moyens en temps, en argent, en effectifs, de mener un travail de prévention auprès de la population.
C'est d'ailleurs le cas pour toutes les mesures – de plus en plus d'argent à la répression, de moins en moins d'argent à l'éducation. C'est le cas aussi dans l'armée. Nous achetons des mortiers inutiles, mais nous ne mettons pas assez d'argent dans la lutte contre le terrorisme. Cherchez la logique!
Ce n'est donc certainement pas en criminalisant et en enfermant des enfants que nous serons efficaces pour lutter contre l'extrémisme. Avec ces mesures, nous n'aurons rien gagné contre le terrorisme, mais nous aurons fortement restreint nos droits fondamentaux. En tant qu'Etat de droit, nous devons être durs avec les terroristes, mais intraitables sur la question des droits fondamentaux. C'est ce qui fait notre différence. C'est le trésor que veulent détruire les terroristes: la liberté, la démocratie et la justice. Nous n'aurons pas de sécurité sans liberté.
Pour toutes ces raisons, le groupe des Verts vous appelle à ne pas entrer en matière et, subsidiairement, à renvoyer le projet au Conseil fédéral, afin de disposer d'un nouveau texte.

Addor Jean-Luc (V, VS): Madame Porchet, vous avez parlé de la peur tout à l'heure, mais je ne suis pas sûr que vous nous ayez bien compris. Est-ce que vous avez compris que nous n'avons pas peur, mais que nous voulons affronter le terrorisme non pas un genou à terre, mais debout, les yeux dans les yeux, avec la police, avec cette police que vous n'aimez pas?

Porchet Léonore (G, VD): Non, je n'ai pas compris cela, Monsieur Addor, puisque vous avez dit des choses comme: "Même pour sauver qu'un seul enfant, on prend toutes les mesures possibles." C'est vraiment un

moyen de répandre la peur dans la population.

Amaudruz Céline (V, GE): Madame Porchet, j'ai entendu votre raisonnement qui se base sur la définition du Larousse; c'est votre référence, alors que nous sommes en train de parler de réduire, peut-être, comme vous l'avez dit, une liberté fondamentale. Je me permets de vous expliquer ou de dire comment on peut restreindre un droit fondamental: il faut une base légale pour le faire, que cela corresponde à un intérêt public, et respecter la proportionnalité.
A vos yeux, le fait de lutter contre le terrorisme ne répond-il pas un intérêt public prépondérant?

Porchet Léonore (G, VD): Absolument, mais le texte qui nous est proposé n'a aucune proportionnalité, et en plus il est complètement inutile.

AB 2020 N 1107 / BO 2020 N 1107

Cattaneo Rocco (RL, TI): Il gruppo liberale-radicale sostiene in modo deciso e determinato questo progetto di legge perché va a colmare una grave ed evidente lacuna, in Svizzera, nel contesto della prevenzione e della lotta alla minaccia del terrorismo. Oltretutto siamo anche in ritardo, ed occorre agire.
Nelle priorità della politica della sicurezza nazionale, il terrorismo di ogni sorta rimane una delle principali minacce per la Svizzera. Per questo dobbiamo essere pronti a mettere in campo le misure necessarie sia per prevenire, sia per combattere in modo efficace questa minaccia.
Guardando il contesto di questa nuova legge federale, il progetto rappresenta il terzo pilastro del dispositivo della Svizzera per la lotta al terrorismo. Va ad aggiungersi infatti ad altri due pilastri: il Piano d'azione nazionale per prevenire e combattere la radicalizzazione e l'estremismo violento, e il potenziamento del dispositivo del diritto penale, che abbiamo trattato l'altro giorno in Consiglio nazionale, dove le organizzazioni terroristiche vengono espressamente contemplate.
Ziel dieses Bundesgesetzes ist die Prävention terroristischer Akte durch die Bekämpfung der Radikalisierung. Mit diesem Bundesgesetz wird den Polizeikräften endlich ein Instrumentarium zur Verfügung gestellt, um rechtzeitig gegen schlechte Absichten potenzieller Terroristen handeln zu können und diese – das heisst Personen, die eine konkrete Gefahr für die Sicherheit und Integrität unseres Landes darstellen – auch entsprechend neutralisieren zu können.
Es gilt auch zu beachten, dass wir nicht nur von gewalttätigem religiösem Extremismus, sondern auch von politisch motiviertem gewalttätigem Extremismus sprechen, unabhängig davon, ob rechts- oder linksextreme Ansichten vertreten werden. Es geht somit um jede Art von terroristisch motivierten Handlungen. Mit anderen Worten: Diese neuen Massnahmen erlauben der Polizeibehörde einzugreifen, sobald eine Person eine echte Bedrohung darstellt, ohne dass schon genügend Indizien für ein Strafprozessverfahren vorhanden sind.
In sintesi, ecco gli strumenti a disposizione delle polizie cantonali e comunali nonché di Fedpol, previsti da questo progetto di legge: primo, l'obbligo di presentarsi in orari definiti presso un posto di polizia o presso un'altra autorità; secondo, il divieto di lasciare il Paese e il conseguente sequestro del passaporto; terzo, il divieto di avere contatti con determinate persone; quarto, il divieto di lasciare e di accedere ad aree determinate; quinto, gli arresti domiciliari, ossia il divieto di lasciare un immobile. Quest'ultima misura è prevista come ultima ratio e richiede una decisione di un'autorità giudiziaria, oltre all'autorizzazione di Fedpol, del resto richiesta per tutte le misure precedenti.
Oltre alle misure di cui sopra, la legge prevede pure una procedura più rigorosa in caso di allontanamento e di espulsione di potenziali terroristi. In questi casi sarà possibile ordinare una carcerazione in vista di un rinvio coatto, conforme alla vigente legge federale sugli stranieri e la loro integrazione. Un altro elemento di questa legge, che deve essere citato, consiste nel dare la possibilità a Fedpol di potere eseguire ricerche su internet e nei media elettronici in incognito, al fine di reperire informazioni preziose e molto utili, in modo da individuare tempestivamente le reti di organizzazioni criminali e sventare attentati terroristici.
Ecco dunque un pacchetto di misure di polizia atte a prevenire, ostacolare e neutralizzare possibili attività terroristiche di ogni tipo. Le polizie comunali e cantonali avranno dunque la possibilità – io dico finalmente – di agire caso per caso in modo agile e veloce, e di applicare, in concertazione con Fedpol, la o le misure adatte al singolo caso in modo efficace, ragionevole e proporzionale.
In conclusione, questa legge darà alle forze di polizia un ruolo più attivo e proattivo nella lotta al terrorismo. La collaborazione e lo scambio di informazioni tra le forze verranno intensificati e questo permetterà loro di agire in modo mirato e capillare sul territorio.
Die Schweiz wurde bis anhin glücklicherweise von terroristischen Akten verschont. Wir sind im Herzen Europas, und was in unseren Nachbarländern geschah und geschieht, könnte leider auch bei uns der Fall sein.

Wegen des Coronavirus scheint es, als ob der Terrorismus keine Gefahr für die Sicherheit und Integrität unseres Landes sowie für die ganze Welt mehr sei. Auf Italienisch sagt man: "La brace arde sotto la cenere." Das heisst: Unter Asche und Kohle ist oft Feuer verborgen. Der Terrorismus ist eine Realität. Die davon ausgehende Gefahr und Bedrohung sollte man nicht unterschätzen. Wir müssen daher vorsichtig bleiben. Wir haben, wie bereits gesagt, bei der Bekämpfung des Terrorismus eine Lücke und weisen diesbezüglich eine gravierende Verzögerung auf.
Die FDP-Liberale Fraktion empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten und in der Detailberatung der Linie des Ständerates zu folgen.

Molina Fabian (S, ZH): Herr Kollege, wie erklären Sie einem 12-jährigen Kind, dass ihm die Polizei bei Verabschiedung dieses Gesetzes ohne Gerichtsverfahren ein Rayonverbot aufzwingen kann?

Cattaneo Rocco (RL, TI): Danke, Herr Kollege Molina. Wie erklären Sie sich, dass Minderjährige sich schon radikalisieren können? Das ist leider der Fall, in der Schweiz gibt es Radikalisierung, das ist offensichtlich, deshalb macht man so eine Vorlage. Wir haben dieses Phänomen leider in der Schweiz, und wir müssen handeln. Wir müssen handeln mit zweckmässigen, proportionalen und vernünftigen Massnahmen, wie wir sie jetzt in dieser Vorlage beantragen.

Pointet François (GL, VD): Pas plus tard que lundi, j'étais à la même place et vous annonçais le soutien des Vert'libéraux aux adaptations du code pénal renforçant la lutte contre le terrorisme. Mais j'avais aussi attiré votre attention sur l'approche critique que nous devions avoir par rapport à nos libertés, en l'occurrence à nos droits fondamentaux, lorsque l'on cherche plus de sécurité.
Les Vert'libéraux considèrent que ce projet n'est pas nécessaire. Le rapport explicatif, les auditions et les réponses à nos questions durant le travail de commission n'ont pas réussi à nous convaincre de l'utilité des outils présentés.
De plus, ce projet dépasse clairement la limite de nos valeurs vert'libérales pour ce qui est de la préservation de l'Etat de droit et des libertés. Les moyens nécessaires pour lutter contre le terrorisme existent déjà, nul besoin de rajouter cette couche.
Les mesures considérées, alors qu'aucune infraction n'a été commise, sont disproportionnées: obligation de se présenter et de participer à des entretiens; interdiction de contact; interdiction géographique; interdiction de quitter le territoire; assignation à résidence. De plus, elles peuvent être ordonnées par le Fedpol, le plus souvent sans autorisation judiciaire. Ajoutez à cela l'âge minimal des personnes pouvant être soumises à ces mesures, soit douze ans de manière générale et quinze ans pour l'assignation à résidence, et vous comprendrez nos réticences.
Et nous pouvons continuer. Il sera presque impossible à une personne soumise à ces mesures de se défendre et elle devra elle-même démontrer l'inexactitude des intentions qui lui sont reprochées. Bienvenus dans le monde de l'inversion du fardeau de la preuve, voire de l'inversion du fardeau des intentions. Car le Fedpol sera poussé, au cas où, à utiliser ces mesures. Evidemment que nous sommes encouragés à le faire, si nous ne voulons pas risquer de se voir dire: "Vous auriez dû savoir et agir." Cela va provoquer une augmentation des faux positifs, et des études montrent que ce type de fausses accusations a tendance à faire augmenter la radicalisation.
A noter que ces mesures existent en partie dans la loi fédérale sur les mesures visant au maintien de la sûreté intérieure, mais à l'encontre de personnes qui ont affiché un comportement violent, et pas seulement une intention violente.
Le plan d'action national de lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent prévoit des mesures de prévention globales de la part de la Confédération, des cantons et des communes, et c'est sur cette base que nous devons nous

appuyer. De plus, la police reste une prérogative des cantons. D'ailleurs, l'action du Fedpol n'est que subsidiaire dans ce projet de loi, ce qui renforce notre sentiment d'inutilité.
La révision du code pénal que nous avons traitée lundi permet une meilleure lutte et place clairement la préparation d'actes terroristes au niveau pénal. Il s'agit, rappelons-le, des activités suivantes: se rendre l'étranger à des fins de terrorisme; financer, organiser ou faciliter des voyages à l'étranger à des fins de terrorisme; et recevoir un entraînement pour le terrorisme. Celles-ci seront condamnables pénalement, et on étend ainsi les possibilités d'intercepter des préparatifs à des actes criminels. De plus, le renforcement récent de la loi sur le renseignement participe de manière efficace à l'amélioration de la lutte contre le terrorisme. Le renseignement

est la clé, et c'est ici que des moyens doivent être alloués.
Ces deux outils efficaces permettent aux autorités une intervention précoce, avant l'acte dommageable, sans pour autant tomber dans les travers de mesures préventives qui vont à l'encontre de nos droits fondamentaux. Pour lutter efficacement contre le terrorisme sans risque de violer la Convention européenne des droits de l'homme et la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant, les Vert'libéraux vous invitent à refuser l'entrée en matière. Nous éviterons aussi de donner une victoire au terrorisme en restreignant de manière exagérée nos libertés et nos droits fondamentaux.

Flach Beat (GL, AG): Geschätzte Hüterinnen und Hüter der Grundrechte und der Menschenrechte, treten Sie nicht auf dieses Gesetz ein. Gemäss Artikel 32 der Bundesverfassung gibt es zwei Arten von Menschen: schuldige und unschuldige. Als man das geschrieben hat, hat man sehr wohl gewusst, dass es unschuldige Menschen gibt, die vielleicht irgendwann auch einmal schuldig sein könnten, dass es Menschen unter uns gibt – damals und heute –, die vielleicht Böses vorhaben. Doch man hat sie nicht in die Verfassung aufgenommen, man hat nicht geschrieben: "Und für Personen, die vielleicht einmal etwas anstellen könnten, schaffen wir noch ein Sonderrecht, nach dem die Polizei separat für sie gedachte Settings verfügen kann"; das hat man mit gutem Grund nicht in die Verfassung geschrieben. Man hat es nicht in die Verfassung geschrieben, weil wir den Habeas-Corpus-Grundsatz aufgenommen haben und eine Person nur dann Zwangsmassnahmen vom Staat zu erwarten hat, wenn sie etwas angestellt hat, wenn sie ein entsprechendes Verbrechen begangen hat oder wenn Fluchtgefahr besteht, nachdem sie in flagranti erwischt worden ist, oder ähnliche Dinge vorliegen; das ist klar geregelt.
Eine Präventivhaft für jemanden, der vielleicht einmal ein Verbrechen begeht, das sieht die Verfassung nicht vor. Nun, schauen wir, was passiert ist: Was haben wir seit den Vorfällen von 9/11 gemacht? Haben wir die Hände in den Schoss gelegt und geschaut, wie sich der Terrorismus vielleicht auch in der Schweiz ausbreitet? Nein, das haben wir nicht. Wir haben verschiedenste Massnahmen ergriffen, haben Gesetze geändert und haben Kompetenzen erweitert. Wir haben zum Beispiel das Nachrichtendienstgesetz modernisiert, wir haben dort neue Mittel und neue Kompetenzen geschaffen. Wir haben das Bundesgesetz revidiert, das die Post- und Telefonüberwachung regelt, wir haben dort neue Kompetenzen und Möglichkeiten geschaffen. Gerade diese Woche haben wir die Strafprozessordnung revidiert, zusammen mit den anderen europäischen Staaten haben wir eines der grossen Probleme, nämlich die Reise und die Anwerbung für den Dschihad, jetzt unter Strafe gestellt und entsprechende harmonisierte Massnahmen im Strafgesetzbuch aufgenommen. Das sind tatsächlich Lücken, die bestanden haben.
Wir haben auch, ebenfalls in dieser Session, im Strafgesetzbuch eine neue Bestimmung auf den Weg gebracht, welche die Situation von Personen klärt, die verurteilt worden sind und aus der Haft entlassen werden sollen, bei denen aber ein Gericht und die Vollzugsbehörden sagen, sie stellen weiterhin eine Gefahr dar, weil sie schon etwas angestellt haben, weil sie uneinsichtig sind, weil sie keine Therapien machen, weil sie Gespräche verweigern usw. Wir haben diesen gesetzlichen Rahmen ebenfalls geschaffen.
Was wir jetzt hier haben, ist ein Gesetz, das auch auf dem Unvermögen basiert, umschreiben zu können, was wir denn eigentlich wollen. Da hat man eine gute Idee gehabt: Man hat den "Gefährder" erfunden. Das ist eine tolle Sache, so ein Gefährder, da weiss jeder, was damit gemeint ist: Das ist einer, der gefährlich sein könnte – das ist ein Gefährder. Aber schauen Sie sich einmal an, was man dann im Gesetz geschrieben hat, wie das dort umschrieben ist und wie ein Staatsanwalt, ein Polizist oder ein Richter dann letztlich entscheiden soll, ob jemand ein Gefährder ist oder nicht. Das ist eine vollkommen vage Umschreibung, die gefüllt werden kann, und zwar mit irgendetwas, je nachdem, worauf man gerade Lust hat.
Vorhin wurde von der Mehrheit unter anderem ausgeführt, wo Rauch sei, sei auch Feuer. Und das soll dann der Grundsatz sein, um in einem liberalen, freiheitlichen Rechtsstaat entsprechende Freiheitsrechte einzuschränken – auf der Basis von "Er könnte, er würde". "Hätte, hätte, Fahrradkette" ist keine Rechtsgrundlage für Freiheitseinschränkungen, auch wenn wir hier jetzt elegant irgendwie umschiffen und umschreiben wollen, was wir denn damit genau meinen.
Wir haben auch den Nationalen Aktionsplan ins Leben gerufen. Wir haben all die Gesetzesänderungen, die ich schon erwähnt habe, veranlasst. Und nun setzen wir noch etwas darauf, von dem wir das Gefühl haben, wir könnten damit dann noch die letzten und allerletzten Probleme lösen. Absolute Sicherheit gibt es nicht, aber ganz sicher ist, dass wir verpflichtet sind, die Grundrechte, den liberalen Rechtsstaat und den Grundsatz "in dubio pro reo" hochzuhalten. Denn gerade die Kreise, gegen die wir uns hier alle stellen – Terroristen, Menschen, die unsere Rechtsordnung, unsere Gesellschaft, unsere Ansprüche an eine gerechte Welt hinterfragen oder ablehnen, die völlig andere Vorstellungen haben, als wir sie haben mit dem, was wir unter Rechtsstaat, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Mitwirkung oder Redefreiheit verstehen –, gerade diese Menschen lachen

sich ins Fäustchen, wenn wir uns hier zu einem Polizeistaat wandeln und Kompetenzen geben, die ganz klar einer richterlichen Begutachtung unterliegen. Wenn wir hingehen und einfach neue Begriffe erfinden, um einer Person habhaft zu werden und sie irgendwie sichern zu können – wahrscheinlich auch noch mit komplett untauglichen Mitteln; das sehen Sie, wenn Sie das im Detail anschauen –, dann sind wir damit schlicht und ergreifend auf dem Holzweg.
Vielleicht noch ein letztes Wort: Die Problematik, dass es Leute gibt, die gegen den Staat sind, die gegen unsere Gesellschaft sind, die vielleicht sogar gefährlich sind, ist keine neue. Die Legende besagt, dass es mal einen gab, der Gessler hiess und dasselbe Problem hatte: Er konnte nicht unterscheiden und war nicht sicher, wer ihm denn half und wer nicht, wer gegen ihn war. Da steckte er einen Hut auf eine Stange und sagte: Wer den Hut nicht grüsst, ist einer der Letzteren.
Bitte treten Sie nicht ein, und wenn Sie doch eintreten, dann unterstützen Sie die Rückweisungsanträge, die gut formuliert sind und einige der Probleme lösen können.

Fluri Kurt (RL, SO): Herr Kollege Flach, lesen Sie, abgesehen von Tell und Gessler, Artikel 260bis des Strafgesetzbuches, "Strafbare Vorbereitungshandlungen". Auch dort wird auf konkrete Anhaltspunkte verwiesen. Haben Sie das Amtliche Bulletin gelesen, in dem Ständerat Jositsch ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass es hier eben nicht um eine abstrakte Gefahr geht, sondern dass es darum geht, dass konkrete und aktuelle Anhaltspunkte gefunden werden müssen, bevor Artikel 23 angewendet werden kann?

Flach Beat (GL, AG): Herr Fluri, besten Dank für diese Frage. Selbstverständlich habe ich die Protokolle gelesen, ich war auch an der Kommissionssitzung und habe gut aufgemerkt, was gesagt worden ist. Was Sie sagen, stimmt, aber dann ist es in unserem Rechtsstaat und nach meinem Rechtsverständnis so, dass dahingehend Ermittlungen stattfinden müssen, ob eine Vorbereitungshandlung für eine verbotene Tat vorliegt oder nicht. Was wir hier haben, ist aber eben schlicht und ergreifend eine sechsmonatige oder noch

längere Massnahme, die das nicht unbedingt einschliesst, sondern bei der man einfach sagt: Wenn er nicht reden will und andere Massnahmen ausschlägt usw., dann können wir das machen. Das geht bis hin zu 12-Jährigen, die man unter Hausarrest stellt. Entweder habe ich eine Vorbereitungshandlung entdeckt, die strafwürdig ist – die untersuche und bestrafe ich –, oder aber ich habe nur Rauch gesehen. Dann muss ich beweisen, dass es da eben tatsächlich auch brennt.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Die terroristische Bedrohung bleibt in ganz Europa erhöht. Sie geht insbesondere, aber nicht nur von dschihadistischem Terrorismus aus. Terroristische Anschläge wie in Christchurch oder Halle zeigen aber, dass auch terroristisches Gewaltpotenzial vorhanden ist, das von politischem Extremismus ausgehen kann. Terrorismus ist immer auch ein Angriff auf unsere Gesellschaft, auf unsere gesellschaftlichen Grundwerte.
Die Schweiz hat bereits vor Jahren begonnen, ihre Instrumente zur Terrorismusbekämpfung sukzessive zu ergänzen. Der Bundesrat hat vor nicht ganz fünf Jahren in Absprache mit den Kantonen die nationale Strategie zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Diese Strategie bildet die Grundlage für unsere Instrumente in der Prävention, der Kooperation und auch der Repression. Ich möchte klar betonen: Repression bzw. das Strafrecht alleine genügt nicht für eine wirksame Terrorismusbekämpfung. Die Schweizer Bevölkerung und die Politik erwarten von uns, dass wir Anschläge verhindern und dass wir auch präventiv tätig sind. Natürlich braucht es auch das Strafrecht. Die strafrechtlichen Instrumente werden mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Teilrevision des Strafgesetzbuches ergänzt und verstärkt; Sie haben dieser Revision diese Woche zugestimmt.
Nun zur Prävention: Die Prävention erfolgt in verschiedenen Phasen. Für die frühe Phase der Prävention arbeiten die Kantone zusammen mit dem Bund seit 2017 mit dem Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Dieser Aktionsplan enthält vor allem soziale, therapeutische und präventive Massnahmen und solche des Kindes- und Erwachsenenschutzes. Sie werden in erster Linie von den Städten, den Gemeinden und den Kantonen umgesetzt. Mit diesen Massnahmen soll eine entstehende Radikalisierung früh erkannt und wenn möglich in einem frühen Stadium gestoppt werden. Wenn die soziale und therapeutische Prävention nicht gelingt – hier sind wir jetzt im Bereich dieses Gesetzes –, kommen die polizeiliche Prävention und die polizeiliche Gefahrenabwehr zum Zug.
In Ihrer Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten nicht ausreichen. Nein, sie reichen eben nicht aus! Für die Kantone zeigt das ein Gutachten des Instituts für Föderalismus, welches mein Departement in Auftrag gegeben hat. Dabei hat sich klar ergeben, dass die kantonalen Polizei-

gesetze keine oder nur sehr beschränkt für die Terrorismusbekämpfung geeignete Massnahmen beinhalten. Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus entspricht deshalb auch einem besonderen Wunsch der Kantone, die hier Unterstützung brauchen.
Auch andere rechtliche Grundlagen reichen nicht aus, um Terrorismus effektiv bekämpfen zu können. Die Massnahmen des Nachrichtendienstes, die jetzt immer wieder erwähnt wurden, dienen dem frühzeitigen Erkennen einer Bedrohung durch eine Person oder Personengruppe. Es geht dort um Beobachtung und Überwachung. Hier geht es um präventiv-polizeiliche Massnahmen. Das Strafrecht und das Strafprozessrecht knüpfen an eine begangene Straftat an. Dem Entwurf geht es aber um polizeiliche Massnahmen zur Abwehr von Gefahren und zur Verhinderung künftiger Straftaten. Präventiv-polizeiliche Massnahmen kennen wir auch beim Hooliganismus und bei der häuslichen Gewalt. Genau dieses System, das wir dort haben, haben wir eigentlich übernommen und wenden es jetzt eben auch auf terroristische Gefährder an.
In der Kommission und auch heute wurde auch die Frage aufgeworfen, ob der Bund überhaupt über eine genügende Gesetzgebungskompetenz für die neuen polizeilichen Massnahmen verfüge. Auch das wurde bereits unter Einbezug des Bundesamtes für Justiz umfassend und sorgfältig geprüft. Wir stützen uns hier im Wesentlichen auf die inhärente Kompetenz des Bundes zum Schutz der inneren Sicherheit der Schweiz. Diese ist durch terroristische Aktivitäten zweifellos bedroht. Da die präventiv-polizeilichen Massnahmen nur subsidiär zum Tragen kommen, bleibt die Polizeihoheit der Kantone unberührt.
Auf die neuen Massnahmen können die Kantone zurückgreifen, wenn ihre Möglichkeiten im Umgang mit terroristischen Gefährdern ausgeschöpft sind, und zwar unabhängig davon, ob ein Strafverfahren eröffnet wurde oder nicht. Sie können auch nach der Entlassung eines terroristischen Gefährders aus dem Strafvollzug darauf zurückgreifen. Die Kantone haben nicht die Mittel, diese Personen rund um die Uhr zu überwachen oder zu begleiten. Deshalb brauchen sie die Massnahmen, die ich Ihnen gleich erläutern werde.
Die Massnahmen sind subsidiär, sie sind komplementär, und sie sind verhältnismässig. Subsidiär meint: Der Bund – konkret das Fedpol – wird nur auf Antrag eines Kantons tätig. Ich wiederhole es: Das Fedpol wird auf Antrag eines Kantons tätig, wenn dieser Kanton das angestrebte Ziel im Umgang mit einem Gefährder nicht mit anderen kantonalen Massnahmen, z. B. den Massnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan, erreichen kann. Die Massnahmen sind komplementär: Die polizeilichen Massnahmen ergänzen die präventiven und integrativen Massnahmen von Kantonen und Gemeinden. Sie sind zudem verhältnismässig, denn die neuen Massnahmen sind immer auf den Einzelfall, auf eine konkrete Person ausgerichtet, entsprechend der von ihr ausgehenden spezifischen Gefährdung. In jedem Einzelfall wird durch die kantonalen Behörden zusammen mit dem Bund ein interdisziplinäres Case-Management geführt.
Die Massnahmen werden immer in Abhängigkeit von der Gefährdung ergriffen, und sie beginnen mit der mildesten Massnahme. Das heisst, um das Ausmass der Gefährdung, die von einer Person ausgeht, einschätzen und regelmässig überprüfen zu können, steht das Instrument der Gesprächsteilnahmepflicht zur Verfügung. Geht von einer radikalisierten und als gefährlich beurteilten Person eine unmittelbare Gefährdung aus, soll sie mittels Kontaktverbot von ihrem radikalisierten Umfeld, zum Beispiel dem Sportclub, der Moschee oder dem Verein, ferngehalten werden können. Mit den Massnahmen "Ausreiseverbot" und "Meldepflicht" soll eine Person an der Reise in ein Konfliktgebiet gehindert werden, und dies soll auch kontrolliert werden. Schliesslich soll mit einer sogenannten Ein- und Ausgrenzung der Bewegungsradius eines terroristischen Gefährders eingeschränkt werden können.
Als einschneidendste Massnahme kann eine Eingrenzung auf eine Liegenschaft verfügt werden, einfach gesagt: Hausarrest. Dieser Hausarrest kommt nur zum Zug, wenn die weniger einschneidenden Massnahmen nicht erfolgreich waren bzw. wenn sie vom Gefährder nicht eingehalten wurden. Wir haben also hier ein klares Kaskadensystem; ich komme in der Detailberatung dann noch vertieft darauf zurück. Für den Hausarrest braucht es nicht – wie hier jetzt behauptet wurde – keine richterliche Überprüfung, sondern es braucht eine vorgängige richterliche Überprüfung eines Zwangsmassnahmengerichts. Alle anderen Massnahmen sind vor Gericht beschwerdefähig.
Auf die Einführung einer Präventivhaft bzw. einer gesicherten Unterbringung, wie sie von Ihrer Kommission nun beantragt wird, wurde bewusst verzichtet. Der Bundesrat hat in seiner Vernehmlassungsvorlage keine solche Massnahme vorgesehen. Die Ziele eines solchen Instrumentes können mit den PMT-Massnahmen, insbesondere dem Hausarrest, EMRK-konform erreicht werden. Ich habe es gesagt, der Bundesrat hat hier keine gesicherte Unterbringung vorgeschlagen. Eine solche wurde aber von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren nach der Vernehmlassung noch einmal ins Gespräch gebracht. Ich komme noch darauf zurück.
Weiter sorgt das Gesetz dafür, dass für terroristische Gefährder, die ausgeschafft werden sollen, eine Haft angeordnet werden kann. Nach geltendem Recht ist das nicht in jedem Fall sichergestellt. Es wird deshalb ein

neuer

AB 2020 N 1110 / BO 2020 N 1110

ausländerrechtlicher Haftgrund für Fälle geschaffen, in denen von einer Person eine Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit ausgeht.
Schliesslich sieht das neue Gesetz vor, dass eine rechtskräftig ausgewiesene ausländische Person, die nicht in ihr Heimatland zurückgeschafft werden kann, nicht mehr vorläufig aufgenommen wird. Ohne eine solche vorläufige Aufnahme verliert die betreffende Person die Möglichkeit, eine Erwerbstätigkeit auszuüben oder die Familie nachzuziehen. Zudem wird ihr statt Sozialhilfe lediglich Nothilfe gewährt. Mit dieser neuen Regelung ist sichergestellt, dass terroristische Gefährder mit einer Ausweisung nach Ausländerrecht nicht besser gestellt werden als Personen mit einer strafrechtlichen Landesverweisung.
In der Kommission wurde teilweise die Befürchtung geäussert, die neuen Massnahmen würden zu weit gehen oder sie seien nicht mit dem nationalen und internationalen Schutz von Grundrechten vereinbar. Wir haben die Minderheiten der Kommission gehört, sie verlangen die Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat, und zwar zur Prüfung der Verfassungsmässigkeit, insbesondere in Bezug auf die Gesetzgebungskompetenz. Ich glaube, bezogen auf die Verfassungs- und Völkerrechtskonformität der Massnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen habe ich ja schon Ausführungen gemacht, ebenso zur Prüfung, inwiefern die bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben, insbesondere jene der Kantone, und die bereits bestehenden Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus nicht ausreichen. Insbesondere wurden die Massnahmen gegen Kinder und Jugendliche infrage gestellt. Die Minderheit II (Roth Franziska) hat eine Rückweisung an den Bundesrat verlangt, um diese Fragen näher zu prüfen.
An dieser Stelle möchte ich klar sagen: Alle diese Fragen wurden vertieft und sorgfältig geprüft. Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung gemacht und danach, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz, eine Vorlage ausgearbeitet; ein externes Gutachten wurde ebenfalls erstellt. Die SiK des Ständerates wie auch die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates haben sich vertieft mit dieser Vorlage befasst und hatten hier keine Bedenken.
Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen führen also weder zu einem Verstoss gegen die Bundesverfassung noch gegen die EMRK, und auch die Kinderrechtskonvention verbietet PMT-Massnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht; das hat Professor Donatsch an der Anhörung vor der Kommission und in seinem Gutachten zuhanden des EJPD und der KKJPD bestätigt.
Nun, man muss auch hier sagen: Die Strafmündigkeit liegt im Jugendstrafrecht bei 10 Jahren – das geht hier oft vergessen. Gemäss Ausländerrecht ist es sogar auch möglich, eine Administrativhaft für Minderjährige zu verhängen. Aber ich möchte hier auch sagen: Bei Minderjährigen haben soziale und erzieherische Massnahmen immer Vorrang. Kindesschutzmassnahmen kommen zuerst, und die PMT-Massnahme wird erzieherisch und therapeutisch begleitet; das steht in Artikel 23f Absatz 2.
Leider zeigt die Erfahrung im In- und Ausland, dass teilweise auch sehr junge Menschen radikalisiert sind und terroristische Aktivitäten ausüben können. Ich erinnere, wie Frau de Quattro, an die Verurteilten im Prozess rund um die An-Nur-Moschee in Winterthur. Vor drei oder vier Wochen hatten wir den Fall eines 14-Jährigen in der Suisse romande, der einen terroristischen Anschlag auf einen Bahnhof plante, und in der Ostschweiz wurde vor einem Jahr ein Minderjähriger entdeckt, der eine Bombe bastelte und damit eine Moschee treffen wollte.
Der Entwurf stellt auch sicher, dass das Kindeswohl immer in die Interessenabwägung einfliessen muss. Insbesondere ist ausreichend garantiert, dass Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können. Ich möchte betonen, dass der Ermessensspielraum des Fedpol im Entwurf, entgegen dem, was hier gesagt wurde, klar beschränkt wird: Es muss immer aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden, dass eine Person eine terroristische Aktivität ausüben wird. Reine Mutmassungen und Spekulationen reichen also nicht aus.
Wichtig ist schliesslich, dass sämtliche vom Fedpol verfügten Massnahmen gerichtlich vollumfänglich überprüft werden können. Der Entwurf sieht zeitliche Grenzen und Ausnahmeregeln vor, und beim Hausarrest wird eine vorgängige richterliche Genehmigung verlangt. Der Hausarrest ist das letzte Mittel, die Ultima Ratio, und kann nur dann verhängt werden, wenn die anderen Mittel gescheitert sind und sich ein Gefährder nicht daran gehalten hat.
Wir schlagen Ihnen keine unbekannten Massnahmen vor. Bereits heute kennen wir Meldeauflagen und Rayonverbote für Hooligans. Die Kantone setzen Rayonverbote auch zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und im Ausländerrecht ein. Ich habe das vorhin schon erwähnt. Auch die Ausreisesperre ist ein bekanntes Instrument, das wir bereits gegenüber Hooligans anwenden. Wenn Sie die Botschaft gelesen haben, dann haben

Sie sicherlich auch gemerkt, dass die vorgeschlagenen Massnahmen auch im Ausland angewendet werden. In Grossbritannien, Frankreich und Deutschland kennt man beispielsweise ein ähnliches Instrumentarium. Im Vereinigten Königreich und in Frankreich, die von Terrorismus stark betroffen sind, werden sie auch auf Minderjährige angewendet. Das Vereinigte Königreich kennt nicht einmal ein Mindestalter für die präventiv-polizeilichen Massnahmen.
Erlauben Sie mir eine letzte Bemerkung. In einem Punkt kann sich der Bundesrat nicht der Mehrheit der Kommission anschliessen: Bezüglich der von der Kommission beschlossenen gesicherten Unterbringung von Gefährdern teilt der Bundesrat die Bedenken der betreffenden Minderheit. Die von der Kommissionsmehrheit beschlossene Massnahme ginge tatsächlich zu weit und würde auch gegen die EMRK verstossen. Zu diesem Schluss ist auch Professor Donatsch in seinem Gutachten gekommen. Deshalb beschränkt sich die Vorlage bei der schärfsten Massnahme auf den Hausarrest, der vorgängig durch das Zwangsmassnahmengericht genehmigt werden muss.
Ich habe es erwähnt: Als ich mein Amt angetreten habe und die Vernehmlassung beendet war, war klar, dass die Kantone um diese gesicherte Unterbringung baten, ja sie sogar schon fast forderten. Wir haben uns dann darauf verständigt, dass wir gemeinsam von Professor Donatsch ein Gutachten über die PMT-Vorlage erstellen lassen. Professor Donatsch hat klar gesagt, dass sich dieser Hausarrest EMRK-konform ausgestalten lässt, weil er eben in einer Kaskade stattfindet, dass dies aber bei einer Präventivhaft nicht möglich ist. In der Folge haben die Kantone dann eingewilligt, darauf zu verzichten.
Ich komme zum Schluss. Wir wissen es alle: Im Rechtsstaat gibt es keine absolute Sicherheit, genauso wenig gibt es das Instrument, das alle Probleme löst. Es braucht eine Vielfalt von präventiven, polizeilichen und repressiven Instrumenten, die, dem Einzelfall angemessen und an die Lage angepasst, eingesetzt werden können, um die Bevölkerung vor Terrorismus zu schützen. Diese Vorlage entspricht den Bedürfnissen und ist ein Wunsch der Kantone. Diese haben die neuen Instrumente in der Vernehmlassung ausdrücklich begrüsst und auch verlangt. Der Ständerat hat die Vorlage mit 35 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.
Ich bitte Sie namens des Bundesrates, einzutreten und, mit Ausnahme der Bestimmung zur gesicherten Unterbringung von Gefährdern, überall der Mehrheit zu folgen.

Cottier Damien (RL, NE): Madame la conseillère fédérale, vous le savez, nous avons reçu de nombreuses lettres, en particulier d'ONG inquiètes et d'organisations internationales. Les Nations Unies et le Conseil de l'Europe. C'est important, non parce que ces organisations sont internationales, mais parce qu'elles ont la mission de veiller au respect de conventions qui protègent les droits de l'homme et les droits fondamentaux. Pour ma part, je siège à l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, avec onze autres collègues, pour y représenter le Parlement fédéral. J'aimerais bien qu'il y ait de la cohérence entre ce que je vote ici à Berne et ce que je vote à Strasbourg. *(Remarque intermédiaire de la présidente: Votre question!)*
Madame la conseillère fédérale, est-ce que le Conseil fédéral peut nous garantir que toutes les dispositions de la loi

AB 2020 N 1111 / BO 2020 N 1111

telle qu'elle est formulée actuellement respectent pleinement et scrupuleusement la Convention européenne des droits de l'homme et la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ja, Herr Nationalrat Cottier, ich kann das bejahen. Ich habe es vorhin gesagt, der Bundesrat hat diese Vorlage ausgearbeitet und sorgfältig geprüft. Das Bundesamt für Justiz war stets involviert, und Sie wissen, dass das Bundesamt für Justiz eine hohe interne Hürde ist. Ich habe auch das Gutachten Donatsch erwähnt, das bestätigt hat, dass diese Vorlage mit der Kinderrechtskonvention und auch mit der EMRK vereinbar ist. Ich teile die international geäusserten Bedenken nicht und erachte sie als unbegründet. Es ist eine politische Stellungnahme; eine solche abzugeben, ist jedem unbenommen, man ist frei, das zu tun. Ich empfand die Stellungnahme aber als rechtlich nicht sehr präzis, es war Ausdruck einer allgemeinen Sorge. Im Übrigen unterstehen die Staaten, die ich genannt habe, auch der EMRK, und sie haben vergleichbare Massnahmen.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Madame la conseillère fédérale, je prends note de votre réponse. Mais j'ai sous les yeux la lettre de la commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe qui dit: "Je trouve particulièrement problématique que ces mesures (mise à part l'assignation à une propriété soumise à l'examen automatique par un juge, comme indiqué ci-dessus) peuvent être imposées à la discrétion de la police dans le cadre d'une décision prise en-dehors de la procédure pénale et des garanties qu'elle prévoit, en particulier sans aucun examen judiciaire préalable de la légalité, la nécessité et la proportionnalité des mesures."

Ne pensez-vous pas qu'il serait plus judicieux de proposer que, chaque fois qu'il y a une telle mesure, il y ait aussi une décision judiciaire? On serait certainement beaucoup plus dans la tendance de la Cour européenne des droits de l'homme.

Keller-Sutter Karin, conseillère fédérale: Monsieur le conseiller national Fridez, je vous remercie pour votre question. Je tiens à rappeler que nous nous situons ici dans le cadre de mesures de police préventives. Nous ne sommes pas dans le cadre d'une procédure pénale. Nous sommes dans le cadre de la loi administrative. Je l'ai également expliqué: l'assignation à une propriété doit être vérifiée au préalable par un tribunal. Les autres mesures peuvent être vérifiées, bien sûr, sur demande. Il y a toujours la voie du tribunal qui est ouverte, ce qui est essentiel. Si vous comparez avec la lutte contre le hooliganisme, il y a exactement les mêmes mesures, avec exactement les mêmes procédures. Je ne vois pas pourquoi on ne pourrait pas appliquer les mêmes procédures de droit dans le domaine du terrorisme.
Je ne sais pas ce que la commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe a pensé, et je ne sais pas à quel point elle connaît l'ordre juridique suisse. Il y a quand même le code pénal, le code de procédure pénale; il y a aussi dans le cas qui nous occupe des procédures administratives. Il s'agit de mesures de prévention au niveau de la police qu'on peut vérifier – je le répète encore une fois, et je le répèterai encore, je pense, lors de la discussion par article – que l'on peut faire vérifier par un tribunal.

Pult Jon (S, GR): Frau Bundesrätin, Sie haben ganz zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt, dass Terrorismus auch ein Angriff auf unsere demokratischen und liberalen Grundwerte sei. Ich teile diese Auffassung. Sind Sie aber nicht der Meinung, dass die Terroristen bis zu einem gewissen Punkt schon erfolgreich sind, wenn Rechtsstaaten, wie jetzt auch die Schweiz, beginnen, ihre eigenen Prinzipien zu ritzen, beispielsweise indem man beginnt, ohne materielle Gerichtsurteile Strafen wie Freiheitsentzüge zu verhängen?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Sehr geehrter Herr Nationalrat Pult, nein, ich teile Ihre Einschätzung nicht, weil ich der Auffassung bin, dass die hier getroffenen Massnahmen rechtsstaatlich abgestützt sind. Ich habe es vorhin gesagt: Der Hausarrest wird vorgängig richterlich überprüft. Die anderen Massnahmen – wir befinden uns ja im Verwaltungsverfahren – können nachträglich richterlich überprüft werden. Man kann nicht leichtfertig jemandem eine solche Massnahme auferlegen, sondern es braucht wirklich – das wissen Sie, wenn Sie auch das Gesetz gelesen haben – konkrete und aktuelle Anhaltspunkte. Wenn Sie die Grundsätze des Gesetzes noch einmal heranziehen: Es müssen zunächst soziale, integrative oder therapeutische Massnahmen sowie Massnahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzes nicht gegriffen haben, und es muss die Bedingung erfüllt sein, dass die Kantone auch nicht über die entsprechenden Mittel verfügen.
Ich erinnere noch einmal daran: Das Fedpol wird nur dann tätig, wenn ein Kanton oder der Nachrichtendienst das Fedpol bittet, tätig zu werden. Sie werden dann gemeinsam tätig; es gibt ein Case-Management, und es werden Massnahmen unter der Prüfung des Einzelfalles erlassen.

Locher Benguerel Sandra (S, GR): Sehr geehrte Frau Bundesrätin, ich arbeite mit Kindern im Alter von 12 Jahren zusammen. Aus entwicklungspsychologischer Sicht wissen wir, dass Kinder in diesem Alter noch nicht radikalisiert werden können. Hat der Bundesrat Kenntnis von dieser Tatsache? Falls ja: Weshalb setzt er sich darüber hinweg?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich muss Ihnen hier widersprechen. Die Erfahrungen zeigen, dass zum Beispiel gerade Kinder von Dschihad-Rückkehrern radikalisiert sind. Es ist zum Beispiel auch so, dass der belgische Staat keine Kinder zurücknimmt, die mehr als 10 Jahre alt sind. Oder man muss auch an die Kinder denken, die beispielsweise in jenen Camps sind.
Wir sprechen hier jetzt immer über Kinder und Jugendliche. Es ist aber ein Gesetz, das sich generell an Gefährder richtet und, so denke ich, nur im Ausnahmefall an Kinder und Jugendliche. Ich habe auch eine pädagogische Ausbildung und gehe mit Ihnen einig, dass erzieherische Massnahmen zuerst kommen, dass Kindesschutzmassnahmen zuerst kommen. Erst wenn diese nicht greifen, kommt es zu polizeilichen Massnahmen, wie das in anderen Bereichen auch der Fall ist.

Porchet Léonore (G, VD): Madame la conseillère fédérale, vous avez cité l'exemple de la France, qui a en effet aussi mis en place des mesures préventives. Or, le Défenseur des droits en France a souligné que des mesures préventives avaient été appliquées à des personnes innocentes, ceci à des niveaux dépassant l'acceptable. La police a reconnu qu'elle s'était trompée de personnes et a dû s'excuser pour plusieurs erreurs. Pouvez-vous garantir qu'en Suisse il n'y aura aucune erreur judiciaire et qu'aucun innocent ne sera touché par ces mesures préventives policières?

Keller-Sutter Karin, conseillère fédérale: Madame la conseillère nationale, non, je ne peux pas vous le garantir, car là où les gens travaillent, comme nous, ici, ou à la police, des erreurs sont commises. L'essentiel est qu'un contrôle juridique existe, et celui-ci est en place avec ces mesures. D'ailleurs, j'ai confiance en la police suisse. L'étude annuelle de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich, intitulée "Sicherheit", montre que la police est l'institution en laquelle la population suisse a le plus confiance. Il faut tenir compte de ce résultat. Cela ne signifie pas que les policiers suisses ne font pas de fautes. J'ai été cheffe d'un corps de police; je le sais. Mais j'ai malgré tout confiance dans la police; et la sécurité juridique est inscrite dans la loi.

Schlatter Marionna (G, ZH): Frau Bundesrätin, Sie haben gesagt, dass auch andere Länder solche präventiv-polizeilichen Massnahmen kennen, wie zum Beispiel England. Meine Frage: Ist es Ihr Ziel, in der Schweiz die polizeilichen Massnahmen im Stile Englands auszubauen?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Frau Nationalrätin Schlatter, das ist es nicht, und ich wäre auch nicht zuständig, nachdem die Polizeihoheit bei den Kantonen liegt. Doch wir

AB 2020 N 1112 / BO 2020 N 1112

schliessen hier eine Lücke im präventiv-polizeilichen Bereich zur Terrorbekämpfung. Ich glaube, die Schweiz hat eine gute Polizeikultur, wir bauen auf unserem Rechtssystem und unserer Kultur auf. Ich habe das britische Beispiel genannt, weil Grossbritannien doch auch sehr betroffen war und wir, übrigens auch im Rahmen der europäischen Staaten, in der Terrorbekämpfung eng zusammenarbeiten und man auch von Staaten lernen kann, die stärker betroffen sind als die Schweiz.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzte Frau Bundesrätin, jetzt wurden gerade die Berichte der Menschenrechtskommissare von Parlamentarierkollegen verschiedentlich in den Himmel gelobt, zuletzt der aktuelle Bericht aus Bosnien-Herzegowina, vorher auch der Bericht der Menschenrechtskommissarin aus Lettland. Dieser hat zum Beispiel in seinen Empfehlungen im Bericht 2017 gesagt, dass man in der Schweiz das Recht für das Ergreifen von Volksinitiativen einschränken und quasi eine Instanz über den Bundesrat setzen sollte. Sind Sie auch der Meinung, dass man die Berichte nicht immer ganz ernst nehmen sollte?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ja gut, Herr Nationalrat, also ich bin zufrieden mit der Instanz, die über dem Bundesrat steht, nämlich mit der Schweizerischen Bundesversammlung. Ich vertraue auf die Bundesversammlung. Ich glaube, das ist in der Schweiz ausreichend. Im Übrigen muss man all das auch mit einer gewissen Gelassenheit sehen und einfach als Meinungsäusserungen zur Kenntnis nehmen. Das heisst nicht, dass wir danach handeln müssen. Ich glaube, die Schweiz hat ja eine grosse demokratische Tradition, wir haben eine grosse Tradition auch in der Gesetzgebung. Wir haben, ich habe es vorhin erwähnt, Vernehmlassungserfahrung, wir haben den politischen Disput, wie wir ihn hier jetzt führen. Das führt zu den Ergebnissen, die wir dann vor dem Volk zu vertreten haben.

Prezioso Batou Stefania (G, GE): Madame la conseillère fédérale, je reviens sur la question de la définition du terroriste potentiel. Chacun de vos exemples, tout au long de votre discours, a été un exemple lié à l'islam: c'est quelqu'un qui va à la mosquée; ce sont des enfants qui reviennent du djihad. J'aimerais vous entendre sur la définition du terroriste potentiel, puisque la définition en elle-même sera le critère selon lequel la police pourra agir. Selon vous, cette définition englobe en fait essentiellement des personnes musulmanes en Suisse?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Frau Nationalrätin, in keiner Art und Weise! Ich habe ja vorhin auch das Beispiel eines Schweizers genannt.
J'ai donné l'exemple d'un Suisse allemand, qui vient d'ailleurs de Suisse orientale, qui a voulu bricolé une bombe pour attaquer une mosquée, en suivant l'exemple de l'attentat de Christchurch. Il ne faut pas faire de différence: que cela vienne de droite ou de gauche, ou que ce soit de l'extrémisme religieux, il n'y a pas de différence. Il faut protéger la population contre l'extrémisme et les dégâts qui peuvent être causés par les extrémistes, indépendamment de leur provenance ou de l'idéologie qui les inspire.

Molina Fabian (S, ZH): Frau Bundesrätin, jetzt hat mich Ihre Antwort auf die Frage von Herrn Kollege Büchel doch etwas überrascht. Meines Wissens hat sich der Bundesrat engagiert gegen die Annahme der Selbstbestimmungs-Initiative ausgesprochen, die ja vom Volk auch deutlich abgelehnt wurde. Deshalb gehe ich davon aus, dass der Bundesrat, sollte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einzelne Punkte dieses Gesetzes kassieren, sich auch an die Vorgabe halten würde und dass er die EMRK weiterhin respektiert.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Molina, selbstverständlich, der Bundesrat respektiert die EMRK mit genau diesem Gesetzesvorhaben. Ich habe ja gesagt, ich hätte selber, gemeinsam mit der KKJPD, ein Gutachten in Auftrag gegeben, um gerade diese Frage zu prüfen, um hier sicher zu sein.
Es ist sonnenklar, dass es immer wieder einmal Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Schweiz gab – es gab aber auch solche für die Schweiz, das muss man auch sagen. Diese Urteile haben teils zu Rechtsänderungen geführt. Mir kommen spontan gerade die Sozialdetektive in den Sinn, und hier hat es eine verbesserte Rechtsgrundlage gegeben. Ich erachte dies auch nicht als ehrenrührig, denn Gerichtsurteile geben auch immer ein Feedback oder eine Rückmeldung zur Rechtsanwendung. Dafür haben wir ja verschiedene Gewalten.
Das hat aber nichts mit den Berichterstattern zu tun, von denen ich jetzt fand, dass sie persönliche Meinungen geäussert haben. Man muss hier schon auseinanderhalten, ob wir über die dritte Gewalt, die Judikative, sprechen, die Urteile fällen kann, wodurch es dann selbstverständlich zu Gesetzesanpassungen kommen kann, oder über die Legislative.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous votons d'abord sur la proposition de non-entrée en matière de la minorité Christ.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20710)
Für Eintreten ... 107 Stimmen
Dagegen ... 84 Stimmen
(1 Enthaltung)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous votons maintenant sur les propositions de renvoi des minorités I (Schlatter) et II (Roth Franziska). Ces propositions de renvoi ont des mandats différents, mais elles ne s'opposent pas.

Erste Abstimmung – Premier vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20711)
Für den Antrag der Minderheit I ... 85 Stimmen
Dagegen ... 106 Stimmen
(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20712)
Für den Antrag der Minderheit II ... 85 Stimmen
Dagegen ... 105 Stimmen
(2 Enthaltungen)

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Nationalrat • Sommersession 2020 • Sechzehnte Sitzung • 18.06.20 • 15h00 • 19.032
Conseil national • Session d'été 2020 • Seizième séance • 18.06.20 • 15h00 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I introduction
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La discussion par article a été divisée en trois blocs. La composition de ceux-ci vous a été distribuée avec les indications utiles pour le déroulement des débats.

Block 1 – Bloc 1
Massnahmen zur Eingrenzung auf eine Liegenschaft und zur gesicherten Unterbringung von Gefährdern
Mesures d'assignation à résidence et de détention préventive

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Vous l'aurez compris, je conteste les différentes mesures prises à l'encontre de ces fameux terroristes potentiels, sur le fond et sur la forme.
Premièrement, la plupart du temps, il n'y aura pas de décision judiciaire, et je conteste quelque peu les propos de Mme la conseillère fédérale Keller-Sutter, très humblement, en disant que si dans beaucoup de cas on pourra faire recours en s'adressant au Tribunal administratif fédéral, ce recours n'aura pas d'effet suspensif et, de fait, au moment où la décision tombera, la "peine" aura déjà été purgée. Il n'y a donc pas de possibilité de recours effectif.

Un autre problème concerne la durée des mesures qui, pour certaines, s'étendront jusqu'à douze mois, avec toutes les prolongations qui sont possibles. Il n'y a qu'une mesure qui est limitée à neuf mois, c'est l'assignation à une propriété. A l'article 23g alinéa 1, la majorité de la commission souhaite que la durée des différentes mesures proposées, à l'exception de l'assignation à propriété, soit de six mois et renouvelable une fois. Ma minorité propose de limiter cette durée à six mois au maximum. C'est déjà suffisant de mon point de vue pour se rendre compte de ce qu'il se passe et de prendre d'autres mesures si nécessaire.
A l'article 23o, il est prévu à l'alinéa 5 que la mesure soit limitée à trois mois et renouvelable deux fois. Ma minorité I propose de n'autoriser qu'un seul renouvellement, soit une durée d'au maximum six mois. Je vous rappelle que,

AB 2020 N 1114 / BO 2020 N 1114

potentiellement, cette assignation à une propriété constitue une atteinte à l'article 5 de la Convention européenne des droits de l'homme. Cette question est sujette à beaucoup de discussions, mais en tout cas, c'est ce qu'on pense à Strasbourg.
A l'article 23p alinéa 1, ma minorité concerne la procédure en lien avec l'assignation à une propriété. Si on décide d'assigner une personne à une propriété ou à domicile, de mon point de vue, considérant que c'est une atteinte à une liberté fondamentale, il est important qu'un juge se prononce au préalable. Je propose donc de compléter l'alinéa de la phrase suivante: "Le début de l'assignation à une propriété est subordonné à la décision de l'autorité judiciaire compétente."
On me dira que la personne va se sauver, mais je vous fais remarquer que c'est quelqu'un que l'on a quand même sous contrôle depuis un certain temps, que c'est un terroriste potentiel qui n'a rien fait, et que s'il se sauve, il aura fait "la preuve de". Mais dans la plupart des cas, cela ne posera aucun problème.
A l'article 23p alinéa 2, il est prévu que si l'assignation à une propriété doit être prolongée après trois mois, le Fedpol adresse une requête au tribunal des mesures de contrainte au plus tard quatre jours avant l'échéance de la mesure; le tribunal peut ordonner une prolongation de la mesure jusqu'à ce qu'il ait statué. Avec ma proposition de minorité, je propose de faire passer le délai de quatre à dix jours, afin de permettre au tribunal des mesures de contrainte de statuer en temps voulu. En effet, on ne va pas encore ajouter des jours aux jours, alors que, de mon point de vue, la décision viole dès le début certaines libertés fondamentales.
Je vous remercie de soutenir ces différentes propositions de minorité.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Zuerst möchte ich nochmals in Erinnerung rufen, dass wir uns hier ja weiterhin im präventiven Bereich befinden, also im Vorfeld einer mutmasslichen Straftat; de facto wurde aber noch keine Tat begangen, es wurde nicht mal eine geplant.
Bei Artikel 23o geht es nun um die Eingrenzung auf eine Liegenschaft – volkssprachlich Hausarrest genannt – als mögliche Massnahme. Ich frage mich ernsthaft, ob eine solche Massnahme wirklich verhältnismässig ist und die präventive Wirkung und den präventiven Gedanken tatsächlich stützt.
Es gibt verschiedene Gutachten – wir haben es schon gehört –, die darlegen, dass die Eingrenzung auf eine Liegenschaft einen Freiheitsentzug darstellt. Das hat auch Professor Donatsch von der Uni Zürich bei den Anhörungen in den Kommissionen deutlich dargelegt. Es geht hier eben nicht nur um eine Bewegungsbeschränkung, wie beispielsweise bei einem Rayonverbot oder einer Meldepflicht, wie wir das vom Hooligan-Konkordat her kennen, sondern es geht um eine Beschränkung auf einen sehr kleinen Raum über einen langen Zeitraum, vielleicht über mehrere Monate hinweg, notabene ohne Eröffnung eines Strafverfahrens oder Gerichtsurteil.
Laut Gutachten von Professor Donatsch, das hier auch schon zitiert wurde, braucht es für den sicherheitspolizeilichen Gewahrsam konkrete Umstände, die mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auf die unmittelbar bevorstehende Begehung erheblicher Delikte schliessen lassen. Der Freiheitsentzug nur zur allgemeinen Gefahrenabwehr ist demnach mit den Vorgaben der EMRK nicht zu vereinbaren. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft ist also einem Freiheitsentzug gleichzusetzen und ist zur allgemeinen Gefahrenabwehr nicht zulässig. Damit ist der Hausarrest, wie er hier in dieser Form in diesem Gesetz steht, meiner Meinung nach eindeutig nicht EMRK-konform. Das verstehen ja auch viele Kolleginnen und Kollegen so, auch wenn die Frau Bundesrätin es anders interpretiert.
Diese Massnahme ist zudem auch nicht verhältnismässig, sie schiesst über das Ziel hinaus. In Bezug auf junge Erwachsene kann diese Massnahme sogar kontraproduktiv oder sogar radikalisierend wirken – genau das, was wir nicht wollen. Soziale Isolation und berufliche Desintegration können gemäss Fachliteratur auch zur Radikalisierung führen. Man würde also genau das Gegenteil des Gewollten erreichen. Und man bedenke, dass diese Massnahme gemäss dieser Vorlage schon für Personen ab 15 Jahren vorgesehen ist. Ich bitte Sie darum wirklich, von dieser Massnahme abzusehen, weil sie auch im präventiven Bereich nichts bringt.

Selbstredend ist auch klar, dass die SP die Einführung einer Präventivhaft, so wie sie die SiK-N schaffen will, vehement und strikt ablehnt. Diese Präventivhaft, euphemistisch als "gesicherte Unterbringung von Gefährdern" bezeichnet, wollten ursprünglich auch die Kantone. Sie haben aber dann davon abgesehen, weil ein Rechtsgutachten klar zum Schluss kam, dass eine Präventivhaft nicht EMRK-konform ist. Sie ist eines liberalen Rechtsstaates schlicht unwürdig, es darf keine Haft ohne Gerichtsentscheid erfolgen.
Die SP-Fraktion wird den Minderheitsantrag Flach bei Artikel 23obis unterstützen.

Flach Beat (GL, AG): Was hier eine knappe Mehrheit der Kommission ins Gesetz eingefügt hat, ist die sogenannte gesicherte Unterbringung von sogenannten Gefährdern. Eine solche soll dann erfolgen, wenn Personen im privaten oder öffentlichen Raum zu terroristischen Aktivitäten oder sonst zu Gewalt, ob im In- oder Ausland, aufrufen, anleiten oder ermuntern, solche Aktivitäten finanzieren, begünstigen oder zu deren Unterstützung aufrufen. Solche Personen sollen nach dem Text in Haft genommen oder durch andere geeignete Massnahmen an ihrem Tun gehindert werden können. Die gleiche Sanktion, also dieses Inhaftnehmen, oder andere geeignete Massnahmen sollen auch für Personen gelten, die sich zu Organisationen bekennen oder Organisationen angehören, die terroristische Aktivitäten oder sonstige Gewalt bezwecken oder ausüben.
Etwas viel Unklareres als das habe ich selten in einem Gesetzesartikel gesehen! Es ist die komplette, absolute Willkür. Was hier beabsichtigt wurde, ist nichts anderes als eine Präventivhaft. Man will ein Tor aufmachen, um Polizei oder Sicherheitsbehörden entsprechend einfach alle Mittel in die Hände zu geben und quasi noch in einem schweizerischen Patriot Act alles zuzulassen, was dann möglich ist. Mit einer so offenen Formulierung verstossen wir aber ganz bestimmt gegen die Grundsätze der EMRK und, so meine ich, auch gegen unsere eigenen, urliberalen rechtsstaatlichen Grundsätze, gegen den Habeas-Corpus-Grundsatz genauso wie gegen den Grundsatz "in dubio pro reo".
Wenn man das hier so umsetzen würde – wie auch immer das dann gemacht würde –, wäre eine zusätzliche Folge davon, dass Personen, die allenfalls wegen einer terroristischen Tätigkeit oder wegen Unterstützung verurteilt würden, zum Beispiel zu einer Busse, zu gemeinnütziger Arbeit oder, was weiss ich, sogar zu Gefängnis auf Bewährung, besser wegkämen als jemand, der irgendetwas aus diesem Katalog hier täte, den man aber dann einfach quasi mal in Haft nähme. Es braucht, um Personen in Haft zu nehmen, eine klare rechtliche Grundlage mit einem Verschulden, mit einem, entsprechend der EMRK, auch aufgelisteten Katalog dessen, was dazu führt, dass jemand in Haft genommen wird. Eine präventive Haft aufgrund von Äusserungen lehnen wir ab.
Ich bitte Sie hier, die Minderheit Flach zu unterstützen und wenigstens diesen massiven Ausrutscher aus dem Gesetz zu tilgen.

Addor Jean-Luc (V, VS): Dans ce bloc, nous parlons de deux choses: d'une part de l'assignation à résidence et d'autre part du placement sécurisé pour les personnes potentiellement dangereuses.
Commençons par l'assignation à résidence. Elle peut être décidée par le Fedpol, contre un terroriste potentiel, à deux conditions cumulatives très restrictives. Il faut des indices à la fois concrets et actuels d'une menace considérable pour la vie ou l'intégrité corporelle de tiers, menace qui ne peut pas être écartée d'une autre manière – on retrouve la subsidiarité, dont j'ai parlé tout à l'heure –, et en plus, il faut qu'une ou plusieurs des mesures telles que l'obligation de se présenter à des entretiens, l'interdiction de contact, l'interdiction géographique ou encore l'interdiction de quitter le territoire, ait été violée.
Ces conditions très restrictives nous paraissent proportionnées et de nature à éviter que ne se renouvellent des

situations, que nous avons connues, d'individus que ces autres mesures n'ont pas permis d'empêcher de quitter la Suisse pour rejoindre les rangs de groupes armés, en général ces dernières années, islamistes.
Le groupe UDC rejettera donc la proposition de la minorité II (Seiler Graf) qui vise à biffer purement et simplement une mesure dont, je le répète, on a déploré l'absence en pratique.
Nous rejetterons de la même manière la proposition de la minorité I (Fridez) qui, dans le sens des efforts généraux de la gauche et des Verts pour déplumer cette loi, vise à réduire de 9 à 6 mois la durée maximale d'une telle assignation à résidence.
Quant à la proposition Cottier, le groupe UDC la rejettera aussi. Car si, en sus de la violation d'une ou de plusieurs des autres mesures, il faut encore, comme condition, se livrer à un pronostic sur la question de savoir s'il y a lieu de penser que le terroriste potentiel, après les avoir violées, ne les respectera pas à l'avenir, on est sûr du résultat: aucune assignation à résidence ne sera jamais prononcée et cet élément de l'arsenal préventif restera lettre morte, ce qu'évidemment le groupe UDC ne veut pas.

Toujours en ce qui concerne l'assignation à résidence, le groupe UDC rejettera, à l'article 23p, les deux propositions de la minorités Fridez. La première prévoit qu'au lieu d'être immédiatement exécutoire avec un contrôle judiciaire dans les 48 heures, l'assignation à résidence ne puisse être effectivement exécutoire qu'après la décision du tribunal des mesures de contrainte du canton de Berne. La seconde soumet la prolongation de l'assignation à résidence non au contrôle du tribunal des mesures de contrainte, mais à un tribunal ordinaire, au demeurant non défini.
La seconde mesure dont nous parlons dans ce bloc, le placement sécurisé pour les personnes potentiellement dangereuses, a été introduite par la Commission de la politique de sécurité du Conseil national. Ce placement n'est rien d'autre que la mise en oeuvre de la motion 16.3673 du groupe UDC, "Traitement des personnes qui présentent un danger pour l'Etat", que notre conseil avait adoptée en septembre 2018. Sa justification se fonde sur des événements – attaque à Ottawa en 2014, attaque d'une usine à gaz près de Lyon en 2015, attaque, encore, d'une église près de Rouen en 2016, attaque, enfin, sur le marché de Noël à Berlin en 2016 – qui ont ceci en commun que leurs auteurs étaient déjà connus des services de police. Ces mêmes événements ont encore ceci de particulier qu'ils auraient pu être déjoués, alors que les conditions très restrictives de l'assignation à résidence n'auraient pas été réunies si un placement en détention, ou d'autres mesures appropriées qui sont ici proposées, avaient pu être prises à temps.
A l'article 23obis, le groupe UDC rejettera donc la minorité Flach, qui propose de nous priver de ce moyen supplémentaire de garantir notre sécurité.

Cottier Damien (RL, NE): Monsieur Addor, vous avez eu la gentillesse de citer ma proposition. Je voulais savoir si vous vous êtes rendu compte que vous l'avez citée à l'envers, parce qu'elle ne précise pas: "s'il y a lieu de penser qu'il ne respectera pas les mesures à l'avenir", mais: "s'il n'y a pas lieu de penser qu'il les respectera à l'avenir". C'est l'inverse, et donc, si on a un élément concret qui laisse penser que cette personne va respecter les mesures à l'avenir, à ce moment-là, on n'a pas besoin de durcir les mesures. Est-ce que vous vous êtes rendu compte que vous avez inversé cela et que cela change complètement la logique de la construction de cette proposition, qui vient d'ailleurs du Conseil des Etats?

Addor Jean-Luc (V, VS): Monsieur Cottier, d'où que vienne cette proposition, c'est vous qui l'avez portée. Je ne sais pas si vous vous êtes rendu compte que, ce faisant, en tout état de cause, abstraction faite des subtilités juridiques, vous êtes en train de proposer d'introduire une condition supplémentaire alors qu'il y en a déjà bien assez. Or l'enjeu est tout simple: est-ce que nous voulons pouvoir prendre ces mesures ou non? Est-ce que nous voulons que, dans ce pays, nous nous donnions les moyens de nous défendre efficacement contre le terrorisme? C'est de cela que nous parlons: des mesures préventives, oui ou non?
Je le répète, le groupe UDC a choisi son camp: nous sommes du côté des victimes et de l'efficacité.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M-CEB, LU): Um es vorwegzunehmen, die Mitte-Fraktion lehnt die Minderheiten grossmehrheitlich ab. Der Hausarrest wurde auch schon mit dem Lockdown verglichen. Solche Vergleiche sind heikel. Hier im Gesetz geht es um Gefährder. Alle vorherigen Massnahmen waren erfolglos, oder es besteht wirklich eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter. Das Fedpol braucht in einem solchen Fall eine gesetzliche Grundlage, um die Sicherheit des Umfeldes zu gewährleisten. Mit diesem Gesetz schaffen wir dies, indem wir den Hausarrest verankern.
Die Minderheit II (Seiler Graf) will Artikel 23o streichen. Dies widerspricht unserer Haltung, dass wir den Sicherheitsorganisationen bessere Instrumente geben wollen. Professor Donatsch hat uns auch in der Kommission klar gesagt, dass es nicht EMRK-widrig ist. Wir haben ihn in der Kommission angehört, weil es uns wichtig war, seine Meinung zu hören.
Die Minderheit I (Fridez) will die Verlängerung des Arrests kürzen. Dies lehnen wir ebenfalls ab.
Den Hausarrest begrüssen wir auch für Jugendliche ab 15 Jahren. Und wenn eingewendet wird, dass Jugendliche allenfalls noch mehr radikalisiert werden, dann weisen wir darauf hin, dass es auch andere Fälle gibt, die genau das Gegenteil zeigen. Wenn radikalisierte Jugendliche in die Schweiz zurückkehren und sich nicht von ihrer Haltung abbringen lassen, dann wird es für die Sicherheitsbehörden sehr schwierig, für die Umgebung die nötige Sicherheit zu schaffen.
Den Einzelantrag Cottier lehnen wir ebenfalls ab. Dies haben wir auch in der Kommission so nicht diskutiert, aber wir finden, dass dies alles schon im vorliegenden Gesetz geregelt ist.
Beim Minderheitsantrag Flach geht es um die Präventivhaft. Er will Artikel 23obis streichen. Dieser wurde eingebracht, weil im Nationalrat die Motion 16.3673 mit 113 zu 64 Stimmen angenommen worden war. Die Umsetzung der Motion in diesem Gesetz ist sicher richtig. Wir stimmen dem zu, aber mit dem Vorbehalt, dass der Zweitrat diesen Artikel nochmals diskutiert. Der Ständerat hatte ihn nicht diskutiert. Wir möchten aber

auch festhalten, dass es in diesem Artikel, den wir einfügen wollen, nicht um Demonstranten oder Leute geht, die sich einmal kritisch gegen den Staat äussern. Wir sprechen hier explizit auch von Gefährdern. Fazit: Wir lehnen diese Minderheit Flach ab.
Würden wir die beiden Minderheiten Fridez zu Artikel 23p unterstützen, nähmen wir dem Fedpol wieder die Handhabe, die nötig ist, damit ein Hausarrest unverzüglich festgelegt werden kann. Ein Zwangsmassnahmengericht, das ist wichtig, muss einen Hausarrest innert 48 Stunden genehmigen. Da dieses Vorgehen der Praxis entspricht, bitte ich Sie, diese beiden Minderheiten Fridez abzulehnen. Übrigens hatten wir schon im Vorfeld dieses Gesetzes sehr oft Kontakt auch mit dem Fedpol, wir hatten oft auch Berichte aus der Taskforce Tetra. Dort haben wir gesehen, wie schwierig es ist, wenn die Polizei handeln muss, wenn die Sicherheitsorgane handeln müssen und sie keine gesetzliche Grundlage haben.
Lehnen Sie diese Minderheitsanträge ab, und stimmen Sie dieser Vorlage so zu, wie sie aus der Kommission gekommen ist.

Marti Min Li (S, ZH): Liebe Frau Kollegin, Sie haben in Ihren Ausführungen das Gutachten und den Auftritt von Professor Donatsch erwähnt, den dieser in den Anhörungen hatte. Was sagen Sie dazu, dass Herr Donatsch in seinem Gutachten wie auch in seinem Statement vor der Kommission ganz klar gesagt hat, dass eine Präventivhaft, wie sie die Mehrheit der SiK-N vorsieht, nicht EMRK-konform ist?

Glanzmann-Hunkeler Ida (M-CEB, LU): Ich habe Ihnen erklärt, liebe Frau Kollegin, dass wir dem Entwurf zustimmen, damit auch der Zweitrat die Gelegenheit hat, über diese

AB 2020 N 1116 / BO 2020 N 1116

Präventivhaft zu diskutieren und dann seine Meinung festzulegen.

Schlatter Marionna (G, ZH): Bei den Anträgen in diesem Block geht es um den heikelsten Punkt dieser Vorlage: den Hausarrest. Es ist diese Massnahme im Gesetz, welche die Menschenrechtsbeauftragte des Europarates zu ihrem Brief veranlasst hat, und es ist unter anderem diese Massnahme in diesem Gesetz, welche die UNO-Sonderberichterstatter auf den Plan gerufen hat.
Ich erinnere an dieser Stelle nochmals daran, dass wir uns im vorstraflichen Bereich befinden. Es handelt sich bei den potenziell von den Massnahmen betroffenen Personen nicht um Menschen, die schon strafrechtlich verfolgt wurden oder bei denen ein akuter Verdacht besteht; es handelt sich um Menschen, die sich aufgrund ihres Verhaltens, z. B. auf Social Media, verdächtig machen, vielleicht irgendwann in der Zukunft eine Straftat zu begehen.
Der Freiheitsentzug aufgrund von vagen Anhaltspunkten kann bereits bei Kindern ab 15 Jahren angewendet werden. Jean Zermatten, ehemaliger Präsident des UNO-Ausschusses für die Rechte des Kindes, schreibt dazu: "Das zeugt von völliger Unkenntnis der Verhaltensweisen von Jugendlichen, die oft durch Provokation, Trotz und einen Hang zum Extremen gekennzeichnet sind."
Besonders bei Jugendlichen halten wir den Freiheitsentzug für kontraproduktiv. Es droht die Gefahr einer Stigmatisierung und einer verstärkten Radikalisierung. Jugendliche zuhause einzusperren, vor dem Computer, vielleicht sogar noch in einem schwierigen Umfeld – diese Massnahme scheint uns weder verhältnismässig noch zielführend.
Die Verschärfung, wie sie die Mehrheit der Kommission in Artikel 23obis vorsieht, ermöglicht die Präventivhaft, eine Haft ohne Verurteilung. Dieser Artikel würde es erlauben, Personen bereits beim Aufruf zu Gewalt oder bei der Zugehörigkeit zu einer Organisation, die Gewalt bezweckt, in Haft zu nehmen. Diese Präventivhaft, wie sie die Mehrheit der Kommission fordert, ist nicht kompatibel mit der EMRK, wie das die Bundesrätin bestätigt hat.
Auch Sie, liebe Mitglieder der SVP-Fraktion, liebe Mitglieder der Mitte-Fraktion, haben sich vorgestern während der Burka-Debatte auf die Menschenrechte berufen. Menschenrechte sind nicht Regeln, auf die man sich beruft, wenn es einem gerade politisch so passt. Die Grundrechte sind der Kern unserer Demokratie, sie sind die absolute rote Linie. Ich bitte Sie, das Gesetz hier zu korrigieren und mindestens die Minderheit Flach zu unterstützen.
Die grüne Fraktion wird alle Minderheiten zu Artikel 23o unterstützen. Aus den genannten Gründen bevorzugen wir die Streichung des Artikels, wie sie die Minderheit II (Seiler Graf) beantragt. Im Sinne des kleineren Übels unterstützen wir die Minderheit I (Fridez) bei Artikel 23o, die die Verlängerung des Hausarrests auf maximal drei Monate beschränken will. Auch den Einzelantrag Cottier unterstützen wir, der den Hausarrest klar als letztes Mittel im Katalog der polizeilichen Massnahmen vorsieht.

Auch die beiden Minderheitsanträge Fridez zu Artikel 23p unterstützen wir. Sie verlangen, dass dem Hausarrest als letztes und stärkstes Mittel der präventiven Massnahmen eine richterliche Anordnung vorangeht. Das sollte selbstverständlich sein.

Cattaneo Rocco (RL, TI): Ci troviamo agli articoli 23o e 23p che definiscono il principio rispettivamente la procedura che consentono a Fedpol di dare seguito alla richiesta dell'autorità competente – quindi le polizie cantonali, le polizie comunali e il Servizio delle attività informative della Confederazione – e di autorizzare il divieto di lasciare un immobile o un istituto designato da quest'ultima. Si tratta chiaramente della misura più incisiva, ed è l'ultima che verrebbe richiesta una volta esaurite quelle precedenti. Essa è conforme alla nostra Costituzione e al diritto superiore, permette di reagire con tempismo, in modo efficace e proporzionale, qualora si ha a che fare con una o più persone particolarmente pericolose e, qui cito il testo della legge, "quando sussistono indizi concreti e attuali che la persona in questione costituisce un grave pericolo non altrimenti evitabile per la vita e l'integrità fisica di terzi; e la persona in questione ha violato una o più misure ordinate in virtù degli articoli" precedenti.
Ecco che siamo dunque di fronte a delle situazioni, in cui occorre ponderare, da una parte, il rischio e la probabilità di gravi danni a persone e a cose, e dall'altra, la limitazione dei diritti individuali. Siamo dell'avviso che anche la procedura di applicazione del provvedimento prevista all'articolo 23p sia efficace e appropriata. Fedpol infatti sottopone senza indugio la richiesta relativa al divieto di lasciare un immobile al giudice dei provvedimenti coercitivi del cantone di Berna, affinché ne verifichi la legalità e l'adeguatezza.
Dunque, sul tema del divieto di lasciare un immobile il gruppo liberale-radicale sostiene il progetto di legge del Consiglio federale, già approvato dal Consiglio degli Stati. È contrario sia a un ulteriore inasprimento, sia a un allentamento dell'efficacia della norma proposta. Il gruppo liberale-radicale, all'articolo 23o vi invita quindi a sostenere la maggioranza della commissione e a respingere la minoranza I (Fridez) e la minoranza II (Seiler-Graf) come pure la proposta individuale Cottier, che intende indebolire ulteriormente la norma.
Inoltre, per quanto riguarda il nuovo articolo 23obis, vi invitiamo a sostenere la minoranza Flach che si allinea alla decisione del Consiglio degli Stati. Respingiamo dunque la proposta della commissione per un nuovo articolo 23obis, approvato di misura, con 11 voti contro 10 e 4 astenuti. Questo articolo prevede di inasprire ulteriormente, direi troppo, il progetto di legge con l'introduzione di uno strumento nuovo, uno strumento d'intervento, la cosiddetta custodia di sicurezza per terroristi potenzialmente pericolosi.
Si tratta in pratica di un carcere preventivo. Questo strumento è stato ampiamente dibattuto, nella fase di consultazione, anche dai competenti direttori cantonali dei dipartimenti di giustizia e polizia. Poi l'idea è stata abbandonata sulla base di approfondimenti, anche perché non risultava conforme al diritto superiore.
Infine, all'articolo 23p vi invitiamo a seguire la maggioranza della commissione ed a respingere le due minoranze Fridez.

Flach Beat (GL, AG): Ich werde zu Block 3 nicht mehr sprechen, sondern nur noch in Block 2 unsere Haltung kurz darlegen.
Selbstverständlich unterstützen wir hier den Minderheitsantrag Flach auf Streichung des Artikels. Er sieht vor, dass man diesen, so nenne ich es, Betriebsunfall der Beratung Ihrer Kommission wieder streicht. Ansonsten werden wir überall der Minderheit folgen, und wir werden auch den Einzelantrag Cottier unterstützen. Inhaltlich möchte ich gar nicht mehr gross darauf eingehen; die Minderheiten wurden begründet.
Beachten Sie aber doch, dass wir hier dringend noch einmal eine Differenz zum Ständerat schaffen sollten. Sogar die Mitte-Fraktion hat vorhin gesagt, dass sich der Ständerat hier gewisse Dinge noch einmal anschauen sollte. Wir sind im Schnellzugstempo unterwegs. Viele Bestimmungen, die wir jetzt beschliessen, werden wir in zwanzig Jahren noch im Gesetz haben. Sie werden dann allenfalls auf ganz andere Personenkreise angewendet, als wir sie heute im Fokus haben. Darum ist es wichtig, dass man das hier noch einmal reflektiert, sich diese schweren Eingriffe in die Grundrechte noch einmal überlegt und entsprechend auch die Fachleute noch einmal anhört, die sich mittlerweile gemeldet haben.
Die Briefe, die wir erhalten haben, und die Aufrufe, hier genau hinzuschauen, auf Besonnenheit zu achten und die Rechte zu wahren, zu denen wir uns einmal verpflichtet haben, sind nicht deshalb erst jetzt gekommen, weil man das irgendwie für unwichtig hielt. Vermutlich ist es auch ein wenig Covid-19-bedingt, weil die Gesetzesvorlage jetzt doch sehr schnell kommt und eben auch ein wenig unter dem Radar geflogen ist.
Bitte schaffen Sie hier die Voraussetzungen dafür, dass sich der Ständerat unsere Überlegungen auch noch einmal anschaut und mit einer entsprechenden Differenz weiterarbeitet, damit wir am Schluss nicht noch einen weiteren Betriebsunfall haben.

AB 2020 N 1117 / BO 2020 N 1117

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich versuche, mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit so kurz wie möglich zu fassen, nachdem ich beim Eintreten und bei den Fragen, die hier im Plenum gestellt wurden, doch einiges schon beantworten konnte. Ich werde daher nicht mehr im Detail auf alles eingehen.
Ich rekapituliere kurz: Der Bundesrat unterstützt den Minderheitsantrag Flach. Ich habe das beim Eintreten ausgeführt. Es geht hier um die gesicherte Unterbringung, die auch von den Kantonen ins Spiel gebracht wurde. Hier hat das EJPD gemeinsam mit der KKJPD ein Gutachten veranlasst. Der Gutachter, Professor Donatsch, ist zum Schluss gekommen, dass eine solche gesicherte Unterbringung nicht EMRK-konform ist. Die Kantone haben dann darauf verzichtet.
Dann komme ich zum Antrag der Minderheit Fridez zu Artikel 23p Absatz 1, wonach der Hausarrest erst beginnen soll, wenn das Gericht ihn genehmigt hat. Der Beschluss des Ständerates sieht vor, dass der Hausarrest unmittelbar nach der Anordnung durch das Fedpol in Kraft treten kann. Das Fedpol muss aber unverzüglich an das Zwangsmassnahmengericht gelangen, und dieses muss den Hausarrest spätestens innerhalb von 48 Stunden genehmigen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es hier um gefährliche Personen geht und dass solche Fristen durchaus auch in anderen Rechtsbereichen üblich sind.
Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Minderheit Fridez zu Artikel 23p Absatz 1 abzulehnen, ebenso den Antrag zu Absatz 2. Hier wird eine Beschränkung des Hausarrests auf drei Monate gefordert, und es wird verlangt, dass der Verlängerungsantrag einem ordentlichen Gericht unterbreitet wird. Schliesslich soll dieser Antrag nicht spätestens vier, sondern spätestens zehn Tage vor Ablauf der Massnahme gestellt werden. Der Bundesrat erachtet diese Bestimmungen nicht als nötig. Es ergibt sich schon aus dem Entwurf, wie er jetzt vorliegt, dass der Hausarrest nach drei Monaten verlängert und gerichtlich genehmigt werden muss. Die Einfügung "nach drei Monaten" in Absatz 2 braucht es deshalb nicht. Das Zwangsmassnahmengericht des Kantons Bern ist ein ordentliches und unabhängiges Gericht. Es erfüllt insbesondere die Anforderungen der EMRK.
Dann komme ich zum Antrag der Minderheit zu Artikel 23o auf Streichung. Ich glaube, das haben wir ausführlich diskutiert. Hier geht es darum, die Bestimmung zur Eingrenzung auf eine Liegenschaft zu streichen. Wir sprechen hier, ich möchte das in Erinnerung rufen, von der Ultima Ratio, der strengsten aller Massnahmen, die zum Zuge kommt, wenn sich ein Gefährder nicht an die anderen Massnahmen gehalten hat, die ihm zuerst auferlegt werden müssen, wenn die Kantone keine andere Möglichkeit sehen. Ich bin hier einverstanden mit Frau Seiler Graf, sie hat es zu Recht gesagt: Herr Professor Donatsch sagt, es kommt einem Freiheitsentzug gleich, das ist so. Deshalb ist hier auch eine richterliche Genehmigung vorzusehen, und zwar unverzüglich, spätestens aber innert 48 Stunden nach Eingang des Antrages.
Dann gibt es noch den Einzelantrag Cottier, der Artikel 23o Buchstabe b ergänzen will: "wenn nicht davon auszugehen ist, dass sie oder er sich künftig daran halten wird" – gemeint ist die angeordnete Massnahme. Dieser Antrag wurde im Mitberichtsverfahren zunächst von der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates eingebracht. Er wurde dann von der SiK-S noch einmal diskutiert, hat dort aber keine Mehrheit gefunden. Aus Sicht des Bundesrates ist diese Ergänzung nicht nötig. Sie würde letztlich nur in Buchstabe b wiederholen, was sich bereits aus Buchstabe a ergibt. Uns scheint die gesetzliche Regelung so, wie sie konzipiert ist, ausreichend klar.
Zusammengefasst: Der Bundesrat unterstützt die Minderheit Flach und lehnt sonst alle Minderheitsanträge ab.

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Wie richtig gesagt wurde, geht es bei Block 1 um das Wesentliche dieser Vorlage. Die Kommissionsmehrheit möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass genau dieser Artikel Leben rettet. Ich möchte das nochmals wiederholen: Dieser Artikel rettet Leben. Wenn Sie an diesem Artikel schrauben, dann gefährden Sie Leben.
Ich habe im Verlaufe dieser Debatte doch sehr schwierige Voten gehört. Es wurde zum Beispiel von Frau Schlatter gesagt, man wolle Leute bereits beim Aufruf zu Gewalt in die Wohnung sperren. Ja, Frau Schlatter, dann sagen Sie diesem Rat, was Sie mit diesen Leuten dann tun wollen – sie rufen zu Gewalt auf, und man soll sie dann einfach lassen, bis die Gewalt passiert? Das findet die Kommissionsmehrheit doch eine sehr schwierige Argumentation.
Frau Porchet zum Beispiel sagt: Wir stehlen ihnen die Möglichkeit, am offenen Leben teilzunehmen. Hausarreste und Rayonverbote, Frau Porchet, sind keine Gefängnisaufenthalte, sondern es sind eben Hausarreste und Rayonverbote; aber genau mit solchen Massnahmen – das haben wir im Ausland gesehen – können unter Umständen terroristische Anschläge verhindert werden.
Der Staat hat für die Sicherheit zu sorgen, Herr Flach, das steht in Artikel 2 der Bundesverfassung: "Die Schweizerische Eidgenossenschaft [...] wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes." Es gehört zu den Kernaufgaben eines Staates, für die Sicherheit zu sorgen. Diese Artikel sind für die Sicherheit des Staates da.

Es ist richtig, Frau Marti, wenn wir die berühmte Apothekerwaage mit den beiden Schalen "Sicherheit" und "Freiheit" aufstellen, dann ist das eine Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit. Aber in der heutigen Zeit – das muss ich Ihnen sagen, und da bin ich mir auch sicher, da macht unsere Bevölkerung mit – ist die Sicherheit stark zu gewichten. Sie ist nicht überzugewichten, aber stark zu gewichten, Frau Marti. Nur so haben wir es bis anhin verhindern können, dass wir terroristische Anschläge in unserem Land hatten.
Erlauben Sie mir, noch etwas zum neuen Artikel zu sagen, welchen die Kommission in dieses Gesetz geschrieben hat. Es wurde von Frau Seiler Graf gesagt, Herr Donatsch habe in den Anhörungen klar gesagt, dieser Artikel gehe nicht. Herr Donatsch war in der Kommission, bevor dieser Artikel beantragt wurde. Die Kommissionsmehrheit möchte Sie bitten, diesen Artikel anzunehmen, damit er im Erstrat, nämlich im Ständerat, nochmals diskutiert werden kann und damit geschaut werden kann, ob es tatsächlich so ist, wie jetzt eine Minderheit sagt, nämlich dass er EMRK-widrig sei. Alle anderen Massnahmen und Artikel, das hat die Frau Bundesrätin gesagt – und da können Sie lange von irgendwelchen Briefen erzählen, die Sie in den letzten Tagen erhalten haben –, sind klar EMRK-konform. Das sagte auch dieser eine Gutachter, den wir zu dieser Frage in der Kommission angehört haben.
Die Kommissionsmehrheit möchte Sie daher bitten, sämtliche Minderheitsanträge in diesem Block abzulehnen.

Marti Min Li (S, ZH): Vielen Dank, lieber Herr Kollege Tuena. Auch Sie haben das Gutachten von Professor Donatsch angesprochen, das im Übrigen schon vor der Kommissionsberatung vorgelegen ist. In diesem Gutachten steht ganz klar, dass die gesicherte Unterbringung nicht EMRK-konform ist. Warum haben Sie – die Kommissionsmehrheit – dennoch auf diesem Antrag bestanden?

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Frau Kollegin Marti, auch Sie haben gesehen, was die Kantone zu diesem Antrag gesagt haben. Diese Forderung kam ursprünglich von den Kantonen. Man hat gesehen, ich habe es in meiner Einleitung deutlich gesagt, dass dank diesem Artikel klar Leben gerettet werden können. Wenn die Behörden wissen, dass ein Gefährder, eine Gefährderin da ist, und sie nichts machen, weil die gesetzlichen Grundlagen fehlen, und später ein Attentat passiert, dann wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden definitiv schwinden. Das wollen wir schlicht nicht. Wir in der Politik haben den klaren Auftrag, solche Attentate möglichst zu verhindern. Darum muss ich Ihnen schon sagen: Da gehört aus Sicht der Kommissionsmehrheit auch ein solcher Artikel dazu; mindestens sollte er im Ständerat jetzt nochmals diskutiert werden können.

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: Une minorité Seiler Graf veut biffer tout l'article consacré à l'assignation à résidence. Cette proposition a été rejetée par la majorité de la commission – la décision a été prise par

AB 2020 N 1118 / BO 2020 N 1118

15 voix contre 10. Pourquoi? Parce que la majorité constate que le Fedpol ne peut assigner un terroriste potentiel à une résidence ou institution qu'à des conditions extrêmement strictes, soit "a. s'il existe des indices concrets et actuels selon lesquels il constitue une menace considérable pour la vie ou l'intégrité corporelle de tiers qui ne peut être écartée d'une autre manière, et b. si une ou plusieurs des mesures" – préventives susmentionnées – "ont été violées." Il faut à la fois qu'il y ait récidive, et que cela constitue une ultima ratio.
Il ne s'agit donc nullement d'une mesure laissée à la libre appréciation de la police. Il ne s'agit pas non plus d'une "stigmatisation" de personnes "innocentes" pour des "menaces vagues" – selon les termes que nous avons entendus dans ce débat. C'est encore moins un projet "scandaleux" ou "ridicule", et certainement pas "inutile". Je rappelle qu'il fait partie des tâches étatiques légitimes et fondamentales de prévenir les dangers, en particulier s'agissant de dangers graves pour la population et pour la sécurité intérieure.
On voit aussi que le Fedpol peut très bien accorder des dérogations pour de justes motifs, qui sont larges, admettons-le: "des raisons de santé, de profession" – on n'empêche personne d'aller travailler –, "de formation, de liberté de croyance ou de famille". Et, comme cela a été relevé par Mme la conseillère fédérale Keller-Sutter, l'assignation doit être soumise immédiatement par le Fedpol au tribunal des mesures de contrainte pour qu'il en examine non seulement la légalité, mais aussi l'adéquation.
Il y a donc là suffisamment de cautèles, de précautions, pour que la proposition de la minorité ait été rejetée par la majorité des membres de la commission.
On voit aussi que les contacts avec le monde extérieur et la vie sociale ne sont pas coupés. Ils ne seront limités que dans la proportion indispensable à l'exécution de la mesure, et la durée de cette dernière est limitée à trois mois et ne peut être prolongée au maximum que deux fois.
En proposant un nouvel article 23obis, votre commission est allée plus loin que le Conseil fédéral et le Conseil

des Etats. Elle demande, par 11 voix contre 10 et 4 abstentions, que les mesures de police soient complétées par un placement sécurisé pour des personnes potentiellement dangereuses, comme le demandait la motion du groupe UDC 16.3673 qui a été, je le rappelle, approuvée par notre conseil durant la session d'automne 2018. Ce n'est donc rien de nouveau, le conseil a déjà débattu de la mesure et l'a approuvée. Cette mesure supplémentaire doit permettre de lutter plus efficacement contre les attentats commis par des personnes qui sont connues pour être dangereuses, donc des personnes connues des autorités. La minorité Flach, vous l'avez entendu, rejette cette proposition, estimant qu'il s'agit d'une forme de détention préventive inconciliable avec l'Etat de droit et le droit international.
Enfin, M. Fridez a déposé des propositions de minorités visant plusieurs mesures de procédure, minorités que nous rejetons également, en particulier une demande visant à subordonner préalablement l'assignation à une décision judiciaire d'un tribunal ordinaire.
Cette minorité a été rejetée par 17 voix contre 8, la majorité de la commission considérant qu'il suffisait qu'un tribunal statue au plus tard dans les 48 heures suivant la requête, donc très rapidement. Pourquoi? Parce qu'il y a un risque concret que la personne qui représente un danger sérieux disparaisse pour se soustraire à la mesure. Au surplus, il n'y a pas non plus de décision préalable dans les mesures préventives dans les domaines du hooliganisme et de la violence domestique et, à ma connaissance, cela n'a créé aucune vague chez les personnes qui s'y opposent maintenant dans le cadre d'un projet qui s'attaque à une menace autrement plus grave, soit le terrorisme.

Ziff. 1 Ingress
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 préambule
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23o
Antrag der Mehrheit
Titel, Abs. 1, 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)
Abs. 3–5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I
(Fridez, Fivaz Fabien, Flach, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 5
... Sie kann um maximal drei Monate verlängert werden.

Antrag der Minderheit II
(Seiler Graf, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter)
Streichen

Antrag Cottier
Abs. 1 Bst. b
b. ... sie oder er gegen eine oder mehrere gestützt auf die Artikel 23k-23n angeordnete Massnahmen verstossen hat und nicht davon auszugehen ist, dass sie oder er sich künftig daran halten wird.

Ch. 1 art. 23o
Proposition de la majorité
Titre
Assignation à résidence; principes

Al. 1
Le Fedpol peut assigner un terroriste potentiel à résidence ou une institution ...
Al. 2
L'assignation doit avoir lieu dans une résidence que le terroriste ...
Al. 3–5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I
(Fridez, Fivaz Fabien, Flach, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 5
... Elle peut être prolongée au maximum de trois mois supplémentaires.

Proposition de la minorité II
(Seiler Graf, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter) Biffer

Proposition Cottier
Al. 1 let. b
b. ... si une ou plusieurs des mesures ordonnées en vertu des articles 23k à 23n ont été violées et s'il n'y a pas lieu de penser qu'il les respectera à l'avenir.
Développement par écrit
La Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats avait décidé, par 10 voix contre 1, de transmettre cette proposition à la Commission de politique de sécurité de ce Conseil. Cette dernière avait renoncé à cet ajout à 6 voix contre 6 avec la voix décisionnelle du président. Le but est de ne prononcer des assignations à résidence que s'il est avéré qu'il existe un risque de non-respect d'autres mesures prononcées. Dans le dispositif des mesures de prévention du terrorisme, la loi prévoit des mesures toujours plus fortes: d'abord une obligation de participer à des entretiens; ensuite, des interdictions de contact avec une personne ou des autres personnes; puis l'interdiction de quitter le territoire; enfin, l'assignation à résidence. L'assignation à résidence est appliquée en ultime

recours. Cependant, l'article 23o alinéa 1 lettre b est ainsi rédigé que, dès qu'il y a une violation objective des mesures précédentes, même sans intention, il faut prononcer une assignation à résidence. On peut penser ici à une situation dans laquelle une personne visée ne respecte pas une interdiction géographique par inadvertance, ou oublie d'assister à son entretien, sans que son comportement se soit aggravé ou qu'il y ait une intention concrète de nuire. Le fait d'ajouter la dimension de l'intention présumée permet de clarifier le cadre de cette disposition. Ainsi, dans les cas où l'autorité policière a des raisons objectives de penser que la gradation des mesures n'est pas indispensable, il n'y aura pas lieu d'y procéder. Cela permet de répondre encore plus strictement à l'exigence qui, selon l'avis de droit du professeur Donatsch, découle de l'article 5 chiffre 1 CEDH, à savoir que l'assignation à domicile ne peut pas servir un objectif de prévention général, mais qu'il est le seul moyen de pouvoir faire respecter des obligations légales concrètement menacées. Ce complément permettra donc de préciser utilement la disposition la plus restrictive de cette législation.

Abs. 1 Bst. b – Al. 1 let. b

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20713)
Für den Antrag der Mehrheit ... 99 Stimmen
Für den Antrag Cottier ... 93 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20714)
Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I ... 85 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées

Art. 23o

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20715)
Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II ... 85 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ziff. 1 Art. 23obis
Antrag der Mehrheit
Titel
Gesicherte Unterbringung von Gefährdern
Text
Personen, die im privaten oder öffentlichen Raum zu terroristischen Aktivitäten oder sonst zu Gewalt, ob im In- oder Ausland, aufrufen, anleiten oder ermuntern, solche Aktivitäten finanzieren, begünstigen oder zu deren Unterstützung aufrufen, müssen in Haft genommen oder durch andere geeignete Massnahmen an ihrem Tun gehindert werden können. Die gleiche Sanktion gilt für Personen, die sich zu Organisationen bekennen oder Organisationen angehören, die terroristische Aktivitäten oder sonstige Gewalt bezwecken oder ausüben.

Antrag der Minderheit
(Flach, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Streichen

Ch. 1 art. 23obis
Proposition de la majorité
Titre
Placement sécurisé pour les personnes potentiellement dangereuses
Texte
Les personnes qui, en privé ou en public, appellent ou incitent à des activités terroristes ou à tout autre acte de violence, en Suisse ou à l'étranger, encouragent, annoncent, financent, favorisent de telles activités doivent être placées en détention, ou d'autres mesures appropriées doivent permettre d'empêcher leur action. La même sanction s'applique aux personnes qui professent leur attachement à des organisations se livrant ou cherchant à se livrer à des activités terroristes ou qui appartiennent à de telles organisations.

Proposition de la minorité
(Flach, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Biffer

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le vote vaut également pour le chiffre 1 article 23q alinéas 1 et 4.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20716)
Für den Antrag der Minderheit ... 113 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 78 Stimmen
(2 Enthaltungen)

Ziff. 1 Art. 23p
Antrag der Mehrheit
Titel, Abs. 5
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)
Abs. 1–4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Fridez, Fivaz Fabien, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1
... nach Eingang des Antrags. Der Beginn der Eingrenzung auf eine Liegenschaft unterliegt dem Entscheid der zuständigen Justizbehörde.
Abs. 2
Soll die Massnahme nach drei Monaten verlängert werden, so reicht das Fedpol einem ordentlichen Gericht spätestens zehn Tage vor dem Ablauf der Massnahme einen schriftlich begründeten Antrag ein. Das Gericht kann anordnen, dass ...

Ch. 1 art. 23p
Proposition de la majorité
Titre
Assignation à résidence; procédure
Al. 1–4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 5
... un terme à l'assignation à résidence lorsque:

Proposition de la minorité
(Fridez, Fivaz Fabien, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1
... suivant la réception de la requête. Le début de l'assignation à une propriété est subordonné à la décision de l'autorité judiciaire compétente.
Al. 2
Si la mesure doit être prolongée après tois mois, le Fedpol adresse à un tribunal ordinaire une requête écrite et motivée dix jours avant l'échéance de la mesure. Le tribunal peut ordonner une prolongation de la mesure jusqu'à ce qu'il ait statué.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20717)
Für den Antrag der Mehrheit ... 106 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen
(2 Enthaltungen)

AB 2020 N 1120 / BO 2020 N 1120

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20718)
Für den Antrag der Mehrheit ... 105 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen
(3 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées

Block 2 – Bloc 2
Mindestalter für die Verfügung einer Massnahme
Age minimal pour l'application d'une mesure

Porchet Léonore (G, VD): Nous traitons ici de l'âge des personnes auxquelles vont s'appliquer les mesures préventives prévues par cette loi. Nous décidons aujourd'hui à partir de quel âge on peut attribuer à un enfant l'étiquette de terroriste potentiel.
En Suisse, le droit pénal des mineurs est, à juste titre, entièrement tourné vers l'éducation et la reprise des fondamentaux du "vivre-ensemble" pour les mineurs qui posent problème. Ainsi, l'article 2 du droit pénal des mineurs, qui énonce les principes, dispose que "la protection et l'éducation du mineur sont déterminantes dans l'application de la présente loi". Cet article fait écho à notre Constitution fédérale, qui établit en son article 11 que "les enfants et les jeunes ont droit à une protection particulière de leur intégrité et à l'encouragement de leur développement". Ces principes fondateurs doivent s'appliquer de manière prépondérante à toutes les autres lois touchant aux mineurs. Dans ce cas précis, nous parlons non seulement de mesures portant une atteinte lourde aux droits fondamentaux d'enfants, mais en plus d'enfants qui n'ont encore rien fait.
L'interdiction de contact, l'interdiction géographique ou l'assignation à une propriété ne correspondent pas à l'obligation de protection particulière, qui demande plutôt un effort accru en éducation en cas de comportement problématique. De plus, la loi ne prévoit aucun encadrement spécifique pour les enfants. La protection et l'éducation des mineurs, comme principes fondamentaux, ne sont donc pas respectées par cette loi, et c'est pour cela que je vous demande de soutenir la proposition de minorité II (Porchet) à l'article 24f et celle qui lui est associée à l'article 23k. Subsidiairement, nous vous demandons de soutenir au moins la minorité I (Marti Min Li), qui permettrait de limiter les dégâts.
Par dégâts, j'entends non seulement la négation de principes fondateurs présents dans notre propre loi et notre propre Constitution, mais aussi ceux du droit supérieur. Les nouvelles mesures comprises dans le projet de loi contreviennent aux droits de l'enfant, en violant la Convention de New York, la Convention européenne des droits de l'enfant et la Convention européenne des droits de l'homme. La commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe nous a écrit pour nous rappeler son inquiétude quant aux mesures prévues par cette loi, et particulièrement quant au sort réservé aux enfants. Le rapporteur spécial des Nations unies a également critiqué le projet de loi. Amnesty International, Human Rights, le Haut-Commissariat des Nations unies aux droits de l'homme tirent la sonnette d'alarme.
Dans notre pays, les enfants sont protégés par l'obligation que nous avons de respecter leur intérêt supérieur. Cet intérêt supérieur s'exprime avec le droit à l'éducation et à la réinsertion plutôt que la répression. Les enfants ne peuvent pas faire valoir leurs droits ici, en plénum, c'est donc à nous toutes et tous que revient la responsabilité de penser à leur futur et au respect de leurs droits. Avec cette loi, nous les foulons au pied.
Comme l'a très explicitement exprimé l'avocate spécialiste des droits de l'enfant, Paola Riva Gapany, oui, un enfant peut basculer dans le terrorisme, comme des enfants peuvent basculer dans des crimes extrêmement graves. Des enfants peuvent être des violeurs ou des assassins, mais il n'est pas compréhensible que pour des délits aussi graves, comme le viol ou le meurtre, des mesures adaptées à leur condition d'enfant soient à juste titre prévues, mais que ce respect de la condition particulière du mineur ne soit pas assuré lorsqu'on parle d'un enfant soupçonné, et seulement soupçonné, de terrorisme potentiel.
Ces conditions particulières sont justement là pour permettre à cet enfant de réintégrer un chemin pacifiste et constructif dans la société. Car il est quand même important de souligner que si un mineur veut se faire exploser pour des raisons politiques, religieuses ou nationalistes, cela pose plus de problème au niveau de la protection de l'enfance que de toute autre chose. Il faut absolument l'extraire de son environnement dangereux

pour lui donner une chance de changer de voie, mais aussi pour donner une chance à la société d'accueillir un élément constructif, au lieu de stigmatiser et d'enfermer cet enfant, le privant ainsi, au passage, de son droit à l'éducation.
L'éducation est pourtant le meilleur rempart face aux radicalisations de toute sorte. En effet, soumettre les enfants à cette loi est une erreur morale, d'abord, mais aussi une erreur tactique contre le terrorisme. Ce serait totalement contre-productif. Nier à un enfant son droit à l'éducation, lui attribuer l'étiquette stigmatisante de terroriste potentiel, le punir avec des mesures extrêmes comme l'assignation à domicile pendant 9 mois alors qu'il n'a rien fait, tout cela va plutôt favoriser sa radicalisation. L'éducation est en effet le meilleur rempart face au terrorisme et à la radicalisation, à la pauvreté, à la marginalisation et à l'extrémisme violent.
L'éducation favorise au contraire la participation citoyenne et l'intégration. Lorsqu'on a affaire à un terroriste potentiel, la solution est donc l'éducation, pas la punition radicalisante. C'est aussi complètement inutile, puisque la radicalisation est un long processus. Nous ne devrions pas avoir de cas de mineurs suffisamment radicalisés pour justifier de telles mesures. Mais, si cet article existe, il est fort possible que la protection de l'enfance ne soit plus un passage obligé avant d'asséner les mesures les plus fortes pour les cas qui créent le doute dans l'esprit de la police.
C'est une menace pour l'enfant et son éducation. C'est une menace pour nos droits fondamentaux. C'est une menace pour nos libertés à toutes et à tous. C'est là un risque que nous ne pouvons pas courir.

Marti Min Li (S, ZH): Wir haben in der Schweiz ein Jugendstrafrecht, das sehr erfolgreich ist und gut funktioniert. Es ist erfolgreich, weil es konsequent dem Grundsatz folgt, dass Erziehung und Schutz vor Strafe kommen. Es setzt auf Reintegration und Resozialisierung. Es hat die positive Entwicklung und die persönliche und berufliche Entfaltung von Jugendlichen als Ziel. Dieser Grundsatz ist auch in der UNO-Kinderrechtskonvention verankert.
Ich möchte Sie daran erinnern, dass die hier im Gesetz vorgesehenen Massnahmen wie ein Kontaktverbot, eine Gesprächsteilnahme- und Meldepflicht, ein Ausreiseverbot oder ein Rayonverbot schon für Kinder ab 12 Jahren angeordnet werden können, der Hausarrest dann erst für Kinder ab 15 Jahren.
Es ist schon so, dass wir eine Strafmündigkeit ab 10 Jahren haben, aber wir befinden uns hier ja eben nicht im Bereich des Strafrechts, sondern im Bereich davor. Umso mehr gilt es, im Umgang mit Kindern und Jugendlichen eine besondere Sorgfalt zu zeigen. Unser oberstes Ziel sollte es sein, Kinder und Jugendliche davon abzuhalten, sich zu radikalisieren. Wir sollten auch bemüht sein, sie wieder in die Gesellschaft zu integrieren.
Ich will nicht leugnen, dass es Fälle von Kindern und Jugendlichen gibt, die sich radikalisiert haben, sie wurden aufgezählt. Das Problem muss durchaus angegangen werden. Es gibt eine Reihe von präventiven Massnahmen im sozialen oder schulischen Bereich, die hier auch Erfolg haben könnten. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Massnahmen ergreifen, die kontraproduktiv sein könnten.
Ich habe es schon im Eintreten erwähnt: Es gibt verschiedene Studien, die zeigen, dass Stigmatisierung die Radikalisierung befördern kann, dass Diskriminierung, das Gefühl von ungerechter Behandlung, dass Massnahmen, die als

übertrieben angesehen werden, eine Radikalisierung befördern können. Wenn Sie jetzt einen problematischen Jugendlichen in Hausarrest stecken, in einem problematischen Umfeld, alleine mit seinem Computer, glaube ich nicht, dass seine persönliche Entwicklung besonders gut verlaufen wird, mit dem Stigma als Gefährder sowieso nicht.
Die SP-Fraktion hat natürlich Sympathien für den Minderheitsantrag Porchet, wonach sämtliche Massnahmen erst ab dem 18. Altersjahr gelten sollen. Wir haben aber im Sinne eines Kompromisses einen Antrag eingegeben, wonach der Hausarrest erst ab dem 18. Lebensjahr angesetzt werden könnte, die anderen Massnahmen ab 14 Jahren.
Wir müssen das Problem ernst nehmen, das will ich nicht bestreiten. Aber wir dürfen nicht aufgrund von ein paar Einzelfällen überschiessen.
Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Marti Min Li zu unterstützen.

Walliser Bruno (V, ZH): In Block 2 geht es darum, wie Massnahmen bei Minderjährigkeit anzuwenden sind und ab welchem Alter sie gelten sollen. In Artikel 23k Absatz 3 wird Folgendes geregelt: Ist die terroristische Gefährderin oder der terroristische Gefährder minderjährig, sind die Eltern oder andere erziehungsberechtigte Personen in die Gespräche mit einzubeziehen. Ausnahmsweise kann darauf verzichtet werden, wenn sich die Anwesenheit der Eltern negativ auf den Gesprächserfolg auswirken kann. Auch in solchen Fällen sind die Eltern zumindest in die Gesprächsvorbereitung mit einzubeziehen. Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie,

zumindest dieser Regelung zuzustimmen und die von der Minderheit Porchet verlangte Streichung, welche ich absolut nicht nachvollziehen kann, abzulehnen.
In Artikel 24f Absätze 1 und 2 wird das Alter geregelt, bei welchem die Massnahmen in diesem Gesetz greifen sollen. Die Massnahmen nach den Artikeln 23k bis 23n sowie 23q und 24c können nur gegen Personen verfügt werden, die das 12. Altersjahr vollendet haben. Die Massnahme nach Artikel 23o kann nur gegen Personen verfügt werden, die das 15. Altersjahr vollendet haben. Damit werden Altersgrenzen ausdrücklich festgelegt, und gleichzeitig wird dem Umstand Rechnung getragen, dass auch von minderjährigen Personen eine terroristische Gefahr ausgehen kann. Die jüngsten terroristisch motivierten Reisenden aus der Schweiz waren zum Zeitpunkt der Ausreise 15 beziehungsweise 16 Jahre alt. Ich verzichte jetzt auf die Aufzählung von weiteren solchen Beispielen.
Gleichsam sind das Wohl und die Rechte des Kindes stets im Sinne des Übereinkommens über die Rechte des Kindes sowie von Artikel 11 der Bundesverfassung zu wahren und in der Interessenabwägung vorrangig zu berücksichtigen. Zudem sind bei Kindern vorab Kindesschutzmassnahmen zu prüfen, welche das anvisierte Ziel ebenfalls herbeiführen könnten.
Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Minderheiten in Block 2, welche das Mindestalter auf das vollendete 14. beziehungsweise 18. Altersjahr erhöhen möchten, abzulehnen.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le groupe libéral-radical soutient la proposition de la majorité.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M-CEB, LU): Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP lehnt auch diese Minderheitsanträge zu Artikel 23k und 24f grossmehrheitlich ab.
Heute fehlen griffige Instrumente, um Kinder präventiv zu schützen oder allenfalls auch ihre Umgebung, zum Beispiel ihre Familie, zu unterstützen. Was tun mit einem Geschwisterpaar wie jenem aus Winterthur, 15 und 16 Jahre alt, das in den Dschihad gereist und auch heute noch, trotz seiner Verurteilung durch das Jugendstrafgericht nach der Rückkehr in die Schweiz, radikalisiert ist? In solchen Fällen, in denen es eben auch um Minderjährige geht, soll die Polizei, wenn alle milderen Massnahmen versagt haben, eine Meldepflicht, ein Kontakt-, Rayon- oder Ausreiseverbot anordnen können. Die beantragten Massnahmen werden immer einzelfallbezogen angewandt und dem Risiko entsprechend verhängt und angepasst. Als schärfste Massnahme sieht der Bundesrat den Hausarrest vor, und dieser kommt bei Kindern ab 15 Jahren zum Einsatz. Er kommt als letztes Mittel zum Zug, wenn alle anderen Massnahmen ihr Ziel verfehlt haben. Ein Zwangsmassnahmengericht muss den Hausarrest genehmigen.
Natürlich greifen diese Massnahmen in Grundrechte ein. Die vorgesehenen Massnahmen sind aber konform mit unserer Verfassung, der EMRK und der UNO-Kinderrechtskonvention. Auch der Hausarrest lässt sich EMRK-konform anwenden. Absolute Sicherheit gibt es nicht. Mit den vorgesehenen Massnahmen geben wir aber unseren Sicherheitsbehörden in den Kantonen und beim Bund die Möglichkeiten, die sie brauchen, um ein möglichst hohes Mass an Sicherheit zu erreichen. Gleichzeitig gewährleistet die bundesrätliche Vorlage die Konformität mit der EMRK und die grundrechtlich geschützten Freiheiten des Einzelnen. Die Behörden werden in jedem Fall, und bei Minderjährigen erst recht, zwischen den beiden Interessen abwägen müssen.
Wir lehnen daher die Minderheitsanträge Porchet und Marti Min Li zu den beiden Artikeln ab.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 18.55 Uhr
La séance est levée à 18 h 55

AB 2020 N 1122 / BO 2020 N 1122

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Nationalrat • Sommersession 2020 • Siebzehnte Sitzung • 19.06.20 • 08h00 • 19.032
Conseil national • Session d'été 2020 • Dix-septième séance • 19.06.20 • 08h00 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme

Block 2 (Fortsetzung) – Bloc 2 (suite)

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Wir haben noch Pendenzen von gestern, und zwar die Minderheiten I und II (Porchet) zu Artikel 23k Absatz 3 und die Minderheiten I (Marti Min Li) und II (Porchet) zu Artikel 24f E-BWIS. Ich kann es hier vorwegnehmen: Ich möchte Sie bitten, dem Entwurf des Bundesrates, dem Ständerat sowie der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge abzulehnen.
Der erste Streichungsantrag zu Artikel 23k Absatz 3 hängt mit der Erhöhung der Altersgrenze in Artikel 24f des Entwurfes zusammen, wie sie von der Minderheit II (Porchet) beantragt wurde. Eine solche Erhöhung der Altersgrenze scheint uns jedoch nicht sachgerecht.
Der Entwurf sieht in Artikel 24f vor, dass präventiv-polizeiliche Massnahmen auch gegenüber Minderjährigen verfügt werden können. Der häufigste Fall, da muss man sich nichts vormachen, wird ja eine Gesprächsteilnahmepflicht, eine Meldeauflage oder ein Kontaktverbot für radikalisierte Personen sein, wobei die Personen das 12. Altersjahr vollendet haben müssen. Diese Altersgrenze gilt bereits heute bei Ausreisebeschränkungen für Hooligans oder bei Rayonverboten für Hooligans. Eine Ausnahme besteht – das wurde ausgiebig diskutiert – bei der Eingrenzung auf eine Liegenschaft, d. h., hier beträgt das Mindestalter 15 Jahre.
Die Minderheit I (Marti Min Li) wollte die Altersgrenzen für die allgemeinen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus auf 14 Jahre und für Hausarrest auf 18 Jahre hinaufsetzen; die Minderheit II (Porchet) wollte die Altersgrenzen für alle PMT-Massnahmen auf 18 Jahre hinaufsetzen.
Ich glaube, wir haben ausgiebig darüber diskutiert, dass wir es aufgrund der Erfahrungen im In- und Ausland für angezeigt erachten, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Auch Minderjährige können radikalisiert sein. Wenn man die Berichterstattung in den Medien liest, könnte man meinen, das vorliegende Gesetz richte sich vorwiegend an Kinder und Jugendliche; Kinder und Jugendliche werden aber ohnehin die Ausnahme sein. Doch beim Hausarrest richtet sich der Entwurf eben auch an Kinder und Jugendliche ab 12 respektive ab 15 Jahren.
Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass Kinder bereits ab dem 10. Lebensjahr strafmündig sind. Es bestehen auch keine Vorschriften in der Kinderrechtskonvention, die es verbieten würden, PMT-Massnahmen gegenüber Minderjährigen anzuordnen. Das gilt auch für den Hausarrest. Es versteht sich aber von

selbst, dass bei Minderjährigen zusätzlich das Kindeswohl in die umfassende Interessenabwägung einbezogen werden muss, bevor eine Massnahme angeordnet werden darf. Ohnehin müssen erzieherische oder Kindesschutzmassnahmen grundsätzlich Vorrang vor polizeilichen Massnahmen haben. Das ist in Artikel 23f Absatz 1 Buchstabe a des Entwurfes auch so verankert. Selbst wenn eine PMT-Massnahme verfügt wird, soll diese mit erzieherischen und therapeutischen Massnahmen begleitet werden. Auch das sieht der Entwurf in Artikel 23f Absatz 2 vor. Damit wird ausreichend sichergestellt, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen immer mitberücksichtigt wird, selbst wenn von ihnen auch eine gewisse Bedrohung ausgehen kann.
Ich bitte Sie deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Wir befinden uns am Ende von Block 2. Die Frau Bundesrätin hat es gesagt: Wir sind hier beim Mindestalter für die Verfügung von Massnahmen. Die Minderheit der Kommission ist entsetzt darüber, dass die Altersgrenzen bei 12 und 15 Jahren angesetzt werden sollen. Die Mehrheit der Kommission schockt das auch. Aber die Mehrheit nimmt eben auch zur Kenntnis, dass es – das hat man im Ausland deutlich gesehen – vielfach Minderjährige sind, die in solche Attentate involviert sind. Wenn wir hier die Altersgrenze auf 14 und 18 Jahre oder, gemäss einem anderen Minderheitsantrag, generell auf 18 Jahre erhöhen, dann kann ich Ihnen sagen, was passiert; Sie wissen es genau: Man kann gegen jugendliche Gefährder nicht mehr vorgehen. Und das, muss ich Ihnen sagen, wollen wir nicht; wir haben gelernt. Es ist völlig klar, das wurde in den Kommissionsberatungen aufgezeigt, dass diese Massnahmen mit Fingerspitzengefühl angewandt werden und wirklich nur dann angewandt werden, wenn es auch wirklich nötig ist.
Ich möchte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit bitten, die Minderheitsanträge abzulehnen.

Roth Franziska (S, SO): Werter Kollege Tuena, ich wollte eigentlich gestern schon fragen – Sie haben es schon in Ihrem Eintretensvotum gesagt -: Woher haben Sie die Information, dass es, nach Ihren Worten, häufig und oft Minderjährige sind, die terroristische Anschläge verüben?

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Nun, Frau Kollegin, schauen Sie ins Ausland; schauen Sie sich die Fakten an, schauen Sie, was passiert ist, und schauen Sie vor allem, was für Personen welchen Alters involviert sind! Dann haben Sie die entsprechenden Tatsachen.

Arslan Sibel (G, BS): Besten Dank für Ihre Ausführungen, Herr Tuena. Sie haben gesagt, dass die Mehrheit über diese Regelung auch schockiert ist, aber dass solche Straftaten auch von 12-Jährigen bzw. von Minderjährigen verübt werden. Hat die Mehrheit auch diskutiert, dass das, was Sie jetzt beschliessen, Auswirkungen auf unser Jugendstrafrecht haben wird, dass Sie damit Tür und Tor öffnen?

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Nun, Frau Kollegin Arslan, wir sind hier bei verwaltungsrechtlichen Massnahmen. Es ist völlig klar, dass die Kommission intensive Diskussionen geführt hat; das wissen Sie selbstverständlich. Für die Kommission war es immer klar, dass der bundesrätliche Entwurf mit sämtlichen Konventionen, die Sie ja auch schon beim Eintreten angesprochen haben, konform ist. Es ist möglich, dass es im Nachhinein bei weiteren Gesetzen Änderungen gibt. Das vorzusehen ist aber jetzt nicht nötig.

AB 2020 N 1123 / BO 2020 N 1123

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: Contrairement à ce qui a été raconté hier et à ce qu'on lit encore régulièrement dans certains médias, la Convention relative aux droits de l'enfant n'interdit pas les mesures policières préventives envers les enfants et les adolescents. Elle mentionne même expressément la protection de la sécurité nationale comme motif légitime pour restreindre leurs droits.
Après avoir entendu les experts, votre commission constate, à l'instar du Conseil fédéral, que certains jeunes peuvent déjà représenter un risque considérable pour la sécurité. On rappelle aussi que la limite d'âge de 12 ans figure déjà dans la loi en vigueur. La commission a approuvé une approche au cas par cas, le "case management", et l'application des mesures en fonction de la situation.
L'expérience des pays voisins – il n'y a pas besoin d'aller très loin, prenons la France comme exemple – montre malheureusement que des enfants âgés de 12 à 13 ans – oui, c'est extrêmement jeune, et c'est ce qui est préoccupant – sont déjà fortement radicalisés, surtout s'ils reviennent des zones occupées par l'Etat islamique. Vous savez qu'il y a des retours attendus de personnes qui ont vécu de très près, pendant des années, des conflits dans lesquels elles ont été impliquées plus ou moins directement.
En droit pénal ordinaire, la responsabilité pénale est d'ailleurs fixée à 10 ans, même si le principe de l'éducation avant la peine s'applique toujours. Il est clair que les intérêts de la protection de l'enfance nécessitent un examen complet de la situation personnelle de chaque cas. Si une telle mesure est ordonnée, elle doit toujours

être accompagnée de mesures éducatives et thérapeutiques.
Mme la conseillère fédérale Keller-Sutter a rappelé le cas de deux enfants, frère et soeur de Winterthour, partis faire le djihad et revenus. Ils ne sont toujours pas sortis de cette radicalisation. Elle a aussi donné l'exemple d'un enfant de 14 ans qui, dans une gare de Suisse romande, préparait un attentat. Faut-il réellement attendre qu'un attentat surgisse pour réagir?
La minorité I (Marti Min Li) propose que les mesures prévues aux articles 23k à 23n, 23q et 24c ne puissent être ordonnées qu'à l'encontre de personnes âgées d'au moins 14 ans, et que la mesure d'assignation à domicile ne puisse l'être qu'à partir de 18 ans. La minorité II (Porchet) propose que les mesures prévues ne puissent être ordonnées qu'à partir de 18 ans et que l'article 24f alinéa 2 soit biffé. Ces deux propositions ont été rejetées. Le premier vote a opposé la proposition défendue par la minorité I à la proposition défendue par la minorité II – 6 voix contre 3 et 15 abstentions. Puis la proposition défendue par la minorité I a été rejetée par 15 voix contre 10.
En conclusion, si le bien-être des enfants et des adolescents est toujours pris en compte, on rappelle ici qu'il s'agit de protéger la population dans son ensemble, et les autres enfants en particulier, de menaces terroristes graves. Il s'agit aussi de protéger ces jeunes contre eux-mêmes et contre les mauvaises influences qu'ils subissent. Si toutes les mesures socio-éducatives et thérapeutiques échouent, malgré tous les efforts, il doit être possible pour les autorités d'intervenir par le biais de mesures de police préventives comme ultimes mesures.

Porchet Léonore (G, VD): Merci pour votre présentation, Madame de Quattro. M. Tuena a confirmé à Mme Arslan que, selon lui, c'était une possibilité d'ouvrir la modification du droit pénal des mineurs. Est-ce que vous confirmez cette interprétation? Pensez-vous aussi que c'est l'idée de la majorité de la commission?

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: Madame Porchet, je n'ai pas entendu en commission qu'une telle modification était en cours. On sait que le droit pénal permet déjà des mesures à partir de 10 ans. On voit là que ce sont des mesures proportionnées en cas de menaces particulièrement graves à partir de l'âge de 12 ans. On ne parle pas ici d'un vol de vélomoteur, on parle de terrorisme. C'est la forme la plus cruelle et la plus lâche de criminalité.

Ziff. 1 Gliederungstitel vor Art. 24f
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 titre précédant l'art. 24f
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 24f
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I
(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1
Die Massnahmen nach den Artikeln 23k bis 23n sowie 23q und 24c können nur gegen eine Person verfügt werden, die das 14. Altersjahr vollendet hat.
Abs. 2
Die Massnahme nach Artikel 23o kann nur gegen eine Person verfügt werden, die das 18. Altersjahr vollendet hat.

Antrag der Minderheit II
(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1
Die Massnahmen nach den Artikeln 23k bis 23q und 24c können nur gegen eine Person verfügt werden, die

das 18. Altersjahr vollendet hat.
Abs. 2
Streichen

Ch. 1 art. 24f
Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I
(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1
Les mesures prévues aux articles 23k à 23n, 23q et 24c ne peuvent être ordonnées qu'à l'encontre de personnes âgées d'au moins 14 ans.
Al. 2
La mesure prévue à l'article 23o ne peut être ordonnée qu'à l'encontre de personnes âgées d'au moins 18 ans.

Proposition de la minorité II
(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1
Les mesures prévues aux articles 23k à 23q et 24c ne peuvent être ordonnées qu'à l'encontre de personnes âgées d'au moins 18 ans.
Al. 2
Biffer

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le vote sur la minorité II (Porchet) vaut également pour le chiffre 1 article 23k alinéa 3.

Erste Abstimmung – Premier vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20719)
Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I ... 83 Stimmen
(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20720)
Für den Antrag der Mehrheit ... 110 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II ... 82 Stimmen
(1 Enthaltung)

AB 2020 N 1124 / BO 2020 N 1124

Ziff. 1 Art. 23k
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I
(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 3
Streichen

Antrag der Minderheit II
(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 3
Streichen

Ch. 1 art. 23k
Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I
(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 3
Biffer

Proposition de la minorité II
(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 3
Biffer

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La proposition de la minorité I (Porchet) a été retirée. Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité II (Porchet) au chiffre 1 article 24f.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Block 3 – Bloc 3
Bedingungen für Massnahmen, Ausnahmen, Dauer und Rechtsschutz
Conditions et dérogations aux mesures, durée des mesures et voies de droit

Roth Franziska (S, SO): Zu Artikel 23e Absatz 1: Wir wollen den Begriff des Gefährders konkretisieren. Vor dem Hintergrund der aus unserer Sicht fragwürdigen Verfassungsgrundlage und dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot braucht es eine klarere Eingrenzung des Zwecks der Massnahmen. Nur die Abwehr konkreter und schwerer Gefahren für die innere und äussere Sicherheit soll solche Massnahmen auslösen können. Die Frage, wer als terroristischer Gefährder gilt, wird aus unserer Sicht durch Artikel 23e Absatz 2 zu schwammig beantwortet. Zudem ist der Begriff "Aktivität" dehnbar oder interpretierbar, "Handlung" ist konkreter.
Zu Artikel 23f Absatz 1 Buchstabe d, "Grundsätze": Der Antrag meiner Minderheit verlangt, dass die Anhaltspunkte für eine Gefährdung in einem Amtsbericht klar genannt werden müssen und hinreichend umschrieben sind. Es braucht bei Absatz 2 eine zusätzliche Anordnungsvoraussetzung, um die richterliche Überprüfbarkeit gemäss Artikel 24g überhaupt zu gewährleisten. Dies kann am einfachsten mit einer zusätzlichen Litera d klargestellt werden.
Artikel 23i enthält in Absatz 1 lediglich eine Kann-Formulierung. Zudem müsste klar gesagt werden, warum von einer Person eine Gefahr ausgeht. Die vorliegende Formulierung gleicht zwar dem Hinweis auf einen Amtsbericht, aber "gleichen" ist eben nicht "gleich sein".
Bei Artikel 24g Absatz 1 wollen wir einen neuen zweiten Satz: "Der Beschwerdeführer hat im Rechtsmittelverfahren Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege und auf unentgeltlichen Rechtsbeistand, worauf er und allenfalls seine gesetzlichen Vertreter in der Rechtsmittelbelehrung ausdrücklich und in einer ihnen verständlichen Sprache hinzuweisen sind."
Artikel 24g Absatz 3 soll neu lauten: "Beschwerden haben aufschiebende Wirkung. Die Instruktionsrichterin oder der Instruktionsrichter der Beschwerdeinstanz kann einer Beschwerde auf Antrag des Fedpol die aufschiebende Wirkung bei konkret ausgewiesener Gefahr im Verzug entziehen."
Warum wollen wir das? Für eine betroffene Person beinhaltet die Vorlage nur unzureichende Möglichkeiten, sich gegen diese Massnahmen zu wehren. Gemäss den Artikeln 158 und 143 der Strafprozessordnung hat ein Beschuldigter ab dem Moment, in dem er ins Recht gefasst wird, Anspruch auf eine Rechtsvertretung oder einen Rechtsbeistand. Hier aber befinden wir uns im Vorbereich, in dem es noch gar keine Straftat und Anklage gibt. Darum operiert man hier ja nach Verwaltungsverfahrensgesetz, das in Artikel 65 zwar festlegt, dass eine mittellose Partei Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege hat, das aber nicht vorschreibt, dass in der Rechtsmittelbelehrung auf die unentgeltliche Rechtspflege hinzuweisen ist. Man kann also nicht per se davon ausgehen, dass eine betroffene Person einen Anwalt hinzuzieht bzw. dass sich dieser, wenn sie es tut, automatisch über die Möglichkeit der unentgeltlichen Rechtspflege informieren wird. Um einen umfassenden und der Schweiz würdigen Rechtsschutz zu garantieren, braucht es diesen Zusatz. Zudem ist zu gewährlei-

sten, dass der Hinweis in einer der Person verständlichen Sprache erfolgt. Bei Artikel 24g Absatz 3 wollen wir eben den Umkehrschluss: Wirksamer Rechtsschutz ist nur gewährleistet, wenn die Beschwerde von Gesetzes wegen aufschiebende Wirkung hat.
Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge zu unterstützen.

Schlatter Marionna (G, ZH): In Block 3 geht es um die Bedingungen für die Zwangsmassnahmen, um Ausnahmen, um die Dauer der Massnahmen und um Rechtsschutz. Mein Minderheitsantrag zu Artikel 23f betrifft die Beurteilung der Massnahmen durch ein Gericht. Ich erinnere Sie an das Prinzip des Rechtsstaates, dass Strafen nur ausgesprochen werden können, wenn es eine Verurteilung gibt. Die vorgesehenen polizeilichen Massnahmen bewegen sich in einem heiklen Bereich. Der Hausarrest, das Einsperren zuhause, hat eindeutig Strafcharakter. Darum darf diese schwerwiegende Grundrechtsverletzung nur angewendet werden, wenn sie vorgängig einem Gericht zur Überprüfung der Rechtmässigkeit und Angemessenheit vorgelegt worden ist und die betroffene Person Anspruch auf Verteidigung und Rechtsbeistand hat. In einem Rechtsstaat hat jede Person das Recht auf eine faire Beurteilung durch die Justiz.
Für die grüne Fraktion äussere ich mich an dieser Stelle noch zu den anderen Minderheitsanträgen in diesem Block. Die grüne Fraktion unterstützt sämtliche Minderheitsanträge in Block 3. Die beiden Minderheitsanträge Roth Franziska bei Artikel 23e versuchen, die vage Definition des Gefährders zu präzisieren. Die genaue Benennung der Anhaltspunkte ist unterstützenswert, da jede zusätzliche Klarheit an dieser Stelle im Gesetz wünschenswert ist. Es ist eines der Hauptprobleme des Gesetzes, dass der Text zu unpräzise ist und zu viel Spielraum lässt. Darauf haben uns auch diverse Strafrechtsexperten aufmerksam gemacht.
Die Minderheit Fridez zu Artikel 23g möchte die Dauer der Massnahme auf sechs Monate begrenzen und eine Verlängerung ausschliessen. Präventive Massnahmen sollten mit Bedacht angewandt werden. Wenn sich die Anhaltspunkte verdichten und es zu einem Verdacht kommt, dann ist die Gesetzeslage ausreichend.
Der Minderheitsantrag Fivaz Fabien regelt mögliche Ausnahmen bei den Zwangsmassnahmen, beispielsweise aus medizinischen Gründen; Herr Fivaz wird ihn gleich noch persönlich begründen. Der Antrag der Minderheit Roth Franziska zu Artikel 24g sichert ein faires Justizverfahren, wie es sich für einen Rechtsstaat gehört.
Wir unterstützen sämtliche Minderheitsanträge.

AB 2020 N 1125 / BO 2020 N 1125

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La proposition de la minorité Fridez au chiffre 1 article 23g alinéa 1 a déjà été présentée.

Fivaz Fabien (G, NE): Je me prononce sur une modification de l'article 23f de la loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure.
La loi révisée prévoit à l'article 23o visant l'assignation à résidence un certain nombre de dérogations pour justes motifs. Il est donc possible de limiter l'assignation à résidence pour des raisons de santé, pour des raisons professionnelles, pour des raisons familiales. Nous proposons que ces dérogations, qui impliquent la consultation des autorités concernées, soient étendues à toutes les mesures prévues à la section 5. Pour un certain nombre de mesures, aucune exception n'est en effet prévue; c'est en particulier le cas pour l'interdiction de quitter le territoire ou l'interdiction de contact, ce qui ne nous semble pas admissible.
Aussi, nous vous proposons d'ajouter un nouvel alinéa à l'article 23f qui reprend exactement la formulation de l'article 23o et l'étend à l'ensemble des mesures de la section 5.

Addor Jean-Luc (V, VS): Dans ce bloc, nous parlons donc des mesures autres que l'assignation à résidence et le placement sécurisé. Plusieurs minorités ont été déposées, qui concernent: la définition de ce qu'il faut entendre par "terroriste potentiel"; les conditions de forme exigées pour que le Fedpol puisse ordonner les mesures préventives prévues dans ce projet; les dérogations qui pourraient permettre à des terroristes potentiels d'échapper à l'une ou l'autre de ces mesures alors même que les conditions générales seraient réunies; la durée maximale de ces mesures; la nature du contrôle judiciaire auquel – il faut quand même le dire – il est de toute manière prévu de soumettre ces mesures.
Pour résumer, les six minorités déposées dans ce bloc ont un objectif très clair. Par un durcissement des exigences, par la multiplication de rapports dans lesquels le Fedpol devrait d'emblée dévoiler, si j'ose dire, toutes ses batteries, par un contrôle judiciaire automatique et systématique plutôt que sur recours comme c'est prévu, avec un droit systématique à l'assistance d'un défenseur et à l'assistance judiciaire, par la limitation de moitié – de douze à six mois – de la durée des mesures proposées, avec un effet suspensif automatique plutôt qu'accordé, s'il est justifié, par le Tribunal administratif fédéral – il est faux de dire qu'il ne pourrait pas y avoir

d'effet suspensif – ou encore par l'aménagement de dérogations, c'est-à-dire d'échappatoires, très larges, par l'ensemble, donc, de ces propositions, la gauche et les Verts tentent de rendre pratiquement impossible le prononcé de mesures préventives que le groupe UDC, avec la majorité de la commission d'ailleurs et le Conseil fédéral, juge nécessaires pour garantir notre sécurité face à des terroristes potentiels.
Contrairement à ce qui a pu être dit dans les médias, ces mesures sont déjà soumises à des conditions très strictes, ainsi qu'à un contrôle judiciaire adapté. Ce contrôle correspond pleinement aux exigences et aux standards de notre Etat de droit. Sous cet angle, le projet ne livre évidemment pas 8 millions de Suisses à l'arbitraire. Il permet juste de donner à la police fédérale les moyens de les protéger contre le danger que représente la poignée d'individus qui, concrètement, sont seuls susceptibles de faire l'objet des mesures proposées. Ni plus, ni moins.
Le groupe UDC rejettera donc toutes les propositions de minorité de ce bloc. Ce faisant, ce que nous avons à l'esprit – je l'ai déjà dit, mais j'aimerais le répéter ici –, c'est que si, par ces mesures policières de lutte contre le terrorisme, nous réussissons à éviter ne serait-ce qu'un seul attentat, si nous réussissons à épargner ne serait-ce qu'une seule victime, alors nous n'aurons pas travaillé en vain.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le groupe libéral-radical soutient la proposition de la majorité.

Rechsteiner Thomas (M-CEB, AI): Bei der Definition der Massnahmen, der Bedingungen und des Rechtsschutzes bei Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit gemäss Block 3 hat die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP eine klare Haltung: Wir lehnen alle Minderheitsanträge ab und folgen der Mehrheit und dem Ständerat. Wir wollen die Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten nicht aufweichen und in diesem Block auch nicht ergänzen. Die Einführung des Begriffs der terroristischen Gefährderin bzw. des terroristischen Gefährders stützen wir, die Ergänzung in Artikel 23e Absatz 1 jedoch nicht. Terroristische Aktivität ist bereits definiert, und zwar in Artikel 19 Absatz 2 des Nachrichtendienstgesetzes. Auch im Lichte von Artikel 23e Absatz 2, welcher die terroristische Aktivität als Gefährder regelt, ist die von der Minderheit Roth Franziska beantragte Erweiterung von Artikel 23e Absatz 1 keine Notwendigkeit. Bei Artikel 23f Absatz 1 stellen wir uns gegen die Ergänzung, also gegen den neuen Buchstaben d, welchen die Minderheit Roth Franziska beantragt. Die Nennung von Anhaltspunkten für eine Gefährdung in einem Amtsbericht ist nicht notwendig, denn in Artikel 23i ist definiert, dass jede polizeiliche Massnahme eines ausführlichen Antrages und einer Begründung bedarf. Diese Unterlagen werden dem Fedpol im weiteren Verfahren übermittelt und sind dann Teil der Verfahrensakten. Das hat vor allem dann Bedeutung, wenn das Bundesverwaltungsgericht eine Massnahme prüft; die richterliche Überprüfbarkeit ist deshalb gewährleistet.
Auch die beiden Minderheiten Schlatter und Fivaz Fabien bei Artikel 23f Absatz 5 und Absatz 6 lehnt die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP ab. Einerseits wird der Rechtsschutz auch ohne den neuen Absatz 5 gewährt, und andererseits würde der neue Absatz 6 faktisch ein Schlupfloch darstellen, indem Massnahmen zum Beispiel aufgrund medizinischer, religiöser oder familiärer Verpflichtungen oder wegen Bildungs- oder Erwerbszwecken ausgenommen würden. Diese Ergänzung würde die Wirkung der Massnahmen regelrecht aufweichen, das wollen wir nicht.
Die Mitte-Fraktion will auch daran festhalten, dass eine Massnahme einmalig um sechs Monate verlängert werden kann. Das kann sinnvoll sein, wenn von der betroffenen Person immer noch eine Gefährdung ausgeht. Es ist in der Praxis auch so, dass sich die Situation verändern kann – es handelt sich immerhin um stark radikalisierte Personen –, und so kann eine neue Beurteilung der Lage vorgenommen werden.
Zu guter Letzt geht es bei Artikel 24g Absatz 1 um die unentgeltliche Rechtspflege und den unentgeltlichen Rechtsbeistand, die mit dem Minderheitsantrag Roth Franziska verlangt werden. Aus unserer Sicht ist das nicht notwendig, da die unentgeltliche Rechtspflege bei mittellosen Personen bereits im Verwaltungsverfahrensgesetz geregelt ist. Dieses findet auch in diesen Fällen Anwendung.
Bezüglich des Minderheitsantrages zu Artikel 24g Absatz 3 sind wir der Meinung, dass der Entzug der aufschiebenden Wirkung korrekt ist. Es wäre weder rechtlich noch in der Praxis nachvollziehbar, wenn eine Massnahme, die wegen der gefährdeten Sicherheit angeordnet wird, dann aufgeschoben würde. Das würde die Weiterführung der Gefährdung und geradezu die Vollendung durch eine Tat ermöglichen, und das ist sicher nicht im Sinne der Sicherheit und des Kampfes gegen den Terrorismus.
Wie ausgeführt, lehnen wir alle Minderheitsanträge ab und folgen damit der Mehrheit der Kommission und dem Ständerat.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le groupe vert'libéral soutient toutes les propositions de minorité.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich versuche angesichts der doch zahlreichen Minderheiten, mich so kurz

wie möglich zu halten. Der Bundesrat unterstützt überall die Mehrheit gemäss Entwurf des Bundesrates.
Zum neuen Artikel 23f Absatz 1 Buchstabe d: Hier möchte die Minderheit Roth Franziska, dass die Anhaltspunkte für eine Gefährdung in einem Amtsbericht klar genannt werden müssen. Ich möchte darauf hinweisen, dass jede PMT-Massnahme einen ausführlich begründeten Antrag voraussetzt – das ist in Artikel 23i so festgehalten –, der entweder vom Kanton oder vom Nachrichtendienst des Bundes kommt. Daraus muss sich klar ergeben, warum von einer Person eine

AB 2020 N 1126 / BO 2020 N 1126

Gefahr ausgeht. Das gleicht einem Amtsbericht. Dem Fedpol sind auch sämtliche Unterlagen zu übermitteln, auf welche sich der Antrag stützt. Ausserdem ist jede Verfügung einer PMT-Massnahme eingehend zu begründen. Das alles kommt in die Verfahrensakten; Herr Nationalrat Rechsteiner hat das soeben erwähnt. Ebenfalls in die Verfahrensakten kommen Amtsberichte, welche allenfalls von anderen Sicherheitsbehörden eingeholt werden.
Wenn das Bundesverwaltungsgericht eine PMT-Massnahme prüft, wird es das ganze Dossier einverlangen, und dieses wird ihm selbstverständlich auch zur Verfügung gestellt. Für die Genehmigung des Hausarrests sind dem Zwangsmassnahmengericht ohnehin sämtliche Akten zu übermitteln. Es besteht hier also keine Notwendigkeit, weitergehende Regulierungen vorzunehmen.
Zu Artikel 23e Absatz 1: Hier verlangt die Minderheit Roth Franziska, den Begriff des terroristischen Gefährders anders als im Entwurf zu umschreiben. Diese Ergänzung bringt aber keinen Mehrwert. Bei der Frage, wer als terroristischer Gefährder gilt, muss immer auch Absatz 2 mitgelesen werden: Dort wird klar umschrieben, was eine terroristische Aktivität ist. Es muss sich um Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung handeln, und damit geht es immer um eine Gefährdung der inneren Sicherheit. In Absatz 1 muss deshalb nicht speziell erwähnt werden, dass eine schwere Gefährdung der inneren Sicherheit vorliegen muss.
Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir die terroristische Aktivität genau gleich wie in Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe a des Nachrichtendienstgesetzes umschreiben. Dieses verwendet übrigens auch den Begriff "terroristische Aktivität" und nicht den Begriff "terroristische Handlung".
Zu Artikel 23f Absatz 5: Hier verlangt eine Minderheit, dass sämtliche PMT-Massnahmen gerichtlich genehmigt werden müssen, bevor sie in Kraft treten. Ich möchte hier auf etwas hinweisen. Frau Schlatter hat von Strafen gesprochen. Es handelt sich aber nicht um Strafen, es geht um präventiv-polizeiliche Massnahmen. Ich möchte auch hier nochmals korrigierend sagen: Der Entwurf sieht beim Hausarrest vorgängig eine gerichtliche Genehmigung vor. Bei einer solch einschneidenden Massnahme ist das sachlich angezeigt.
Die anderen Massnahmen können vom Fedpol zwar selbstständig angeordnet werden. Das bedeutet aber nicht, dass eine faire Beurteilung durch die Justiz ausgeschlossen wäre. Jeder einzelne Entscheid des Fedpol als Verwaltungsbehörde ist beschwerdefähig und kann ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen werden. Das sieht Artikel 24g des Entwurfes ausdrücklich vor. Der Betroffene muss dann aber – das ist der Unterschied – selbstständig um Rechtsschutz ersuchen.
Die PMT-Massnahme darf nicht einfach vollstreckt werden. Bis das Gericht über die Beschwerde entschieden hat, kann es ja unter Umständen eine Weile dauern. Das Gericht kann in einem Zwischenentscheid bestimmen, dass die PMT-Massnahme vorläufig nicht in Kraft treten darf. Verwaltungsrechtlich gesprochen: Es kann einer Beschwerde die aufschiebende Wirkung erteilen. Es kann dies auf Antrag des Betroffenen tun oder von Amtes wegen. Das wird in Artikel 24g Absatz 3 ausdrücklich so vorgesehen.
Der Verzicht auf einen richterlichen Genehmigungsvorbehalt stellt – und das scheint mir wichtig – keine Besonderheit von PMT-Massnahmen dar; dies ist auch bei anderen präventiv-polizeilichen Massnahmen des Bundes und der Kantone der Fall. Beispiele dafür sind Einreiseverbote oder Ausweisungen durch das Fedpol (Artikel 67 Absatz 4 und Artikel 68 AIG), Ausreisebeschränkungen gegenüber Hooligans (Artikel 24c BWIS), Rayonverbote (gestützt auf Artikel 74 AIG), sowie Rayonverbote und Auflagen (Artikel 4 und 6 des Hooligan-Konkordats).
Nun zu Artikel 23f Absatz 6: Hier verlangt eine Minderheit Fivaz Fabien eine allgemeine Ausnahmebestimmung analog derjenigen beim Hausarrest. Mit Artikel 23j Absatz 3 des Entwurfes ist jedoch schon heute sichergestellt, dass Ausnahmen gewährt werden können. Gemäss dieser Bestimmung kann das Fedpol im Einvernehmen mit dem betroffenen Kanton oder der betroffenen Gemeinde eine Massnahme sistieren, wenn wichtige Gründe vorliegen. Diese Bestimmung ist allgemein anwendbar, also auf sämtliche PMT-Massnahmen. Es kann gemäss Artikel 23f Absatz 4 auch jederzeit ein Gesuch um Aufhebung der Massnahme gestellt werden. Davon ist auch eine bloss vorläufige oder zeitlich beschränkte Aufhebung erfasst.
Dann verlangt die Minderheit Fridez bei Artikel 23g Absatz 1 die Streichung der Verlängerungsmöglichkeit der

PMT-Massnahmen; ausgenommen ist der Hausarrest. Eine Massnahme könnte dann maximal für sechs Monate angeordnet werden. Eine Maximaldauer von sechs Monaten scheint uns aber zu kurz zu sein, wenn von einer Person eine Gefährdung ausgeht. Es geht ja hier regelmässig um bereits stark radikalisierte Personen. Ohne Verlängerungsmöglichkeit müsste man immer auf Absatz 2 ausweichen. Absatz 2 gibt die Möglichkeit, die gleiche Massnahme ausnahmsweise erneut anzuordnen.
Bei Artikel 24g Absatz 1 möchte die Minderheit Roth Franziska einen automatischen Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege und unentgeltlichen Rechtsbeistand verankern. Es braucht hier aus Sicht des Bundesrates aber keine Sonderregelung. Wie in anderen verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten kommt in einem Beschwerdeverfahren das Verwaltungsverfahrensgesetz zur Anwendung. Artikel 65 dieses Gesetzes bestimmt ausdrücklich, dass eine mittellose Partei Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege hat. Davon erfasst ist auch, soweit dies für die Wahrung der Rechte erforderlich ist, der Anspruch auf einen unentgeltlichen Rechtsbeistand.
Die Minderheit möchte zudem, dass in der Rechtsmittelbelehrung ausdrücklich auf die unentgeltliche Rechtspflege hingewiesen wird. Das Verwaltungsverfahrensgesetz enthält keine derartige Vorschrift. Auch hier scheint eine Sonderregelung für das PMT nicht sinnvoll.
Zu Artikel 24g: Hier möchte die Minderheit Roth Franziska Absatz 3 so umformulieren, dass Beschwerden gegen PMT-Massnahmen von Gesetzes wegen eine aufschiebende Wirkung zukommt. Das würde bedeuten, dass eine vom Fedpol verfügte Massnahme grundsätzlich keine Wirkung entfalten kann, wenn eine Beschwerde eingeleitet wird. Anders ist dies nur, wenn das Gericht einen Antrag des Fedpol auf Entzug der aufschiebenden Wirkung gutheisst. Der Entwurf sieht ganz bewusst einen umgekehrten Mechanismus vor, nämlich dass eine Beschwerde grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung hat. Die aufschiebende Wirkung kann aber vom Gericht erteilt werden. Wenn das Gericht die Massnahme als kritisch beurteilt, wird es einer Beschwerde die aufschiebende Wirkung erteilen. Gerade im Bereich der Gefahrenabwehr ist es wichtig, dass die Sicherheitsbehörden schnell eingreifen können. Eine solche Dringlichkeit besteht insbesondere bei PMT-Massnahmen, auch aufgrund des Regelungsgehalts, es geht ja um terroristische Gefährdungen.
Dass Beschwerden die aufschiebende Wirkung erst durch das Gericht gewährt werden kann, ist keine Besonderheit des PMT, das kennen wir auch bei den Rayonverboten, gestützt auf das Ausländer- und Integrationsgesetz; dort wird von Gesetzes wegen keine aufschiebende Wirkung erteilt.
Ich bitte Sie, durchgehend der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Wir befinden uns am Ende von Block 3 und somit auch am Ende der Beratung dieses Gesetzes. In Block 3 geht es um Bedingungen für Massnahmen, Ausnahmen, Dauer der Massnahmen und Rechtsschutz. Hier solle man, das verlangt eine Kommissionsminderheit, die Massnahmen präzisieren. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit wäre das eine Aufweichung der Massnahmen, und das erachten wir als schwierig.
Die Kommissionsmehrheit bittet Sie, hier sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen. Wenn Sie selber ein rechtsextrem radikalisiertes Kind hätten, was würden Sie tun? Sie würden ihm sagen, nicht mehr in den Club zu gehen, nicht mehr rechtsextreme Freunde zu treffen – ich glaube, da sind wir uns einig. Da muss ich Ihnen sagen: Genau das will man mit diesen Massnahmen, nicht mehr und nicht weniger, sprich: Kontakt- und Rayonverbote.

AB 2020 N 1127 / BO 2020 N 1127

Ich erlaube mir, zum Schluss der Beratungen noch zwei Worte an Sie zu richten. Diese polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus haben Sie in den letzten zwei Tagen durchberaten. Sie sind grösstenteils der Kommission und auch dem Bundesrat und dem Ständerat gefolgt. Sie haben einen heiklen Punkt, welchen Ihnen die Kommissionsmehrheit empfohlen hat, aus dem Gesetz entfernt. Terroristische Bedrohungen sind stark angestiegen. Dieses Gesetz, so, wie wir es jetzt durchberaten haben, ist EMRK-konform. Es ist verfassungskonform, und es erfüllt die UNO-Kinderrechtskonvention. Dies hat das Gutachten Donatsch, wir haben es mehrmals gehört, auch klar bestätigt. Dieses Gesetz – so, wie wir es jetzt auf dem Tisch haben – wird von sämtlichen Kantonen unterstützt. Die Politik hat die Pflicht, die Bevölkerung vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Dazu trägt dieses Gesetz bei. Dieses Gesetz rettet Leben.
Ich bitte Sie, dieses Gesetz in der Gesamtabstimmung zu unterstützen.

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: Concernant la définition, votre commission suit, par 17 voix contre 8, la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats. Un terroriste potentiel est "une personne dont on présume sur la base d'indices concrets et actuels qu'elle pourrait mener des activités terroristes". La minorité Roth Franziska propose de restreindre la portée de la loi en ajoutant que la personne "pourrait

commettre un acte terroriste qui menacerait concrètement et gravement la sécurité intérieure et extérieure".
Pour la majorité de la commission, une telle précision n'est pas nécessaire. En effet, à l'article 23e alinéa 2, on décrit clairement ce qu'est une activité terroriste. Il doit s'agir d'efforts visant à influencer ou à modifier l'ordre public qui doivent être réalisés ou favorisés en commettant ou en menaçant de commettre des crimes graves ou en répandant la peur et la terreur. Il faut donc toujours qu'il y ait une menace pour la sécurité intérieure. Seuls les risques graves sont visés. D'ailleurs, l'activité terroriste est décrite exactement de la même manière dans la loi fédérale sur le renseignement. Cette définition existe déjà. Elle n'est ni floue ni imprécise.
A l'article 23f alinéa 1 lettre d, qui concerne les principes, la minorité Roth Franziska propose que les indices concrets et actuels et les activités concrètement attendues soient décrits de manière suffisante dans un rapport officiel qui fait état des éléments de preuve. Pour la majorité de la commission, cette précision n'est pas nécessaire non plus. Une demande motivée, détaillée, pour chaque mesure préventive de police, est déjà exigée à l'article 23i, soit par le canton soit par le Service de renseignement de la Confédération. Il doit être indiqué clairement pourquoi une personne est dangereuse et tous ces documents doivent être envoyés au Fedpol et inclus dans le dossier de procédure. Si le Tribunal administratif fédéral examine une mesure de police préventive, comme c'est le cas pour l'assignation à résidence, il examinera l'intégralité du dossier. En plus, dans le dernier cas c'est soumis au tribunal des mesures de contrainte.
La minorité Schlatter propose que le Fedpol soumette "la requête des mesures à un tribunal pour que la légalité et l'adéquation des mesures soient examinées". La personne concernée devrait aussi avoir droit à une défense et à une assistance juridique. Je le répète, cela existe déjà pour la mesure la plus incisive, c'est-à-dire l'assignation à résidence.
La minorité Fivaz Fabien propose que le Fedpol puisse accorder des dérogations pour de justes motifs aux mesures visant à empêcher les activités terroristes, pour des raisons de santé, de profession, de formation, de liberté de croyance ou de famille – cela existe déjà.
Une autre minorité, la minorité Fridez, propose que la durée de la mesure soit limitée à six mois, qu'elle ne puisse pas être prolongée. Pour la majorité de la commission, une extension doit être possible si la situation l'exige.
Enfin, la minorité Roth Franziska propose que, dans le cadre de la procédure de recours, le recourant puisse faire valoir un droit à une assistance judiciaire et que le recours soit assorti d'un effet suspensif. Là non plus, cela n'est pas nécessaire puisque la loi fédérale sur la procédure administrative s'applique également aux plaintes, et une partie sans moyens financiers a droit à des conseils juridiques gratuits. Au surplus, il n'y a pas non plus d'effet suspensif pour les mesures préventives telles que l'interdiction de périmètre dans le domaine du hooliganisme ou de la violence domestique. La proposition défendue par cette minorité a été rejetée par 17 voix contre 8.
La majorité de la commission vous recommande de rejeter toutes ces propositions de minorité visant à affaiblir les mesures policières préventives, voire à les rendre carrément impossibles à appliquer dans la pratique. Cela ne peut pas être notre but.
En conclusion, je dirai deux mots pour l'acceptation du projet. Nous avons entendu tout et n'importe quoi à son sujet. Il n'est ni "scandaleux" ni "ridicule"; il est encore moins une "esbroufe sécuritaire". Les mesures ne sont d'ailleurs pas nouvelles ni extraordinaires. Elles ont déjà faire leurs preuves – cela a été rappelé plusieurs fois – dans le domaine du hooliganisme ou de la violence domestique. Elles ne sont pas contraires au droit international, en particulier à la Convention relative aux droits de l'enfant. Elles nous permettent, par contre, de lutter plus efficacement contre le terrorisme en empêchant le passage à l'acte de personnes notoirement radicalisées. Evitons que notre population soit confrontée aux traumatismes subis par tant de personnes innocentes, jeunes et moins jeunes, dans des magasins, dans des salles de concert, sur des terrasses de cafés, tout près de chez nous.

Ziff. 1 Art. 2 Abs. 2 Bst. dbis; 6 Abs. 2; Gliederungstitel vor Art. 22; Art. 23d; Gliederungstitel vor Art. 23e
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 2 al. 2 let. dbis; 6 al. 2; titre précédant l'art. 22; art. 23d; titre précédant l'art. 23e
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23e
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1
... dass sie oder er eine terroristische Handlung ausüben wird, welche die innere und äussere Sicherheit in konkreter und schwerer Weise gefährdet.

Ch. 1 art. 23e
Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1
... qu'elle pourrait commettre un acte terroriste qui menacerait concrètement et gravement la sécurité intérieure et extérieure.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20721)
Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ziff. 1 Art. 23f
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2020 N 1128 / BO 2020 N 1128

Antrag der Minderheit
(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1 Bst. d
d. wenn die konkreten und aktuellen Anhaltspunkte sowie die konkret zu erwartende Aktivität gemäss Artikel 23e Absatz 1 in einem Amtsbericht unter Nennung der Beweistatsachen hinreichend umschrieben sind.

Antrag der Minderheit
(Schlatter, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Seiler Graf)
Abs. 5
Das Fedpol unterbreitet den Antrag auf Massnahmen einem Gericht zur Überprüfung der Rechtmässigkeit und Angemessenheit der Massnahmen. Die betroffene Person hat Anspruch auf Verteidigung und Rechtsbeistand.

Antrag der Minderheit
(Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 6
Das Fedpol kann nach Anhörung der beteiligten Behörden aus wichtigen Gründen – namentlich aus medizinischen Gründen, zu Erwerbs- und Bildungszwecken, zur Ausübung der Glaubensfreiheit oder zur Wahrnehmung von familiären Verpflichtungen – Ausnahmen von den Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten bewilligen.

Ch. 1 art. 23f
Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1 let. d
d. les indices concrets et actuels et les activités concrètement attendues selon l'article 23e alinéa 1 sont décrits de manière suffisante dans un rapport officiel qui fait état des éléments de preuve.

Proposition de la minorité
(Schlatter, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Seiler Graf)
Al. 5
Le Fedpol soumet la requête des mesures à un tribunal pour que la légalité et l'adéquation des mesures soient examinées. La personne concernée a droit à une défense et à une assistance juridique.

Proposition de la minorité
(Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 6
Après avoir consulté les autorités impliquées, le Fedpol peut accorder des dérogations aux mesures visant à empêcher les activités terroristes pour de justes motifs, notamment pour des raisons de santé, de profession, de formation, de liberté de croyance ou de famille

Abs. 1 Bst. d – Al. 1 let. d

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20722)
Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen
Dagegen ... 113 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20723)
Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen
Dagegen ... 112 Stimmen
(1 Enthaltung)

Abs. 6 – Al. 6

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20724)
Für den Antrag der Minderheit ... 84 Stimmen
Dagegen ... 113 Stimmen
(1 Enthaltung)

Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. 1 Art. 23g
Antrag der Mehrheit
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Fridez, Fivaz Fabien, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1
Die Dauer einer Massnahme ist auf sechs Monate begrenzt. Die Dauer der Eingrenzung ...

Ch. 1 art. 23g
Proposition de la majorité
Al. 1
... La durée de l'assignation à résidence est réglée ...
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Fridez, Fivaz Fabien, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1
La durée de la mesure est limitée à six mois. La durée de l'assignation à une propriété ...

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20725)
Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ziff. 1 Art. 23m
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 23m
Proposition de la commission
Al. 1
... un périmètre ou une résidence déterminée.
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 23n
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 23n
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

AB 2020 N 1129 / BO 2020 N 1129

Ziff. 1 Art. 23q
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zum Vollzug der Massnahmen nach den Artikeln 23l bis 23obis kann das Fedpol ...

Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 4
...
a. zur Feststellung von Verstössen gegen Massnahmen nach den Artikeln 23l bis 23obis;
...
Abs. 5, 6
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Flach, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1, 4 Bst. a
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 23q
Proposition de la commission
Al. 1
Pour exécuter les mesures visées aux articles 23l à 23obis, le Fedpol peut ...
Al. 2, 3
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 4
...
a. constater les violations des mesures visées aux articles 23l à 23obis;
...
Al. 5, 6
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Flach, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1, 4 let. a
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité Flach à l'article 23obis.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité

Ziff. 1 Art. 23r; 24a Abs. 7, 9; 24c Abs. 1 Bst. a, 5
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 23r; 24a al. 7, 9; 24c al. 1 let a, 5
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 24g
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit
(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Abs. 1
... Beschwerde geführt werden. Der Beschwerdeführer hat im Rechtsmittelverfahren Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege und auf unentgeltlichen Rechtsbeistand, worauf er und allenfalls seine gesetzlichen Vertreter in der Rechtsmittelbelehrung ausdrücklich und in einer ihnen verständlichen Sprache hinzuweisen sind.
Abs. 3
Beschwerden haben aufschiebende Wirkung. Die Instruktionsrichterin oder der Instruktionsrichter der Beschwerdeinstanz kann einer Beschwerde auf Antrag des Fedpol die aufschiebende Wirkung bei konkret ausgewiesener Gefahr im Verzug entziehen.

Ch. 1 art. 24g
Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité
(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Al. 1
... le Tribunal administratif fédéral. Dans le cadre de la procédure de recours, le recourant peut faire valoir un droit à une assistance judiciaire et à un conseil juridique commis d'office, ce dont le recourant ou, le cas échéant, ses représentants légaux doivent être informés expressément et dans un langage compréhensible dans l'indication des voies de droits.
Al. 3
Le recours a un effet suspensif. Le juge instructeur de l'autorité de recours peut retirer l'effet suspensif à la demande du Fedpol si ce dernier fait état d'un danger potentiel concret.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/20726)
Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ziff. 1 Gliederungstitel nach Art. 29; Art. 29a; 29b; Ziff. 2–13; Ziff. II
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 titre suivant l'art. 29; art. 29a; 29b; ch. 2–13; ch. II
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 19.032/20727)
Für Annahme des Entwurfes ... 111 Stimmen
Dagegen ... 86 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

AB 2020 N 1130 / BO 2020 N 1130

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Ständerat • Herbstsession 2020 • Zweite Sitzung • 08.09.20 • 08h15 • 19.032
Conseil des Etats • Session d'automne 2020 • Deuxième séance • 08.09.20 • 08h15 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme

Ziff. 1 Art. 23g Abs. 1; 23m Abs. 1; 23o Titel, Abs. 1, 2; 23p Titel, Abs. 5
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1 art. 23g al. 1; 23m al. 1; 23o titre, al. 1, 2; 23p titre, al. 5
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Das ist nun das zweite Gesetz, das sich mit Terrorbekämpfung befasst, diesmal mit Bezug auf die polizeilichen Massnahmen. Hier gibt es nach dem ersten Durchgang keine inhaltlichen Differenzen mehr, sondern lediglich sprachliche, die den französischen Text betreffen. Insofern muss ich keine inhaltlichen Ausführungen machen.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wünschen Sie das Wort, Frau Bundesrätin? Wir liegen gut in der Zeit.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich werde hier nicht mehr als ein paar Sekunden beanspruchen. Es geht lediglich um eine Präzisierung in der französischen Version. Beim Hausarrest wurde der Begriff "assignation à une propriété" durch den Begriff "assignation à résidence" ersetzt. Es ist also weniger kompliziert als beim letzten Geschäft.

Angenommen – Adopté

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

AB 2020 S 675 / BO 2020 E 675

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Nationalrat • Herbstsession 2020 • Neunzehnte Sitzung • 25.09.20 • 08h00 • 19.032
Conseil national • Session d'automne 2020 • Dix-neuvième séance • 25.09.20 • 08h00 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La parole est à M. Cottier, pour une déclaration de la Commission de rédaction.

Cottier Damien (RL, NE), pour la commission: Je suis conscient que je ne vais probablement pas passionner l'assemblée avec cette intervention. Je vais essayer de la garder relativement brève. Toutefois, à l'article 3 alinéa 3 de l'ordonnance sur la Commission de rédaction, il est prévu qu'un membre de la commission commente les modifications importantes devant chaque conseil avant le vote final. Or il y en a dans cette modification de la loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure.
Les dernières divergences relatives à cet objet ne concernaient que le texte français. Comme cela avait été mentionné pendant les débats au Conseil des Etats, il s'agissait de remplacer la notion d'"assignation à une propriété" par le concept d'"assignation à résidence". Après un examen attentif des différentes occurrences de cette expression, la Commission de rédaction a décidé de modifier certaines formulations. Si l'expression "assignation à résidence" est linguistiquement correcte et préférable à "assignation à une propriété", elle ne peut pas toujours être utilisée sans complément.
Dans les dispositions suivantes, pour qu'elle fasse sens, il a fallu ajouter les termes "dans un immeuble". Cela concerne deux dispositions: l'article 23o alinéa 1 phrase introductive, où le texte devient: "Fedpol peut assigner un terroriste potentiel à résidence dans un immeuble ou une institution désignés par l'autorité requérante", et l'article 23o alinéa 2, où le texte devient: "L'assignation à résidence doit avoir lieu dans un immeuble que le terroriste potentiel utilise comme domicile ou dans lequel il séjourne pour y recevoir des soins ou un traitement. Le terroriste potentiel peut exceptionnellement être assigné à résidence dans un autre immeuble ou institution publics ou privés [...]." Ainsi, l'allemand "Liegenschaft" est désormais traduit par "immeuble", pour respecter la nuance voulue entre l'assignation à résidence dans un immeuble et celle dans une institution, dont il est également question ici. On n'utilise plus le terme de "propriété".
Le terme d'"assignation" sans complément qui figurait dans le texte a aussi été remplacé par les termes d'"assignation à résidence" dans plusieurs autres dispositions de la loi afin d'utiliser systématiquement le même concept partout. Cette notion englobe l'assignation à résidence dans un immeuble aussi bien que dans une institution.
Je termine cette intervention en remerciant le secrétariat de la Commission de rédaction pour le travail fourni, comme l'a fait ce matin aussi le rapporteur au Conseil des Etats. Vous avez à disposition, aux entrées des conseils, les textes sur lesquels nous votons aujourd'hui. La moyenne de l'Assemblée fédérale pour une session est d'environ 100 pages

soumises aux votes finaux. Pour cette session, nous en sommes à peu près au triple, à savoir 293 pages de texte à vérifier. Cela est non seulement dû, probablement, à un phénomène de rattrapage en raison du Covid-19, mais il y a aussi une activité législative assez intense de notre assemblée. Le travail du secrétariat de la Commission de rédaction a été particulièrement intensif, et il est particulièrement nécessaire, mais il a dû être fait dans des délais extrêmement courts, puisque tous les textes doivent être vérifiés entre nos dernières délibérations et les votes finaux. Nous remercions donc le secrétariat de la Commission de rédaction pour son engagement.

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/21527)
Für Annahme des Entwurfes ... 112 Stimmen
Dagegen ... 84 Stimmen
(0 Enthaltungen)

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL
Ständerat • Herbstsession 2020 • Fünfzehnte Sitzung • 25.09.20 • 08h15 • 19.032
Conseil des Etats • Session d'automne 2020 • Quinzième séance • 25.09.20 • 08h15 • 19.032

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Der Präsident der Subkommission französischer Sprache der Redaktionskommission, Herr Bauer, wird zu dieser Vorlage eine kurze Erklärung abgeben.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: N'ayez pas peur, je serai relativement bref. Aux termes de l'article 3 alinéa 3 de l'ordonnance de l'Assemblée fédérale sur la Commission de rédaction, un membre de la commission commente les modifications importantes apportées à une loi devant chaque conseil avant le vote final.
Je dois donc vous informer que la sous-commission de langue française a dû adapter quelques dispositions dans le cadre de l'objet 19.032, "Mesures policières de lutte contre le terrorisme". Il s'agit bien entendu de modifications qui ne concernent que le texte français.
Il s'agissait en effet de recourir à l'expression "assignation à résidence" au détriment de "assignation à une propriété" dans plusieurs dispositions de la loi fédérale du 21 mars 1997 instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure. En effet, après un examen attentif des différentes occurrences de cette expression, la Commission de rédaction a décidé de modifier certaines formulations. Ainsi, l'expression "assignation à résidence" est préférable à la formulation "assignation à une propriété". Elle ne peut toutefois être utilisée sans le complément "dans un immeuble" dans les dispositions suivantes de l'article 23o: dans la phrase introductive de l'alinéa 1, "Fedpol peut assigner un terroriste potentiel à résidence dans un immeuble ou une institution désignés par l'autorité requérante", et dans l'alinéa 2, "L'assignation à résidence doit avoir lieu dans un immeuble que le terroriste potentiel utilise comme domicile ou dans lequel il séjourne [...]."
Ainsi, avec ces modifications, l'allemand "Liegenschaft" est désormais traduit par "immeuble" pour respecter la nuance voulue entre l'assignation à résidence dans un immeuble et celle dans une institution, dont la loi discute également. En outre, le terme "assignation" sans complément a été remplacé par "assignation à résidence" dans plusieurs dispositions de la loi; cette notion englobe en effet l'assignation à résidence dans un immeuble et celle dans une institution.
Je terminerai rapidement cette déclaration en remerciant le secrétariat de la Commission de rédaction, qui a dû travailler ce trimestre dans des conditions pas très favorables pour vous permettre d'adopter, aujourd'hui, quatre projets de loi urgents et 293 pages pour le vote final. J'espère qu'il s'agit d'un problème essentielle-

ment conjoncturel et pas structurel, et que la commission pourra reprendre le rythme – vous me passerez l'expression – "de sénateur" qu'elle devrait avoir.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.032/3938)
Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen
Dagegen ... 11 Stimmen
(0 Enthaltungen)

STÄNDERAT **CONSEIL DES ETATS**
Abstimmungsprotokoll Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:
19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz
Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)
Misure di polizia per la lotta al terrorismo. Legge federale
Legge federale sulle misure di polizia per la lotta al terrorismo (MPT)

Gegenstand / Objet du vote: Gesamtabstimmung
Abstimmung vom / Vote du: 09.03.2020 19:40:30

Bauer	Philippe	+	NE	Kuprecht	Alex	+	SZ
Baume-Schneider	Elisabeth	+	JU	Levrat	Christian	+	FR
Bischof	Pirmin	+	SO	Maret	Marianne	+	VS
Burkart	Thierry	+	AG	Mazzone	Lisa	-	GE
Carobbio Guscetti	Marina	+	TI	Michel	Matthias	+	ZG
Caroni	Andrea	+	AR	Minder	Thomas	-	SH
Chiesa	Marco	+	TI	Müller	Damian	+	LU
Dittli	Josef	+	UR	Noser	Ruedi	+	ZH
Engler	Stefan	+	GR	Rechsteiner	Paul	=	SG
Ettlin	Erich	+	OW	Reichmuth	Othmar	+	SZ
Fässler	Daniel	+	AI	Rieder	Beat	+	VS
Français	Olivier	+	VD	Salzmann	Werner	+	BE
Gapany	Johanna	+	FR	Schmid	Martin	0	GR
Germann	Hannes	+	SH	Sommaruga	Carlo	+	GE
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU	Stark	Jakob	0	TG
Graf	Maya	-	BL	Stöckli	Hans	P	BE
Häberli-Koller	Brigitte	0	TG	Thorens Goumaz	Adèle	=	VD
Hefti	Thomas	+	GL	Vara	Céline	-	NE
Hegglin	Peter	+	ZG	Wicki	Hans	+	NW
Herzog	Eva	+	BS	Würth	Benedikt	+	SG
Jositsch	Daniel	+	ZH	Zanetti	Roberto	+	SO
Juillard	Charles	+	JU	Z'graggen	Heidi	+	UR
Knecht	Hansjörg	+	AG	Zopfi	Mathias	-	GL

Legende		Tot.
+	Ja / oui / si	35
-	Nein / non / no	5
=	Enth. / abst. / ast.	2
E	Enschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non participa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme des Bundesgesetzes
Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Entrer en matière

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 17:30:27

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	+	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	=	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si		1	53	26	27		107
- Nein / non / no	39	15				30	84
= Enth. / abst. / ast.					1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	3		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (entrer en matière)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Christ (ne pas entrer en matière)

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Proposition de renvoi

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 17:32:05

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	=	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	26	27		106
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.					1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	3		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (ne pas renvoyer)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Schlatter (renvoi au CF)

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Proposition de renvoi

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 17:33:03

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	=	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	=	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	25	27		105
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.				1	1		2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	3		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (ne pas renvoyer)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Roth Franziska (renvoi au CF)

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23o, al. 1, let. b

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 18:31:41

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	-	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	-	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	-	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	-	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	-	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	-	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	-	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	-	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	20	26		99
- Nein / non / no	39	16		6	2	30	93
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	3		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la commission
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition individuelle Cottier

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23o, al. 5

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 18:32:33

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	26	28		107
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	3		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Fridez

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23o

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 18:33:31

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	0	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	26	28		107
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	3		6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Résultat des votes précédents
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Seiler Graf (biffer)

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23obis (vaut aussi pour l'art. 23q, al. 1 et 4, let. a)

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 18:34:39

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	-	RL	VD
Bourgeois	-	RL	FR
Bregy	-	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	-	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	-	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	-	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	-	RL	BS
Farinelli	-	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	-	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	-	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	-	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	-	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	-	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	-	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	=	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	-	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	-	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	-	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	-	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	-	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	-	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	-	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	-	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	-	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	-	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	-	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	-	RL	ZH
Wasserfallen Christian	=	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	-	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	3	22		78
- Nein / non / no	39	16		21	7	30	113
= Enth. / abst. / ast.				2			2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	2		5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Flach (et CF)

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23p, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2020 18:35:40

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	0	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	0	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	0	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	=	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	0	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	=	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	0	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	26	27		106
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.					2		2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	2		5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (selon CE et CF)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fridez

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24f, al. 1 et 2

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:15:23

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	0	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	0	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	=	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	0	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	0	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	0	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	27	29		109
- Nein / non / no	37	16				30	83
= Enth. / abst. / ast.					1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2		2		1		5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (selon CF et CE)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Marti Min Li

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24f, al. 1 et 2

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:16:23

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	0	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	=	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	0	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	0	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	0	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	0	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			53	27	30		110
- Nein / non / no	37	15				30	82
= Enth. / abst. / ast.		1					1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2		2		1		5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (selon CF et CE)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Porchet

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23e, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:51:53

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			55	27	31		113
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité et CF
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Roth Franziska

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23f, al. 1, let. d

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:53:01

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			55	27	31		113
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité et du CF
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Roth Franziska

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23f, al. 5

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:54:01

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	=	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			55	26	31		112
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.				1			1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité et du CF
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schlatter

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23f, al. 6

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:54:58

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	=	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	+	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si		1	55	26	31		113
- Nein / non / no	39	15				30	84
= Enth. / abst. / ast.				1			1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité et du CF
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fivaz Fabien

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23g, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:56:11

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH
Bellaïche	+	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	+	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	+	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Christ	+	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	+	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	+	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	+	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	+	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	+	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	+	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	+	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	+	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	+	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	+	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si		16	55	27	31		129
- Nein / non / no	39					30	69
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité et du CF
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fridez

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24g, al. 1 et 3

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 08:57:29

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			55	27	31		113
- Nein / non / no	39	16				30	85
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité et du CF
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Roth Franziska

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 09:00:26

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	0	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	-	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	-	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+ Ja / oui / si			54	26	31		111
- Nein / non / no	39	16	1			30	86
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1			1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet
Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet

NATIONALRAT
Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz: Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi: Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 25.09.2020 09:50:33

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Andrey	-	G	FR
Arslan	-	G	BS
Atici	-	S	BS
Badertscher	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barrile	-	S	ZH
Baumann	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	M-CEB	AG
Bircher	+	V	AG
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Bregy	+	M-CEB	VS
Brélaz	-	G	VD
Brenzikofer	-	G	BL
Brunner	-	GL	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bulliard	+	M-CEB	FR
Burgherr	+	V	AG
Candinas	+	M-CEB	GR
Cattaneo	0	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Christ	-	GL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS
Cottier	+	RL	NE
Crottaz	-	S	VD
Dandrès	-	S	GE
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
de Montmollin	+	RL	GE
de Quattro	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Kurt	-	G	TG
Egger Mike	+	V	SG
Estermann	+	V	LU
Eymann	+	RL	BS
Farinelli	+	RL	TI
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD

Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Fivaz Fabien	-	G	NE
Flach	-	GL	AG
Fluri	+	RL	SO
Fridez	E	S	JU
Friedl Claudia	-	S	SG
Friedli Esther	+	V	SG
Funiciello	-	S	BE
Gafner	+	V	BE
Geissbühler	+	V	BE
Giacometti	+	RL	GR
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	M-CEB	LU
Glarner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Gmür Alois	+	M-CEB	SZ
Gössi	+	RL	SZ
Graf-Litscher	-	S	TG
Gredig	-	GL	ZH
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	M-CEB	JU
Gugger	+	M-CEB	ZH
Guggisberg	+	V	BE
Gutjahr	+	V	TG
Gysi Barbara	-	S	SG
Gysin Greta	-	G	TI
Haab	+	V	ZH
Heer	+	V	ZH
Heimgartner	+	V	AG
Herzog Verena	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	M-CEB	BE
Huber	+	V	AG
Humbel	+	M-CEB	AG
Hurni	-	S	NE
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG
Kälin	-	G	AG
Kamerzin	+	M-CEB	VS
Keller Peter	+	V	NW
Klopfenstein Broggini	-	G	GE
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	M-CEB	ZH

Landolt	+	M-CEB	GL
Locher Benguerel	-	S	GR
Lohr	+	M-CEB	TG
Lüscher	+	RL	GE
Mäder	-	GL	ZH
Maillard	-	S	VD
Maitre	+	M-CEB	GE
Marchesi	+	V	TI
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter Michel	-	GL	GE
Matter Thomas	+	V	ZH
Mettler	-	GL	BE
Meyer Mattea	-	S	ZH
Michaud Gigon	-	G	VD
Molina	-	S	ZH
Moret Isabelle	P	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	M-CEB	LU
Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO
Munz	-	S	SH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	M-CEB	SG
Page	+	V	FR
Pasquier	-	G	GE
Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG
Piller Carrard	-	S	FR
Pointet	-	GL	VD
Porchet	-	G	VD
Portmann	+	RL	ZH
Prelicz-Huber	-	G	ZH
Prezioso	-	G	GE
Pult	-	S	GR
Python	-	G	VD
Quadri	+	V	TI
Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI
Regazzi	+	M-CEB	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reynard	-	S	VS
Riniker	+	RL	AG
Ritter	+	M-CEB	SG
Roduit	+	M-CEB	VS

Romano	+	M-CEB	TI
Rösti	+	V	BE
Roth Franziska	-	S	SO
Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Rüegger	+	V	OW
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Ryser	-	G	SG
Rytz Regula	-	G	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schaffner	-	GL	ZH
Schilliger	+	RL	LU
Schläpfer	+	V	ZH
Schlatter	-	G	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Meret	0	G	ZH
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Schwander	-	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Silberschmidt	+	RL	ZH
Sollberger	+	V	BL
Stadler	+	M-CEB	UR
Steinemann	+	V	ZH
Storni	-	S	TI
Streiff	+	M-CEB	BE
Strupler	+	V	TG
Studer	+	M-CEB	AG
Suter	-	S	AG
Töngi	-	G	LU
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Umbricht Pieren	+	V	BE
Vincenz	+	RL	SG
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walder	-	G	GE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weichelt-Picard	-	G	ZG
Wermuth	-	S	AG
Wettstein	-	G	SO
Widmer Céline	-	S	ZH
Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Wobmann	+	V	SO
Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	**Tot.**
+	Ja / oui / si			54	27	31		112
-	Nein / non / no	38	16	1			29	84
=	Enth. / abst. / ast.							0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	1						1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1		1	2
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet
Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet

STÄNDERAT **CONSEIL DES ETATS**
Abstimmungsprotokoll Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:
19.032-1 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz
Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi
Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)
Misure di polizia per la lotta al terrorismo. Legge federale
Legge federale sulle misure di polizia per la lotta al terrorismo (MPT)

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung
Abstimmung vom / Vote du: 25.09.2020 08:39:37

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	-	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	+	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	+	ZH
Juillard	Charles	+	JU
Knecht	Hansjörg	+	AG

Kuprecht	Alex	0	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	-	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	P	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	+	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	-	GL

Legende		Tot.
+	Ja / oui / si	33
-	Nein / non / no	11
=	Enth. / abst. / ast.	0
E	Enschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non participa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme des Bundesgesetzes
Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

BBl 2020
www.bundesrecht.admin.ch
Massgebend ist die signierte elektronische Fassung

Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 2021

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

vom 25. September 2020

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 22. Mai 2019[1],
beschliesst:

I

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Bundesgesetz vom 21. März 1997[2] über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit

Ingress

gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1, 57 Absatz 2, 123 Absatz 1 und 173 Absatz 2 der Bundesverfassung[3],

*Art. 2 Abs. 2 Bst. d^bis^*

2 Vorbeugende polizeiliche Massnahmen sind:

d^bis^. Massnahmen nach dem 5. Abschnitt zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten;

1 BBl **2019** 4751
2 SR **120**
3 SR **101**

Art. 6 Abs. 2

2 Hat ein Kanton Aufgaben nach diesem Gesetz bestimmten Gemeinden übertragen, so arbeiten die Bundesbehörden direkt mit diesen zusammen.

Gliederungstitel vor Art. 22

4*a*. Abschnitt: Aufgaben zum Schutz von Personen und Gebäuden

Art. 23d

Bisheriger Art. 24

Gliederungstitel vor Art. 23e

5. Abschnitt: Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten

Art. 23e Begriffe

1 Als terroristische Gefährderin oder terroristischer Gefährder gilt eine Person, wenn aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie oder er eine terroristische Aktivität ausüben wird.

2 Als terroristische Aktivität gelten Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen.

Art. 23f Grundsätze

1 Fedpol verfügt gegenüber einer terroristischen Gefährderin oder einem terroristischen Gefährder Massnahmen nach den Artikeln 23*k*–23*q*, wenn:

a. der von ihr oder ihm ausgehenden Gefährdung mit sozialen, integrativen oder therapeutischen Massnahmen sowie Massnahmen des Kinder- und Erwachsenenschutzes voraussichtlich nicht wirksam begegnet werden kann;

b. Massnahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr durch die Kantone nicht ausreichend sind; und

c. keine Ersatzmassnahme oder freiheitsentziehende Zwangsmassnahme nach der Strafprozessordnung[4] angeordnet wurde, die dieselbe Wirkung hat wie eine Massnahme nach den Artikeln 23*k*–23*q;* das Vorgehen ist zwischen fedpol und der zuständigen Staatsanwaltschaft abzusprechen.

2 Die Massnahmen nach den Artikeln 23*k*–23*o* sind nach Möglichkeit mit sozialen, integrativen oder therapeutischen Massnahmen zu begleiten.

4 SR **312.0**

3 Eine Massnahme ist aufzuheben, wenn die Voraussetzungen für deren Anordnung nicht mehr erfüllt sind. Die betroffene Person ist umgehend über die Aufhebung in Kenntnis zu setzen.

4 Die betroffene Person kann bei fedpol jederzeit ein Gesuch um Aufhebung der Massnahme stellen.

Art. 23g Dauer einer Massnahme

1 Die Dauer einer Massnahme ist auf sechs Monate begrenzt. Sie kann einmalig um maximal sechs Monate verlängert werden. Die Dauer der Eingrenzung auf eine Liegenschaft richtet sich nach Artikel 23*o* Absatz 5.

2 Dieselbe Massnahme kann erneut angeordnet werden, wenn neue und konkrete Anhaltspunkte für eine terroristische Aktivität vorliegen.

Art. 23h Datenbearbeitung

1 Fedpol und die zuständigen kantonalen Behörden können zur Begründung der Anordnung einer Massnahme nach den Artikeln 23*k*–23*q,* zur Prüfung, ob die Voraussetzungen der Anordnung erfüllt sind, sowie zur Durchführung der Massnahmen besonders schützenswerte Personendaten von terroristischen Gefährderinnen und Gefährdern bearbeiten, insbesondere Daten über religiöse und weltanschauliche Ansichten oder Tätigkeiten, über die Gesundheit, über Massnahmen der sozialen Hilfe sowie über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen. Besonders schützenswerte Personendaten Dritter dürfen nur bearbeitet werden, sofern die terroristische Gefährderin oder der terroristische Gefährder mit diesen Personen in Kontakt steht oder stand und dies zur Einschätzung der von der terroristischen Gefährderin oder dem terroristischen Gefährder ausgehenden Gefahr zwingend erforderlich ist.

2 Die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden von Bund und Kantonen sowie die kantonalen Strafvollzugsbehörden, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, Schulen und Bildungsbehörden, Integrationsfachstellen, Einwohner-, Migrations-, Jugend- und Sozialämter können die zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Abschnitt erforderlichen Personendaten einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten untereinander austauschen. Artikel 6 Absatz 2 bleibt vorbehalten.

3 Fedpol kann den Betreiber einer kritischen Infrastruktur nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 4 des Nachrichtendienstgesetzes vom 25. September 2015[5] (NDG) über die Anordnung einer Massnahme nach den Artikeln 23*k*–23*q* informieren, wenn die terroristische Gefährderin oder der terroristische Gefährder für diese Infrastruktur eine Gefahr darstellt. Dazu kann fedpol besonders schützenswerte Personendaten übermitteln.

5 SR **121**

Art. 23i Antrag

1 Die zuständige kantonale oder kommunale Behörde und der NDB können fedpol Massnahmen nach diesem Abschnitt beantragen.

2 Im Antrag ist darzulegen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind; der Antrag muss zudem Angaben zur Art, zur Dauer und zum Vollzug der beantragten Massnahme enthalten.

Art. 23j Verfügung von Massnahmen

1 Fedpol verfügt die Massnahmen nach den Artikeln 23*k*–23*q*. Wurde die Massnahme von einer kantonalen oder kommunalen Behörde beantragt, so hört fedpol vorgängig den NDB an. Wurde die Massnahme vom NDB beantragt, so hört fedpol vorgängig den betroffenen Kanton an.

2 Es schreibt die Massnahme sowie eine Widerhandlung gegen die Massnahme im automatisierten Polizeifahndungssystem (RIPOL) nach Artikel 15 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008[6] über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes aus.

3 Es kann im Einvernehmen mit dem betroffenen Kanton oder der betroffenen Gemeinde eine Massnahme sistieren, wenn wichtige Gründe vorliegen.

Art. 23k Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht

1 Fedpol kann eine terroristische Gefährderin oder einen terroristischen Gefährder verpflichten, sich regelmässig bei einer von der antragstellenden Behörde bezeichneten kantonalen oder kommunalen Stelle persönlich zu melden und Gespräche mit einer oder mehreren Fachpersonen zu führen.

2 Die Gespräche dienen dazu, die von der terroristischen Gefährderin oder dem terroristischen Gefährder ausgehende Gefahr und deren Entwicklung zu beurteilen sowie der Gefahr entgegenzuwirken.

3 Ist die betroffene Person minderjährig, so sind die Eltern oder andere erziehungsberechtigte Personen in die Gespräche miteinzubeziehen, sofern der Zweck des Gesprächs dadurch nicht gefährdet wird.

4 Kann die betroffene Person einen vereinbarten Termin nicht einhalten, so hat sie die zuständige kantonale oder kommunale Stelle unter Angabe der Gründe unverzüglich darüber zu informieren und um eine Verschiebung zu ersuchen. Diese wird nur gewährt, wenn wichtige Gründe vorliegen und diese von der betroffenen Person belegt werden.

5 Die kantonale oder kommunale Stelle informiert die antragstellende Behörde sowie fedpol über:

a. sicherheitsrelevante Vorgänge während der Umsetzung der Massnahme;

b. die Verletzung der Meldepflicht;

6 SR **361**

c. verschobene oder ausgefallene Termine;

d. die Verweigerung der Teilnahme am Gespräch mit einer Fachperson;

e. das Ergebnis der mit der Fachperson geführten Gespräche.

6 Die Information nach Absatz 5 Buchstaben a und b hat ohne Verzug zu erfolgen.

Art. 23l Kontaktverbot

Fedpol kann einer terroristischen Gefährderin oder einem terroristischen Gefährder verbieten, mit bestimmten Personen oder Personengruppen direkt oder über Drittpersonen in Kontakt zu stehen.

Art. 23m Ein- und Ausgrenzung

1 Fedpol kann einer terroristischen Gefährderin oder einem terroristischen Gefährder verbieten, ein ihr oder ihm zugewiesenes Gebiet zu verlassen oder ein bestimmtes Gebiet oder eine bestimmte Liegenschaft zu betreten.

2 Es kann aus wichtigen Gründen Ausnahmen bewilligen.

Art. 23n Ausreiseverbot

1 Fedpol kann einer terroristischen Gefährderin oder einem terroristischen Gefährder verbieten, aus der Schweiz auszureisen, wenn aufgrund konkreter und aktueller Anhaltspunkte angenommen werden muss, dass sie oder er ausreisen will, um im Ausland eine terroristische Aktivität auszuüben.

2 Im Falle eines Ausreiseverbots kann fedpol:

a. Schweizer Reisedokumente beschlagnahmen;

b. ausländische Reisedokumente sicherstellen, sofern ein überwiegendes Interesse der Schweiz besteht, die Ausreise zu verbieten, und keine milderen Massnahmen zur Verfügung stehen.

3 Fedpol informiert den betroffenen Staat über die Sicherstellung der ausländischen Reisedokumente. Ist dieser damit nicht einverstanden, so hebt fedpol die Sicherstellung auf und händigt der betroffenen Person die Reisedokumente aus.

4 Es kann beschlagnahmte Schweizer Reisedokumente für ungültig erklären und im RIPOL, im nationalen Teil des Schengener Informationssystems (SIS) sowie über Interpol (Art. 351 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs[7] [StGB]) ausschreiben.

5 Es kann ausländische Reisedokumente im RIPOL, im SIS sowie über Interpol (Art. 351 Abs. 2 StGB) ausschreiben, wenn der betroffene Staat die Dokumente für ungültig erklärt hat und mit der Ausschreibung einverstanden ist.

6 Fedpol, die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) und die kantonalen Polizeibehörden können Reisebillette beschlagnahmen. Sie können Reiseunternehmen anweisen, elektronische Reisebillette für ungültig zu erklären.

7 SR **311.0**

[7] Sie können bei Gefahr in Verzug Schweizer und ausländische Reisedokumente sowie Reisebillette ohne vorgängige Anordnung des Ausreiseverbots provisorisch sicherstellen oder Reiseunternehmen anweisen, elektronische Reisebillette für ungültig zu erklären.

[8] Handelt es sich bei der betroffenen Person um eine Schweizerin oder einen Schweizer, so stellt fedpol ihr oder ihm für die Dauer des Ausreiseverbots einen Ersatznachweis über die Staatsangehörigkeit und die Identität aus. Einer Ausländerin oder einem Ausländer stellt fedpol einen Ersatznachweis über die Identität aus.

Art. 23o Eingrenzung auf eine Liegenschaft: Grundsätze

[1] Fedpol kann einer terroristischen Gefährderin oder einem terroristischen Gefährder verbieten, eine bestimmte, von der antragstellenden Behörde bezeichnete Liegenschaft oder Einrichtung zu verlassen, wenn:

a. konkrete und aktuelle Anhaltspunkte bestehen, dass von ihr oder ihm eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter ausgeht, die nicht anders abgewendet werden kann; und

b. sie oder er gegen eine oder mehrere gestützt auf die Artikel 23*k*–23*n* angeordnete Massnahmen verstossen hat.

[2] Die Eingrenzung hat auf eine Liegenschaft zu erfolgen, die von der terroristischen Gefährderin oder dem terroristischen Gefährder für Wohnzwecke genutzt wird oder in der sie oder er sich zu Pflege- oder Behandlungszwecken aufhält. Die Eingrenzung kann ausnahmsweise auf eine andere öffentliche oder private Liegenschaft oder Einrichtung erfolgen, wenn:

a. der Gefährdung nicht auf andere Art wirksam begegnet werden kann; und

b. die Liegenschaft oder Einrichtung die Möglichkeit zu einer selbstbestimmten Lebensgestaltung und einer eigenverantwortlichen Lebensführung in einem häuslichen Umfeld bietet.

[3] Fedpol kann nach Anhörung der beteiligten Behörden aus wichtigen Gründen Ausnahmen von der Eingrenzung bewilligen, namentlich aus medizinischen Gründen, zu Erwerbs- und Bildungszwecken, zur Ausübung der Glaubensfreiheit oder zur Wahrnehmung von familiären Verpflichtungen.

[4] Die Kontakte zur Aussenwelt und das soziale Leben dürfen nur so weit eingeschränkt werden, als dies zur Durchführung der Massnahme zwingend erforderlich ist.

[5] Die Dauer der Massnahme ist auf drei Monate begrenzt. Sie kann zwei Mal um jeweils maximal drei Monate verlängert werden.

Art. 23p Eingrenzung auf eine Liegenschaft: Verfahren

[1] Fedpol unterbreitet den Antrag auf Anordnung der Eingrenzung zur Prüfung der Rechtmässigkeit und Angemessenheit unverzüglich dem Zwangsmassnahmengericht des Kantons Bern. Dieses entscheidet unverzüglich, spätestens aber innert 48 Stunden nach Eingang des Antrags.

2 Soll die Massnahme verlängert werden, so reicht fedpol dem Zwangsmassnahmengericht spätestens vier Tage vor deren Ablauf einen schriftlich begründeten Antrag ein. Das Zwangsmassnahmengericht kann anordnen, dass die Massnahme verlängert wird, bis es über den Antrag entschieden hat.

3 Die Entschädigung des Kantons Bern richtet sich nach Artikel 65 Absatz 4 des Strafbehördenorganisationsgesetzes vom 19. März 2010[8].

4 Stellt die betroffene Person fedpol ein schriftlich begründetes Gesuch um Aufhebung der Massnahme und lehnt fedpol das Gesuch ab, so leitet es dieses innert dreier Tage mit einer begründeten Stellungnahme an das Zwangsmassnahmengericht weiter. Dieses entscheidet spätestens innert fünf Tagen nach Eingang des Gesuchs.

5 Fedpol beendet die Eingrenzung auf eine Liegenschaft unverzüglich, wenn:

a. die Voraussetzungen für die Anordnung der Massnahme nicht mehr erfüllt sind;

b. das Zwangsmassnahmengericht die Genehmigung zur Anordnung oder Verlängerung der Massnahme verweigert; oder

c. fedpol oder das Zwangsmassnahmengericht dem Gesuch um Aufhebung der Massnahme entspricht.

Art. 23q Elektronische Überwachung und Mobilfunklokalisierung

1 Zum Vollzug der Massnahmen nach den Artikeln 23*l*–23*o* kann fedpol eine elektronische Überwachung oder Lokalisierung über Mobilfunk einer terroristischen Gefährderin oder eines terroristischen Gefährders anordnen, wenn die im Rahmen der Massnahmenvollzugskontrolle bislang getroffenen Massnahmen erfolglos geblieben sind oder der Massnahmenvollzug ohne Überwachung oder Lokalisierung aussichtslos wäre oder übermässig erschwert würde.

2 Geräte zur elektronischen Überwachung können mit dem Körper der terroristischen Gefährderin oder des terroristischen Gefährders fest verbunden werden. Wird das Gerät mit dem Körper nicht fest verbunden, so hat die Gefährderin oder der Gefährder es ständig und in betriebsbereitem Zustand bei sich zu führen. Die Funktionsfähigkeit des Geräts darf nicht beeinträchtigt werden.

3 Zur Mobilfunklokalisierung kann die für den Vollzug zuständige Behörde die dafür erforderlichen Randdaten des Fernmeldeverkehrs nach Artikel 8 Buchstabe b des Bundesgesetzes vom 18. März 2016[9] betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs einfordern. Die terroristische Gefährderin oder der terroristische Gefährder hat das Mobilfunkgerät ständig sowie eingeschaltet und in betriebsbereitem Zustand bei sich zu führen.

4 Die erhobenen Daten dürfen nur zu den folgenden Zwecken bearbeitet werden:

a. zur Feststellung von Verstössen gegen Massnahmen nach den Artikeln 23*l*–23*o*;

8 SR **173.71**
9 SR **780.1**

b. zur strafrechtlichen Verfolgung eines Verbrechens oder schweren Vergehens gemäss dem anwendbaren Verfahrensrecht;

c. zur Abwehr einer Gefährdung Dritter oder einer schweren Selbstgefährdung;

d. zur Prüfung und Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der technischen Mittel.

5 Die im Rahmen der elektronischen Überwachung erhobenen Daten müssen spätestens 12 Monate nach Abschluss der Überwachung vernichtet werden, sofern kein konkreter Grund zur Annahme besteht, dass sie als Beweismittel in einem Strafverfahren dienen können.

6 Die für den Vollzug der Massnahme zuständige Behörde legt fest, welche Personen die erhobenen Daten bearbeiten dürfen, und trifft geeignete Massnahmen, um die Daten vor missbräuchlicher Verwendung zu schützen.

Art. 23r Vollzug der Massnahmen

1 Der Vollzug und die Kontrolle der Massnahmen nach diesem Abschnitt sind Sache der Kantone. Vorbehalten bleibt Artikel 23*n*.

2 Fedpol leistet Amts- und Vollzugshilfe.

3 Die für den Vollzug der Massnahmen zuständigen Behörden können, soweit die zu schützenden Rechtsgüter es rechtfertigen, polizeilichen Zwang und polizeiliche Massnahmen anwenden.

Art. 24

Aufgehoben

Art. 24a Abs. 7 erster Satz und 9

7 Das Informationssystem steht den für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Stellen von fedpol sowie den Polizeibehörden der Kantone und der EZV über ein Abrufverfahren zur Verfügung. …

9 Fedpol kann Personendaten an ausländische Polizeibehörden und Sicherheitsorgane weitergeben. Artikel 61 Absätze 1, 2, 5 und 6 NDG[10] ist sinngemäss anwendbar. Die Daten dürfen nur weitergegeben werden, wenn die Behörde oder das Organ garantiert, dass die Daten ausschliesslich der Anordnung von Massnahmen zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen dienen. Der Quellenschutz ist zu wahren.

Art. 24c Abs. 1 Bst. a, 5 zweiter Satz und 6

1 Einer Person kann die Ausreise aus der Schweiz in ein bestimmtes Land für eine bestimmte Zeitdauer untersagt werden, wenn:

10 SR **121**

a. gegen sie ein Rayonverbot oder eine Meldeauflage besteht, weil sie sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligt hat; und

5 … Die Kantone können Ausreisebeschränkungen beantragen.

6 Die Ausreisebeschränkung wird im RIPOL (Art. 15 des BG vom 13. Juni 2008[11] über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes) ausgeschrieben.

Gliederungstitel vor Art. 24f

5*b*. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen zum 5. und 5*a*. Abschnitt

Art. 24f Altersgrenze

1 Die Massnahmen nach den Artikeln 23*k*–23*n* sowie 23*q* und 24*c* können nur gegen eine Person verfügt werden, die das 12. Altersjahr vollendet hat.

2 Die Massnahme nach Artikel 23*o* kann nur gegen eine Person verfügt werden, die das 15. Altersjahr vollendet hat.

Art. 24g Rechtsschutz

1 Gegen Verfügungen von fedpol über Massnahmen nach dem 5. und 5*a*. Abschnitt sowie gegen Entscheide des Zwangsmassnahmengerichts nach Artikel 23*p* kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde geführt werden.

2 Das Beschwerderecht richtet sich nach Artikel 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968[12]. Zur Beschwerde berechtigt sind auch:

a. die antragstellende kantonale oder kommunale Behörde gegen Verfügungen von fedpol;

b. fedpol gegen Entscheide des Zwangsmassnahmengerichts.

3 Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung. Die Instruktionsrichterin oder der Instruktionsrichter der Beschwerdeinstanz kann einer Beschwerde von Amtes wegen oder auf Antrag einer Partei aufschiebende Wirkung erteilen, wenn der Zweck der Massnahme dadurch nicht gefährdet wird.

Gliederungstitel nach Art. 29

6*a*. Abschnitt: Strafbestimmungen

Art. 29a Verstösse gegen Massnahmen nach den Artikeln 23*k*–23*q*

1 Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer gegen Massnahmen nach den Artikeln 23*l*–23*q* verstösst.

2 Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse.

11 SR **361**
12 SR **172.021**

3 Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Massnahme nach Artikel 23*k* verstösst.

Art. 29b Strafverfolgung

Die Verfolgung und die Beurteilung der Widerhandlungen nach Artikel 29*a* unterstehen der Bundesgerichtsbarkeit.

2. Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005[13]

Art. 31 Abs. 3 erster Satz

3 Staatenlose Personen nach den Absätzen 1 und 2 sowie staatenlose Personen, die mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB[14] oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[15] oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 des vorliegenden Gesetzes belegt sind, können in der ganzen Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben. ...

Art. 75 Abs. 1 Einleitungssatz sowie Bst. a und i

1 Um die Durchführung eines Weg- oder Ausweisungsverfahrens oder eines strafrechtlichen Verfahrens, in dem eine Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB[16] oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[17] droht, sicherzustellen, kann die zuständige kantonale Behörde eine Person, die keine Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzt, während der Vorbereitung des Entscheides über ihre Aufenthaltsberechtigung für höchstens sechs Monate in Haft nehmen, wenn die Person:

a. sich im Asylverfahren, im Weg- oder Ausweisungsverfahren oder im strafrechtlichen Verfahren, in dem eine Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG droht, weigert, ihre Identität offenzulegen, mehrere Asylgesuche unter verschiedenen Identitäten einreicht, wiederholt einer Vorladung ohne ausreichende Gründe nicht Folge leistet oder andere Anordnungen der Behörden im Asylverfahren missachtet;

i. Erkenntnissen von fedpol oder des NDB zufolge die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet.

13 SR **142.20**
14 SR **311.0**
15 SR **321.0**
16 SR **311.0**
17 SR **321.0**

Art. 76 Abs. 1 Einleitungssatz sowie Bst. b Ziff. 1

1 Wurde ein erstinstanzlicher Weg- oder Ausweisungsentscheid eröffnet oder eine erstinstanzliche Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB[18] oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[19] ausgesprochen, so kann die zuständige Behörde die betroffene Person zur Sicherstellung des Vollzugs:

b. in Haft nehmen, wenn:

1. Gründe nach Artikel 75 Absatz 1 Buchstabe a, b, c, f, g, h oder i vorliegen,

Art. 76a Abs. 2 Bst. j

2 Folgende konkrete Anzeichen lassen befürchten, dass sich die betroffene Person der Durchführung der Wegweisung entziehen will:

j. Sie gefährdet Erkenntnissen von fedpol oder des NDB zufolge die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz.

Art. 81 Abs. 5 und 6

5 Die zuständige Behörde kann anordnen, dass die Möglichkeiten einer inhaftierten Ausländerin oder eines inhaftierten Ausländers eingeschränkt werden, mit bestimmten Personen oder Personengruppen direkt oder über Drittpersonen in Kontakt zu stehen, wenn:

a. die betreffende Person Erkenntnissen der Polizei- oder Strafverfolgungsbehörden von Bund und Kantonen zufolge eine konkrete Gefahr für die innere oder äussere Sicherheit darstellt; und

b. andere Massnahmen erfolglos geblieben sind oder nicht zur Verfügung stehen.

6 Erweist sich die Einschränkung nach Absatz 5 als nicht ausreichend, um der Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit wirksam entgegenzutreten, so kann die zuständige Behörde Einzelhaft anordnen.

Art. 83 Abs. 1, 5 zweiter Satz, 7 Einleitungssatz und Bst. c sowie 9

1 Ist der Vollzug der Wegweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar, so verfügt das SEM die vorläufige Aufnahme.

5 … Kommen weggewiesene Ausländerinnen und Ausländer aus einem dieser Staaten oder aus einem Mitgliedstaat der EU oder der EFTA, so ist ein Vollzug der Wegweisung in der Regel zumutbar.

7 Die vorläufige Aufnahme nach den Absätzen 2 und 4 wird nicht verfügt, wenn die weggewiesene Person:

18 SR **311.0**
19 SR **321.0**

c. die Unmöglichkeit des Vollzugs der Wegweisung durch ihr eigenes Verhalten verursacht hat.

9 Die vorläufige Aufnahme wird nicht verfügt oder erlischt, wenn eine Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[20] oder eine Ausweisung nach Artikel 68 des vorliegenden Gesetzes rechtskräftig geworden ist.

Art. 84 Abs. 2

2 Das SEM hebt die vorläufige Aufnahme auf und ordnet den Vollzug der Wegweisung an, wenn die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

Art. 86 Abs. 1bis Bst. b und d

1bis Für die folgenden Personen gelten bezüglich Sozialhilfestandards die gleichen Bestimmungen wie für Flüchtlinge, denen die Schweiz Asyl gewährt hat:

b. Flüchtlinge, die mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB[21] oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[22] oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 des vorliegenden Gesetzes belegt sind;

d. staatenlose Personen, die mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 des vorliegenden Gesetzes belegt sind.

Art. 87 Abs. 1 Bst. d

1 Der Bund zahlt den Kantonen für:

d. jede staatenlose Person nach Artikel 31 Absatz 1 und jede staatenlose Person, die mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB[23] oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[24] oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 des vorliegenden Gesetzes belegt ist, eine Pauschale nach den Artikeln 88 Absatz 3 und 89 AsylG.

Art. 98c Zusammenarbeit und Koordination mit fedpol

1 Das SEM arbeitet im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben bei der Terrorismusbekämpfung mit fedpol zusammen.

2 Es koordiniert die Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich mit den vorbeugenden polizeilichen und administrativen Massnahmen von fedpol.

20 SR **321.0**
21 SR **311.0**
22 SR **321.0**
23 SR **311.0**
24 SR **321.0**

3. Asylgesetz vom 26. Juni 1998[25]

Art. 5a Zusammenarbeit und Koordination mit fedpol

1 Das Staatssekretariat für Migration (SEM) arbeitet im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben bei der Terrorismusbekämpfung mit fedpol zusammen.

2 Es koordiniert die Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich mit den vorbeugenden polizeilichen und administrativen Massnahmen von fedpol.

Art. 6a Abs. 1

1 Das SEM entscheidet über Gewährung oder Verweigerung des Asyls sowie über die Wegweisung aus der Schweiz.

Art. 37 Abs. 6

6 Das SEM entscheidet ausserhalb der Reihe und unverzüglich, wenn die asylsuchende Person auf der Grundlage eines Ersuchens des Staates, vor welchem diese Schutz in der Schweiz sucht, in Auslieferungshaft ist. Dies gilt auch, wenn gegen sie eine Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*^{bis} des Strafgesetzbuchs (StGB)[26] oder Artikel 49*a* oder 49*a*^{bis} des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927[27] (MStG) oder eine Ausweisung nach Artikel 68 AIG[28] ausgesprochen wurde.

Art. 61 Abs. 1

1 Personen, denen die Schweiz Asyl gewährt oder die sie als Flüchtlinge vorläufig aufgenommen hat, sowie Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*^{bis} StGB[29] oder Artikel 49*a* oder 49*a*^{bis} MStG[30] oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG[31] können in der ganzen Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben, wenn die orts-, berufs- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden (Art. 22 AIG).

Art. 79 Bst. d

Der vorübergehende Schutz erlischt, wenn die schutzbedürftige Person:

d. mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*^{bis} StGB[32] oder Artikel 49*a* oder 49*a*^{bis} MStG[33] oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG[34] belegt ist.

25 SR **142.31**
26 SR **311.0**
27 SR **321.0**
28 SR **142.20**
29 SR **311.0**
30 SR **321.0**
31 SR **142.20**
32 SR **311.0**
33 SR **321.0**
34 SR **142.20**

Art. 88 Abs. 3 erster Satz

3 Die Pauschalen für Flüchtlinge und schutzbedürftige Personen mit Aufenthaltsbewilligung und für Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB[35] oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[36] oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG[37] decken namentlich die Kosten für die Sozialhilfe und enthalten zudem einen Beitrag an die Betreuungs- und Verwaltungskosten. …

Art. 109 Abs. 7 zweiter Satz

7 ... Dies gilt auch, wenn gegen die asylsuchende Person eine Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*bis StGB[38] oder Artikel 49*a* oder 49*a*bis MStG[39] oder eine Ausweisung nach Artikel 68 AIG[40] ausgesprochen wurde.

4. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003[41] über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich

Art. 9 Abs. 1 Bst. c, l und p sowie 2 Bst. c Einleitungssatz und Ziff. 1

1 Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Ausländerbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit ausschliesslich zur Personenidentifikation in den Bereichen des polizeilichen Nachrichtenaustausches, der sicherheits- und gerichtspolizeilichen Ermittlungen, bei Auslieferungsverfahren, bei Rechts- und Amtshilfe, bei der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung, bei der Überstellung verurteilter Personen, beim stellvertretenden Straf- und Massnahmenvollzug, bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens, bei der Kontrolle von Ausweisschriften, bei Nachforschungen nach vermissten Personen sowie bei der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008[42] über die polizeilichen Informationssysteme (BPI);

l. dem Nachrichtendienst des Bundes:

   1. zur Personenidentifikation für das frühzeitige Erkennen und Verhindern von Bedrohungen für die innere oder äussere Sicherheit nach Artikel 6

35 SR **311.0**
36 SR **321.0**
37 SR **142.20**
38 SR **311.0**
39 SR **321.0**
40 SR **142.20**
41 SR **142.51**
42 SR **361**

Absatz 1 Buchstabe a des Nachrichtendienstgesetzes vom 25. September 2015[43] (NDG),

2. zur Erfüllung seiner Aufgaben bei Überprüfungen im Zusammenhang mit der Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit nach Artikel 14 Buchstabe d BüG[44], nach dem AIG[45] und dem AsylG[46],
3. zur Prüfung von Fernhalte- und Entfernungsmassnahmen nach dem AIG;

p.[47] dem Bundesamt für Polizei zur Prüfung von Fernhalte- und Entfernungsmassnahmen nach dem AIG.

2 Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Asylbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit:
   1. ausschliesslich zur Personenidentifikation in den Bereichen des polizeilichen Nachrichtenaustausches, der sicherheits- und gerichtspolizeilichen Ermittlungen, bei Auslieferungsverfahren, bei Rechts- und Amtshilfe, bei der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung, bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens, bei der Kontrolle von Ausweisschriften, bei Nachforschungen nach vermissten Personen, bei der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 BPI sowie der Begutachtung der Asylunwürdigkeit nach Artikel 53 AsylG,

5. Ausweisgesetz vom 22. Juni 2001[48]

Art. 12 Abs. 2 Bst. g

2 Folgende Behörden oder Stellen können zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Daten im Abrufverfahren abfragen:

g. der Nachrichtendienst des Bundes, ausschliesslich zur Identitätsabklärung.

43 SR **121**
44 SR **141.0**
45 SR **142.20**
46 SR **142.31**
47 Die Bst. m–o werden durch die Änd. vom 14. Dez. 2018 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AS **2019** 1413) eingefügt. Sie sind noch nicht in Kraft.
48 SR **143.1**

6. Strafgesetzbuch[49]

Art. 78 Bst. d

Einzelhaft als ununterbrochene Trennung von den anderen Gefangenen darf nur angeordnet werden:

d. zur Verhinderung der Beeinflussung von Mitgefangenen durch Gedankengut, das die Ausübung von terroristischen Aktivitäten begünstigen kann, sofern konkrete Anhaltspunkte auf eine solche Beeinflussung vorliegen.

Art. 90 Abs. 1 Bst. d

1 Eine Person, die sich im Vollzug einer Massnahme nach den Artikeln 59–61 befindet, darf nur dann ununterbrochen von den andern Eingewiesenen getrennt untergebracht werden, wenn dies unerlässlich ist:

d. zur Verhinderung der Beeinflussung von anderen Eingewiesenen durch Gedankengut, das die Ausübung von terroristischen Aktivitäten begünstigen kann, sofern konkrete Anhaltspunkte auf eine solche Beeinflussung vorliegen.

Art. 365 Abs. 2 Bst. v

2 Das Register dient der Unterstützung von Behörden des Bundes und der Kantone bei der Erfüllung folgender Aufgaben:

v. Abklärung des Sicherheitsrisikos im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach Artikel 108*b* des Luftfahrtgesetzes vom 21. Dezember 1948[50] (LFG).

Art. 367 Abs. 2 Bst. n und 4

2 Folgende Behörden dürfen durch ein Abrufverfahren Einsicht in die Personendaten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2 und 3 Buchstaben a und b nehmen:

n. die für die Abklärung des Sicherheitsrisikos nach Artikel 108*c* LFG[51] zuständigen kantonalen Polizeistellen.

4 Personendaten über hängige Strafverfahren dürfen nur durch die Behörden nach Absatz 2 Buchstaben a–e, i, j und l–n bearbeitet werden.

49 SR **311.0**
50 SR **748.0**
51 SR **748.0**

7. Bundesgesetz vom 23. Dezember 2011[52] über den ausserprozessualen Zeugenschutz

Art. 34 Abs. 2 und 3

2 *Aufgehoben*

3 Der Bundesrat vereinbart mit den Kantonen die Aufteilung der Betriebskosten.

8. Bundesgesetz vom 7. Oktober 1994[53] über die kriminalpolizeilichen Zentralstellen des Bundes und gemeinsame Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit mit anderen Staaten

Art. 1 Zusammenarbeit zwischen schweizerischen Polizeibehörden

1 Die Polizeibehörden von Bund und Kantonen unterstützen sich gegenseitig und stimmen ihre Tätigkeit aufeinander ab.

2 Der Bund kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben an Organisationen der Kantone beteiligen und mit den Kantonen gemeinsame Einrichtungen betreiben, insbesondere in folgenden Bereichen:

a. Bekämpfung der Cyberkriminalität;

b. Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen sowie Grossereignissen;

c. polizeiliche Ausbildung;

d. Harmonisierung, Beschaffung, Betrieb und Weiterentwicklung von polizeilichen Einsatzmitteln, einschliesslich Informations- und Kommunikationsmitteln;

e. Zeugenschutz.

3 Der Bund kann für die Kantone polizeiliche Einsatzmittel beschaffen, wenn er die Mittel gleichzeitig zur Erfüllung eigener Aufgaben beschafft, die zentrale Beschaffung zu einem erheblichen Effizienzgewinn für die Kantone führt und die Kantone einverstanden sind. Bund und Kantone tragen die Kosten anteilsmässig.

4 Der Bundesrat ist für den Abschluss der Vereinbarungen mit den Kantonen zuständig. Die Vereinbarungen regeln insbesondere:

a. die Zuständigkeiten;

b. die Organisation;

c. die Finanzierung;

d. die Rechtsverhältnisse, insbesondere hinsichtlich der Staatshaftung, der Arbeitsverhältnisse, der beruflichen Vorsorge und des Datenschutzes.

52 SR **312.2**
53 SR **360**

5 Die Vereinbarungen können ein Organ einer Organisation oder Einrichtung ermächtigen, Regelungen über die Inhalte nach Absatz 4 Buchstaben a–d zu erlassen.

6 Die gemeinsamen Organisationen und Einrichtungen sind in Bezug auf ihre Leistungen, die sie für Behörden erbringen, von jeder Besteuerung durch Bund, Kantone und Gemeinden befreit.

Art. 1a Völkerrechtliche Verträge über die Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeibehörden

1 Der Bundesrat kann selbstständig völkerrechtliche Verträge im Bereich der Polizeikooperation abschliessen.

2 Das Bundesamt für Polizei (fedpol) kann mit ausländischen Polizeibehörden selbstständig Vereinbarungen über operative, technische oder administrative Inhalte abschliessen.

Art. 2

Bisheriger Art. 1

Art. 2a Aufgaben

Die Zentralstellen nehmen folgende Aufgaben wahr:

a. Sie bearbeiten die Informationen aus dem In- und Ausland in ihrem Zuständigkeitsbereich.
b. Sie koordinieren die interkantonalen und internationalen Ermittlungen.
c. Sie erstellen Lage- und Bedrohungsberichte zuhanden des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und der Strafverfolgungsbehörden.
d. Sie stellen den nationalen und internationalen kriminalpolizeilichen Informationsaustausch sicher und wirken bei der Leistung der Rechtshilfe bei einem Ersuchen des Auslands mit.
e. Sie setzen die Polizeiverbindungsleute im Ausland ein.
f. Sie führen kriminalpolizeiliche Ermittlungen im Vorfeld eines Strafverfahrens durch, wenn Bundesgerichtsbarkeit gegeben ist oder wenn die Zuständigkeit des Bundes oder eines Kantons noch nicht feststeht, insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität.

Art. 3a Verdeckte Fahndung im Internet und in elektronischen Medien

1 Zur Erkennung und Bekämpfung von Verbrechen und schweren Vergehen können die Zentralstellen im Rahmen der kriminalpolizeilichen Ermittlungen nach Artikel 2*a* Buchstabe f Angehörige der Polizei, deren wahre Identität und Funktion nicht erkennbar ist, im Internet und in elektronischen Medien als verdeckte Fahnder oder Fahnderinnen einsetzen. Die eingesetzte Person darf dabei keine durch Urkunden abgesicherte falsche Identität verwenden.

2 Der Chef oder die Chefin der Bundeskriminalpolizei kann eine verdeckte Fahndung anordnen, wenn:

a. hinreichende Anzeichen bestehen, dass es zu einem Verbrechen oder einem schweren Vergehen kommen könnte; und

b. andere Massnahmen erfolglos geblieben sind oder die Ermittlungen sonst aussichtslos wären oder unverhältnismässig erschwert würden.

3 Dauert die verdeckte Fahndung länger als einen Monat, so entscheidet das Zwangsmassnahmengericht am Ort, an dem das Ermittlungsverfahren geführt wird, über die Fortsetzung der Massnahme. Für die Entschädigung des Kantons ist Artikel 65 Absatz 4 des Strafbehördenorganisationsgesetzes vom 19. März 2010[54] sinngemäss anwendbar. Gegen Entscheide des Zwangsmassnahmengerichts ist die Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht zulässig. Fedpol ist zur Beschwerde berechtigt.

4 Die Anforderungen an eingesetzte Personen richten sich nach Artikel 287 der Strafprozessordnung (StPO)[55]. Der Einsatz von Personen nach Artikel 287 Absatz 1 Buchstabe b StPO ist ausgeschlossen. Betreffend die Stellung, die Aufgaben und die Pflichten der verdeckten Fahnder und Fahnderinnen sowie der zuständigen Führungsperson gelten sinngemäss die Artikel 291–294 StPO.

5 Der Chef oder die Chefin der Bundeskriminalpolizei beendet die verdeckte Fahndung unverzüglich, wenn:

a. die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind;

b. das Zwangsmassnahmengericht die Genehmigung zur Fortsetzung der Ermittlungen verweigert; oder

c. die eingesetzte Person oder die zuständige Führungsperson Anweisungen betreffend die Ermittlung nicht befolgt oder in anderer Weise ihre Pflichten nicht erfüllt, indem sie insbesondere die Zentralstellen wissentlich falsch informiert oder die Zielperson in unzulässiger Weise zu beeinflussen versucht.

6 Bei der Beendigung der verdeckten Fahndung ist sicherzustellen, dass die eingesetzte Person keiner abwendbaren Gefahr ausgesetzt wird.

7 Sobald sich im Rahmen einer verdeckten Fahndung ein konkreter Tatverdacht gegen eine bestimmte Person ergibt, gilt die StPO. Die im Rahmen einer verdeckten Fahndung gewonnenen Erkenntnisse können in einem Strafverfahren verwendet werden.

Art. 3b Ausschreibung von Personen und Sachen zur verdeckten Registrierung oder gezielten Kontrolle

1 Fedpol kann auf Ersuchen der Strafverfolgungsbehörden des Bundes oder auf Ersuchen von Polizeibehörden der Kantone im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008[56] über die polizeilichen

54 SR **173.71**
55 SR **312.0**
56 SR **361**

Informationssysteme (BPI) sowie im nationalen Teil des Schengener Informationssystems nach Artikel 16 BPI Personen, Fahrzeuge, Wasserfahrzeuge, Luftfahrzeuge und Container zur verdeckten Registrierung oder gezielten Kontrolle ausschreiben.

2 Die Ausschreibung von Personen zwecks Strafverfolgung oder zur Abwehr von Gefahren ist nur zulässig, wenn:

a. Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die betroffene Person eine schwere Straftat plant oder begeht;

b. die Gesamtbeurteilung einer Person insbesondere aufgrund der bisher von ihr begangenen Straftaten erwarten lässt, dass sie erneut eine schwere Straftat begeht; oder

c. Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass von der betroffenen Person eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder andere erhebliche Gefahren für die innere oder äussere Sicherheit ausgehen.

3 Die Ausschreibung von Fahrzeugen, Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen und Containern ist nur zulässig, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Verbindung zu schweren Straftaten oder erheblichen Gefahren nach Absatz 2 besteht.

4 Als schwere Straftaten nach den Absätzen 2 und 3 gelten insbesondere die Straftaten nach Artikel 286 Absatz 2 StPO[57].

Art. 5 Abs. 1bis erster Satz

1bis Fedpol kann im Einvernehmen mit der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) Aufgaben der Polizeiverbindungsleute an die Verbindungsleute der EZV delegieren.

…

Art. 7 Abs. 2

2 Sie hat zudem die Aufgabe, Wirtschaftsstraftaten, für welche die Staatsanwaltschaft des Bundes ein Vorverfahren eröffnen kann (Art. 24 StPO[58]), zu erkennen und zu bekämpfen.

9. Bundesgesetz vom 13. Juni 2008[59] über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes

Art. 10 Abs. 4 Einleitungssatz sowie Bst. e

4 Zugriff auf die Daten mittels Abrufverfahren haben:

e.[60] die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) im Rahmen ihrer zollrechtlichen und nichtzollrechtlichen Aufgaben zur Wahrnehmung von Sicherheitsaufga-

57 SR **312.0**
58 SR **312.0**
59 SR **361**
60 Mit Inkrafttreten des Vorläuferstoffgesetzes vom 25. Sept. 2020 (BBl **2020** 7741) wird Buchstabe e des vorliegenden Gesetzes zu Buchstabe f.

ben im Grenzraum zum Schutz der Bevölkerung und zur Wahrung der inneren Sicherheit.

Art. 11 Abs. 5 Bst. e

5 Zugriff auf diese Daten mittels Abrufverfahren haben:

e.[61] die EZV im Rahmen ihrer zollrechtlichen und nichtzollrechtlichen Aufgaben zur Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben im Grenzraum zum Schutz der Bevölkerung und zur Wahrung der inneren Sicherheit.

Art. 12 Abs. 6 Bst. d

6 Zugriff auf diese Daten mittels Abrufverfahren haben:

d.[62] die EZV im Rahmen ihrer zollrechtlichen und nichtzollrechtlichen Aufgaben zur Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben im Grenzraum zum Schutz der Bevölkerung und zur Wahrung der inneren Sicherheit.

Art. 15 Abs. 1 Bst. g^bis^, h und j sowie 4 Einleitungssatz und Bst. k

1 Fedpol betreibt in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein automatisiertes Personen- und Sachfahndungssystem. Dieses dient den zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone bei der Erfüllung folgender Aufgaben:

g^bis^. Vollzug polizeilicher Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten nach dem 5. Abschnitt des Bundesgesetzes vom 21. März 1997[63] über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS);

h. Meldungen von Personen, gegen die eine Ausreisebeschränkung nach Artikel 24*c* BWIS verfügt wurde;

j. verdeckte Registrierung oder gezielte Kontrolle von Personen, Fahrzeugen, Wasserfahrzeugen, Luftfahrzeugen und Containern gestützt auf Artikel 3*b* des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1994[64] über die kriminalpolizeilichen Zentralstellen des Bundes und gemeinsame Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit mit anderen Staaten oder auf Bestimmungen des kantonalen Rechts zur Strafverfolgung oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder für die innere oder äussere Sicherheit;

4 Folgende Behörden und Stellen dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben mittels Abrufverfahren Daten aus dem Informationssystem abrufen:

k.[65] die Transportpolizei.

61 Mit Inkrafttreten des Vorläuferstoffgesetzes vom 25. Sept. 2020 (BBl **2020** 7741) wird Buchstabe e des vorliegenden Gesetzes zu Buchstabe f.
62 Mit Inkrafttreten des Vorläuferstoffgesetzes vom 25. Sept. 2020 (BBl **2020** 7741) wird Buchstabe d des vorliegenden Gesetzes zu Buchstabe e.
63 SR **120**
64 SR **360**
65 Mit Inkrafttreten des Vorläuferstoffgesetzes vom 25. Sept. 2020 (BBl **2020** 7741) wird Buchstabe k des vorliegenden Gesetzes zu Buchstabe l.

*Art. 16 Abs. 2 Buchstabe g^bis^*

2 Das N-SIS dient der Unterstützung von Stellen des Bundes und der Kantone bei der Erfüllung folgender Aufgaben:

g^bis^. Fahndung nach gestohlenen, unterschlagenen, sonst wie abhandengekommenen oder für ungültig erklärten ausgefüllten Identitätsdokumenten wie Pässen, Personalausweisen, Führerausweisen, Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten;

Art. 17 Abs. 4 Bst. m

4 Zugriff auf diese Daten mittels eines automatisierten Abrufverfahrens haben:

m.[66] das SEM zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach den Artikeln 5 Absatz 1 Buchstabe c, 98*c* und 99 AIG[67] sowie nach den Artikeln 5*a*, 26 Absatz 2 und 53 Buchstabe b des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998[68].

Art. 17a Datenindex Terrorismus

1 Fedpol betreibt den Datenindex Terrorismus. Dieser enthält Daten, die laufend aktualisiert werden und für welche die beiden folgenden Voraussetzungen gelten:

a. Die Daten betreffen Personen, die in Verdacht stehen, an strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit Terrorismus beteiligt zu sein.

b. Die Daten werden an fedpol weitergegeben auf der Grundlage:
   1. von Artikel 351 des Strafgesetzbuches[69],
   2. des Staatsvertrags vom 25. Mai 1973[70] zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen,
   3. des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1975[71] zum Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen,
   4. von Artikel 75*a* des Rechtshilfegesetzes vom 20. März 1981[72].

2 Es kann in Bezug auf eine bestimmte Person die Daten mit den weiteren Informationen abgleichen, die ihm im Rahmen der nationalen und internationalen polizeilichen Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden.

3 Die aufgrund eines Treffers im Datenindex Terrorismus beschafften Informationen werden in den dafür vorgesehenen Informationssystemen von fedpol bearbeitet.

66 Mit Inkrafttreten des Vorläuferstoffgesetzes vom 25. Sept. 2020 (BBl **2020** 7741) wird Buchstabe m des vorliegenden Gesetzes zu Buchstabe n.
67 SR **142.20**
68 SR **142.31**
69 SR **311.0**
70 SR **0.351.933.6**
71 SR **351.93**
72 SR **351.1**

Art. 17b Datenweitergabe

1 Fedpol kann die gestützt auf den Abgleich im Datenindex Terrorismus gewonnenen Informationen in Erfüllung seiner Aufgaben als Nationales Zentralbüro Interpol im Einzelfall an ausländische Behörden weitergeben.

2 Es kann die Informationen spontan oder auf Anfrage an folgende inländische Behörden weitergeben:

a. die Bundesanwaltschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach der StPO[73];

b. den NDB, die EZV, das SEM, die Prüfbehörden nach Artikel 21 Absatz 1 BWIS[74] und die kantonalen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, soweit diese die Informationen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

3 Die Datenweitergabe wird im System internationale und interkantonale Polizeikooperation (Art. 12) erfasst.

Art. 18 Geschäfts- und Aktenverwaltungssysteme von fedpol

1 Fedpol betreibt interne elektronische Geschäfts- und Aktenverwaltungssysteme.

2 Es können alle ein- und ausgehenden Meldungen erfasst werden, insbesondere Telefonmitschnitte und -mitschriften, E-Mails, Briefe und Faxmitteilungen. Die Systeme können besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile enthalten.

3 Die Daten dürfen nach Personen, Objekten und Ereignissen erschliessbar gemacht und mit anderen polizeilichen Informationssystemen oder anderen Informationssystemen von fedpol verknüpft werden. Mit einem anderen Informationssystem verknüpfte Daten unterliegen denselben Datenbearbeitungsregeln und Zugriffsbeschränkungen, die für das Hauptinformationssystem gelten.

4 Die Informationen werden so abgelegt, dass gegebenenfalls danach unterschieden werden kann, ob sie im Rahmen der Zusammenarbeit mit Interpol, Schengen, Europol oder im Rahmen anderer zwischenstaatlich vereinbarter Strukturen polizeilicher Zusammenarbeit ausgetauscht werden.

5 Die Systeme enthalten ausserdem, getrennt von den anderen Daten:

a. Daten aus Geschäften der für Ausweisschriften und für die Suche nach vermissten Personen zuständigen Stellen;

b. Informationen, die für die Anordnung von Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten nach dem 5. Abschnitt BWIS[75] notwendig sind;

c. die Verfügungen von fedpol nach den Artikeln 67 Absatz 4 und 68 AIG[76].

6 Die Daten nach Absatz 5 Buchstaben b und c werden höchstens 15 Jahre aufbewahrt.

73 SR **312.0**
74 SR **120**
75 SR **120**
76 SR **142.20**

[7] Der Zugriff auf die Systeme mittels automatisiertem Abrufverfahren ist den Mitarbeitenden von fedpol sowie dem BJ zur Erfüllung seiner Aufgaben nach dem Rechtshilfegesetz vom 20. März 1981[77] vorbehalten. Zugriff auf die Systeme zur Bearbeitung der Daten nach Absatz 5 Buchstaben b und c haben die Mitarbeitenden von fedpol, die für die Bearbeitung der entsprechenden Verfügungen zuständig sind.

10. Zwangsanwendungsgesetz vom 20. März 2008[78]

Art. 6 Bst. a^bis^ und c

Als polizeiliche Massnahmen gelten:

a^bis^. die Wegweisung und das Fernhalten von Personen;

c. die Durchsuchung von Räumen, Gegenständen und Fahrzeugen;

Art. 19a Wegweisung und Fernhaltung

Personen können von einem Ort vorübergehend weggewiesen oder ferngehalten werden, wenn dies für den Vollzug einer polizeilichen Massnahme erforderlich ist.

Art. 20a Durchsuchung von Räumen, Gegenständen und Fahrzeugen

[1] Räume, Gegenstände und Fahrzeuge können durchsucht werden, wenn sie von einer Person genutzt werden, die die Voraussetzungen einer Durchsuchung erfüllt.

[2] Die Durchsuchung erfolgt nach Möglichkeit in Gegenwart der Person, welche die Sachherrschaft innehat.

[3] Erfolgt sie in Abwesenheit dieser Person, so wird die Durchsuchung dokumentiert.

11. Luftfahrtgesetz vom 21. Dezember 1948[79]

Art. 108b

IV*b*. Zuverlässigkeitsüberprüfung
1. Grundsätze

[1] Folgende Stellen müssen Zuverlässigkeitsüberprüfungen durchführen:

a. Luftverkehrsunternehmen mit Sitz in der Schweiz: für ihr Luftfahrtpersonal;

b. Flughafenhalter: für alle anderen Personen, die Zugang zum Sicherheitsbereich eines Flughafens haben oder erhalten sollen.

[2] Die Zuverlässigkeitsüberprüfung umfasst zumindest:

77 SR **351.1**
78 SR **364**
79 SR **748.0**

a. die Verifizierung der Identität der betreffenden Person;

b. die Überprüfung, ob Vorstrafen vorhanden oder Strafverfahren hängig sind;

c. die Kontrolle des Lebenslaufs, insbesondere die Angaben über bisherige Beschäftigungen, Ausbildungen und Auslandsaufenthalte.

3 Sie darf nur mit der Einwilligung der zu prüfenden Person durchgeführt werden. Wird der Zugang zum Sicherheitsbereich des Flughafens nicht gewährt, so kann die betroffene Person vom Flughafenhalter eine Verfügung verlangen.

Art. 108c

2. Datenbearbeitung

1 Das Luftverkehrsunternehmen oder der Flughafenhalter kann der zuständigen kantonalen Polizeistelle zur Abklärung des Sicherheitsrisikos die Daten nach Artikel 108*b* Absatz 2 bekanntgeben.

2 Die zuständige kantonale Polizeistelle kann zur Abklärung des Sicherheitsrisikos:

a. Daten aus dem Strafregister erheben, einschliesslich Daten über hängige Strafverfahren;

b. beim Nachrichtendienst des Bundes Auskünfte einholen.

3 Sie kann Daten, die für die Zuverlässigkeitsüberprüfung benötigt werden, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofilen, bei einer ausländischen Polizeistelle einholen und die Daten bearbeiten, sofern der angemessene Schutz der übermittelten Daten gewährleistet ist.

4 Sie übermittelt dem Flughafenhalter und dem Luftverkehrsunternehmen die Daten, die für den Erlass der Verfügung nach Artikel 108*b* Absatz 3 benötigt werden, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofilen.

Art. 108d

3. Empfehlung

Die zuständige kantonale Polizeistelle gibt auf Antrag des Luftverkehrsunternehmens oder des Flughafenhalters eine Empfehlung ab, der betreffenden Person Zugang zum Sicherheitsbereich des Flughafens zu gewähren oder nicht.

Art. 108e

4. Wiederholung

Die Zuverlässigkeitsüberprüfung ist in regelmässigen Abständen zu wiederholen. Sie wird vorzeitig durchgeführt, wenn Grund zur Annahme besteht, dass neue Risiken entstanden sind.

12. Strafregistergesetz vom 17. Juni 2016[80]

Art. 46 Bst. d Ziff. 3

Folgende angeschlossene Behörden können durch ein Abrufverfahren in alle im Behördenauszug 2 erscheinenden Daten (Art. 38) Einsicht nehmen, soweit dies für die Erfüllung der nachstehend genannten Aufgaben notwendig ist:

d.	die kantonalen Polizeistellen:	3. für die Abklärung des Sicherheitsrisikos im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach Artikel 108*b* des Luftfahrtgesetzes vom 21. Dezember 1948[81];

13. Bundesgesetz vom 18. März 2016[82] betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Art. 1 Abs. 1 Bst. f

[1] Dieses Gesetz gilt für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, die angeordnet und durchgeführt wird:

f. im Rahmen von Mobilfunklokalisierungen nach dem Bundesgesetz vom 21. März 1997[83] über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS).

Art. 10 Abs. 2ter

[2ter] Das Recht auf Auskunft über die Daten, die im Rahmen von Mobilfunklokalisierungen nach Artikel 23*q* Absatz 3 BWIS[84] gesammelt wurden, richtet sich nach dem DSG, wenn eine Bundesbehörde mit der Überwachung befasst ist, oder nach kantonalem Recht, wenn eine kantonale Behörde damit befasst ist.

Art. 11 Abs. 4ter und 5 erster Satz

[4ter] Die im Rahmen von Mobilfunklokalisierungen nach Artikel 23*q* Absatz 3 BWIS[85] gesammelten Daten sind im Verarbeitungssystem nach Abschluss der Überwachung während höchstens 100 Tagen aufzubewahren. Besteht ein konkreter Grund zur Annahme, dass sie in einem Strafverfahren benötigt werden, so richtet sich die Aufbewahrungsfrist nach den Regeln des anwendbaren Strafverfahrensrechts.

80 BBl **2016** 4871
81 SR **748.0**
82 SR **780.1**
83 SR **120**
84 SR **120**
85 SR **120**

5 Die mit dem Verfahren befasste Behörde oder, wenn keine Behörde mehr mit dem Verfahren befasst ist, die letzte damit befasste Behörde ist für die Einhaltung der in den Absätzen 1–4ter genannten Fristen verantwortlich. …

II

Die Koordination mit anderen Erlassen sind im Anhang geregelt.

III

1 Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

2 Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Ständerat, 25. September 2020	Nationalrat, 25. September 2020
Der Präsident: Hans Stöckli Die Sekretärin: Martina Buol	Die Präsidentin: Isabelle Moret Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Datum der Veröffentlichung: 6. Oktober 2020[86]

Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 2021

86 BBl **2020** 7741

Anhang
(Ziff. II)

Koordination mit anderen Erlassen

1. Koordination mit dem Strafregistergesetz vom 17. Juni 2016 (StReG)

Mit Inkrafttreten des StReG[87] *(Anhang 1 Ziff. 3 Strafgesetzbuch*[88]*, StGB) lauten die nachstehenden Bestimmungen des StGB (Ziff. I Ziff. 6) des vorliegenden Gesetzes wie folgt:*

Art. 365 Abs. 2 Bst. v und 367 Abs. 2 Bst. n und 4

Gegenstandslos oder Aufgehoben

2. Koordination mit dem Bundesgesetz vom 25. September 2020 über den Datenschutz (DSG)

1. *Mit Inkrafttreten des DSG*[89] *lautet die nachstehende Bestimmung der vorliegenden Änderung des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008*[90] *über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (Ziff. I Ziff. 9) wie folgt:*

Art. 18 Abs. 2

2 Es können alle ein- und ausgehenden Meldungen erfasst werden, insbesondere Telefonmitschnitte und -mitschriften, E-Mails, Briefe und Faxmitteilungen. Die Systeme können besonders schützenswerte Personendaten enthalten.

2. *Mit Inkrafttreten des DSG lautet die nachstehende Bestimmung der vorliegenden Änderung des Luftfahrtgesetzes vom 21. Dezember 1948*[91] *(Ziff. I Ziff. 11) wie folgt:*

Art. 108c Abs. 3 und 4

3 Sie kann Daten, die für die Zuverlässigkeitsüberprüfung benötigt werden, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bei einer ausländischen Polizeistelle einholen und die Daten bearbeiten, sofern der angemessene Schutz der übermittelten Daten gewährleistet ist.

4 Sie übermittelt dem Flughafenhalter und dem Luftverkehrsunternehmen die Daten, die für den Erlass der Verfügung nach Artikel 108*b* Absatz 3 benötigt werden, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten.

87 BBl **2016** 4871
88 SR **311.0**
89 BBl **2020** 7637
90 SR **361**
91 SR **748.0**

3. Koordination mit dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019

Unabhängig davon, ob zuerst die vorliegende Änderung des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003[92] *über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) (Ziff. I Ziff. 4) oder die Änderung des BGIAA im Rahmen des E-ID-Gesetzes vom 27. September 2019*[93] *(Anhang Ziff. 1) in Kraft tritt, lautet mit Inkrafttreten des später in Kraft tretenden Gesetzes sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten die nachstehende Bestimmung wie folgt:*

Art. 9 Abs. 1 Bst. c und 2 Bst. c Einleitungssatz

1 Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Ausländerbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit ausschliesslich zur Personenidentifizierung bei:
   1. dem polizeilichen Nachrichtenaustausch,
   2. sicherheits-und gerichtspolizeilichen Ermittlungen,
   3. Auslieferungsverfahren,
   4. Rechts- und Amtshilfe,
   5. der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung,
   5bis. der Überstellung verurteilter Personen,
   5ter. dem stellvertretenden Straf- und Massnahmenvollzug,
   6. der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens,
   7. der Kontrolle von Ausweisschriften,
   8. der Zuordnung und Aktualisierung von Personenidentifizierungsdaten nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019[94],
   9. Nachforschungen nach vermissten Personen,
   10. der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008[95] über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI);

2 Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Asylbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit:

92 SR **142.51**
93 BBl **2019** 6567
94 BBl **2019** 6567
95 SR **361**

4. Koordination mit dem Vorläuferstoffgesetz vom 25. September 2020

Unabhängig davon, ob zuerst die vorliegende Änderung des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003[96] *über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) (Ziff. I Ziff. 4) oder die Änderung des BGIAA im Rahmen des Vorläuferstoffgesetzes vom 25. September 2020*[97] *(Anhang Ziff. 1) in Kraft tritt, lautet mit Inkrafttreten des später in Kraft tretenden Gesetzes sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten die nachstehende Bestimmung wie folgt:*

Art. 9 Abs. 1 Bst. c und 2 Bst. c Ziff. 1

1 Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Ausländerbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit ausschliesslich zur Personenidentifikation bei:
   1. dem polizeilichen Nachrichtenaustausch,
   2. sicherheits-und gerichtspolizeilichen Ermittlungen,
   3. Auslieferungsverfahren,
   4. Rechts- und Amtshilfe,
   5. der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung,
   5bis. der Überstellung verurteilter Personen,
   5ter. dem stellvertretenden Straf- und Massnahmenvollzug,
   6. der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens,
   6bis. der Bekämpfung des Missbrauchs von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe;
   7. der Kontrolle von Ausweisschriften,
   8. Nachforschungen nach vermissten Personen,
   9. der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008[98] über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI);

2 Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Asylbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit:
   1. ausschliesslich zur Personenidentifikation in den Bereichen des polizeilichen Nachrichtenaustausches, der sicherheits- und gerichtspolizeilichen Ermittlungen, bei Auslieferungsverfahren, bei Rechts- und Amtshilfe, bei der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung, bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des

96 SR **142.51**
97 SR …; BBl **2020** 7773
98 SR **361**

organisierten Verbrechens, bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe, bei der Kontrolle von Ausweisschriften, bei Nachforschungen nach vermissten Personen, bei der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 BPI sowie der Begutachtung der Asylunwürdigkeit nach Artikel 53 AsylG,

5. Koordination mit E-ID-Gesetz vom 27. September 2019 und dem Vorläuferstoffgesetz vom 25. September 2020

Mit Inkrafttreten der vorliegenden Änderung des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003[99] *über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) (Ziff. I Ziff. 4), der Änderung des BGIAA im Rahmen des Vorläuferstoffgesetzes vom 25. September 2020*[100] *(Anhang Ziff. 1)und der Änderung des BGIAA im Rahmen des E-ID-Gesetzes vom 27. September 2019*[101] *(Anhang Ziff. 1) lautet die nachstehende Bestimmung wie folgt:*

Art. 9 Abs. 1 Bst. c und 2 Bst. c Ziff. 1

1 Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Ausländerbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit ausschliesslich zur Personenidentifizierung bei:
   1. dem polizeilichen Nachrichtenaustausch,
   2. sicherheits-und gerichtspolizeilichen Ermittlungen,
   3. Auslieferungsverfahren,
   4. Rechts- und Amtshilfe,
   5. der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung,
   5bis. der Überstellung verurteilter Personen,
   5ter. dem stellvertretenden Straf- und Massnahmenvollzug,
   6. der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens,
   6bis. der Bekämpfung des Missbrauchs von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe;
   7. der Kontrolle von Ausweisschriften,
   8. der Zuordnung und Aktualisierung von Personenidentifizierungsdaten nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019[102],
   9. Nachforschungen nach vermissten Personen,

99 SR **142.51**
100 SR…; BBl **2020** 7773
101 SR…; BBl **2019** 6567
102 BBl **2019** 6567

10. der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008[103] über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI);

[2] Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Asylbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

c. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit:
   1. ausschliesslich zur Personenidentifikation in den Bereichen des polizeilichen Nachrichtenaustausches, der sicherheits- und gerichtspolizeilichen Ermittlungen, bei Auslieferungsverfahren, bei Rechts- und Amtshilfe, bei der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung, bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens, bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe, bei der Kontrolle von Ausweisschriften, bei Nachforschungen nach vermissten Personen, bei der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 BPI sowie der Begutachtung der Asylunwürdigkeit nach Artikel 53 AsylG,

[103] SR **361**

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

FF 2020
www.droitfederal.admin.ch
La version électronique
signée fait foi

Délai référendaire: 14 janvier 2021

Loi fédérale sur les mesures policières de lutte contre le terrorisme (MPT)

du 25 septembre 2020

L'Assemblée fédérale de la Confédération,
vu le message du Conseil fédéral du 22 mai 2019[1],
arrête:

I

Les actes mentionnés ci-après sont modifiés comme suit:

1. Loi fédérale du 21 mars 1997 instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure[2]

Préambule
vu les art. 54, al. 1, 57, al. 2, 123, al. 1, et 173, al. 2, de la Constitution[3],

*Art. 2, al. 2, let. d^bis^*

2 On entend par mesures policières préventives:

d^bis^. les mesures prévues à la section 5, qui visent à empêcher les activités terroristes;

Art. 6, al. 2

2 Les communes auxquelles un canton délègue des tâches définies par la présente loi collaborent directement avec les autorités fédérales.

1 FF **2019** 4541
2 RS **120**
3 RS **101**

Titre précédant l'art. 22

Section 4*a* Tâches relatives à la protection des personnes et des bâtiments

Art. 23d

Ex-art. 24

Titre précédant l'art. 23e

Section 5 Mesures visant à empêcher les activités terroristes

Art. 23e Définitions

1 Par terroriste potentiel, on entend une personne dont on présume sur la base d'indices concrets et actuels qu'elle mènera des activités terroristes.

2 Par activités terroristes, on entend les actions destinées à influencer ou à modifier l'ordre étatique et susceptibles d'être réalisées ou favorisées par des infractions graves ou la menace de telles infractions ou par la propagation de la crainte.

Art. 23f Principes

1 Fedpol prononce, sous forme de décision, à l'encontre d'un terroriste potentiel les mesures visées aux art. 23*k* à 23*q* si les conditions suivantes sont remplies:

a. les risques qu'il représente ne semblent pas pouvoir être écartés efficacement par des mesures sociales, intégratives ou thérapeutiques ni par des mesures de protection de l'enfant et de l'adulte;

b. les mesures cantonales de prévention générale des menaces ne sont pas suffisantes;

c. aucune mesure de substitution ou de contrainte entraînant une privation de liberté fondée sur le code de procédure pénale[4] qui ait le même effet que les mesures visées aux art. 23*k* à 23*q* n'a été ordonnée; la procédure doit être convenue entre fedpol et le ministère public compétent.

2 Les mesures visées aux art. 23*k* à 23*o* sont si possible accompagnées de mesures sociales, intégratives ou thérapeutiques.

3 Une mesure doit être levée si les conditions de son prononcé ne sont plus remplies. La personne concernée doit être immédiatement informée de la levée.

4 La personne concernée peut en tout temps adresser à fedpol une demande de levée de la mesure.

4 RS **312.0**

Art. 23g Durée d'une mesure

1 La durée de la mesure est limitée à six mois. Elle peut être prolongée une fois de six mois au plus. La durée de l'assignation à résidence est réglée à l'art. 23*o*, al. 5.

2 La même mesure peut à nouveau être ordonnée lorsqu'il existe des indices nouveaux et concrets d'activité terroriste.

Art. 23h Traitement des données

1 En vue de motiver une mesure visée aux art. 23*k* à 23*q*, d'examiner si les conditions nécessaires pour l'ordonner sont remplies et de l'exécuter, fedpol et les autorités cantonales compétentes peuvent traiter des données sensibles de terroristes potentiels, notamment des données sur les opinions ou les activités religieuses et philosophiques, sur la santé, sur les mesures d'aide sociale et sur les poursuites ou sanctions pénales et administratives. Les données sensibles de tiers ne peuvent être traitées que dans la mesure où le terroriste potentiel est ou a été en contact avec ces personnes et que ces données sont indispensables à l'évaluation de la menace que le terroriste potentiel représente.

2 Les autorités fédérales et cantonales de police et de poursuite pénale, les autorités cantonales d'exécution, les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte, les écoles et autorités en charge de la formation, les bureaux de l'intégration, les services du contrôle des habitants, les offices des migrations, les offices des mineurs et les services sociaux peuvent échanger les données personnelles nécessaires à l'accomplissement des tâches définies à la présente section, y compris des données sensibles. L'art. 6, al. 2, est réservé.

3 Fedpol peut informer les exploitants d'infrastructures critiques visées à l'art. 6, al. 1, let. a, ch. 4, de la loi fédérale du 25 septembre 2015 sur le renseignement (LRens)[5] des mesures prononcées en vertu des art. 23*k* à 23*q* lorsque le terroriste potentiel représente une menace pour ces infrastructures. À cette fin, fedpol peut transmettre des données sensibles.

Art. 23i Demande

1 L'autorité cantonale ou communale compétente et le SRC peuvent demander à fedpol de prononcer des mesures en vertu de la présente section.

2 La demande doit démontrer que les conditions légales sont remplies; elle doit également contenir des informations sur le type, la durée et l'exécution de la mesure demandée.

Art. 23j Prononcé des mesures sous forme de décision

1 Fedpol prononce, sous forme de décision, les mesures visées aux art. 23*k* à 23*q*. Si la demande a été déposée par une autorité cantonale ou communale, fedpol consulte le SRC au préalable. Si la demande a été déposée par le SRC, fedpol consulte au préalable le canton concerné.

5 RS **121**

2 Il saisit la mesure et l'infraction à la mesure dans le système de recherches informatisées de police (RIPOL) visé à l'art. 15, al. 1, de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération[6].

3 Il peut suspendre une mesure d'entente avec le canton concerné ou la commune concernée pour de justes motifs.

Art. 23k Obligation de se présenter et de participer à des entretiens

1 Fedpol peut obliger un terroriste potentiel à se présenter régulièrement auprès d'un service cantonal ou communal désigné par l'autorité requérante pour s'entretenir avec un ou plusieurs professionnels.

2 Les entretiens doivent permettre d'évaluer la menace que représente le terroriste potentiel, ainsi que son évolution, et de l'écarter.

3 Si la personne concernée est mineure, ses parents ou les autres personnes qui détiennent l'autorité parentale doivent être associés aux entretiens dans la mesure où le but de ces entretiens ne s'en trouve pas compromis.

4 Si la personne concernée ne peut pas se rendre à un entretien convenu, elle doit en informer immédiatement le service cantonal ou communal compétent en indiquant les motifs qui l'en empêchent et demander le report de l'entretien. Celui-ci n'est accordé que si les motifs sont importants et sur présentation, de la part de la personne concernée, d'une attestation.

5 Le service cantonal ou communal informe l'autorité requérante et fedpol:

a. des incidents importants pour la sécurité pendant l'exécution d'une mesure;

b. du manquement à l'obligation de se présenter;

c. des entretiens reportés ou annulés;

d. du refus de s'entretenir avec un professionnel;

e. du résultat des entretiens menés avec un professionnel.

6 Les informations visées à l'al. 5, let. a et b, doivent être données sans retard.

Art. 23l Interdiction de contact

Fedpol peut interdire à un terroriste potentiel d'avoir des contacts, directement ou par l'intermédiaire d'un tiers, avec des personnes déterminées ou des groupes de personnes déterminés.

Art. 23m Interdiction géographique

1 Fedpol peut interdire à un terroriste potentiel de quitter un périmètre qui lui est assigné ou d'entrer dans un périmètre ou un immeuble déterminés.

2 Il peut autoriser des exceptions pour de justes motifs.

6 RS **361**

Art. 23n Interdiction de quitter le territoire

1 Fedpol peut interdire à un terroriste potentiel de quitter la Suisse lorsque des indices concrets et actuels laissent présumer qu'il a l'intention d'accomplir des activités terroristes à l'étranger.

2 En cas d'interdiction de quitter le territoire, il peut:

a. mettre sous séquestre des documents de voyage suisses;

b. saisir des documents de voyage étrangers s'il existe un intérêt prépondérant pour la Suisse à empêcher la personne concernée de partir à l'étranger et si aucune mesure moins sévère ne peut être prise.

3 Il informe l'État concerné de la saisie des documents de voyage étrangers. Si cet État s'y oppose, fedpol lève la saisie et rend les documents de voyage à la personne concernée.

4 Il peut déclarer invalides les documents de voyage mis sous séquestre et les signaler dans le RIPOL, dans la partie nationale du Système d'information Schengen (SIS) et via Interpol (art. 351, al. 2, du code pénal [CP][7]).

5 Il peut signaler des documents de voyage étrangers dans le RIPOL, dans le SIS et via Interpol (art. 351, al. 2, CP) si l'État concerné les a déclarés invalides et approuve le signalement.

6 Fedpol, l'Administration fédérale des douanes (AFD) et les autorités de police cantonales peuvent mettre sous séquestre les billets de voyage. Ils peuvent demander aux entreprises de transport de déclarer invalides les billets de voyage électroniques.

7 Lorsqu'il y a péril en la demeure, ils peuvent saisir provisoirement ou déclarer invalides les documents de voyage suisses et étrangers et les billets de voyage sans qu'une interdiction de quitter le territoire n'ait été prononcée ou demander aux entreprises de transport de déclarer invalides les billets de voyage électroniques.

8 Si la personne concernée est un ressortissant suisse, fedpol lui délivre, pour la durée de l'interdiction de quitter le territoire, une attestation de nationalité et d'identité. Fedpol délivre une attestation d'identité à un ressortissant étranger.

Art. 23o Assignation à résidence: principes

1 Fedpol peut assigner un terroriste potentiel à résidence dans un immeuble ou une institution désignés par l'autorité requérante:

a. s'il existe des indices concrets et actuels selon lesquels il constitue une menace considérable pour la vie ou l'intégrité corporelle de tiers qui ne peut être écartée d'une autre manière, et

b. si une ou plusieurs des mesures ordonnées en vertu des art. 23*k* à 23*n* ont été violées.

2 L'assignation à résidence doit avoir lieu dans un immeuble que le terroriste potentiel utilise comme domicile ou dans lequel il séjourne pour y recevoir des soins ou

7 RS **311.0**

un traitement. Le terroriste potentiel peut exceptionnellement être assigné à résidence dans un autre immeuble ou une autre institution publics ou privés si:

a. la menace ne peut pas être écartée efficacement d'une autre manière, et que

b. l'immeuble ou l'institution lui offrent un cadre domestique où il peut organiser sa vie et assumer ses responsabilités.

3 Après avoir consulté les autorités impliquées, fedpol peut accorder des dérogations à l'assignation à résidence pour de justes motifs, notamment pour des raisons de santé, de profession, de formation, de liberté de croyance ou de famille.

4 Les contacts avec le monde extérieur et la vie sociale ne peuvent être limités que dans la proportion indispensable à l'exécution de la mesure.

5 La durée de la mesure est limitée à trois mois. Elle peut être prolongée à deux reprises, chaque fois de trois mois au plus.

Art. 23p Assignation à résidence: procédure

1 Fedpol soumet immédiatement la requête d'assignation à résidence au tribunal des mesures de contrainte du canton de Berne pour qu'il en examine la légalité et l'adéquation. Le tribunal statue immédiatement ou au plus tard dans les 48 heures suivant la réception de la requête.

2 Si la mesure doit être prolongée, fedpol adresse au tribunal des mesures de contrainte une requête écrite et motivée au plus tard quatre jours avant l'échéance de la mesure. Le tribunal peut ordonner une prolongation de la mesure jusqu'à ce qu'il ait statué.

3 L'art. 65, al. 4, de la loi du 19 mars 2010 sur l'organisation des autorités pénales[8] s'applique à l'indemnisation du canton de Berne.

4 Si fedpol n'accède pas à une demande de levée de la mesure motivée par écrit par la personne concernée, il transmet cette demande dans les trois jours au tribunal des mesures de contrainte, en y joignant une prise de position motivée. Le tribunal statue au plus tard dans les cinq jours suivant la réception de la demande.

5 Fedpol met immédiatement un terme à l'assignation à résidence lorsque:

a. les conditions du prononcé de la mesure ne sont plus remplies;

b. le tribunal des mesures de contrainte s'oppose à ce qu'une mesure soit ordonnée ou prolongée, ou que

c. fedpol ou le tribunal des mesures de contrainte donne suite à la demande de levée de la mesure.

Art. 23q Surveillance électronique et localisation par téléphonie mobile

1 Pour exécuter les mesures visées aux art. 23*l* à 23*o*, fedpol peut ordonner à l'encontre d'un terroriste potentiel une surveillance électronique ou une localisation par téléphonie mobile lorsque les mesures prises jusqu'alors dans le cadre du con-

8 RS **173.71**

trôle de l'exécution de la mesure sont restées vaines ou n'auraient aucune chance d'aboutir ou seraient excessivement difficiles en l'absence de surveillance ou de localisation.

2 Le dispositif de surveillance électronique peut être fixé sur le corps du terroriste potentiel. Si le dispositif n'est pas fixé au corps, le terroriste potentiel doit constamment l'avoir avec lui en état de fonctionnement. Le terroriste potentiel ne doit pas restreindre la capacité de fonctionnement du dispositif.

3 Aux fins de localisation par téléphonie mobile, l'autorité chargée de l'exécution peut exiger que lui soient fournies les données secondaires de télécommunication au sens de l'art. 8, let. b, de la loi fédérale du 18 mars 2016 sur la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication[9]. Le terroriste potentiel doit constamment avoir l'appareil de téléphonie avec lui, allumé et en état de fonctionnement.

4 Les données collectées ne peuvent être traitées que dans les buts suivants:

a. constater les violations des mesures visées aux art. 23*l* à 23*o*;

b. poursuivre pénalement un crime ou un délit grave selon le droit de procédure applicable;

c. prévenir un danger pour des tiers ou une grave mise en danger de soi-même du terroriste potentiel;

d. contrôler et assurer le fonctionnement des moyens techniques.

5 Les données collectées durant la surveillance électronique sont détruites au plus tard 12 mois après la fin de la surveillance pour autant qu'il n'existe pas de raison concrète de penser qu'elles pourront servir de moyens de preuve dans une procédure pénale.

6 L'autorité chargée de l'exécution de la mesure définit les personnes autorisées à traiter les données collectées et prévoit des mesures propres à protéger les données contre toute utilisation abusive.

Art. 23r Exécution des mesures

1 L'exécution et le contrôle des mesures visées à la présente section incombent aux cantons. L'art. 23*n* est réservé.

2 Fedpol fournit une assistance sur les plans de l'administration et de l'exécution.

3 Les autorités chargées de l'exécution de ces mesures peuvent, dans la mesure où les intérêts à protéger le justifient, faire usage de la contrainte et de mesures policières.

Art. 24

Abrogé

9 RS **780.1**

Art. 24a, al. 7, 1re phrase, et 9

7 Les services de fedpol chargés de l'exécution de la présente loi, les autorités de police des cantons et l'AFD peuvent consulter en ligne le système d'information. …

9 Fedpol peut communiquer des données personnelles à des autorités de police et à des organes de sûreté étrangers. L'art. 61, al. 1, 2, 5 et 6, LRens[10] est applicable par analogie. Les données ne peuvent être communiquées que si l'autorité ou l'organe garantit qu'elles serviront exclusivement à ordonner des mesures visant à empêcher les violences lors de manifestations sportives. La protection des sources doit être garantie.

Art. 24c, al. 1, let. a, 5, 2e phrase, et 6

1 Une personne peut être soumise pendant une période déterminée à une interdiction de quitter la Suisse pour se rendre dans un pays donné aux conditions suivantes:

a. une interdiction de périmètre ou une obligation de se présenter a été prononcée à son encontre parce qu'elle a, lors de manifestations sportives, pris part de façon avérée à des actes de violence dirigés contre des personnes ou des objets;

5 ... Les cantons peuvent demander de telles interdictions.

6 L'interdiction de se rendre dans un pays donné est inscrite dans le système de recherche informatisé de police (art. 15 de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération[11]).

Titre précédant l'art. 24f

Section 5*b* Dispositions communes aux sections 5 et 5*a*

Art. 24f Âge

1 Les mesures prévues aux art. 23*k* à 23*n*, 23*q* et 24*c* ne peuvent être ordonnées qu'à l'encontre de personnes âgées d'au moins 12 ans.

2 La mesure prévue à l'art. 23*o* ne peut être ordonnée qu'à l'encontre de personnes âgées d'au moins 15 ans.

Art. 24g Voies de droit

1 Les décisions de fedpol concernant les mesures visées aux sections 5 et 5*a* et les décisions du tribunal des mesures de contrainte visées à l'art. 23*p* peuvent être attaquées devant le Tribunal administratif fédéral.

2 Le recours est régi par l'art. 48 de la loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative[12]. Ont également qualité pour recourir:

10 RS **121**
11 RS **361**
12 RS **172.021**

a. l'autorité requérante cantonale ou communale, contre les décisions de fedpol;

b. fedpol, contre les décisions du tribunal des mesures de contrainte.

3 Le recours n'a pas d'effet suspensif. Le juge instructeur de l'autorité de recours peut accorder d'office ou à la demande d'une partie l'effet suspensif lorsque le but de la mesure ne s'en trouve pas compromis.

Titre suivant l'art. 29

Section 6*a* Dispositions pénales

Art. 29a Violation des mesures visées aux art. 23*k* à 23*q*

1 Quiconque contrevient aux mesures visées aux art. 23*l* à 23*q* est puni d'une peine privative de liberté de trois ans au plus ou d'une peine pécuniaire.

2 La peine est l'amende si le délinquant a agi par négligence.

3 Est puni de l'amende quiconque, intentionnellement ou par négligence, viole la mesure visée à l'art. 23*k*.

Art. 29b Action pénale

La poursuite et le jugement des infractions visées à l'art. 29*a* sont soumis à la juridiction fédérale.

2. Loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration[13]

Art. 31, al. 3, 1re phrase

3 Les apatrides au sens des al. 1 et 2 et les apatrides sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[14], 49*a* ou 49*a*bis CPM[15] entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 de la présente loi entrée en force sont autorisés à exercer dans toute la Suisse une activité lucrative. …

Art. 75, al. 1, phrase introductive, ainsi que let. a et i

1 Afin d'assurer l'exécution d'une procédure de renvoi ou d'expulsion ou d'une procédure pénale pouvant entraîner une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[16] ou 49*a* ou 49*a*bis CPM[17], l'autorité cantonale compétente peut ordonner la détention pendant la préparation de la décision sur le séjour, pour une durée de six

13 RS **142.20**
14 RS **311.0**
15 RS **321.0**
16 RS **311.0**
17 RS **321.0**

mois au plus, d'une personne qui n'est pas titulaire d'une autorisation de courte durée, de séjour ou d'établissement, pour l'une des raisons suivantes:

a. lors de la procédure d'asile, de renvoi ou d'expulsion ou de la procédure pénale dans laquelle elle encourt une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP ou 49*a* ou 49*a*bis CPM, la personne refuse de décliner son identité, dépose plusieurs demandes d'asile sous des identités différentes, ne donne pas suite à une convocation à réitérées reprises et sans raisons valables ou n'observe pas d'autres prescriptions des autorités dans le cadre de la procédure d'asile;

i. selon les informations de fedpol ou du SRC, elle menace la sécurité intérieure ou extérieure de la Suisse.

Art. 76, al. 1, phrase introductive et let. b, ch. 1

1 Après notification d'une décision de première instance de renvoi ou d'expulsion au sens de la présente loi ou d'une décision de première instance d'expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[18] ou 49*a* ou 49*a*bis CPM[19], l'autorité compétente peut, afin d'en assurer l'exécution, prendre les mesures ci-après:

b. mettre en détention la personne concernée:

1. pour les motifs cités à l'art. 75, al. 1, let. a, b, c, f, g, h ou i,

Art. 76a, al. 2, let. j

2 Les éléments concrets suivants font craindre que l'étranger entend se soustraire à l'exécution du renvoi:

j. selon les informations de fedpol ou du SRC, il menace la sécurité intérieure ou extérieure de la Suisse.

Art. 81, al. 5 et 6

5 L'autorité compétente peut restreindre les possibilités d'un étranger en détention d'avoir des contacts, directement ou par l'intermédiaire d'un tiers, avec des personnes déterminées ou des groupes de personnes déterminés:

a. si, selon les informations des autorités de police ou de poursuite pénale de la Confédération et des cantons, la personne concernée représente une menace concrète pour la sécurité intérieure ou extérieure, et

b. si les autres mesures sont restées vaines ou qu'il n'en existe pas.

6 L'autorité compétente peut ordonner une détention cellulaire à l'encontre d'un étranger en détention si la restriction prévue à l'al. 5 s'est révélée insuffisante pour écarter efficacement la menace pour la sécurité intérieure ou extérieure.

18 RS **311.0**
19 RS **321.0**

Art. 83, al. 1, 5, 2e phrase, 7, phrase introductive (ne concerne que les textes allemand et italien), ainsi que let. c, et 9

1 Le SEM décide d'admettre provisoirement l'étranger si l'exécution du renvoi n'est pas possible, n'est pas licite ou ne peut être raisonnablement exigée.

5 ... Si l'étranger renvoyé vient de l'un de ces États ou d'un État membre de l'UE ou de l'AELE, l'exécution du renvoi est en principe exigible.

7 L'admission provisoire visée aux al. 2 et 4 n'est pas ordonnée dans les cas suivants:

c. l'impossibilité d'exécuter le renvoi est due au comportement de l'étranger.

9 L'admission provisoire n'est pas ordonnée ou prend fin avec l'entrée en force d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP, 49*a* ou 49*a*bis CPM[20] ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 de la présente loi.

Art. 84, al. 2

2 Si tel n'est plus le cas, il lève l'admission provisoire et ordonne l'exécution du renvoi.

Art. 86, al. 1bis, let. b et d

1bis Les dispositions qui régissent l'octroi de l'aide sociale aux réfugiés auxquels la Suisse a accordé l'asile s'appliquent également:

b. aux réfugiés sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[21], 49*a* ou 49*a*bis CPM[22] entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 de la présente loi entrée en force;

d. aux apatrides sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP, 49*a* ou 49*a*bis CPM entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 de la présente loi entrée en force.

Art. 87, al. 1, let. d

1 La Confédération verse aux cantons:

d. pour chaque apatride au sens de l'art. 31, al. 1, et pour chaque apatride sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[23], 49*a* ou 49*a*bis CPM[24] entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 de la présente loi entrée en force, une indemnité forfaitaire au sens des art. 88, al. 3, et 89 LAsi.

20 RS **321.0**
21 RS **311.0**
22 RS **321.0**
23 RS **311.0**
24 RS **321.0**

Art. 98c Collaboration et coordination avec fedpol

1 Le SEM collabore avec fedpol dans le cadre de ses tâches légales dans la lutte contre le terrorisme.

2 Il coordonne les mesures relevant de ses compétences avec les mesures de police préventive et les mesures administratives de fedpol.

3. Loi du 26 juin 1998 sur l'asile[25]

Art. 5a Collaboration et coordination avec fedpol

1 Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) collabore avec fedpol dans le cadre de ses tâches légales dans la lutte contre le terrorisme.

2 Il coordonne les mesures relevant de ses compétences avec les mesures de police préventive et les mesures administratives de fedpol.

Art. 6a, al. 1

1 Le SEM décide de l'octroi ou du refus de l'asile, ainsi que du renvoi d'un requérant de Suisse.

Art. 37, al. 6

6 Le SEM statue en priorité et sans délai lorsque le requérant est détenu aux fins d'extradition sur la base d'une demande adressée par l'État contre lequel il cherche à se protéger en Suisse. Cela vaut aussi lorsqu'il est sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*^{bis} du code pénal (CP)[26], 49*a* ou 49*a*^{bis} du code pénal militaire du 13 juin 1927 (CPM)[27] ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 LEI[28].

Art. 61, al. 1

1 Les personnes qui ont obtenu l'asile en Suisse ou qui y ont été admises à titre provisoire comme réfugiés et les réfugiés sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*^{bis} CP[29], 49*a* ou 49*a*^{bis} CPM[30] entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 LEI[31] entrée en force sont autorisés à exercer dans toute la Suisse une activité lucrative si les conditions de rémunération et de travail usuelles du lieu, de la profession et de la branche sont respectées (art. 22 LEI).

25 RS **142.31**
26 RS **311.0**
27 RS **321.0**
28 RS **142.20**
29 RS **311.0**
30 RS **321.0**
31 RS **142.20**

Art. 79, let. d

La protection provisoire s'éteint lorsque la personne à protéger:

d. est sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[32], 49*a* ou 49*a*bis CPM[33] entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 LEI[34] entrée en force.

Art. 88, al. 3, 1re phrase

3 Les indemnités forfaitaires pour les réfugiés, les personnes à protéger titulaires d'une autorisation de séjour et les réfugiés sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[35], 49*a* ou 49*a*bis CPM[36] entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 LEI[37] entrée en force couvrent notamment les coûts de l'aide sociale et comprennent une contribution aux frais d'encadrement et aux frais administratifs. …

Art. 109, al. 7, 2e phrase

7 ... Cela vaut aussi lorsqu'il est sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66*a* ou 66*a*bis CP[38], 49*a* ou 49*a*bis CPM[39] ou d'un expulsion au sens de l'art. 68 LEI[40].

4. Loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile[41]

Art. 9, al. 1, let. c, l et p, ainsi que 2, let. c, phrase introductive et ch. 1

1 Le SEM peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine des étrangers qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure, exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre de l'échange d'informations de police, des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire, des procédures d'extradition, de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative, de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction, du transfèrement des personnes condamnées, de la délégation de l'exécution des peines et des me-

32 RS **311.0**
33 RS **321.0**
34 RS **142.20**
35 RS **311.0**
36 RS **321.0**
37 RS **142.20**
38 RS **311.0**
39 RS **321.0**
40 RS **142.20**
41 RS **142.51**

sures, de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé, du contrôle des pièces de légitimation, des recherches de personnes disparues et du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération (LSIP)[42];

l. le Service de renseignement de la Confédération:
   1. pour qu'il puisse identifier des personnes en vue de déceler à temps et de prévenir des menaces pour la sûreté intérieure ou extérieure au sens de l'art. 6, al. 1, let. a, de la loi fédérale du 25 septembre 2015 sur le renseignement (LRens)[43],
   2. pour qu'il puisse accomplir ses tâches d'appréciation de la menace pour la sûreté intérieure ou extérieure au sens de l'art. 14, let. d, LN[44], de la LEI[45] et de la LAsi[46],
   3. pour qu'il puisse procéder à l'examen des mesures d'éloignement visées par la LEI;

p[47]. l'Office fédéral de la police, pour qu'il puisse examiner les mesures d'éloignement prises en vertu de la LEI.

2 Il peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine de l'asile qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure:
   1. exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre de l'échange d'informations de police, des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire, des procédures d'extradition, de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative, de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction, de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé, du contrôle des pièces de légitimation, des recherches de personnes disparues, du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 LSIP et de l'examen de l'indignité au sens de l'art. 53 LAsi,

42 RS **361**
43 RS **121**
44 RS **141.0**
45 RS **142.20**
46 RS **142.31**
47 Les let. m à o sont introduites dans la mod. du 14 déc. 2018 de la LF sur les étrangers et l'intégration (RO **2019** 1413). Elles ne sont pas encore en vigueur.

5. Loi du 22 juin 2001 sur les documents d'identité[48]

Art. 12, al. 2, let. g

2 Pour accomplir les tâches qui leur incombent de par la loi, les autorités et organes suivants sont habilités à consulter en ligne les données du système d'information:

g. le Service de renseignement de la Confédération, exclusivement pour les vérifications d'identité.

6. Code pénal[49]

Art. 78, let. d

La détention cellulaire sous la forme de l'isolement ininterrompu d'avec les autres détenus ne peut être ordonnée que:

d. pour empêcher, si des éléments concrets le laissent présumer, qu'un détenu influence ses codétenus par une idéologie susceptible de favoriser l'accomplissement d'activités terroristes.

Art. 90, al. 1, let. d

1 La personne exécutant une mesure prévue aux art. 59 à 61 ne peut être soumise à l'isolement ininterrompu d'avec les autres personnes que:

d. pour empêcher, si des éléments concrets le laissent présumer, que la personne concernée influence d'autres personnes par une idéologie susceptible de favoriser l'accomplissement d'activités terroristes.

Art. 365, al. 2, let. v

2 Le casier sert les autorités fédérales et cantonales dans l'accomplissement des tâches suivantes:

v. déterminer le risque pour la sécurité dans le cadre de la vérification des antécédents visée à l'art. 108*b* de la loi fédérale du 21 décembre 1948 sur l'aviation (LA)[50].

Art. 367, al. 2, let. n, et 4

2 Les données personnelles relatives aux jugements visés à l'art. 366, al. 1, 2 et 3, let. a et b, peuvent être consultées en ligne par les autorités suivantes:

48 RS **143.1**
49 RS **311.0**
50 RS **748.0**

n. les services de police cantonaux chargés de déterminer le risque pour la sécurité selon l'art. 108*c* LA[51].

4 Les données personnelles relatives à des procédures pénales en cours ne peuvent être traitées que par les autorités énumérées à l'al. 2, let. a à e, i, j, l à n.

7. Loi fédérale du 23 décembre 2011 sur la protection extraprocédurale des témoins[52]

Art. 34, al. 2 et 3

2 *Abrogé*

3 Le Conseil fédéral convient avec les cantons de la répartition des frais d'exploitation.

8. Loi fédérale du 7 octobre 1994 sur les Offices centraux de police criminelle de la Confédération et les centres communs de coopération policière et douanière avec d'autres États[53]

Art. 1 Collaboration entre les autorités de police suisses

1 Les autorités de police fédérales et cantonales s'entraident et coordonnent leurs activités.

2 La Confédération peut, pour accomplir ses tâches, participer à des organisations cantonales et exploiter des structures communes avec les cantons, en particulier dans les domaines suivants:

a. lutte contre la cybercriminalité;

b. gestion de situations particulières ou extraordinaires et d'événements majeurs;

c. formation policière;

d. harmonisation, acquisition, exploitation et développement de moyens d'intervention policiers, y compris de moyens d'information et de communication;

e. protection des témoins.

3 La Confédération peut acquérir des moyens d'intervention policiers pour les cantons si elle les acquiert simultanément pour accomplir ses propres tâches, si l'acquisition centralisée entraîne des gains d'efficacité considérables pour les cantons et si les cantons y consentent. Les coûts sont répartis proportionnellement entre la Confédération et les cantons.

51 RS **748.0**
52 RS **312.2**
53 RS **360**

4 Le Conseil fédéral est responsable de la conclusion de conventions avec les cantons. Les conventions règlent en particulier les points suivants:

a. les compétences;

b. l'organisation;

c. le financement;

d. le droit applicable, en particulier en matière de responsabilité de l'État, de rapports de travail, de prévoyance professionnelle et de protection des données.

5 Les conventions peuvent autoriser un organe d'une organisation ou d'une institution à émettre des règles concernant les contenus visés à l'al. 4, let. a à d.

6 Les organisations et institutions communes sont exonérées des impôts fédéraux, cantonaux et communaux pour ce qui est des prestations qu'elles fournissent aux autorités.

Art. 1a Traités internationaux de coopération avec des autorités de police étrangères

1 Le Conseil fédéral peut conclure seul des traités internationaux de coopération policière.

2 L'Office fédéral de la police (fedpol) peut conclure seul des conventions d'ordre opérationnel, technique ou administratif avec des autorités de police étrangères.

Art. 2

Ex-art. 1

Art. 2a Tâches

Les offices centraux ont les tâches suivantes:

a. traiter les informations qui relèvent de leur domaine de compétences, qu'elles émanent de Suisse ou d'un pays étranger;

b. coordonner les investigations menées aux échelons intercantonal ou international;

c. établir des rapports de situation et dresser un bilan de la menace à l'intention du Département fédéral de justice et police et des autorités de poursuite pénale;

d. garantir l'échange national et international des informations de police criminelle et participer à l'entraide judiciaire en cas de demande émanant de pays étrangers;

e. détacher des agents de liaison à l'étranger;

f. mener des enquêtes de police criminelle dans la phase préparatoire des procédures pénales, pour autant qu'elles soient placées sous la juridiction fédé-

rale ou si la compétence de la Confédération ou d'un canton n'a pas encore été définie, notamment dans le domaine de la cybercriminalité.

Art. 3a Recherches secrètes sur Internet et sur les médias électroniques

1 Pour découvrir et combattre les crimes et les délits graves, les offices centraux peuvent, dans le cadre des enquêtes de police criminelle visées à l'art. 2*a*, let. f, faire intervenir des membres des corps de police en tant qu'agents affectés aux recherches secrètes sur Internet et sur les médias électroniques, dont la véritable identité et la fonction ne sont pas reconnaissables. Dans ce contexte, les agents ne sont pas autorisés à utiliser une fausse identité attestée par un titre.

2 Le chef de la Police judiciaire fédérale peut ordonner des recherches secrètes aux conditions suivantes:

a. il existe des indices suffisants laissant présumer qu'un crime ou un délit grave pourrait être commis;

b. les autres mesures prises n'ont pas abouti ou l'investigation, à défaut de recherches secrètes, n'aurait aucune chance d'aboutir ou serait excessivement difficile.

3 Si les recherches secrètes durent plus d'un mois, il revient au tribunal des mesures de contrainte compétent à raison du lieu de décider du maintien, ou non, de la mesure. L'art. 65, al. 4, de la loi du 19 mars 2010 sur l'organisation des autorités pénales[54] s'applique par analogie pour ce qui est de l'indemnisation du canton. Les décisions du tribunal des mesures de contrainte peuvent faire l'objet d'un recours devant le Tribunal administratif fédéral. Fedpol a qualité pour recourir.

4 Les qualités requises des agents affectés aux recherches secrètes se fondent sur l'art. 287 du code de procédure pénale (CPP)[55]. L'engagement de personnes au sens de l'art. 287, al. 1, let. b, CPP est interdit. Les art. 291 à 294 CPP s'appliquent par analogie au rapport de subordination, aux tâches et aux obligations des agents affectés aux recherches secrètes et aux personnes de contact.

5 Le chef de la Police judiciaire fédérale met immédiatement fin aux recherches secrètes dans l'un des cas suivants:

a. les conditions ne sont plus remplies;

b. le tribunal des mesures de contrainte refuse de donner son autorisation à la poursuite des recherches secrètes;

c. l'agent affecté aux recherches secrètes ou la personne de contact responsable ne suit pas les directives concernant l'enquête ou ne respecte pas ses obligations, notamment en induisant sciemment en erreur les offices centraux ou en tentant d'influencer de manière illicite la personne visée.

6 Il s'assure, lorsque les recherches secrètes sont terminées, que l'agent ne soit pas exposé inutilement à des dangers.

54 RS **173.71**
55 RS **312.0**

7 Le CPP s'applique dès que des soupçons concrets à l'encontre d'une personne déterminée ressortent des recherches secrètes. Les informations obtenues dans le cadre des recherches secrètes peuvent être utilisées dans une procédure pénale.

Art. 3b Signalement de personnes et d'objets aux fins de surveillance discrète ou de contrôle ciblé

1 À la demande des autorités fédérales de poursuite pénale ou à la demande des services de police des cantons, fedpol peut signaler des personnes, des véhicules, des embarcations, des aéronefs et des conteneurs aux fins de surveillance discrète ou de contrôle ciblé dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération (LSIP)[56] et dans la partie nationale du Système d'information Schengen en vertu de l'art. 16 LSIP.

2 Le signalement de personnes aux fins de poursuite pénale ou de prévention des menaces n'est admissible que:

a. s'il existe des indices selon lesquels la personne concernée prépare ou commet une infraction grave;

b. si l'évaluation générale d'une personne, notamment les infractions qu'elle a déjà commises, laisse supposer qu'elle commettra à nouveau une infraction grave, ou

c. s'il existe des indices selon lesquels la personne concernée représente une menace grave pour la sécurité et l'ordre publics ou d'autres risques graves pour la sécurité intérieure ou extérieure.

3 Le signalement de véhicules, d'embarcations, d'aéronefs et de conteneurs n'est autorisé qu'en cas d'indices selon lesquels il existe un lien avec une infraction grave ou avec une menace grave conformément à l'al. 2.

4 Sont des infractions graves au sens des al. 2 et 3 en particulier les infractions visées à l'art. 286, al. 2, CPP[57].

Art. 5, al. 1bis, 1re phrase

1bis Fedpol peut, en accord avec l'Administration fédérale des douanes (AFD), déléguer des tâches de ses propres agents de liaison aux agents de liaison de l'AFD.

…

Art. 7, al. 2

2 Il a également pour tâche de découvrir et de combattre les infractions relevant de la criminalité économique sur lesquelles le Ministère public de la Confédération peut ouvrir une procédure préliminaire (art. 24 CPP[58]).

56 RS **361**
57 RS **312.0**
58 RS **312.0**

9. Loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération[59]

Art. 10, al. 4, phrase introductive (ne concerne que les textes allemand et italien) et let. e

4 Ont accès en ligne à ces données:

e[60]. l'Administration fédérale des douanes (AFD) dans le cadre de ses tâches douanières et autres que douanières, pour effectuer ses tâches de sécurité dans l'espace frontalier afin de contribuer à la sécurité intérieure du pays et à la protection de la population.

Art. 11, al. 5, let. e

5 Ont accès en ligne à ces données:

e[61]. l'AFD dans le cadre de ses tâches douanières et autres que douanières, pour effectuer des tâches de sécurité dans l'espace frontalier afin de contribuer à la sécurité intérieure du pays et à la protection de la population.

Art. 12, al. 6, let. d

6 Ont accès en ligne à ces données:

d[62]. l'AFD dans le cadre de ses tâches douanières et autres que douanières, pour effectuer des tâches de sécurité dans l'espace frontalier afin de contribuer à la sécurité intérieure du pays et à la protection de la population.

Art. 15, al. 1, let. g[bis], h et j, ainsi que 4, phrase introductive et let. k

1 Fedpol exploite, en collaboration avec les cantons, un système de recherches informatisées de personnes et d'objets. Ce système est destiné à assister les autorités fédérales et cantonales dans l'accomplissement des tâches légales suivantes:

g[bis]. exécution de mesures policières visant à empêcher les activités terroristes au sens de la section 5 de la loi fédérale du 21 mars 1997 instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (LMSI)[63];

h. annonce de personnes frappées d'une interdiction de se rendre dans un pays donné au sens de l'art. 24*c* LMSI;

j. surveillance discrète ou contrôle ciblé de personnes, de véhicules, d'embarcations, d'aéronefs et de conteneurs en vertu de l'art. 3*b* de la loi fé-

59 RS **361**
60 A l'entrée en vigueur de la LF du 25 sept. 2020 sur les précurseurs de substances explosibles (FF **2020** 7499), la let. e de la présente loi deviendra la let. f.
61 A l'entrée en vigueur de la LF du 25 sept. 2020 sur les précurseurs de substances explosibles (FF **2020** 7499), la let. e de la présente loi deviendra la let. f.
62 A l'entrée en vigueur de la LF du 25 sept. 2020 sur les précurseurs de substances explosibles (FF **2020** 7499), la let. d de la présente loi deviendra la let. e.
63 RS **120**

dérale du 7 octobre 1994 sur les Offices centraux de police criminelle de la Confédération et les centres communs de coopération policière et douanière avec d'autres États[64] ou de dispositions du droit cantonal en matière de poursuite pénale ou de prévention des risques pour la sécurité publique ou pour la sûreté intérieure ou extérieure;

4 Dans l'accomplissement de leurs tâches, les autorités et les services suivants peuvent consulter en ligne les données du système informatisé:

k[65]. la police des transports.

*Art. 16, al. 2, let. g^bis^*

2 Les services fédéraux et cantonaux utilisent le N-SIS dans l'accomplissement des tâches suivantes:

g^bis^. recherche de documents d'identité volés, détournés, égarés ou invalidés de quelque manière que ce soit, tels que les passeports, les cartes d'identité, les permis de conduire, les titres de séjour et les documents de voyage;

Art. 17, al. 4, let. m

4 Ont accès en ligne à ces données:

m[66]. le SEM, pour l'accomplissement des tâches qui lui incombent en vertu des art. 5, al. 1, let. c, 98*c* et 99 LEI[67] et 5*a*, 26, al. 2, et 53, let. b, de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile[68].

Art. 17a Index des données sur le terrorisme

1 Fedpol exploite l'index des données sur le terrorisme. Cet index contient des données constamment actualisées auxquelles s'appliquent les deux conditions suivantes:

a. elles concernent des personnes soupçonnées de participer à des activités criminelles liées au terrorisme;

b. elles sont transmises à fedpol sur la base:

1. de l'art. 351 du code pénal[69],

2. du Traité du 25 mai 1973 entre la Confédération Suisse et les États-Unis d'Amérique sur l'entraide judiciaire en matière pénale[70],

64 RS **360**

65 A l'entrée en vigueur de la LF du 25 sept. 2020 sur les précurseurs de substances explosibles (FF **2020** 7499), la let. k de la présente loi deviendra la let. l.

66 A l'entrée en vigueur de la LF du 25 sept. 2020 sur les précurseurs de substances explosibles (FF **2020** 7499), la let. m de la présente loi deviendra la let. n.

67 RS **142.20**

68 RS **142.31**

69 RS **311.0**

70 RS **0.351.933.6**

3. de la loi fédérale du 3 octobre 1975 relative au traité conclu avec les États-Unis d'Amérique sur l'entraide judiciaire en matière pénale[71],
4. de l'art. 75*a* de la loi du 20 mars 1981 sur l'entraide pénale internationale[72].

2 Concernant une personne déterminée, fedpol peut comparer les données avec d'autres informations mises à disposition dans le cadre de la coopération policière nationale et internationale.

3 Il traite les informations recueillies sur la base d'une réponse positive dans l'index des données sur le terrorisme dans les systèmes d'information prévus à cet effet.

Art. 17b Communication de données

1 Fedpol peut, en tant que Bureau central national d'Interpol, communiquer à des autorités étrangères, dans le cas d'espèce, les données issues de la comparaison effectuée dans l'index des données sur le terrorisme.

2 Il peut communiquer les informations aux autorités suisses suivantes, spontanément ou sur demande:

a. au Ministère public de la Confédération, pour l'accomplissement des tâches qui lui incombent en vertu du CPP[73];
b. au SRC, à l'AFD, au SEM, aux autorités de contrôle visées à l'art. 21, al. 1, LMSI[74] et aux autorités cantonales de police et de poursuite pénale, dans la mesure où ils en ont besoin pour accomplir leurs tâches légales.

3 La communication de données est saisie dans le système de traitement des données relatives à la coopération policière internationale et intercantonale (art. 12).

Art. 18 Systèmes de gestion des affaires et des dossiers de fedpol

1 Fedpol exploite des systèmes informatisés de gestion interne des affaires et des dossiers.

2 Toutes les communications adressées à fedpol ou émanant de cet office peuvent être saisies, en particulier les retranscriptions et les enregistrements d'appels téléphoniques, les courriels, les lettres et les télécopies. Les systèmes peuvent contenir des données sensibles et des profils de la personnalité.

3 Les informations peuvent être indexées par personne, par objet ou par événement et reliées à d'autres systèmes d'information de police ou d'autres systèmes d'information de fedpol. Les données reliées à un autre système d'information sont soumises aux mêmes règles de traitement et aux mêmes restrictions d'accès que le système d'information principal.

71 RS **351.93**
72 RS **351.1**
73 RS **312.0**
74 RS **120**

4 Les informations sont répertoriées de manière à permettre le cas échéant de distinguer les informations selon qu'elles ont été échangées dans le cadre d'Interpol, de Schengen, d'Europol ou d'autres réseaux de coopération policière interétatiques.

5 Les systèmes contiennent en outre, séparément des autres données:

a. les données relatives aux affaires des services compétents pour les documents d'identité et la recherche de personnes disparues;

b. les informations nécessaires pour ordonner des mesures visant à empêcher des activités terroristes en vertu de la section 5 LMSI[75];

c. les décisions rendues par fedpol en vertu des art. 67, al. 4, et 68 LEI[76].

6 Les données visées à l'al. 5, let. b et c, sont conservées durant 15 ans au plus.

7 L'accès en ligne aux systèmes est réservé au personnel de fedpol et à l'OFJ, pour l'accomplissement de ses tâches en vertu de la loi du 20 mars 1981 sur l'entraide pénale internationale[77]. Les collaborateurs de fedpol chargés du traitement des décisions concernées ont accès aux systèmes de traitement des données visés à l'al. 5, let. b et c.

10. Loi du 20 mars 2008 sur l'usage de la contrainte[78]

Art. 6, let. a^bis^ et c

Par mesures policières, on entend:

a^bis^. le renvoi et l'éloignement de personnes;

c. la fouille de locaux, d'objets et de véhicules;

Art. 19a Renvoi et éloignement

Une personne peut être renvoyée ou éloignée temporairement d'un lieu si cela est nécessaire à l'exécution d'une mesure policière.

Art. 20a Fouille de locaux, d'objets et de véhicules

1 Un local, un objet ou un véhicule peut être fouillé lorsqu'il est utilisé par une personne remplissant les conditions de la fouille.

2 La fouille a lieu si possible en présence de la personne qui a la maîtrise sur la chose.

3 La fouille est documentée si elle a lieu en l'absence de cette personne.

75 RS **120**
76 RS **142.20**
77 RS **351.1**
78 RS **364**

11. Loi fédérale du 21 décembre 1948 sur l'aviation[79]

Art. 108b

IV*b*. Vérification des antécédents
1. Principes

1 Les services suivants doivent effectuer des vérifications d'antécédents:

a. les entreprises de transport aérien dont le siège est en Suisse: pour leur personnel aéronautique;

b. les exploitants d'aéroport: pour toutes les autres personnes qui ont ou doivent avoir accès à la zone de sûreté d'un aéroport.

2 La vérification des antécédents consiste au moins à:

a. vérifier l'identité de la personne concernée;

b. vérifier s'il existe des antécédents pénaux et des procédures pénales en cours;

c. contrôler le *curriculum vitæ* mentionnant notamment les emplois précédents, les formations et les séjours à l'étranger.

3 Elle ne peut être effectuée qu'avec le consentement de la personne qui en est l'objet. Si l'accès à la zone de sûreté de l'aéroport n'est pas octroyé, la personne concernée peut demander à l'exploitant d'aéroport de rendre une décision.

Art. 108c

2. Traitement des données

1 L'entreprise de transport aérien ou l'exploitant d'aéroport peut fournir au service de police cantonal compétent les données visées à l'art. 108*b*, al. 2, en vue de déterminer le risque pour la sécurité.

2 Pour déterminer le risque pour la sécurité, le service de police cantonal compétent peut:

a. relever des données dans le casier judiciaire, y compris concernant des procédures pénales en cours;

b. requérir des renseignements auprès du Service de renseignement de la Confédération.

3 Il peut recueillir auprès du service de police étranger compétent et traiter les données nécessaires à la vérification des antécédents, y compris les données sensibles et les profils de la personnalité, si les données transmises bénéficient d'un niveau de protection adéquat.

4 Il transmet à l'exploitant d'aéroport et à l'entreprise de transport aérien les données nécessaires au prononcé de la décision visée à l'art. 108*b*, al. 3, y compris les données sensibles et les profils de la personnalité.

79 RS **748.0**

Art. 108d

3. Recommandation

Sur demande de l'entreprise de transport aérien ou de l'exploitant d'aéroport, le service de police cantonal compétent formule une recommandation quant à l'octroi ou non de l'accès de la personne concernée à la zone de sûreté de l'aéroport.

Art. 108e

4. Renouvellement

La vérification des antécédents doit être renouvelée périodiquement. Elle est effectuée de manière anticipée s'il y a lieu de penser que de nouveaux risques sont apparus.

12. Loi du 17 juin 2016 sur le casier judiciaire[80]

Art. 46, let. d, ch. 3

Les autorités raccordées suivantes peuvent consulter en ligne toutes les données figurant sur l'extrait 2 destiné aux autorités (art. 38), lorsqu'elles leur sont nécessaires pour accomplir les tâches mentionnées ci-après:

d.	les polices cantonales:	3. pour déterminer le risque pour la sécurité dans le cadre de la vérification des antécédents visée à l'art. 108*b* de la loi fédérale du 21 décembre 1948 sur l'aviation[81];

13. Loi fédérale du 18 mars 2016 sur la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication[82]

Art. 1, al. 1, let. f

1 La présente loi s'applique à la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication qui est ordonnée et mise en œuvre:

f. dans le cadre des localisations par téléphonie mobile visées par la loi fédérale du 21 mars 1997 instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (LMSI)[83].

80 FF **2016** 4703
81 RS **748.0**
82 RS **780.1**
83 RS **120**

Art. 10, al. 2ter

2ter Le droit d'accès aux données collectées dans le cadre des localisations par téléphonie mobile visées à l'art. 23*q*, al. 3, LMSI[84] est régi par la LPD si l'autorité en charge de la surveillance est une autorité fédérale, ou par le droit cantonal si cette autorité est une autorité cantonale.

Art. 11, al. 4ter et 5, 1re phrase

4ter Les données collectées dans le cadre des localisations par téléphonie mobile visées à l'art. 23*q*, al. 3, LMSI[85] doivent être conservées dans le système de traitement 100 jours au plus après la fin de la surveillance. S'il existe une raison concrète de penser qu'elles serviront dans une procédure pénale, le délai de conservation dépend des règles du droit de la procédure pénale applicable.

5 L'autorité en charge de la procédure ou, si aucune ne l'est plus, la dernière à l'avoir été est responsable du respect des délais fixés aux al. 1 à 4ter. …

II

La coordination de la présente loi avec d'autres actes est réglée en annexe.

III

1 La présente loi est sujette au référendum.

2 Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Conseil des Etats, 25 septembre 2020

Le président: Hans Stöckli
La secrétaire: Martina Buol

Conseil national, 25 septembre 2020

La présidente: Isabelle Moret
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Date de publication: 6 octobre 2020[86]

Délai référendaire: 14 janvier 2021

84 RS **120**
85 RS **120**
86 FF **2020** 7499

Annexe
(ch. II)

Coordinations avec d'autres actes

1. Coordination avec la loi du 17 juin 2016 sur le casier judiciaire (LCJ)

À l'entrée en vigueur de la LCJ[87] *(annexe 1, ch. 3, code pénal) les dispositions suivantes du code pénal*[88] *(ch. I, ch. 6) de la présente loi sont modifiées comme suit:*

Art. 365, al. 2, let. v, 367, al. 2, let. n, et 4

Sans objet ou Abrogés

2. Coordination avec la loi du 25 septembre 2020 sur la protection des données (LPD)

1. *A l'entrée en vigueur de LPD*[89]*, la disposition ci-après de la présente modification de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération*[90] *(ch. I, ch. 9) aura la teneur suivante:*

Art. 18, al. 2

2 Toutes les communications adressées à fedpol ou émanant de cet office peuvent être saisies, en particulier les retranscriptions et les enregistrements d'appels téléphoniques, les courriels, les lettres et les télécopies. Les systèmes peuvent contenir des données sensibles.

2. *A l'entrée en vigueur de la LPD, la disposition ci-après de la présente modification de loi fédérale du 21 décembre 1948 sur l'aviation*[91] *(ch. I, ch. 11) aura la teneur suivante:*

Art. 108c, al. 3 et 4

3 Il peut recueillir auprès du service de police étranger compétent et traiter les données nécessaires à la vérification des antécédents, y compris les données sensibles, si les données transmises bénéficient d'un niveau de protection adéquat.

4 Il transmet à l'exploitant d'aéroport et à l'entreprise de transport aérien les données nécessaires au prononcé de la décision visée à l'art. 108*b*, al. 3, y compris les données sensibles.

87 FF **2016** 4703
88 RS **311.0**
89 FF **2020** 7397
90 RS **361**
91 RS **748.0**

3. Coordination avec la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique (LSIE)

Quel que soit l'ordre dans lequel la présente modification de la loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile (LDEA)[92] *(ch. I, ch. 4) et la modification de la LDEA dans le cadre de LSIE*[93] *(annexe, ch. 1), à l'entrée en vigueur du second de ces actes ou à leur entrée en vigueur simultanée, la disposition ci-après aura la teneur suivante:*

Art. 9, al. 1, let. c et 2, let. c, phrase introductive

1 Le SEM peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine des étrangers qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure, exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre:
   1. de l'échange d'informations de police,
   2. des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire,
   3. des procédures d'extradition,
   4. de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative,
   5. de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction,
   5bis. du transfèrement des personnes condamnées,
   5ter. de la délégation de l'exécution des peines et des mesures,
   6. de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé,
   7. du contrôle des pièces de légitimation,
   8. de l'attribution des données d'identification personnelle et de leur mise à jour au sens de la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique (LSIE)[94],
   9. des recherches de personnes disparues,
   10. du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération (LSIP)[95];

2 Il peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine de l'asile qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure:

92 RS **142.51**
93 RS ...; FF **2019** 6227
94 RS ...; FF **2019** 6227
95 RS **361**

4. Coordination avec la loi fédérale du 25 septembre 2020 sur les précurseurs de substances explosibles (LPSE)

Quel que soit l'ordre dans lequel la présente modification de la loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile (LDEA)[96] *(ch. I, ch. 4) et la modification de la LDEA dans le cadre de la LPSE*[97] *(annexe, ch. 1) entrent en vigueur, à l'entrée en vigueur du second de ces actes ou à leur entrée en vigueur simultanée, la disposition ci-après aura la teneur suivante:*

Art. 9, al. 1, let. c et 2, let. c, ch. 1

1 Le SEM peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine de l'asile qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure, exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre:
   1. de l'échange d'informations de police,
   2. des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire,
   3. des procédures d'extradition,
   4. de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative,
   5. de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction,
   5bis. du transfèrement des personnes condamnées,
   5ter. de la délégation de l'exécution des peines et des mesures,
   6. de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé,
   6bis. de la lutte contre l'usage abusif de précurseurs de substances explosibles,
   7. du contrôle des pièces de légitimation,
   8. des recherches de personnes disparues,
   9. du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération (LSIP)[98];

2 Il peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine de l'asile qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure:
   1. exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre de l'échange d'informations de police, des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire, des procédures

96 RS **142.51**
97 RS…; FF **2020** 7531
98 RS **361**

d'extradition, de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative, de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction, de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé, de la lutte contre l'usage abusif de précurseurs de substances explosibles, du contrôle des pièces de légitimation, des recherches de personnes disparues, du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 LSIP et de l'examen de l'indignité au sens de l'art. 53 LAsi,

5. Coordination avec la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique (LSIE) et avec la loi fédérale du 25 septembre 2020 sur les précurseurs de substances explosibles (LPSE)

A l'entrée en vigueur de la présente modification de la loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile (LDEA)[99] *(ch. I, ch. 4), de la modification de la LDEA dans le cadre de LPSE*[100] *(annexe, ch. 1) (annexe, ch. 1) et de la modification de LDEA dans le cadre de la LSIE*[101] *(annexe, ch. 1), la disposition ci-après aura la teneur suivante:*

Art. 9, al. 1, let. c et 2, let. c, ch. 1

[1] Le SEM peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine des étrangers qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure, exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre:
   1. de l'échange d'informations de police,
   2. des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire,
   3. des procédures d'extradition,
   4. de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative,
   5. de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction,
   5bis. du transfèrement des personnes condamnées,
   5ter. de la délégation de l'exécution des peines et des mesures,
   6. de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé,
   6bis. de la lutte contre l'usage abusif de précurseurs de substances explosibles,
   7. du contrôle des pièces de légitimation,

99 RS **142.51**
100 RS…; FF **2020** 7531
101 RS ...; FF **2019** 6227

8. de l'attribution des données d'identification personnelle et de leur mise à jour au sens de la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique (LSIE)[102],
9. des recherches de personnes disparues,
10. du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération (LSIP)[103];

[2] Il peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine de l'asile qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la sûreté intérieure:
   1. exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre de l'échange d'informations de police, des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire, des procédures d'extradition, de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative, de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction, de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé, de la lutte contre l'usage abusif de précurseurs de substances explosibles, du contrôle des pièces de légitimation, des recherches de personnes disparues, du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées de police visé à l'art. 15 LSIP et de l'examen de l'indignité au sens de l'art. 53 LAsi,

[102] RS ...; FF **2019** 6227
[103] RS **361**

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

FF 2020
www.dirittofederale.admin.ch
La versione elettronica firmata
è quella determinante

Termine di referendum: 14 gennaio 2021

Legge federale sulle misure di polizia per la lotta al terrorismo (MPT)

del 25 settembre 2020

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,
visto il messaggio del Consiglio federale del 22 maggio 2019[1],
decreta:

I

Gli atti normativi qui appresso sono modificati come segue:

1. Legge federale del 21 marzo 1997[2] sulle misure per la salvaguardia della sicurezza interna

Ingresso

visti gli articoli 54 capoverso 1, 57 capoverso 2, 123 capoverso 1 e 173 capoverso 2 della Costituzione federale[3],

*Art. 2 cpv. 2 lett. d^bis^*

2 Sono misure preventive di polizia:

d^bis^. le misure di cui alla sezione 5 atte a prevenire attività terroristiche;

Art. 6 cpv. 2

2 Se un Cantone ha delegato compiti definiti dalla presente legge a determinati Comuni, le autorità federali collaborano direttamente con questi ultimi.

1 FF **2019** 3935
2 RS **120**
3 RS **101**

Titolo prima dell'art. 22

Sezione 4*a*: Compiti relativi alla protezione di persone ed edifici

Art. 23d

Ex art. 24

Titolo prima dell'art. 23e

Sezione 5: Misure atte a prevenire attività terroristiche

Art. 23e Definizioni

1 Per potenziale terrorista si intende una persona che, sulla base di indizi concreti e attuali, si suppone compierà attività terroristiche.

2 Sono considerate attività terroristiche le azioni tendenti a influenzare o a modificare l'ordinamento dello Stato, che si intendono attuare o favorire commettendo o minacciando di commettere gravi reati o propagando paura e timore.

Art. 23f Principi

1 Fedpol pronuncia mediante decisione formale le misure di cui agli articoli 23*k*–23*q* nei confronti di un potenziale terrorista, se:

a. la minaccia costituita da questa persona non può verosimilmente essere contrastata efficacemente con misure sociali, di integrazione o terapeutiche oppure con misure di protezione dei minori e degli adulti;

b. le misure di prevenzione generale delle minacce adottate dai Cantoni non sono sufficienti; e

c. non è stata ordinata alcuna misura sostitutiva o alcun provvedimento coercitivo privativo della libertà ai sensi del Codice di procedura penale[4] avente lo stesso effetto di una misura di cui agli articoli 23*k*–23*q*; la procedura deve essere concordata tra fedpol e il pubblico ministero competente.

2 Le misure di cui agli articoli 23*k*–23*o* devono essere accompagnate, per quanto possibile, da misure sociali, di integrazione o terapeutiche.

3 Una misura va revocata se i presupposti per ordinarla non sono più adempiuti. La persona interessata deve essere immediatamente informata della revoca.

4 La persona interessata può presentare a fedpol in qualsiasi momento una domanda di revoca della misura.

4 RS **312.0**

Art. 23g Durata di una misura

1 La durata di una misura è limitata a sei mesi. Può essere prorogata una sola volta di sei mesi al massimo. La durata della residenza coatta è retta dall'articolo 23*o* capoverso 5.

2 La stessa misura può essere ordinata nuovamente se sussistono indizi nuovi e concreti di un'attività terroristica.

Art. 23h Trattamento dei dati

1 Per motivare una misura ordinata ai sensi degli articoli 23*k*–23*q*, per verificare se i presupposti per ordinarla siano adempiuti e per eseguire le misure, fedpol e le competenti autorità cantonali possono trattare dati personali degni di particolare protezione di potenziali terroristi, segnatamente i dati concernenti le opinioni o attività religiose e filosofiche, la salute, le misure d'assistenza sociale nonché le sanzioni e i procedimenti amministrativi e penali. I dati personali degni di particolare protezione di terzi possono essere trattati soltanto se il potenziale terrorista intrattiene o ha intrattenuto contatti con queste persone e se tali dati sono indispensabili per valutare il pericolo costituito dal potenziale terrorista.

2 Le autorità federali e cantonali di polizia e di perseguimento penale nonché le autorità cantonali di esecuzione delle pene, le autorità di protezione dei minori e degli adulti, le scuole e le autorità del settore della formazione, i servizi specializzati in materia di integrazione, gli uffici controllo degli abitanti, della migrazione, della gioventù e sociali possono scambiarsi i dati personali necessari per l'adempimento dei compiti definiti nella presente sezione, compresi i dati personali degni di particolare protezione. È fatto salvo l'articolo 6 capoverso 2.

3 Fedpol può informare il gestore di un'infrastruttura critica ai sensi dell'articolo 6 capoverso 1 lettera a numero 4 della legge federale del 25 settembre 2015[5] sulle attività informative (LAIn) in merito a una misura ordinata ai sensi degli articoli 23*k*–23*q*, se un potenziale terrorista costituisce un pericolo per tale infrastruttura. A tal fine, fedpol può trasmettere dati personali degni di particolare protezione.

Art. 23i Richiesta

1 La competente autorità cantonale o comunale e il SIC possono chiedere a fedpol di pronunciare misure secondo la presente sezione.

2 Nella richiesta occorre dimostrare che i presupposti legali sono adempiuti; la richiesta deve inoltre contenere informazioni sul tipo, la durata e l'esecuzione della misura richiesta.

Art. 23j Pronuncia di misure mediante decisione formale

1 Fedpol pronuncia le misure di cui agli articoli 23*k*–23*q* mediante decisione formale. Se la misura è stata richiesta da un'autorità cantonale o comunale, fedpol consulta

5 RS **121**

previamente il SIC. Se la misura è stata richiesta dal SIC, fedpol consulta previamente il Cantone interessato.

2 Segnala la misura e ogni violazione della misura nel sistema di ricerca informatizzato di polizia (RIPOL) di cui all'articolo 15 capoverso 1 della legge federale del 13 giugno 2008[6] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione.

3 D'intesa con il Cantone o il Comune interessato, può sospendere una misura se sussistono motivi gravi.

Art. 23k Obbligo di presentarsi e di partecipare a colloqui

1 Fedpol può obbligare un potenziale terrorista a presentarsi regolarmente di persona presso un servizio cantonale o comunale designato dall'autorità richiedente e a partecipare a colloqui con uno o più specialisti.

2 I colloqui servono a valutare il pericolo costituito dal potenziale terrorista e la sua evoluzione, nonché a contrastare tale pericolo.

3 Se la persona interessata è minorenne, i genitori o le altre persone cui è affidata la sua educazione sono coinvolti nei colloqui, a condizione che lo scopo del colloquio non ne risulti pregiudicato.

4 Se la persona interessata non può partecipare a un colloquio concordato ne informa senza indugio il competente servizio cantonale o comunale specificandone i motivi e chiede un rinvio del colloquio. Il rinvio è concesso soltanto se sussistono motivi gravi debitamente documentati dalla persona interessata.

5 Il servizio cantonale o comunale informa l'autorità richiedente e fedpol su:

a. i fatti rilevanti per la sicurezza riscontrati durante l'attuazione della misura;
b. la violazione dell'obbligo di presentarsi;
c. i colloqui rinviati o che non hanno avuto luogo;
d. il rifiuto di partecipare al colloquio con lo specialista;
e. il risultato dei colloqui con lo specialista.

6 Le informazioni di cui al capoverso 5 lettere a e b devono essere trasmesse senza indugio.

Art. 23l Divieto di avere contatti

Fedpol può vietare a un potenziale terrorista di intrattenere contatti, direttamente o tramite terzi, con determinate persone o gruppi di persone.

Art. 23m Divieto di lasciare e di accedere ad aree determinate

1 Fedpol può vietare a un potenziale terrorista di lasciare un'area assegnatagli o di accedere a una determinata area o a un determinato immobile.

2 Può autorizzare eccezioni per motivi gravi.

6 RS **361**

Art. 23n Divieto di lasciare il Paese

1 Fedpol può vietare a un potenziale terrorista di lasciare la Svizzera se, sulla base di indizi concreti e attuali, si suppone che intenda recarsi all'estero per compiere attività terroristiche.

2 In caso di divieto di lasciare il Paese, fedpol può:

a. sequestrare documenti di viaggio svizzeri;

b. mettere al sicuro documenti di viaggio esteri, a condizione che il divieto di lasciare il Paese corrisponda a un interesse preponderante della Svizzera e non possano essere prese misure meno severe.

3 Fedpol informa lo Stato interessato della messa al sicuro dei documenti di viaggio esteri. Se quest'ultimo vi si oppone, fedpol revoca la messa al sicuro e consegna alla persona interessata i documenti di viaggio.

4 Può annullare i documenti di viaggio svizzeri sequestrati e segnalarli in RIPOL, nella parte nazionale del Sistema d'informazione Schengen (SIS) nonché tramite Interpol (art. 351 cpv. 2 del Codice penale[7] [CP]).

5 Può segnalare i documenti di viaggio esteri in RIPOL, nel SIS nonché tramite Interpol (art. 351 cpv. 2 CP), se lo Stato interessato ha annullato i documenti e acconsente alla segnalazione.

6 Fedpol, l'Amministrazione federale delle dogane (AFD) e le autorità cantonali di polizia possono sequestrare i biglietti di viaggio. Possono inoltre ordinare alle imprese di trasporto di annullare i biglietti di viaggio elettronici.

7 Se vi è pericolo nel ritardo, possono mettere al sicuro provvisoriamente i documenti di viaggio e i biglietti di viaggio svizzeri ed esteri senza che sia stato ordinato un divieto di lasciare il Paese oppure possono ordinare alle imprese di trasporto di annullare i biglietti di viaggio elettronici.

8 Se la persona interessata è cittadino svizzero, fedpol gli rilascia per la durata del divieto di lasciare il Paese un attestato sostitutivo di cittadinanza e di identità. Se è cittadino straniero, fedpol gli rilascia un attestato sostitutivo di identità.

Art. 23o Residenza coatta: principi

1 Fedpol può vietare a un potenziale terrorista di lasciare un determinato immobile o istituto designato dall'autorità richiedente, se:

a. sussistono indizi concreti e attuali che la persona in questione costituisce un grave pericolo non altrimenti scongiurabile per la vita e l'integrità fisica di terzi; e

b. la persona in questione ha violato una o più misure ordinate in virtù degli articoli 23*k*–23*n*.

7 RS **311.0**

2 Il divieto deve riguardare un immobile utilizzato a scopo abitativo dal potenziale terrorista o in cui quest'ultimo si trovi per scopi di cura o di trattamento. Il divieto può riguardare eccezionalmente un altro immobile o istituto pubblico o privato, se:

a. la minaccia non può essere contrastata efficacemente in altro modo; e

b. l'immobile o l'istituto offre alla persona interessata la possibilità di organizzare la propria vita in modo autonomo e di condurre un'esistenza responsabile nell'ambito di un ambiente domestico.

3 Dopo aver consultato le autorità interessate, fedpol può autorizzare eccezioni al divieto per motivi gravi, segnatamente per motivi medici, per scopi professionali e formativi, per esercitare la libertà di credo o per ottemperare a impegni familiari.

4 I contatti con il mondo esterno e la vita sociale possono essere limitati soltanto nella misura necessaria all'esecuzione della misura.

5 La durata della misura è limitata a tre mesi. Può essere prorogata due volte, ogni volta per tre mesi al massimo.

Art. 23p Residenza coatta: procedura

1 Fedpol sottopone senza indugio la richiesta di residenza coatta al giudice dei provvedimenti coercitivi del Cantone di Berna affinché ne verifichi la legalità e l'adeguatezza. Questi decide senza indugio, ma al più tardi entro 48 ore dalla ricezione della richiesta.

2 Se la misura deve essere prorogata, fedpol presenta al giudice dei provvedimenti coercitivi una richiesta motivata per scritto al più tardi quattro giorni prima della scadenza della misura. Il giudice dei provvedimenti coercitivi può ordinare che la misura sia prorogata fino a quando avrà deciso in merito alla richiesta.

3 L'indennizzo del Cantone di Berna è retto dall'articolo 65 capoverso 4 della legge del 19 marzo 2010[8] sull'organizzazione delle autorità penali.

4 Se respinge una domanda di revoca della misura, motivata per scritto dalla persona interessata, fedpol la inoltra entro tre giorni al giudice dei provvedimenti coercitivi allegandovi un parere motivato. Questi decide al più tardi entro cinque giorni dalla ricezione della domanda.

5 Fedpol pone fine senza indugio alla residenza coatta, se:

a. i presupposti per ordinare la misura non sono più adempiuti;

b. il giudice dei provvedimenti coercitivi nega l'approvazione per ordinare o prorogare la misura; o

c. fedpol o il giudice dei provvedimenti coercitivi accoglie la domanda di revoca della misura.

8 RS **173.71**

Art. 23q Sorveglianza elettronica e localizzazione tramite telefonia mobile

1 Per eseguire le misure di cui agli articoli 23*l*–23*o*, fedpol può ordinare una sorveglianza elettronica o una localizzazione tramite telefonia mobile di un potenziale terrorista, se i provvedimenti adottati nel quadro del controllo dell'esecuzione delle misure non hanno dato esito positivo o se, in assenza di sorveglianza o localizzazione, l'esecuzione delle misure risulterebbe vana o eccessivamente difficile.

2 Gli apparecchi per la sorveglianza elettronica possono essere fissati al corpo del potenziale terrorista. Se l'apparecchio non è fissato al corpo, il potenziale terrorista è tenuto a portarlo costantemente con sé in stato di funzionamento. Il funzionamento dell'apparecchio non deve essere compromesso.

3 Per la localizzazione tramite telefonia mobile, l'autorità competente per l'esecuzione può chiedere che le siano forniti i metadati delle telecomunicazioni ai sensi dell'articolo 8 lettera b della legge federale del 18 marzo 2016[9] sulla sorveglianza della corrispondenza postale e del traffico delle telecomunicazioni. Il potenziale terrorista è tenuto a portare costantemente con sé l'apparecchio di telefonia mobile acceso e in stato di funzionamento.

4 I dati raccolti possono essere trattati soltanto allo scopo di:

a. constatare violazioni delle misure di cui agli articoli 23*l*–23*o*;

b. perseguire penalmente un crimine o un delitto grave secondo il diritto processuale applicabile;

c. prevenire un pericolo per terzi o un grave pericolo per il potenziale terrorista;

d. verificare e garantire il buon funzionamento dei mezzi tecnici.

5 I dati raccolti nell'ambito della sorveglianza elettronica sono distrutti al più tardi 12 mesi dopo la fine della sorveglianza, sempre che non sussista un motivo concreto per ritenere che possano servire come mezzo di prova in un procedimento penale.

6 L'autorità competente per l'esecuzione della misura designa le persone autorizzate a trattare i dati raccolti e adotta le misure adeguate per proteggere i dati dall'utilizzazione abusiva.

Art. 23r Esecuzione delle misure

1 L'esecuzione e il controllo delle misure di cui alla presente sezione competono ai Cantoni. È fatto salvo l'articolo 23*n*.

2 Fedpol fornisce assistenza sul piano dell'amministrazione e dell'esecuzione.

3 Le autorità competenti per l'esecuzione delle misure possono applicare la coercizione di polizia e misure di polizia, per quanto i beni giuridici da proteggere lo giustifichino.

9 RS **780.1**

Art. 24

Abrogato

Art. 24a cpv. 7, primo periodo, e 9

7 Il sistema d'informazione è a disposizione dei servizi di fedpol competenti per l'esecuzione della presente legge, delle autorità di polizia dei Cantoni e dell'AFD, mediante una procedura di richiamo. …

9 Fedpol può comunicare dati personali ad autorità di polizia e organi di sicurezza esteri. L'articolo 61 capoversi 1, 2, 5 e 6 LAIn[10] si applica per analogia. I dati possono essere comunicati soltanto se l'autorità o l'organo garantisce che servono esclusivamente a ordinare misure intese a impedire atti di violenza in occasione di manifestazioni sportive. La protezione della fonte va garantita.

Art. 24c cpv. 1 lett. a, 5, secondo periodo, e 6

1 Fedpol può vietare a una persona, per un periodo determinato, di lasciare la Svizzera per recarsi in un Paese determinato, se:

a. essa è colpita da un divieto di accedere a un'area determinata o dall'obbligo di presentarsi, poiché è comprovato che ha partecipato ad atti violenti contro persone od oggetti in occasione di manifestazioni sportive; e

5 ... I Cantoni possono presentare la relativa richiesta.

6 Il divieto è segnalato nel Sistema di ricerca informatizzato di polizia (art. 15 della legge federale del 13 giugno 2008[11] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione).

Titolo prima dell'art. 24f

Sezione 5*b*: Disposizioni comuni alle sezioni 5 e 5*a*

Art. 24f Limite d'età

1 Le misure di cui agli articoli 23*k*–23*n*, 23*q* e 24*c* sono pronunciate solo nei confronti di persone che hanno compiuto i 12 anni.

2 La misura di cui all'articolo 23*o* è pronunciata solo nei confronti di persone che hanno compiuto i 15 anni.

Art. 24g Tutela giurisdizionale

1 Le decisioni di fedpol concernenti le misure di cui alle sezioni 5 e 5*a* e le decisioni del giudice dei provvedimenti coercitivi di cui all'articolo 23*p* possono essere impugnate mediante ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo federale.

10 RS **121**
11 RS **361**

2 Il diritto di ricorso è retto dall'articolo 48 della legge federale del 20 dicembre 1968[12] sulla procedura amministrativa. Sono parimenti legittimati a ricorrere:

a. l'autorità richiedente cantonale o comunale, contro le decisioni di fedpol;

b. fedpol, contro le decisioni del giudice dei provvedimenti coercitivi.

3 I ricorsi non hanno effetto sospensivo. Il giudice dell'istruzione dell'autorità di ricorso può accordare, d'ufficio o a istanza di parte, l'effetto sospensivo, se lo scopo della misura non ne risulta pregiudicato.

Titolo dopo l'art. 29

Sezione 6*a*: Disposizioni penali

Art. 29a Violazione delle misure di cui agli articoli 23*k*–23*q*

1 Chiunque viola una misura di cui agli articoli 23*l*–23*q* è punito con una pena detentiva sino a tre anni o con una pena pecuniaria.

2 Se l'autore ha agito per negligenza, la pena è della multa.

3 Chiunque, intenzionalmente o per negligenza, viola la misura di cui all'articolo 23*k* è punito con la multa.

Art. 29b Perseguimento penale

Il perseguimento e il giudizio delle infrazioni di cui all'articolo 29*a* sottostanno alla giurisdizione federale.

2. Legge federale del 16 dicembre 2005[13] sugli stranieri e la loro integrazione

Art. 31 cpv. 3, primo periodo

3 Gli apolidi ai sensi dei capoversi 1 e 2 e gli apolidi contro cui è stata pronunciata, con sentenza passata in giudicato, un'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*^{bis} CP[14], dell'articolo 49*a* o 49*a*^{bis} CPM[15] o, con decisione passata in giudicato, un'espulsione ai sensi dell'articolo 68 della presente legge, sono autorizzati a esercitare un'attività lucrativa in tutta la Svizzera. ...

Art. 75 cpv. 1, frase introduttiva, nonché lett. a e i

1 Allo scopo di garantire l'attuazione della procedura d'allontanamento o d'espulsione o di un procedimento penale in cui può essere pronunciata l'espulsione ai sensi

12 RS **172.021**
13 RS **142.20**
14 RS **311.0**
15 RS **321.0**

dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP[16] o dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[17], la competente autorità cantonale può far incarcerare per sei mesi al massimo, durante la preparazione della decisione in merito al diritto di soggiorno, lo straniero privo di permesso di soggiorno di breve durata, di dimora o di domicilio che:

a. nella procedura d'asilo, d'allontanamento o d'espulsione oppure nel procedimento penale in cui può essere pronunciata l'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP o dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM rifiuta di dichiarare la propria identità, presenta più domande d'asilo sotto diverse identità o non dà seguito ripetutamente a una citazione, senza sufficiente motivo, o, nella procedura d'asilo, non ottempera ad altri ordini impartitigli dall'autorità;

i. secondo informazioni di fedpol o del SIC, costituisce una minaccia per la sicurezza interna o esterna della Svizzera.

Art. 76 cpv. 1, frase introduttiva, nonché lett. b n. 1

1 Se è stata notificata una decisione di prima istanza d'allontanamento o espulsione, o pronunciata una decisione di prima istanza di espulsione secondo l'articolo 66*a* o 66*a*bis CP[18] o l'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[19], l'autorità competente, allo scopo di garantire l'esecuzione, può:

b. incarcerare lo straniero se:

1. sono dati i motivi secondo l'articolo 75 capoverso 1 lettera a, b, c, f, g, h od i,

Art. 76a cpv. 2 lett. j

2 I seguenti indizi concreti fanno temere che lo straniero intende sottrarsi all'esecuzione dell'allontanamento:

j. secondo informazioni di fedpol o del SIC, costituisce una minaccia per la sicurezza interna o esterna della Svizzera.

Art. 81 cpv. 5 e 6

5 L'autorità competente può limitare le possibilità di uno straniero incarcerato di avere contatti diretti o tramite terzi con determinate persone o gruppi di persone se:

a. l'interessato, secondo informazioni delle autorità di polizia o di perseguimento penale della Confederazione e dei Cantoni, costituisce una minaccia concreta per la sicurezza interna o esterna della Svizzera; e

b. altre misure non hanno dato esito positivo o non sono disponibili.

6 Se la restrizione di cui al capoverso 5 non risulta sufficiente a contrastare efficacemente la minaccia per la sicurezza interna o esterna della Svizzera, l'autorità competente può ordinare la segregazione cellulare.

16 RS **311.0**
17 RS **321.0**
18 RS **311.0**
19 RS **321.0**

Art. 83 cpv. 1, 5, secondo periodo, 7, frase introduttiva e lett. c, nonché 9

1 Se l'esecuzione dell'allontanamento non è possibile, ammissibile o ragionevolmente esigibile, la SEM dispone l'ammissione provvisoria.

5 ... Se gli stranieri allontanati provengono da uno di tali Stati o da uno Stato membro dell'UE o dell'AELS, si ritiene che l'esecuzione dell'allontanamento sia di norma ragionevolmente esigibile.

7 L'ammissione provvisoria secondo i capoversi 2 e 4 è esclusa se lo straniero allontanato:

c. ha causato, con il suo comportamento, l'impossibilità di eseguire l'allontanamento.

9 L'ammissione provvisoria non è disposta o si estingue con il passaggio in giudicato dell'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP, dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[20] o dell'articolo 68 della presente legge.

Art. 84 cpv. 2

2 Se le condizioni non sono più soddisfatte, la SEM revoca l'ammissione provvisoria e ordina l'esecuzione dell'allontanamento.

Art. 86 cpv. 1bis lett. b e d

1bis Le disposizioni sulla concessione di prestazioni di aiuto sociale ai rifugiati cui la Svizzera ha concesso l'asilo si applicano anche:

b. ai rifugiati contro cui è stata pronunciata, con sentenza passata in giudicato, un'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP[21], dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[22] o, con decisione passata in giudicato, dell'articolo 68 della presente legge;

d. agli apolidi contro cui è stata pronunciata, con sentenza passata in giudicato, un'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP, dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM o, con decisione passata in giudicato, dell'articolo 68 della presente legge.

Art. 87 cpv. 1 lett. d

1 La Confederazione versa ai Cantoni:

d. per ogni apolide ai sensi dell'articolo 31 capoverso 1 e ogni apolide contro cui è stata pronunciata, con sentenza passata in giudicato, un'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP[23] o dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[24] o, con decisione passata in giudicato, dell'articolo 68 della presente legge, una somma forfettaria secondo gli articoli 88 capoverso 3 e 89 LAsi.

20 RS **321.0**
21 RS **311.0**
22 RS **321.0**
23 RS **311.0**
24 RS **321.0**

Art. 98c Collaborazione e coordinamento con fedpol

1 La SEM collabora con fedpol nell'ambito dei suoi compiti legali nella lotta al terrorismo.

2 Coordina le misure di sua competenza con le misure preventive di polizia e le misure amministrative di fedpol.

3. Legge del 26 giugno 1998[25] sull'asilo

Art. 5a Collaborazione e coordinamento con fedpol

1 Nell'ambito dei suoi compiti legali di lotta al terrorismo, la Segreteria di Stato della migrazione (SEM) collabora con fedpol.

2 Coordina le misure di sua competenza con le misure preventive di polizia e le misure amministrative di fedpol.

Art. 6a cpv. 1

1 La SEM decide sulla concessione o sul rifiuto dell'asilo e sull'allontanamento dalla Svizzera.

Art. 37 cpv. 6

6 Se il richiedente è incarcerato in vista d'estradizione su richiesta dello Stato da cui cerca protezione in Svizzera, la SEM decide senza indugio e in via prioritaria. Lo stesso vale anche se nei suoi confronti è stata pronunciata l'espulsione secondo l'articolo 66*a* o 66*a*^{bis} del Codice penale (CP)[26], l'articolo 49*a* o 49*a*^{bis} del Codice penale militare del 13 giugno 1927[27] (CPM) o l'articolo 68 LStrI[28].

Art. 61 cpv. 1

1 Le persone a cui la Svizzera ha accordato asilo o che sono state ammesse provvisoriamente come rifugiati nonché i rifugiati nei confronti dei quali è stata ordinata, con sentenza passata in giudicato, l'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*^{bis} CP[29] o dell'articolo 49*a* o 49*a*^{bis} CPM[30] o, con decisione passata in giudicato, dell'articolo 68 LStrI[31], sono autorizzati a esercitare un'attività lucrativa in tutta la Svizzera se sono osservate le condizioni di lavoro e di salario usuali nella località, nella professione e nel settore (art. 22 LStrI).

25 RS **142.31**
26 RS **311.0**
27 RS **321.0**
28 RS **142.20**
29 RS **311.0**
30 RS **321.0**
31 RS **142.20**

Art. 79 lett. d

La protezione provvisoria ha termine se la persona protetta:

d. è oggetto di una decisione d'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP[32], dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[33] o dell'articolo 68 LStrI[34], passata in giudicato.

Art. 88 cpv. 3, primo periodo

3 Riguardo ai rifugiati e alle persone bisognose di protezione titolari di un permesso di dimora e ai rifugiati nei confronti dei quali è stata ordinata, con sentenza passata in giudicato, l'espulsione ai sensi dell'articolo 66*a* o 66*a*bis CP[35] o dell'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[36] o, con decisione passata in giudicato, dell'articolo 68 LStrI[37], le somme forfettarie coprono segnatamente le spese di aiuto sociale e comprendono inoltre un contributo alle spese d'assistenza e amministrative. ...

Art. 109 cpv. 7, secondo periodo

7 ... Lo stesso vale anche se nei suoi confronti è stata pronunciata l'espulsione secondo l'articolo 66*a* o 66*a*bis CP[38], l'articolo 49*a* o 49*a*bis CPM[39] o l'articolo 68 LStrI[40].

4. Legge federale del 20 giugno 2003[41] sul sistema d'informazione per il settore degli stranieri e dell'asilo

Art. 9 cpv. 1 lett. c, l e p, nonché 2 lett. c, frase introduttiva e n. 1

1 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore degli stranieri che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna, esclusivamente per l'identificazione delle persone nell'ambito di scambi di informazioni di polizia, inchieste di polizia di sicurezza e di polizia giudiziaria, procedure d'estradizione, assistenza giudiziaria e amministrativa, perseguimento ed esecuzione penali in via sostitutiva, trasferimento di condannati, esecuzione delle pene e delle misure in via sostitutiva, lotta al riciclaggio di denaro, al traffico di stupefacenti e alla criminalità organizzata, controllo di documenti

32 RS **311.0**
33 RS **321.0**
34 RS **142.20**
35 RS **311.0**
36 RS **321.0**
37 RS **142.20**
38 RS **311.0**
39 RS **321.0**
40 RS **142.20**
41 RS **142.51**

d'identità, ricerche di persone scomparse e controllo delle registrazioni nel sistema di ricerca informatizzato di polizia di cui all'articolo 15 della legge federale del 13 giugno 2008[42] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione (LSIP);

l. Servizio delle attività informative della Confederazione:
   1. per l'identificazione delle persone allo scopo di individuare tempestivamente e sventare minacce per la sicurezza interna o esterna secondo l'articolo 6 capoverso 1 lettera a della legge federale del 25 settembre 2015[43] sulle attività informative (LAIn),
   2. per l'adempimento dei suoi compiti di verifica della minaccia per la sicurezza interna o esterna ai sensi dell'articolo 14 lettera d LCit[44], nonché della LStrI[45] e della LAsi[46],
   3. per l'esame di misure di respingimento e di allontanamento ai sensi della LStrI;

p[47]. Ufficio federale di polizia, per l'esame di misure di respingimento e di allontanamento ai sensi della LStrI.

2 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore dell'asilo che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna:
   1. *Concerne soltanto i testi tedesco e francese*

5. Legge del 22 giugno 2001[48] sui documenti d'identità

Art. 12 cpv. 2 lett. g

2 Per adempiere i compiti spettanti loro per legge, le autorità o i servizi seguenti possono, mediante procedura di richiamo, consultare i dati del sistema d'informazione:

g. il Servizio delle attività informative della Confederazione, esclusivamente per la verifica dell'identità.

42 RS **361**
43 RS **121**
44 RS **141.0**
45 RS **142.20**
46 RS **142.31**
47 Le lett. m–o sono introdotte con la mod. del 14 dic. 2018 della LF sugli stranieri e la loro integrazione (RU **2019** 1413). Non sono ancora in vigore.
48 RS **143.1**

6. Codice penale[49]

Art. 78 lett. d

La segregazione cellulare, in forma di isolamento ininterrotto dagli altri detenuti, può essere ordinata soltanto:

d. per impedire che altri detenuti siano influenzati da un'ideologia che potrebbe indurli a compiere attività terroristiche, laddove vi siano indizi concreti di una tale influenza.

Art. 90 cpv. 1 lett. d

1 Nell'esecuzione di una misura secondo gli articoli 59–61 il collocato può essere ininterrottamente separato dagli altri collocati soltanto se tale segregazione è indispensabile:

d. per impedire che altri collocati siano influenzati da un'ideologia che potrebbe indurli a compiere attività terroristiche, laddove vi siano indizi concreti di una tale influenza.

Art. 365 cpv. 2 lett. v

2 Il casellario ha lo scopo di assistere le autorità federali e cantonali nell'adempimento dei compiti seguenti:

v. accertamento del rischio per la sicurezza nel quadro del controllo dei precedenti personali ai sensi dell'articolo 108*b* della legge federale del 21 dicembre 1948[50] sulla navigazione aerea (LNA).

Art. 367 cpv. 2 lett. n e 4

2 Le autorità seguenti possono, mediante procedura di richiamo, accedere ai dati personali concernenti le sentenze di cui all'articolo 366 capoversi 1, 2 e 3 lettere a e b:

n. servizi di polizia cantonali competenti per l'accertamento del rischio per la sicurezza secondo l'articolo 108*c* LNA[51].

4 I dati personali concernenti procedimenti penali pendenti possono essere trattati soltanto dalle autorità di cui al capoverso 2, lettere a–e, i, j, e l–n.

49 RS **311.0**
50 RS **748.0**
51 RS **748.0**

7. Legge federale del 23 dicembre 2011[52] sulla protezione extraprocessuale dei testimoni

Art. 34 cpv. 2 e 3

2 *Abrogato*

3 Il Consiglio federale concorda con i Cantoni la ripartizione delle spese di gestione.

8. Legge federale del 7 ottobre 1994[53] sugli Uffici centrali di polizia giudiziaria della Confederazione e i centri comuni di cooperazione di polizia e doganale con altri Stati

Art. 1 Collaborazione tra autorità di polizia svizzere

1 Le autorità di polizia della Confederazione e dei Cantoni si sostengono reciprocamente e coordinano le loro attività.

2 Per l'adempimento dei suoi compiti, la Confederazione può partecipare a organizzazioni dei Cantoni e gestire con essi strutture comuni, in particolare nei seguenti settori:

a. lotta contro la cibercriminalità;

b. gestione di situazioni particolari e straordinarie nonché di eventi di vasta portata;

c. formazione di polizia;

d. armonizzazione, acquisto, gestione e sviluppo di mezzi d'intervento di polizia, compresi i mezzi di informazione e comunicazione;

e. protezione dei testimoni.

3 La Confederazione può acquistare mezzi d'intervento di polizia per i Cantoni, se nel contempo acquista tali mezzi per adempiere i propri compiti, se l'acquisto centralizzato porta a un incremento notevole dell'efficienza per i Cantoni e se questi ultimi acconsentono. La Confederazione e i Cantoni si assumono i costi in modo proporzionale.

4 Il Consiglio federale è competente per la conclusione delle convenzioni con i Cantoni. Le convenzioni disciplinano in particolare:

a. le competenze;

b. l'organizzazione;

c. il finanziamento;

d. i rapporti giuridici, in particolare per quanto concerne la responsabilità dello Stato, i rapporti di lavoro, la previdenza professionale e la protezione dei dati.

52 RS **312.2**
53 RS **360**

5 Le convenzioni possono autorizzare un organo di un'organizzazione o di un'istituzione a emanare disposizioni concernenti gli ambiti di cui al capoverso 4 lettere a–d.

6 Le organizzazioni e le istituzioni comuni sono esenti da qualsiasi imposizione fiscale da parte della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni per quanto riguarda le prestazioni da esse fornite alle autorità.

Art. 1a Trattati internazionali sulla cooperazione con autorità di polizia estere

1 Il Consiglio federale può concludere autonomamente trattati internazionali nell'ambito della cooperazione di polizia.

2 L'Ufficio federale di polizia (fedpol) può concludere autonomamente accordi concernenti aspetti operativi, tecnici e amministrativi con autorità di polizia estere.

Art. 2

Ex art. 1

Art. 2a Compiti

Gli uffici centrali assolvono i seguenti compiti:

a. elaborano le informazioni provenienti dalla Svizzera e dall'estero e rientranti nelle loro competenze;
b. coordinano le indagini intercantonali e internazionali;
c. redigono rapporti sulla situazione e sulla valutazione della minaccia a destinazione del Dipartimento federale di giustizia e polizia e delle autorità preposte al perseguimento penale;
d. garantiscono lo scambio nazionale e internazionale delle informazioni di polizia giudiziaria e collaborano alla prestazione di assistenza giudiziaria in caso di domanda proveniente dall'estero;
e. insediano gli agenti di collegamento all'estero;
f. conducono indagini di polizia giudiziaria prima dell'apertura di un procedimento penale, sempreché sottostiano alla giurisdizione federale o se non è ancora stato stabilito se il procedimento penale competa alla Confederazione o a un Cantone, segnatamente nel settore della cibercriminalità.

Art. 3a Indagini in incognito su Internet o nei media elettronici

1 Per smascherare e combattere crimini e gravi delitti, gli uffici centrali possono, nell'ambito delle indagini di polizia giudiziaria di cui all'articolo 2*a* lettera f, impiegare su Internet e nei media elettronici agenti di polizia in qualità di agenti in incognito, la cui vera identità e funzione non sono riconoscibili. La persona impiegata non è autorizzata a utilizzare una falsa identità attestata da documenti.

2 Il capo della Polizia giudiziaria federale può disporre indagini in incognito se:

a. esistono indizi sufficienti che possa essere commesso un crimine o un grave delitto; e

b. altre misure non hanno dato esito positivo oppure se altrimenti le indagini risulterebbero vane o eccessivamente difficili.

3 Se le indagini in incognito si protraggono per più di un mese, il giudice dei provvedimenti coercitivi del luogo in cui si svolge l'inchiesta decide se prorogare la misura. All'indennizzo del Cantone si applica per analogia l'articolo 65 capoverso 4 della legge federale del 19 marzo 2010[54] sull'organizzazione delle autorità penali della Confederazione. Le decisioni del giudice dei provvedimenti coercitivi sono impugnabili mediante ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo federale. Fedpol è legittimato a ricorrere.

4 I requisiti delle persone impiegate sono retti dall'articolo 287 del Codice di procedura penale (CPP)[55]. L'impiego di persone secondo l'articolo 287 capoverso 1 lettera b CPP è escluso. Alla funzione, ai compiti e agli obblighi degli agenti in incognito e delle persone di contatto competenti si applicano per analogia gli articoli 291–294 CPP.

5 Il capo della Polizia giudiziaria federale pone fine senza indugio alle indagini in incognito se:

a. le condizioni non sono più soddisfatte;

b. il giudice dei provvedimenti coercitivi rifiuta di approvare la continuazione delle indagini; o

c. la persona impiegata o la persona di contatto competente non si attiene alle istruzioni concernenti le indagini oppure non rispetta i suoi obblighi in qualsivoglia altra maniera, segnatamente fornendo scientemente false informazioni agli uffici centrali o cercando di influenzare in modo illecito la persona oggetto delle indagini.

6 La fine delle indagini in incognito va predisposta in modo tale da non esporre inutilmente a pericolo la persona impiegata.

7 Il CPP si applica non appena nell'ambito di indagini in incognito emergono indizi concreti di reato nei confronti di una determinata persona. Le informazioni ottenute nell'ambito di indagini in incognito possono essere utilizzate in un procedimento penale.

Art. 3b Segnalazione di persone e oggetti ai fini di una sorveglianza discreta o di un controllo mirato

1 Su richiesta delle autorità federali preposte al perseguimento penale o delle autorità cantonali di polizia, fedpol può segnalare nel sistema di ricerca informatizzato di polizia di cui all'articolo 15 della legge federale del 13 giugno 2008[56] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione (LSIP) e nella parte nazionale del

54 RS **173.71**
55 RS **312.0**
56 RS **361**

Sistema d'informazione Schengen di cui all'articolo 16 LSIP, persone, veicoli, natanti, aeromobili e container ai fini di una sorveglianza discreta o di un controllo mirato.

2 La segnalazione di persone ai fini del perseguimento penale o della prevenzione di minacce è consentita soltanto se:

a. sussistono indizi che la persona in questione pianifichi o commetta un reato grave;

b. la valutazione globale di una persona, in particolare sulla base dei reati che ha commesso sino a quel momento, induce a supporre che commetterà nuovamente un reato grave; o

c. sussistono indizi che la persona in questione costituisca una grave minaccia per la sicurezza e l'ordine pubblici oppure sia all'origine di altri gravi pericoli per la sicurezza interna o esterna.

3 La segnalazione di veicoli, natanti, aeromobili e container è consentita soltanto se sussistono indizi di un collegamento con reati gravi o con gravi minacce di cui al capoverso 2.

4 Per reati gravi ai sensi dei capoversi 2 e 3 s'intendono in particolare i reati di cui all'articolo 286 capoverso 2 CPP[57].

Art. 5 cpv. 1bis, primo periodo

1bis Fedpol, d'intesa con l'Amministrazione federale delle dogane (AFD), può delegare compiti dei propri agenti di collegamento agli agenti di collegamento dell'AFD.

...

Art. 7 cpv. 2

2 È inoltre incaricato di smascherare e di combattere i reati di ordine economico, riguardo ai quali il pubblico ministero della Confederazione può aprire una procedura preliminare (art. 24 CPP[58]).

9. Legge federale del 13 giugno 2008[59] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione

Art. 10 cpv. 4, frase introduttiva e lett. e

4 Hanno accesso a questi dati mediante procedura di richiamo:

e[60]. l'Amministrazione federale delle dogane (AFD), nell'ambito dei suoi compiti di natura doganale e non doganale, per l'adempimento di compiti di sicu-

57 RS **312.0**
58 RS **312.0**
59 RS **361**
60 Con l'entrata in vigore della LF del 25 set. 2020 sui precursori di sostanze esplodenti (FF **2020** 6795) la lett. e della presente legge diventa lett. f.

rezza nell'area di confine volti a proteggere la popolazione e a salvaguardare la sicurezza interna.

Art. 11 cpv. 5 lett. e

5 Hanno accesso a questi dati mediante procedura di richiamo:

e[61]. l'AFD, nell'ambito dei suoi compiti di natura doganale e non doganale, per l'adempimento di compiti di sicurezza nell'area di confine volti a proteggere la popolazione e a salvaguardare la sicurezza interna.

Art. 12 cpv. 6 lett. d

6 Hanno accesso a questi dati mediante procedura di richiamo:

d[62]. l'AFD, nell'ambito dei suoi compiti di natura doganale e non doganale, per l'adempimento di compiti di sicurezza nell'area di confine volti a proteggere la popolazione e a salvaguardare la sicurezza interna.

Art. 15 cpv. 1 lett. g^bis^, h e j, nonché 4, frase introduttiva e lett. k

1 Fedpol gestisce, in collaborazione con i Cantoni, un sistema di ricerca informatizzato di persone e oggetti. Il sistema serve a sostenere le autorità federali e cantonali nell'adempimento dei compiti seguenti:

g^bis^. eseguire misure di polizia atte a prevenire attività terroristiche ai sensi della sezione 5 della legge federale del 21 marzo 1997[63] sulle misure per la salvaguardia della sicurezza interna (LMSI);

h. segnalare le persone nei confronti delle quali è stato pronunciato un divieto di recarsi in un Paese determinato ai sensi dell'articolo 24*c* LMSI;

j. procedere alla sorveglianza discreta o al controllo mirato di persone, veicoli, natanti, aeromobili e container conformemente all'articolo 3*b* della legge federale del 7 ottobre 1994[64] sugli Uffici centrali di polizia giudiziaria della Confederazione e i centri comuni di cooperazione di polizia e doganale con altri Stati o alle disposizioni del diritto cantonale al fine di avviare un procedimento penale o prevenire minacce per la pubblica sicurezza o per la sicurezza interna o esterna.

4 Nell'adempimento dei loro compiti, le autorità e i servizi seguenti possono consultare i dati del sistema informatizzato mediante procedura di richiamo:

k[65]. la polizia dei trasporti.

61 Con l'entrata in vigore della LF del 25 set. 2020 sui precursori di sostanze esplodenti (FF **2020** 6795) la lett. e della presente legge diventa lett. f.
62 Con l'entrata in vigore della LF del 25 set. 2020 sui precursori di sostanze esplodenti (FF **2020** 6795) la lett. d della presente legge diventa lett. e.
63 RS **120**
64 RS **360**
65 Con l'entrata in vigore della LF del 25 set. 2020 sui precursori di sostanze esplodenti (FF **2020** 6795) la lett. k della presente legge diventa lett. l.

*Art. 16 cpv. 2 lettera g^bis^*

2 Il N-SIS serve a sostenere gli uffici federali e cantonali nell'adempimento dei compiti seguenti:

g^bis^. ricercare documenti d'identità rubati, altrimenti sottratti, smarriti o invalidati, quali passaporti, carte d'identità, licenze di condurre, titoli di soggiorno e documenti di viaggio;

Art. 17 cpv. 4 lett. m

4 Hanno accesso a questi dati mediante procedura di richiamo informatizzata:

m[66]. la SEM per l'adempimento dei compiti conferitile dagli articoli 5 capoverso 1 lettera c, 98*c* e 99 LStrI[67] nonché dagli articoli 5*a*, 26 capoverso 2 e 53 lettera b della legge del 26 giugno 1998[68] sull'asilo.

Art. 17a Registro dei dati sul terrorismo

1 Fedpol gestisce il registro dei dati sul terrorismo. Il registro contiene dati costantemente aggiornati ai quali si applicano le due condizioni seguenti:

a. i dati concernono persone sospettate di essere coinvolte in attività criminali correlate al terrorismo;
b. i dati sono comunicati a fedpol sulla base:
   1. dell'articolo 351 del Codice penale[69],
   2. del Trattato del 25 maggio 1973[70] tra la Confederazione Svizzera e gli Stati Uniti d'America sull'assistenza giudiziaria in materia penale,
   3. della legge federale del 3 ottobre 1975[71] relativa al Trattato conchiuso con gli Stati Uniti d'America sull'assistenza giudiziaria in materia penale,
   4. dell'articolo 75*a* della legge del 20 marzo 1981[72] sull'assistenza internazionale in materia penale.

2 In relazione a una determinata persona, fedpol può confrontare i dati con le altre informazioni messe a sua disposizione nell'ambito della cooperazione nazionale e internazionale di polizia.

3 Le informazioni raccolte sulla base di un riscontro positivo nel registro dei dati sul terrorismo sono trattate da fedpol negli appositi sistemi d'informazione.

66 Con l'entrata in vigore della LF del 25 set. 2020 sui precursori di sostanze esplodenti (FF **2020** 6795) la lett. m della presente legge diventa lett. n.
67 RS **142.20**
68 RS **142.31**
69 RS **311.0**
70 RS **0.351.933.6**
71 RS **351.93**
72 RS **351.1**

Art. 17b Comunicazione di dati

1 In casi specifici, fedpol può comunicare ad autorità estere le informazioni ottenute in base al confronto nel registro dei dati sul terrorismo, al fine di adempiere i suoi compiti in qualità di Ufficio centrale nazionale Interpol.

2 Fedpol può comunicare, spontaneamente o su richiesta, le informazioni alle seguenti autorità nazionali:

a. al Ministero pubblico della Confederazione, per adempiere i compiti che gli sono assegnati dal CPP[73];

b. al SIC, all'AFD, alla SEM, alle autorità di controllo ai sensi dell'articolo 21 capoverso 1 LMSI[74] e alle autorità cantonali di polizia e di perseguimento penale, nella misura in cui necessitano di tali informazioni per adempiere i loro compiti legali.

3 La comunicazione di dati è registrata nel sistema di trattamento dei dati relativi alla cooperazione di polizia internazionale e intercantonale (art. 12).

Art. 18 Sistemi di gestione delle pratiche e degli atti di fedpol

1 Fedpol gestisce sistemi informatizzati per la gestione interna delle pratiche e degli atti.

2 Possono esservi registrate tutte le comunicazioni indirizzate a fedpol o provenienti da quest'ultimo, in particolare trascrizioni o registrazioni di telefonate, messaggi di posta elettronica, lettere, messaggi fax. I sistemi possono contenere dati personali degni di particolare protezione e profili della personalità.

3 I dati possono essere catalogati per persona, per oggetto o per evento e collegati ad altri sistemi d'informazione di polizia o ad altri sistemi d'informazione di fedpol. I dati collegati a un altro sistema d'informazione sottostanno alle medesime disposizioni di trattamento dei dati e alle medesime restrizioni circa l'accesso al sistema d'informazione principale.

4 Le informazioni sono repertoriate in maniera tale da consentire una distinzione, ove necessario, fra le informazioni scambiate nell'ambito di Interpol, di Schengen, di Europol o nell'ambito di altri canali della cooperazione di polizia previsti da un accordo internazionale.

5 I sistemi contengono inoltre, separatamente dagli altri dati:

a. i dati concernenti pratiche dei servizi competenti in materia di documenti d'identità e di ricerca di persone scomparse;

b. le informazioni necessarie per ordinare misure atte a prevenire attività terroristiche ai sensi della sezione 5 LMSI[75];

c. le decisioni di fedpol ai sensi degli articoli 67 capoverso 4 e 68 LStrI[76].

73 RS **312.0**
74 RS **120**
75 RS **120**
76 RS **142.20**

6 I dati di cui al capoverso 5 lettere b e c sono conservati per una durata massima di 15 anni.

7 L'accesso a questi sistemi mediante procedura di richiamo informatizzata è riservato al personale di fedpol e all'UFG, per l'adempimento dei compiti conferitigli dalla legge federale del 20 marzo 1981[77] sull'assistenza internazionale in materia penale. Hanno accesso ai sistemi allo scopo di trattare i dati di cui al capoverso 5 lettere b e c i collaboratori di fedpol responsabili del trattamento delle rispettive decisioni.

10. Legge del 20 marzo 2008[78] sulla coercizione

Art. 6 lett. a^bis^ e c

Per misure di polizia s'intendono:

a^bis^. l'allontanamento e la tenuta a distanza di persone;

c. la perquisizione di locali, oggetti e veicoli;

Art. 19a Allontanamento e tenuta a distanza

Le persone possono essere temporaneamente allontanate o tenute a distanza da un luogo se ciò è necessario per l'esecuzione di una misura di polizia.

Art. 20a Perquisizione di locali, oggetti e veicoli

1 I locali, gli oggetti e i veicoli possono essere perquisiti se sono utilizzati da una persona che adempie i presupposti per una perquisizione.

2 Per quanto possibile, la perquisizione è eseguita in presenza del possessore della cosa.

3 Se è eseguita in assenza di tale persona, la perquisizione è documentata.

11. Legge federale del 21 dicembre 1948[79] sulla navigazione aerea

Art. 108b

IV*b*. Controllo dei precedenti personali

1. Principi

1 Sono tenuti a eseguire controlli dei precedenti personali i seguenti servizi:

a. le imprese di trasporto aereo con sede in Svizzera, per il loro personale aeronautico;

b. gli esercenti di aeroporti, per tutte le altre persone che hanno o

77 RS **351.1**
78 RS **364**
79 RS **748.0**

dovranno avere accesso all'area di sicurezza di un aeroporto.

2 Il controllo dei precedenti personali comprende almeno:

a. la verifica dell'identità della persona in questione;

b. l'accertamento di eventuali precedenti penali e procedimenti penali in corso;

c. la verifica del curriculum vitae, in particolare delle informazioni su precedenti impieghi, formazioni e soggiorni all'estero.

3 Il controllo dei precedenti personali è eseguito soltanto con il consenso della persona oggetto del controllo. Se l'accesso all'area di sicurezza dell'aeroporto non viene autorizzato, la persona in questione può chiedere all'esercente dell'aeroporto di emanare una decisione.

Art. 108c

2. Trattamento dei dati

1 Al fine di accertare un eventuale rischio per la sicurezza, l'impresa di trasporto aereo o l'esercente dell'aeroporto può comunicare al servizio di polizia cantonale competente i dati di cui all'articolo 108*b* capoverso 2.

2 Al fine di accertare un eventuale rischio per la sicurezza, il servizio di polizia cantonale competente può:

a. rilevare i dati iscritti nel casellario giudiziale, inclusi i dati su procedimenti penali in corso;

b. chiedere informazioni al Servizio delle attività informative della Confederazione.

3 Esso può richiedere a un servizio di polizia estero i dati necessari al controllo dei precedenti personali, inclusi i dati personali degni di particolare protezione e i profili della personalità, e trattare tali dati, purché sia assicurata una protezione adeguata dei dati trasmessi.

4 Esso trasmette all'esercente dell'aeroporto e all'impresa di trasporto aereo i dati necessari all'emanazione della decisione di cui all'articolo 108*b* capoverso 3, inclusi i dati personali degni di particolare protezione e i profili della personalità.

Art. 108d

3. Raccomandazione

Su domanda dell'impresa di trasporto aereo o dell'esercente dell'aeroporto, il servizio di polizia cantonale competente raccomanda se autorizzare o no la persona in questione ad accedere all'area di sicurezza dell'aeroporto.

Art. 108e

4. Ripetizione

Il controllo dei precedenti personali è ripetuto a intervalli regolari. È eseguito anzitempo se vi è motivo di ritenere che siano emersi nuovi rischi.

12. Legge del 17 giugno 2016[80] sul casellario giudiziale

Art. 46 lett. d n. 3

Le seguenti autorità collegate possono consultare mediante procedura di richiamo tutti i dati figuranti nell'estratto 2 per autorità (art. 38), nella misura necessaria per adempiere i compiti elencati qui appresso:

d.	i servizi cantonali di polizia:	3. per accertare il rischio per la sicurezza nell'ambito di un controllo dei precedenti personali secondo l'articolo 108*b* della legge federale del 21 dicembre 1948[81] sulla navigazione aerea;

13. Legge federale del 18 marzo 2016[82] sulla sorveglianza della corrispondenza postale e del traffico delle telecomunicazioni

Art. 1 cpv. 1 lett. f

1 La presente legge si applica alla sorveglianza della corrispondenza postale e del traffico delle telecomunicazioni disposta e attuata:

f. nell'ambito delle localizzazioni tramite telefonia mobile ai sensi della legge federale del 21 marzo 1997[83] sulle misure per la salvaguardia della sicurezza interna (LMSI).

Art. 10 cpv. 2ter

2ter Il diritto d'accesso ai dati raccolti nell'ambito di localizzazioni tramite telefonia mobile ai sensi dell'articolo 23*q* capoverso 3 LMSI[84] è retto dalla LPD se l'autorità incaricata della sorveglianza è un'autorità federale o dal diritto cantonale se è un'autorità cantonale.

Art. 11 cpv. 4ter e 5, primo periodo

4ter I dati raccolti nell'ambito di localizzazioni tramite telefonia mobile ai sensi dell'articolo 23*q* capoverso 3 LMSI[85] sono conservati nel sistema di trattamento al massimo per 100 giorni dalla fine della sorveglianza. Se sussiste un motivo concreto per ritenere che tali dati possano servire in un procedimento penale, il termine di conservazione è retto dalle disposizioni del diritto di procedura penale applicabile.

80 FF **2016** 4315
81 RS **748.0**
82 RS **780.1**
83 RS **120**
84 RS **120**
85 RS **120**

5 L'autorità investita del procedimento o, se nessuna autorità ne è più investita, l'ultima che ne è stata investita è responsabile del rispetto dei termini stabiliti nei capoversi 1–4ter. ...

II

Il coordinamento di disposizioni di altri atti normativi con la presente legge è disciplinato nell'allegato.

III

1 La presente legge sottostà a referendum facoltativo.

2 Il Consiglio federale ne determina l'entrata in vigore.

Consiglio degli Stati, 25 settembre 2020

Il presidente: Hans Stöckli
La segretaria: Martina Buol

Consiglio nazionale, 25 settembre 2020

La presidente: Isabelle Moret
Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Data della pubblicazione: 6 ottobre 2020[86]

Termine di referendum: 14 gennaio 2021

86 FF **2020** 6795

Allegato
(cifra II)

Disposizioni di coordinamento

1. Coordinamento con la legge del 17 giugno 2016 sul casellario giudiziale (LCaGi)

All'entrata in vigore della LCaGi[87] *(all. 1 n. 3, Codice penale*[88]*), le disposizioni del Codice penale (cifra I n. 6) della presente legge avranno il seguente tenore:*

Art. 365 cpv. 2 lett. v, 367 cpv. 2 lett. n e 4

Privi di oggetto o abrogati

2. Coordinamento con la legge federale del 25 settembre 2020 sulla protezione dei dati (LPD)

1. All'entrata in vigore della LPD[89]*, la disposizione qui appresso della presente modifica della legge federale del 13 giugno 2008*[90] *sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione (cifra I n. 9) avrà il seguente tenore:*

Art. 18 cpv. 2

2 Possono esservi registrate tutte le comunicazioni indirizzate a fedpol o provenienti da quest'ultimo, in particolare trascrizioni o registrazioni di telefonate, messaggi di posta elettronica, lettere, messaggi fax. I sistemi possono contenere dati personali degni di particolare protezione.

2. All'entrata in vigore della LPD, la disposizione qui appresso della presente modifica della legge federale del 21 dicembre 1948[91] *sulla navigazione aerea (cifra I n. 11) avrà il seguente tenore:*

Art. 108c cpv. 3 e 4

3 Esso può richiedere a un servizio di polizia estero i dati necessari al controllo dei precedenti personali, inclusi i dati personali degni di particolare protezione, e trattare tali dati, purché sia assicurata una protezione adeguata dei dati trasmessi.

4 Esso trasmette all'esercente dell'aeroporto e all'impresa di trasporto aereo i dati necessari all'emanazione della decisione di cui all'articolo 108*b* capoverso 3, inclusi i dati personali degni di particolare protezione.

87 FF **2016** 4703
88 RS **311.0**
89 FF **2020** 6695
90 RS **361**
91 RS **748.0**

3. Coordinamento con la legge del 27 settembre 2019 sull'Ie (LSIe)

Indipendentemente dal fatto che entri prima in vigore la presente modifica della legge federale del 20 giugno 2003[92] *sul sistema d'informazione per il settore degli stranieri e dell'asilo (LSISA; cifra I n. 4) o la modifica della LSISA nel quadro della LSIe*[93] *(all. n. 1), alla seconda di queste entrate in vigore o in caso di entrata in vigore simultanea delle due leggi la disposizione qui appresso avrà il seguente tenore:*

Art. 9 cpv. 1 lett. c e 2, lett. c, frase introduttiva

1 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore degli stranieri che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna, esclusivamente per l'identificazione delle persone nell'ambito di:
   1. scambi di informazioni di polizia,
   2. inchieste di polizia di sicurezza e di polizia giudiziaria,
   3. procedure d'estradizione,
   4. assistenza giudiziaria e amministrativa,
   5. perseguimento ed esecuzione penali in via sostitutiva,
   5bis. trasferimento di condannati,
   5ter. esecuzione delle pene e delle misure in via sostitutiva,
   6. lotta al riciclaggio di denaro, al traffico di stupefacenti e alla criminalità organizzata,
   7. controllo di documenti d'identità,
   8. attribuzione e aggiornamento dei dati d'identificazione personale secondo la legge del 27 settembre 2019[94] sull'Ie,
   9. ricerche di persone scomparse,
   10. controllo delle registrazioni nel sistema di ricerca informatizzato di polizia di cui all'articolo 15 della legge federale del 13 giugno 2008[95] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione (LSIP);

2 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore dell'asilo che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna:

92 RS **142.51**
93 RS ...; FF **2019** 5419
94 RS ...; FF **2019** 5419
95 RS **361**

4. Coordinamento con la legge federale del 25 settembre 2020 sui precursori di sostanze esplodenti (LPre)

Indipendentemente dal fatto che entri prima in vigore la presente modifica della legge federale del 20 giugno 2003[96] *sul sistema d'informazione per il settore degli stranieri e dell'asilo (LSISA; cifra I n. 4) o la modifica della LSISA nel quadro della LPre*[97] *(all. n. 1), alla seconda di queste entrate in vigore o in caso di entrata in vigore simultanea delle due leggi la disposizione qui appresso avrà il seguente tenore:*

Art. 9 cpv. 1 lett. c e 2, lett. c, n. 1

1 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore degli stranieri che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna, esclusivamente per l'identificazione delle persone nell'ambito di:
   1. scambi di informazioni di polizia,
   2. inchieste di polizia di sicurezza e di polizia giudiziaria,
   3. procedure d'estradizione,
   4. assistenza giudiziaria e amministrativa,
   5. perseguimento ed esecuzione penali in via sostitutiva,
   5bis. trasferimento di condannati,
   5ter. esecuzione delle pene e delle misure in via sostitutiva,
   6. lotta al riciclaggio di denaro, al traffico di stupefacenti e alla criminalità organizzata,
   6bis. lotta all'uso abusivo di precursori di sostanze esplodenti,
   7. controllo di documenti d'identità,
   8. ricerche di persone scomparse,
   9. controllo delle registrazioni nel sistema di ricerca informatizzato di polizia di cui all'articolo 15 della legge federale del 13 giugno 2008[98] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione (LSIP);

2 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore dell'asilo che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna:
   1. esclusivamente per l'identificazione delle persone nell'ambito di scambi di informazioni di polizia, inchieste di polizia di sicurezza e di polizia giudiziaria, procedure d'estradizione, assistenza giudiziaria e amministrativa, perseguimento ed esecuzione penali in via sostitutiva, lotta al riciclaggio di denaro, al traffico di stupefacenti e alla criminalità orga-

96 RS **142.51**
97 RS ...; FF **2020** 6827
98 RS **361**

nizzata, lotta all'uso abusivo di precursori di sostanze esplodenti, controllo di documenti d'identità, ricerche di persone scomparse, controllo delle registrazioni nel sistema di ricerca informatizzato di polizia di cui all'articolo 15 LSIP e valutazione dell'indegnità ai sensi dell'articolo 53 LAsi,

5. Coordinamento con la legge del 27 settembre 2019 sull'Ie (LSIe) e con la legge federale del 25 settembre 2020 sui precursori di sostanze esplodenti (LPre)

All'entrata in vigore della presente modifica della legge federale del 20 giugno 2003[99] *sul sistema d'informazione per il settore degli stranieri e dell'asilo (LSISA; cifra I n. 4), della modifica della LSISA nel quadro della LPre*[100] *(all. n. 1) e della modifica della LSISA nel quadro della LSIe*[101] *(all. n. 1), la disposizione qui appresso avrà il seguente tenore:*

Art. 9 cpv. 1 lett. c e 2, lett. c, n. 1

1 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore degli stranieri che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna, esclusivamente per l'identificazione delle persone nell'ambito di:
   1. scambi di informazioni di polizia,
   2. inchieste di polizia di sicurezza e di polizia giudiziaria,
   3. procedure d'estradizione,
   4. assistenza giudiziaria e amministrativa,
   5. perseguimento ed esecuzione penali in via sostitutiva,
   5bis. trasferimento di condannati,
   5ter. esecuzione delle pene e delle misure in via sostitutiva,
   6. lotta al riciclaggio di denaro, al traffico di stupefacenti e alla criminalità organizzata,
   6bis. lotta all'uso abusivo di precursori di sostanze esplodenti,
   7. controllo di documenti d'identità,
   8. attribuzione e aggiornamento dei dati d'identificazione personale secondo la legge del 27 settembre 2019[102] sull'Ie,
   9. ricerche di persone scomparse,

99 RS **142.51**
100 RS ...; FF **2020** 6827
101 RS ...; FF **2019** 5419
102 RS ...; FF **2019** 5419

10. controllo delle registrazioni nel sistema di ricerca informatizzato di polizia di cui all'articolo 15 della legge federale del 13 giugno 2008[103] sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione (LSIP);

2 La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore dell'asilo che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

c. autorità federali competenti in materia di sicurezza interna:
   1. esclusivamente per l'identificazione delle persone nell'ambito di scambi di informazioni di polizia, inchieste di polizia di sicurezza e di polizia giudiziaria, procedure d'estradizione, assistenza giudiziaria e amministrativa, perseguimento ed esecuzione penali in via sostitutiva, lotta al riciclaggio di denaro, al traffico di stupefacenti e alla criminalità organizzata, lotta all'uso abusivo di precursori di sostanze esplodenti, controllo di documenti d'identità, ricerche di persone scomparse, controllo delle registrazioni nel sistema di ricerca informatizzato di polizia di cui all'articolo 15 LSIP e valutazione dell'indegnità ai sensi dell'articolo 53 LAsi,

103 RS **361**

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament

Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

Dokumentation | Documentation | Documentazione

Parlamentsbibliothek | Bibliothèque du Parlement | Biblioteca del Parlamento